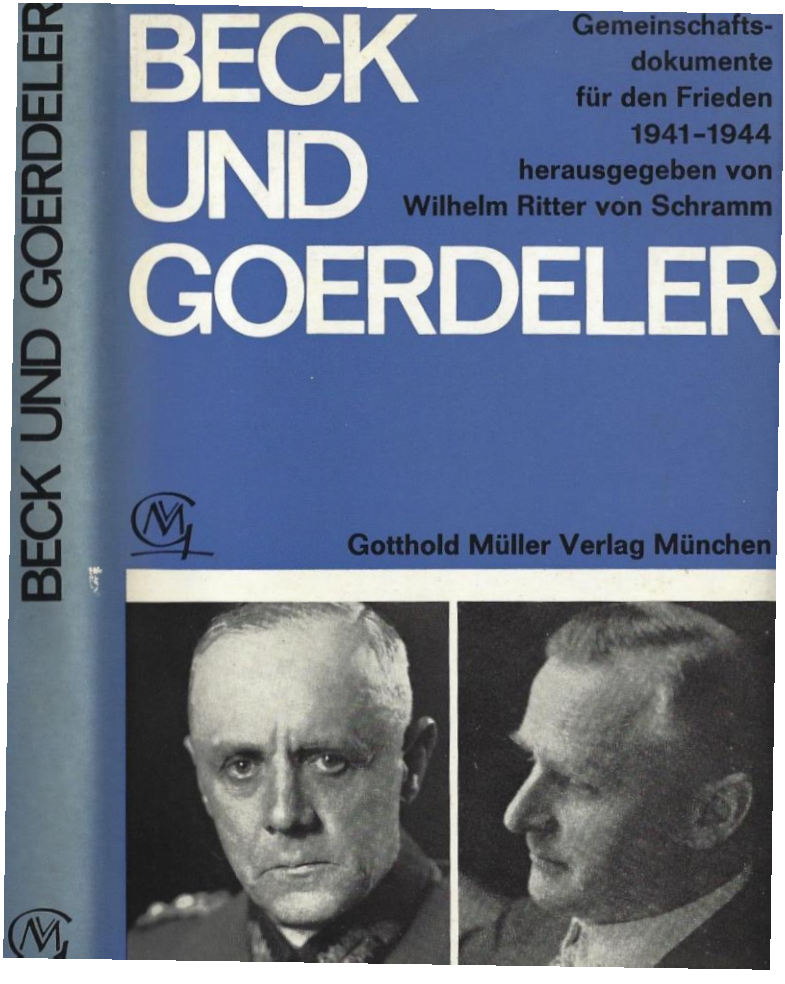
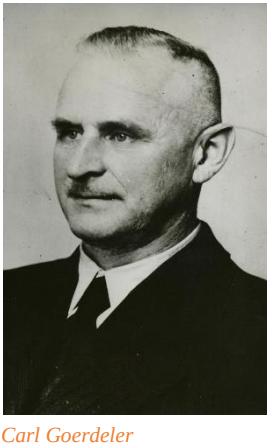
BECK UND GOERDELER



# BECK
# UND
# GOERDELER

*Gemeinschaftsdokumente für den Frieden*
*1941 -1944*
*herausgegeben und erläutert*
*von Wilhelm Ritter von Schramm*



*Carl Goerdeler*

*Ludwig Beck*

GOTTHOLD MÜLLER VERLAG MÜNCHEN

*Eberhard Zeller:*

## »Geist der Freiheit«

Der 20. Juli

*560 Seiten DM 27,80*
*Paperback DM 14,80*

Die Darstellung erfüllt Rankes Forderung an den Historiker: zu zeigen, wie es gewesen ist, in vorbildlicher Weise und wird darum insbesondere der jüngeren Generation, die sich, ehe sie an die Probleme des Aufstands herangeht, ein Bild von den Geschehnissen machen will, von Interesse und Wert sein. Eberhard Zeller hat sein Buch in der nun rechtzeitig zum 20. Jahrestag vorliegenden Neubearbeitung so entscheidend verbessert und erweitert, daß daraus schier gar eine *völlig neue Darstellung wurde, die mit Recht als das Standardwerk über den 20. Juli bezeichnet wurde.*

*›Süddeutsche Zeitung‹, 18./19. Juli 1964*

Trotz aller Spezialliteratur kann es noch immer als die beste und geschlossenste Darstellung des militärischen Widerstandes bezeichnet werden. Es ist ein neues Buch geworden, nicht unerheblich erweitert und unter Einarbeitung der neuesten Literatur. Wer sich einwandfrei informieren will, kann an diesem Buch nicht vorbeigehen.

*Zeitgeschehen, Munzinger – Archiv für publizistische Arbeit, Ravensburg*

Wir sagen dies selten, aber dieses Buch verdient es wirklich, *ein Volksbuch vor allem auch der deutschen Jugend zu werden.* *›Christ und Welt‹, 17. Juli 1964*

Dieses Werk ist ein Ehrenmal für die Männer des 20. Juli. Es ist aber auch ein historisches Standardwerk, welches in jede Lehrerbücherei gehört und besonders dieses Jahr intensiv studiert werden sollte.

*›Kultus und Unterricht‹, Stuttgart*

GOTTHOLD MÜLLER VERLAG

20 Jahre danach treibt die Auseinandersetzung über die Männer des deutsches Widerstandes und den 20. Juli ihrem Höhepunkt entgegen. Noch sind die beiden Häupter der deutschen Erneuerungsbewegung in den Dunst der Legende gehüllt, noch sind ihre Ziele und ihr Wollen vielfach unverstanden und mißdeutet. Man braucht dabei nur an Hannah Arendt zu denken!

So ist es an der Zeit, sie selbst zu Worte kommen zu lassen. Die beiden großen Denkschriften, die hier erstmals im Originaltext vorgelegt werden, zählen zu den bedeutendsten Dokumenten des deutschen Widerstandes und beweisen denen, die es noch immer nicht wahrhaben wollen, daß Beck und Goerdeler keine Reaktionäre, keine engstirnigen Nationalisten gewesen sind, sondern Männer, die aus letzter Verantwortung und mit klarem Blick für die Realitäten der Zukunft in ihrem Kampf gegen den Nationalsozialismus an ein neues, befriedetes und wirtschaftlich zusammengeschlossenes Europa dachten.

Wie eng die Zusammenarbeit des ehemaligen Generalstabschefs mit seinem politischen Partner gewesen ist, weist der Herausgeber, Dr. Wilhelm von Schramm, in seiner umfassenden Einleitung und in seiner Ausdeutung der Dokumente überzeugend nach. Er stellt fest, daß es seit Marx und Engels keine so enge politische und geistige Zusammenarbeit zwischen zwei Männern mehr gegeben hat, wie die von Beck und Goerdeler im Geiste einer deutschen Erneuerung und einer europäischen Gemeinschaft in den dunklen Jahren der Hitler-Diktatur.

GOTTHOLD MÜLLER VERLAG

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks,
der fotomechanischen Wiedergabe und Übersetzung, vorbehalten.
@ Gotthold Müller Verlag München 1965
Drude: E.C.Baumann KG, Kulmbach
Buchbinderarbeiten: Georg Gebhardt, Ansbach
Umschlag: Jan Buchholz / Reni Hinsch
Eingescannt mit OCR-Software ABBYY Fine Reader

## INHALT


VORWORT ..... 9

EINLEITUNG ..... 13

1 Es ging um mehr als ein Attentat ..... 13

II Beck und Goerdeler als politische Freunde .... 24

III Das Gemeinschaftswerk der grossen Denkschriften . . . 36

IV DIE EUROPA-PLÄNE ..... 45

V «Das Ziel» und das «Regierungsprogramm» .... 51

VI Die Denkschrift «Der Weg» ..... 59

VII Die bleibende Bedeutung ..... 71

VORBEMERKUNG ZU DEN TEXTEN ..... 79

«DAS ZIEL» Denkschrift Anfang 1941 ..... 81

I Die Totalität der Politik ..... 83

I Das aussenpolitische Ziel ..... 89

III Innenpolitik ..... 108

1. *Rechtswesen* ..... 108
2. *Geistesfreiheit* ..... 110
3. *Bildungswesen* ..... 112
4. *Wirtschaftsorganisationen* ..... 115
5. *Wirtschaftspolitik* ..... 119
6. *Freie Berufe* ..... 122

*7. Beamte* ..... *124*
*8. Ausgleichspolitik* ..... *127*
*9. Religionswesen* ..... *131*
*10. Staatsjugend* ..... *133*
*11. Wehrmacht* ..... *134*
*12. Arbeitsdienst* ..... *135*
*13. Die Polizei* ..... *136*
*14. Arbeitslosigkeit* ..... *138*
*13. Finanzen* ..... *142*
*16. Währung* ..... *145*
*17. Partei* ..... *146*

IV Verfassung ..... *147*
*1. Reichsaufbau von unten nach oben* *148*
*2. Wahlrecht und -form* ..... *149*
*3. Reichsgaue* ..... *155*
*4. Die Selbstverwaltung* ..... *156*
*3. Gaustellen der Reichsverwaltung* *157*
*6. Arbeitsgemeinschaften der Selbstverwaltung* *158*
*7. Die Reichsregierung* ..... *158*
*8. Aufgaben der Reichsregierung* *161*
*9. Der Reichsführer* ..... *164*

«DER WEG» Denkschrift ..... *167*

I Das kaiserliche Deutschland ..... *170*
*1. Verfassung* ..... *170*
*2. Wirtschaft und Sozialpolitik* ..... *172*
*3. Aussenpolitik* ..... *177*

II Das republikanische Deutschland ..... *185*
*1. Verfassung* ..... *185*
*2. Wirtschaft und Sozialpolitik* ..... *187*
*3. Aussenpolitik* ..... *194*

III Die Diktatur ..... *197*
*1. Verfassung* ..... *197*

*2. Wirtscbafts- und Sozialpolitik* ..... 200
*3. Aussenpolitik und Krieg* ..... 208

DIE REGIERUNGSERKLÄRUNG ..... 233

DIE VORBEREITETE RUNDFUNKANSPRACHE ..... 247

AUSARBEITUNG GOERDELERS ..... 255

*Anlage 1* Vorbereitende Denkschriften ..... 265
*Anlage II* Der Besuch des Marschalls Pétain in Paris 270

ANMERKUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ..... 271

LITERATURVERZEICHNIS ..... 279

NAMENSVERZEICHNIS 281

## VORWORT

Nach dem Erscheinen dieses Buches wird die Öffentlichkeit vom *anderen Deutschland* um einiges mehr wissen als bisher. Es wird selber ausführlich zu Worte kommen. Seine führenden Persönlichkeiten, als die wir den Generalobersten z. V. Ludwig Beck und den ehemaligen Leipziger Oberbürgermeister Carl Goerdeler ansprechen müssen, werden die Ziele darlegen, die sie mit ihren politischen und militärischen Freunden Ende 1940 und Anfang 1941 konzipiert und bis 1944 weiterentwickelt haben. Auch von dem Geschichtsbild ihres Kreises wird man erfahren, das in der zweiten Hälfte 1943 erarbeitet und im Frühjahr 1944 in einer Denkschrift niedergelegt wurde. Dabei wird sich zeigen, dass gerade die kritische Analyse der deutschen Vergangenheit seit der Jahrhundertwende zu einer neuen politischen, moralischen und wirtschaftlichen Zielsetzung geführt hat. Beck und Goerdeler haben die Lehren aus der Geschichte gezogen.

Die beiden grossen Denkschriften DAS ZIEL und diejenige ohne Titel, der wir den Namen DER WEG geben, sind hier zum erstenmal ganz veröffentlicht und erläutert. Sie zeugen von einem konservativen Weltbild, das *den Menschen* in die Mitte der Politik stellt und vom christlichen Glauben und sittlichen Grundsätzen ausgeht. Aber zugleich ist dieses Weltbild der Beck und Goerdeler von fortschrittlichem Gestaltungswillen erfüllt und trägt reformatorische Züge; denn seine Urheber wussten, dass man nicht einfach zum Gestrigen zurückkehren und die Verhältnisse aus der Zeit vor 1933 restaurieren könne. Das wird ausdrücklich erklärt. Inzwischen waren durch Hitler und seine Gesinnungsgenossen allzu viele moralische, politische und wirtschaftliche Verheerungen angerichtet worden. Es gehörte mehr dazu als nur Opposition und Widerstand, um die Folgen zu beseitigen und eine

tragbare Ordnung aufzurichten. Vor allem aber galt es, die sittlichen Voraussetzungen für einen Frieden der Versöhnung und des Zusammenschlusses der europäischen Völker und Staaten zu schaffen. Das war letzten Endes *das Ziel,* das Beck und Goerdeler schon in den Jahren vor 1939 vorschwebte und das sie später am meisten beschäftigte. Mitten im Zweiten Weltkrieg haben sie einen neuen Anfang mit dem europäischen Zusammenschluss gemacht. Dabei wird man auch über die Schlacken und Vorläufigkeiten hinwegsehen, wie sie dem Neubeginn anzuhaften pflegen. Das Gesamtkonzept ist noch heute gültig.

Beim Studium der nachfolgenden Denkschriften sollte man sich in die Kriegsjahre unter dem nationalsozialistischen Regime zurückversetzen. Beck und Goerdeler waren nach Bildung und praktischer Erfahrung in Führungsstellungen durchaus Realpolitiker. Sie mussten von der Lage ausgehen, wie sie von 1940 bis 1944 vorfanden, und sie in die ihrer Vorstellungswelt umzuwandeln versuchen. Es entsprach ihrem Bewahrungswillen, «dies unter so wenig Aufhebens wie möglich» zu tun, wie dies auch die preussischen Reformer nach 1806 taten. Auf Clausewitz ist des Öfteren, auf den Reichsfreiherrn vom Stein gelegentlich Bezug genommen, vor allem auch in den Vorarbeiten. Hier waren die Vorbilder, deren Werk zeitgerecht weitergeführt werden sollte. Beck und Goerdeler sind keine Revolutionäre gewesen.

Aber fortschrittlich waren sie. Sie erkannten, dass die Zeit der isolierten Nationalstaaten zu Ende war. Sie bekannten sich als entschiedene Gegner der nackten Gewalt- und Machtpolitik. Vor allem die Denkschrift DAS ZIEL ist zu dem Endzweck konzipiert, durchberaten und schliesslich ins Reine geschrieben worden, um für Europa den Frieden zu gewinnen, in dem auch Deutschland den rechten Platz haben sollte. Sie wussten, dass die Entwicklung der Technik zu grösseren Wirtschaftsräumen führen musste. Um dieses Konzept ist es auch schon in dem Vortrag Becks über den Totalen Krieg vor der Berliner Mittwochgesellschaft im Juni 1942 gegangen. Unsere Autoren haben es sich dabei nicht leidat gemacht, wie wir verfolgen können: Sie wollten zunächst Denkschriften, also noch kein fertiges Programm, sondern ein Konzept, über das man gemeinsam weiter nachdenken und das man durchsprechen wollte. Manche Verfahren der Generalstabsarbeit haben dabei Pate gestanden. Erst mit dem Regierungsprogramm, das wir hier abdrucken

und vielleicht auch schon mit der Ausarbeitung Goerdelers aus dem Jahre 1943 war ein Abschluss dieses Prozesses erreicht. Das muss festgehalten werden.

Wir möchten gleich in diesem Vorwort einen wichtigen Vorschlag machen: künftig nicht mehr nur von der *Opposition* oder nur vom *Widerstand* zu sprechen. Diese Verhaltensweisen waren für Beck und Goerdeler und ihre wohl kritischen, aber auch positiv schöpferischen Naturen zu negativ. Beide zielten auf eine Neugestaltung an Haupt und Gliedern, wie aus ihren Denkschriften hervorgeht. Sie hatten ein neues Konzept von der Politik überhaupt, das sie die totale Politik nannten, im Gegensatz zu dem totalen Krieg Hitlers. Der Grossmut ihres Charakters entsprechend wünschten sie Versöhnung und Zusammenarbeit intra et extra muros. Ihre Denkschriften sollten vollstreckt werden: Das war ihr letzter Wille, das Testament, für das sie als Blutzeugen starben.

Summa summarum: Wir sollten heute von einer deutschen *Erneuerungsbewegung* sprechen. Das war der Inbegriff des Ziels von Beck und Goerdeler. Um die sittliche und politische Reformation kreisten ihre Gedanken.

Der Herausgeber ist dem Verleger Gotthold Müller zu besonderem Dank verpflichtet, denn er hat ihm das Material aus dem Nachlass Goerdelers übergeben, das noch nicht gedruckt war, und ihn mit der Auswahl und Herausgabe betraut. Wir haben uns zunächst zur Veröffentlichung der beiden grossen Denkschriften entschlossen, weil sie tiefe Einblicke in die Werkstatt der deutschen Erneuerungsbewegung gewähren.

Auch Herrn Rechtsanwalt Ulrich Goerdeler soll gedankt sein. Er hat die Genehmigung zur Durchsicht des Nachlasses seines Vaters im Bundesarchiv in Koblenz gegeben. Dem militärgeschichtlichen Forschungsamt in Freiburg und dessen Chef, Oberst i. G. Dr. v. Groote, ist der Herausgeber gleichfalls zu Dank verpflichtet, ebenso wie Herrn Dr. Helmuth Kraunsnick, dem Generalsekretär des Instituts für Zeitgeschichte in München.

Auch meiner lieben Frau sei dankbar gedacht, die Monate angestrengter Arbeit während eines harten Winters mit mir geteilt hat.

Schliesslich möchte der Herausgeber der Bundeswehr Dank sagen. Der Befehlshaber im Wehrbereich VI, Herr Generalmajor Wilhelm Hess in München, hat sie verständnisvoll gefördert.

Ich kann nur hoffen und wünschen, dass die Ergebnisse, die hier vorliegen, auch dem inneren Aufbau der Bundeswehr im Geist des Generaloberſten Beck zugutekommen möchten.

821 Prien am Chiemsee, Frühlingsanfang 1965

WILHELM RITTER VON SCHRAMM

# EINLEITUNG

## ES GING UM MEHR ALS EIN ATTENTAT

### I

Die deutsche Öffentlichkeit hat sich daran gewöhnt, summarisch vom 20. Juli 1944 zu sprechen oder überhaupt nur vom «20. Juli». Dieser eine Tag wurde also zum Inbegriff des Widerstands gegen Hitler und des Aufstands gegen den Nationalsozialismus. In der Folge ist die Bejahung des «20. Juli» sogar zu einer Art Prüfstein der staatsbürgerlichen Loyalität der Demokratie gegenüber geworden. Ist das aber nicht doch eine allzu verkürzte Bezeichnung für den Aufstandsversuch des anderen Deutschland? Leistet man nicht von vornherein Missverständnissen Vorschub, wenn man alle Aufmerksamkeit nur auf diesen einen Tag konzentriert? Tatsächlich hatte dies unerwünschte psychologische Folgen, wie sich inzwischen gezeigt hat. Denn durch die Beschränkung auf ein einziges Datum ist der Anschlag auf Hitler in seinem Hauptquartier «Wolfschanze» in Ostpreussen weit überbewertet und zu *der* Hauptsache geworden, der überwiegend das Interesse gehört. Wie aber kam es zu diesem ungeheuerlichen Ereignis am 20. Juli 1944? Welches waren die Hintergründe und Motive? Und vor allem: Wie sahen die politischen Ziele, die Kriegsziele aus, die die Männer des anderen Deutschland verfolgten? Was planten sie für den Fall, dass Hitler getötet worden wäre und sie zur Regierung gekommen wären?

In Deutschland weiss man heute recht viel vom «20. Juli», nicht zuletzt bei der Jugend, aber das meiste doch nur von dem Anschlag, der scheiterte. Die tragischen, aber auch deprimierenden Begleitumstände dieses Scheiterns haben indessen nicht wenigen Zeitgenossen den ganzen «20. Juli» verleidet. Sie werden innerlich nicht damit fertig oder wol-

len einfach nichts mehr davon wissen, trotz öffentlicher Gedenkstunden. Oder sie kritisieren die Mängel bei der Durchführung des Anschlags. Immer wieder ist das zu hören. Aber gerade die Kritiker wissen selten, unter welchem Zwang der Verhältnisse damals vor allem Stauffenberg handelte und warum unter allen Umständen gehandelt werden musste. Und noch weniger machen sie sich klar, dass das Opfer des eigenen Lebens, das die Männer des anderen Deutschland brachten, nicht vergeblich gewesen ist, sondern zu einem neuen Anfang geführt hat.

Worum ging es denn eigentlich am 20. Juli 1944? Ging es nur um die Beseitigung Hitlers, die «Machtergreifung» von Beck und Goerdeler, die Wiederherstellung der politischen Verhältnisse vor 1933? Sagen wir genug, wenn wir nur vom «Widerstand» sprechen, als sei die Leistung der anderen Deutschen darin erschöpft, dass sie «dagegen» waren, in die Opposition gingen und schliesslich aktive Resistenz trieben? Liefe das nicht auf einen ähnlichen «Antifaschismus» hinaus, wie ihn die ehemaligen Kriegsgefangenen aus Sowjetrussland in so schlechter Erinnerung haben? Nach unserer heutigen Kenntnis der Vorgeschichte des «20. Juli» ist es in der Tat unzureichend, mehr noch: falsch, nur von einem «Widerstand» zu sprechen – angesichts der politischen und moralischen *Erneuerung*, die Beck und Goerdeler erstrebten. Allein zu diesem Zweck, zur endlichen Information über ihr Wollen aus ihrer eigenen Feder, werden die nachfolgenden Denkschriften veröffentlicht.

Auf solche positiven Ziele wurde schon früher hingewiesen. Vor allem Hans Rothfels, dem späteren Tübinger Historiker, den der Nationalsozialismus zur Emigration zwang, ist ein entsprechender Hinweis zu verdanken. In der zusammenfassenden Würdigung, mit der er sein Buch «Die deutsche Opposition gegen Hitler» in der Neuausgabe von 1957 abschliesst, gibt er seiner Überzeugung Ausdruck, dass die deutsche Opposition Ideale hinterlassen habe, die weder an Lokalität noch an Nationalität gebunden seien. Das verleihe ihr einen einzigartigen Charakter unter den europäischen Widerstandsbewegungen. Seit Kriegsausbruch sei sie in die tragische Lage geraten, dass für sie der Kampf um die Befreiung des Vaterlandes unvermeidlich mit der Aussicht auf eine demütigende Niederlage verbunden gewesen sei. «Der einzige Weg diesen Konflikt zu lösen», heisst es dann weiter bei Rothfels, «war die Ersetzung eines negativen durch ein positives Ideal, durch ein Ziel, das

hinausging über den Kampf gegen die Nazis oder gegen äussere Unterdrückung, und das nicht erfüllt war mit dem Sturz des Regimes und der Abschaffung der Tyrannei in nur *einem* Volk. Es bedurfte stärkerer Antriebe von rein menschlichem Charakter, die allgemeine Gültigkeit beanspruchen konnten. So gehörten die führenden Männer der deutschen Opposition in eigener Weise zum Vortrupp eines neuen, von der nationalen Zerrissenheit wie von der Entfremdung durch offene oder anonyme Diktatur zu befreienden Europa[1].»

Hier fällt zum ersten Mal das Stichwort «Europa». Hans Rothfels hat es nicht weiter ausgedeutet und auch in der bis heute über den «20. Juli» vorliegenden Literatur steht es gewiss nicht im Vordergrund der Erörterungen. Überhaupt sind die politischen Ziele des Kreises um Beck und Goerdeler noch nicht grundsätzlich herausgearbeitet und so interpretiert worden, wie sie es vom Gewicht des Themas her verdienen. Es gibt nur einen überlebenden Kronzeugen des Kreises selbst, der zuerst bestimmte Ideale beim Namen genannt hat, nämlich Fabian v. Schlabrendorff: In seinem Erlebnis- und Rechenschaftsbericht «Offiziere gegen Hitler», hat er die drei Losungen der deutschen Befreiungsbewegung folgendermassen angesprochen: Deo – patriae – humanitati, für Gott, das Vaterland und die Menschlichkeit[2]. Das waren gewiss die höchsten Ideale. Aber gab es nicht auch noch konkrete politische Ziele, die verwirklicht werden sollten? Natürlich gab es sie. Sie finden sich in dem «Material», das zum Teil wohl schon veröffentlicht, aber längst nicht so ausgedeutet und kommentiert ist, wie es das seiner Bedeutung nach verdiente. Seine vollständige Veröffentlichung und Ausdeutung ist an der Zeit, nachdem die Erforschung der Ereignisse des «20. Juli» selbst im Zurzeit abgeschlossen ist.

## II

Oppositionelle Gruppen und Konvcntikel hat es unter dem Nationalsozialismus in Deutschland viele gegeben. Es gab Tausende, die im Lande «in den Untergrund gehen» mussten, weil sie politisch verfolgt wurden. Es gab weiter unzählige andere, die nie mit dem Nationalsozialismus zu tun haben wollten, und schliesslich solche, die sich gegen

ihn wandten, als er sich vollends dekuvrierte und sein teuflisches Gesicht zeigte. Aber es gab nur eine einzige Spitzengruppe von Männern, die meist schon im alten Staat und noch in den Anfangsjahrendes «Dritten Reiches» überragende Positionen eingenommen hatten, um dann ausschliesslich aus moralischen und politischen Beweggründen in die Opposition zu gehen: Das war der Kreis um Ludwig Beck und Carl Goerdeler. Und diese beiden taten es zugleich als erfahrene Männer und Sachverständige auf ihrem Gebiet und nicht nur aus gefühlsmässigem Widerstand: Beck hatte sich, seinem grossen Lehrmeister Clausewitz folgend, einen «Gesamtüberblick über alle Verhältnisse» geschaffen, mit denen Deutschland im Falle eines von Hitler verursachten Krieges rechnen musste, und Goerdeler als Oberbürgermeister von Leipzig und zeitweise Preiskommissar des Reiches, hatte auf seinen Weltreisen 1937-39 den gleichen Gesamtüberblick auf dem Gebiet der Politik und Weltwirtschaft gewonnen. Beide nahmen ihren Abschied aus eigenem Entschluss und freien Stücken, von ihrem christlichen und nationalen Gewissen getrieben. Beide hätten sich als Privatleute aus jeder Gefährdung heraushalten und dann im vertrauten Kreis ihrem Unmut Luft machen können, wie dies viele andere getan haben. Ohne Rücksicht auf die Sicherheit ihrer eigenen Person haben sie sich aus Sorge um die Zukunft des Vaterlandes indessen bald zu einer politischen *Arbeitsgruppe* zusammengeschlossen. Denn dies und nichts anderes war zunächst der Sinn ihrer freien Zusammenkünfte. Dann entstand allmählich die Planung gemeinsamen Handelns aus der grundsätzlichen Übereinstimmung in den Gesprächen über die Lage des deutschen Volkes nach der Vollendung der Diktatur, die im Jahre 1938 offenkundig wurde, wie über die Lage des deutschen Reiches nach der Verkündung des Kriegswillens Hitlers gegenüber den Oberbefehlshabern der Wehrmacht im November 1937, die der «Chefadjutant der Wehrmacht beim Führer», der damalige Oberst i. G. Hossbach in dem bekannten Protokoll festgehalten hat.

Bei näherer Betrachtung ist es abwegig, bei der Gruppe Beck-Goerdeler von einer «Verschwörung» zu sprechen. Die Verbindung hatte nichts von der untergründigen Romantik an sich, die diesem Begriff nun einmal anhängt. Ihre Gemeinschaftsarbeit vollzog sich schon deshalb ohne eigentliche Geheimhaltung, weil sie überall Bundesgenos-

sen gewinnen musste, vor allem in der Wehrmacht, deren man unbedingt für den Umsturz bedurfte. So hat es kaum einen Feldmarschall oder Armeeführer gegeben, an den sich Goerdeler nicht persönlich mit einem Schreiben oder einer Denkschrift gewandt hat, um ihn für den Staatsstreich zu gewinnen. Und man kann sicher sein, dass er dies nicht ohne vorherige Absprache mit Beck getan hat. Wie eng Beck und Goerdeler zusammengearbeitet haben, wird weiter unten nachgewiesen werden. In der Geschichte ist keine «Verschwörung» bekannt, von der so viele gewusst haben und über die trotzdem so dichtgehalten wurde wie über die des «anderen Deutschland». Bis zum Ende des Krieges gab es bei den älteren Offizieren also doch noch einen ungeschriebenen Ehrenkodex, wie es auch immer noch Inseln der «guten Gesellschaft» gab, die keine Denunziation kannten, auch nicht bei ausgesprochenen politischen Meinungsverschiedenheiten. Nicht zuletzt auf die Existenz dieser «guten Gesellschaft» war der unverwüstliche Optimismus Goerdelers gegründet. Überall hatte er potentielle Verbündete. Was er freilich nicht genügend einkalkulierte, war der Umstand, dass viele der guten Deutschen, denen er begegnete, im entscheidenden Augenblick trotz aller besseren Einsicht nicht über ihren Schatten springen konnten: sie waren und blieben nun einmal dem eingefleischten Gehorsam und der «Pflichterfüllung» verhaftet, selbst einem Hitler und seinem Unrechtsstaat gegenüber, sie hatten nicht die revolutionäre Kraft oder das Temperament, sich vom Überkommenen zu befreien. Feldmarschall Günther v. Kluge ist ein tragisches und zugleich typisches Beispiel für diese Gruppe unter den Generalen. Der Prozess der Loslösung und Befreiung von ererbten «Tabus», wie man heute zu sagen pflegt, hatte selbst bei Beck und Goerdeler Jahre gedauert, ihrem durchaus konservativen Charakter wie ihrer christlichen Bindung entsprechend. Bei dieser Loslösung aber kamen ihnen Einblicke in die tieferen Zusammenhänge, Erfahrungen, Studien und vor allem bei Goerdeler die grossen Auslandsreisen zugute. Beck und Goerdeler spürten bald, dass sie nicht nur im Zurzeit übereinstimmten, sondern sich auch gerade durch ihre verschiedenen Temperamente ergänzten.

## III

Die Sammlung des Kreises um den Generaloberst z. V. Ludwig Beck, bis 1938 Chef des Generalstabs des deutschen Heeres, ist schon des Öfteren geschildert worden, am besten von Eberhard Zeller in den ersten Kapiteln seines Werkes «Geist der Freiheit», das er 1963 völlig neu bearbeitet hat[3]. Es besteht kein Zweifel, dass der erste *aktive* Widerstand gegen die Kriegspolitik Hitlers von führender *militärischer* Seite ausging und dass es der Generalstabschef war, um den sich dann die deutsche Erneuerungsbewegung kristallisierte. So ist das gewiss Einmalige geschehen, dass in Deutschland, sonst des «Militarismus» hinreichend verdächtig, der General, der an der Spitze des Generalstabs des stärksten Wehrmachtteils stand, gegen den Krieg kämpfte[4]. Dieser Mann ist auch die Mitte und das geistige Haupt einer Bewegung geblieben, die sich als die des anderen Deutschland um ihn sammelte. Es hat sich dabei bekanntlich um ehemalige Konservative wie um Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer gehandelt. Auch frühere Nationalsozialisten waren beteiligt. Dass sie alle auf Beck zukamen, hatte ebenso moralische Gründe, die in dessen lauterer Persönlichkeit lagen, wie sicher auch realpolitische: Nur ein General konnte während der Diktatur über die Mittel verfügen, mit denen die notwendigen politischen Veränderungen erzwungen werden konnten – und das waren Truppen. Schon in der Reichswehrzeit 1932, vor der drohenden Machtergreifung Hitlers, hatten sich Heeresleitung und Gewerkschaften angenähert, um sie zu verhindern[5].

Angesichts der drohenden Kriegsgefahr im Jahre 1938 sind die ersten Umsturzpläne vom Heer ausgegangen – wiederum eine Tatsache, die bestimmten Klischeevorstellungen widerspricht. Nicht nur Beck, damals bereits zurückgetreten, sondern vor allem sein Nachfolger General Haider und der Kommandierende General des III. Armeekorps in Berlin, v. Witzleben, waren zum gewaltsamen Eingreifen entschlossen, der Oberbefehlshaber des Heeres, v. Brauchitsch, damals sogar zu allem bereit. Das war am 28. September 1938. Aber am 29. September trafen sich Chamberlain, Daladier, Mussolini mit Hitler in München, und vierundzwanzig Stunden später wurden die von Deutschen bewohnten Randgebiete der Tschechoslowakei von deutschen Truppen

besetzt und in das «Grossdeutsche Reich» eingegliedert. Aber gerade durch dieses allzu bereite Nachgeben auf die Erpressung Hitlers war nun der Zweite Weltkrieg erst recht unvermeidlich geworden. Goerdeler hatte diese Entwicklung vorausgesehen und seine Freunde vor allem in England nachdrücklich gewarnt. Der erste Aufstandsversuch gegen Hitler und zugleich gegen den Krieg war im Keim erstickt worden durch das Abkommen von München. Hitler triumphierte. Der deutschen Erneuerungsbewegung waren damit die Waffen aus der Hand geschlagen worden.

Die Vorbereitungen für einen Umsturz 1938 wie die weiteren Pläne von 1939 sollen uns hier indessen nickt weiter beschäftigen[6]. Zu unserem Thema gehört die erste, vorbereitende Phase der deutschen Erneuerungsbewegung. Diese aber reifte erst dann voll heran, als sich Goerdeler mit Beck vereinigte. Sie erwuchs aus ihrer Begegnung, ihrer politischen Freundschaft, ihren Gesprächen. Nun ging es um mehr als nur um den Widerstand gegen Hitler, nämlich um eine neue Politik überhaupt.

## IV

Aus der Begegnung von Beck und Goerdeler ist mehr erwachsen als nur ein Auf Stands versuch, der unter tragischen Umständen scheiterte: Diesem Nachweis gilt die einleitende Studie zu den hier veröffentlichten Denkschriften. Es ging ihnen nicht um einen «Umsturz» oder gar um die blosse «Machtergreifung» durch eine Opposition: Was sie wollten und planten, lief nicht auf pragmatische Ziele hinaus, sondern vor allem auf die Wiederherstellung der moralischen Kräfte des deutschen Volkes. Seine *Gesellschaft* sollte von Grund auf gesunden, seine politische und soziale Moral wieder erneuert werden, nachdem sie von Hitler und seinen Leuten schmählich korrumpiert waren. Es ging um die Wiederherstellung der sittlichen Grundkräfte. Frühzeitig erkannten Beck und Goerdeler, dass es keine Moral, keine guten Sitten «an sich» gibt, dass sie Glauben und Vorbild brauchen, aus denen sie genährt werden. Die «Christenheit oder Europa» hatte sich in ihnen erneuert. Aber nicht als romantischer Traum wie seinerzeit bei Novalis, sondern als konkre-

tes politisches Ziel. Womit wir nicht sagen wollen, dass vor allem bei Goerdeler im Unterbewusstsein nicht gewisse romantische Träume noch mitschwangen.

Aber auch das Gewissen der Experten Beck und Goerdeler ist aufgerufen worden. Es war auf ihre Sachkunde, die gemachten Erfahrungen und das Nachdenken darüber gegründet. Beide bewegten die gleichen Dinge: Die Sorge um die Zukunft der Deutschen und des Reiches, gerade als es die meisten Menschen derselben Sprache in seinen Grenzen vereinigte, und bald auch die Sorge um die Ehre des deutschen Namens. *Niemand aus ihrem Kreis hat sie darin übertroffen.* Wohin führte das Vabanquespiel Hitlers das Deutsche Reich, wie gewissenlos verwirtschaftete er sein Vermögen, wie trat er die Grundregeln der Strategie als der Summe aus der Erfahrungswissenschaft Kriegsgeschichte nur um blendender Anfangserfolge willen mit Füssen! In den Denkschriften ist die Empörung nachzulesen: einmal die des Kommunalpolitikers und Volkswirts mit weltweitem Horizont, für den Geld und geleistete Arbeit gleichbedeutend waren, so dass man es weder beliebig «schöpfen», noch weniger aber «verpulvern» durfte – und dann das Aufbegehren des strategischen Denkers, der nicht vom Militärtechnischen, sondern zuerst von der Analyse der weltpolitischen Lage ausging und darum so früh die «Finis Germaniae» prophezeite. Wie eine Vision aber sahen der Stratege Beck und der Politiker Goerdeler bereits das geeinte Europa, auferstanden aus der Selbstzerfleischung des Krieges.

Der moralische Abscheu war gewiss *das* Grundmotiv der deutschen Erneuerungsbewegung. Das ist ebenso sicher wie auf der anderen Seite die Tatsache, dass sie anfangs wenigstens ein Stück dieser deutschen Erneuerung von der Aktivität des Nationalsozialismus erhofft hatten, angesichts des Idealismus, den er in manchem gutgläubigen Deutschen mobilisierte. Aber dann kamen die Warnzeichen des sogenannten Röhm-Putsches am 30. Juli 1934, die Judenverfolgungen wie die Diffamierung der Kirchen, die zunehmenden Rechtsbrüche, die Ungeheuerlichkeiten bei der Beseitigung des Generalobersten Frhr. v. Fritsch als Oberbefehlshaber des Heeres, der sich der Kriegspolitik Hitlers widersetzte – und dann diese selbst. In der Denkschrift «Der Weg» kann man nachlesen, wie Beck und Goerdeler darüber dachten. *Sie* wurden die Stimme des «anderen Deutschland», als es die Diktatur zum Schweigen

verurteilte. Hier aber sagen sie noch einmal posthum, wie Hunderttausende guter Deutscher zum Nationalsozialismus standen und wie sie ihn beurteilten, als sie sein wahres Gesicht erkannten. Aber Beck und Goerdeler sind bei der Verurteilung und Ablehnung nicht stehengeblieben, sondern haben ein eigenes grosses Konzept entwickelt: Das ist ihre bleibende Leistung.

## V

Noch zu ihren Lebzeiten haben Beck und Goerdeler herbe Kritik erfahren, auch aus den eigenen Reihen. Vor allem Ulrich von Hassell hat damit nicht hinter dem Berg gehalten, wie seine Tagebücher beweisen. Aber deren Notizen haben ihre Charakterbilder manchmal verzeichnet, vor allem in jener letzten hektischen Phase, als das Attentat unvermeidlich wurde. Wenn man sie aber cum grano salis versteht, enthält die Kritik Hassells wichtige Hinweise auf die wahre Bedeutung beider Männer. Ohne Zweifel lag sie mehr in der Schau der politischen Zukunft als in der Eignung zum Umsturz. Sicher ist Generaloberst Beck mehr ein Mann der moralischen Grösse gewesen, dem Wägen mehr zugeneigt als dem Wagen, mehr Clausewitz als Gneisenau oder Blücher. Hier ist von Hassell recht zu geben[7]. In den Denkschriften wird aber deutlich, dass Beck gerade darum die ganze Tiefe und Grösse der Aufgabe erkannt hat. Er wollte nicht einfach putschen, sondern in einem politisch-philosophischen Sinn reinen Tisch machen und war sich darin mit Goerdeler einig. Sie wollten keine Restauration des Gestrigen, so konservativ sie blieben. Was sie erstrebten, waren durchdachte Reformen an Haupt und Gliedern zur Entlastung des Staates, damit er für seine grossen Aufgaben frei werde, nämlich die «totale» Politik in einem europäischen wie in einem weltpolitischen Rahmen. Wenn sie z.B. noch Anfang 1941 daran gedacht haben, die Monarchie wiederherzustellen, so haben sie doch sehr bald die Gefahr der Restauration erkannt, die damit heraufbeschworen wurde. 1943 sind diese Pläne längst begraben. Freilich ist zu vermuten, dass dies auch unter dem Einfluss von Leber und Leuschner geschah. Die Denkschrift «Der Weg» zeigt jedenfalls deutlich die Spuren der «Öff-

nung nach links», die nach der Genesung Becks im Herbst 1943 einsetzte. Audi unter dieser Einwirkung ist sicher der «Generalstatthalter» Beck an die Stelle eines Monarchen getreten. Becks Geist, seine Lauterkeit und sein untadeliger Charakter gaben den Ausschlag dafür. Aber auch die Tatsache wird mitgesprochen haben, dass der Erzieher des deutschen Generalstabs des Heeres bis 1938 für viele höhere Offiziere noch immer als die Autorität galt, und zwar nicht nur für Witzleben, der, unterdessen selbst zum Feldmarschall befördert, dem früheren Generalstabschef stets mit achtungsvoller Ergebenheit begegnete[8]. Ähnliches gilt für Feldmarschall v. Kluge und viele andere. Den meisten anderen Oberbefehlshabern der Heeresgruppen und Armeen hätte Beck als Stratege noch 1944 *die* Alternative zu Hitler bedeutet[9]. Ihm allein war auch zuzutrauen, dass er sich noch einmal «vor die Armee stellte», d.h. eine strategische Ausgangslage herbeizuführen vermochte, die *politische* Verhandlungen ermöglichte. Das ist bisher viel zu wenig beachtet worden[10].

Ähnlich unscharf sind auch die Urteile über Goerdeler. Seine Persönlichkeit war stärker, als seine Schreibfreudigkeit zum Ausdruck bringen konnte. Er hatte eine grosse Laufbahn und Leistung aufzuweisen, als er ähnlich wie Beck dem Dienst entsagte. Nicht mit Unrecht ist von seinem «Sendungsbewusstsein» gesprochen worden, gleichfalls auf seiner moralischen Grösse beruhend und in seiner persönlichen Integrität begründet. Sein Gemüt war es vor allem, dass er so leicht Kontakt fand und Zutrauen erweckte, dass er die Messestadt Leipzig wie ein guter und gestrenger Hausvater regierte. Seine solide Finanzwirtschaft hat ihren zerrütteten Haushalt wieder in Ordnung gebracht. So wurde er schnell populär, auch in den Kreisen der Arbeiterschaft. Er selbst liebte das einfache Leben mit seiner Familie und blieb darin stets ein Vorbild, ganz im Gegensatz zu den emporgekommenen Parteigenossen. Auch in solcher Bescheidung war er Beck wähl- und wesensverwandt und im Gegensatz etwa zu Hassell kein übermässiger Freund des «diplomatischen Frühstücks». Goerdeler hatte das Zeug, ein «Volkskanzler» zu werden.

So waren die beiden Männer beschaffen, von denen die deutsche Erneuerungsbewegung im Zweiten Weltkrieg ausging. Denn zu einer solchen hatten sie sich nach dem Fehlschlag der beiden Umsturzversuche

von 1938 und 1939 durchgerungen. Sie erstrebten Reformen von Grund auf. Wie innenpolitisch das grosse Reformwerk des Freiherrn vom Stein weitergeführt werden sollte, so wollten sie aussenpolitisch an Bismarck anknüpfen und dessen «Kunst des Möglichen» wieder erneuern. Bei Beck hat zudem Clausewitz Pate gestanden, wie wir aus seinen «Studien» wissen. Aber er hatte die klassische Kriegsphilosophie auch schöpferisch weiterentwickelt und sich vor allem Gedanken darüber gemacht, wie man den *Frieden gewinnen* könne.

Die politischen Denker in Deutschland sind selten, die aus der politischen und strategischen Praxis kamen und die *Geschichte als Erfahrungswissenschaft* kritisch analysierten. Beide, Beck und Goerdeler, sind jedoch über ihre eigenen Erfahrungsbereiche weit hinausgewachsen: Beck über den des Generalstabschefs zum staatsmännischen Denker und Kämpfer für den Frieden, Goerdeler über den des Kommunalpolitikers grossen Stils in den Bereich der kontinentalpolitischen und weltwirtschaftlichen Übersicht. Ein gründliches Wägen stand vor dem Wagen, das Durchdenken der Lage, vielfach als «Theorie» abwertend bezeichnet, vor dem schliesslichen Handeln. Das Attentat sollte den Weg frei machen, als man genau wusste, was man wollte, und kein anderer Ausweg mehr übrigblieb. Diesem Konzept zu folgen, waren auch die bereit, die aus den linken Parteien zu ihnen gestossen waren. Aber auch sie wollten nicht einfach zum Parteienstaat zurück, wie wir vor allem von Dr. Julius Leber wissen. In den entscheidenden Fragen hat sich der Frontoffizier des Ersten Weltkriegs offenbar gut mit dem klugen und zum Weltweisen gewordenen Generalobersten verstanden.

## BECK UND GOERDELER ALS POLITISCHE FREUNDE

### I

Wann sind sich Beck und Goerdeler zum erstenmal begegnet? Wir wissen es nicht genau. Wahrscheinlich bereits zu der Zeit, als Goerdeler noch das Amt des Reichskommissars für die Preisüberwachung innehatte, oder doch bald danach. Jedenfalls findet sich im Nachlass Becks ein früher Bericht über die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage, den Goerdeler auf Veranlassung des Staatssekretärs und Chefs der Reichskanzlei, Dr. Lammers, erstattet hatte, denn er war damals noch einmal für ein «hohes Reichsamt» im Gespräch[12]. Ein Typoskript dieses Gutachtens, vom 26.10.1935 datiert, ist Anfang November vom Generaloberst v. Fritsch und von Beck abgezeichnet worden. Sie haben es sicher aufmerksam gelesen, denn für Beck, der die politische Entwicklung immer sehr wachsam verfolgte, war Goerdeler damals längst ein Begriff, und zwar nicht nur als der so hoch angesehene Oberbürgermeister und Reichskommissar unter Hindenburg und Hitler, sondern als eine der wenigen Persönlichkeiten des politischen Lebens, die die Parteipolitiker weit überragte.

Am 1. April 1937 trat Goerdeler als Oberbürgermeister von Leipzig zurück. Der Anlass dazu war bekanntlich, dass der Leipziger Kreisleiter während einer Vortragsreise des Oberbürgermeisters nach Finnland das Mendelsohn-Denkmal vor dem Gewandhaus hatte entfernen lassen. Goerdeler konnte nicht durchsetzen, dass es wieder aufgestellt wurde und nahm darauf kurzerhand seinen Abschied[13]. Es ist kein Zweifel, dass die Charakterfestigkeit und der moralische Mut Goerdelers auf Beck einen ebenso nachhaltigen Eindruck machten wie Goerdelers Eintreten für Mendelsohn, das den Musikfreund Beck stark be-

rührte. Seitdem hielt der Generalstabschef seinen Blick besonders aufmerksam auf Goerdeler gerichtet: Er war wohl schon damals für ihn «der kommende Mann».

Aber dieser «kommende Mann» strebte trotz seiner 52 Jahre zunächst danach, seine weltpolitische Bildung zu erweitern. Die Weltwirtschaft in ihren Zusammenhängen wollte er genauer kennenlernen, um sich einen grossen Überblick zu verschaffen. Ein scheinbarer Rückschlag kam ihm dabei zu Hilfe: Es hatte nahegelegen, dass sich die Grossindustrie für einen Experten wie Goerdeler interessierte. So war schon vor seinem Rücktritt als Oberbürgermeister die Firma Krupp in Essen mit ihm in Verbindung getreten, um ihn als «Wirtschaftsführer» zu gewinnen. Es war auch zu einer Abmachung darüber gekommen. Dann aber hatte sich Hitler persönlich, als er befragt wurde, gegen die Verwendung Goerdelers in Essen ausgesprochen. Die hohe Entschädigungssumme, die man Goerdeler für seinen Verzicht anbot, lehnte er anfangs ab, entschloss sich dann aber doch, einen geringeren Betrag unter der einen Bedingung anzunehmen, dass er damit die Auslands- und Weltreisen finanzierte, die er schon länger plante. Ausserdem hatte ihm Hjalmar Schacht, damals noch Reichsbankpräsident, angeraten, im Ausland mit führenden Wirtschaftlern und Politikern Verbindung aufzunehmen, um sich ein Gesamtbild von der Welt draussen zu machen und sie gleichzeitig darüber zu orientieren, dass es auch noch ein anderes Deutschland im Hitlerstaat gäbe[14].

So sind die Jahre 1937 und 1938 die eigentlichen Lehr- und Wanderjahre des präsumtiven Kanzlers geworden. Da er über seine sämtlichen Reisen Berichte schrieb, kann man sich von ihnen ein anschauliches Bild machen. Im Juni 1937 war er in Belgien, im Juli in England, im August in Frankreich. Dann folgte im September eine Reise nach Kanada, der sich ein Aufenthalt in den Vereinigten Staaten für die Dauer von zweieinhalb Monaten anschloss. Nach den Angaben Ritters hat er seit 1937 mit den Generälen v. Fritsch und Beck, Haider und Thomas, dem Chef des Wehrwirtschaftsamtes in Verbindung gestanden und ihnen seine Reiseberichte zugänglich gemacht. Fritsch hatte ihm auch die Verbindung zu den deutschen Militärattachés in den Staaten vermittelt, die Goerdeler besuchte. So hatte Goerdeler Grund, im Oberkommando des Heeres persönlich über seine Begegnungen zu berichten.

Einen Monat vor Goerdeler, etwa im Juli 1937, war auch Beck, damals General der Artillerie, «privat» nach Frankreich gefahren. Die Pariser Weltausstellung und ein persönlicher Besuch dienten ihm als Vorwand. In Wirklichkeit ging es Beck um viel mehr, nämlich um die Anbahnung einer Verständigung mit Frankreich, die ihm wahrscheinlich schon seit seinen Leutnantsjahren in Strassburg am Herzen gelegen hatte. Seitdem sprach er auch geläufig Französisch. So besuchte er, zwar ohne amtlichen Auftrag, aber doch auch mit Wissen und Einverständnis Hitlers, dem diese «Geste» damals durchaus in sein Konzept passte, sowohl Marschall Pétain, dessen Heeresgruppe vor Verdun der des deutschen Konprinzen gegenübergelegen hatte (Beck hatte damals in dessen Stab als Generalstabsoffizier die «Feindlage» bearbeitet), wie den Generalissimus Gamelin und machte auch dem französischen Ministerpräsidenten Daladier seine Aufwartung[15]. Aber Beck ging es um mehr als um eine «Geste», wie sich vor allem bei dem Versuch der «Westlösung» im Frühjahr 1944 gezeigt hat. Beck und Goerdeler ergänzten sich auch im europäischen Sinne, indem der eine mehr zu den Franzosen, als *der* soldatischen Nation neben der deutschen neigte, während Goerdeler in den Engländern *das* politische Volk Europas bewunderte. Seine Reiseberichte bringen dies immer wieder zum Ausdruck.

Bis zu seiner Rückkehr aus den Vereinigten Staaten Ende 1937 hatte Goerdeler viele wesentliche Eindrücke gewonnen und seinen Horizont mächtig erweitert. Das folgende Jahr war für ihn nicht weniger bewegt: Von Mitte März bis Mitte April wurden wieder England und Frankreich besucht; im August 1938[16] brach er zu seiner dritten Reise auf: über die Schweiz (wo er bis zum 20. Oktober verweilte und sich mit Freunden aus England traf), dann über Italien ging es nach Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien. Über die neuen Reisen nach England und Frankreich hatte er am 30. April 1938 einen längeren zusammenfassenden Bericht abgeschlossen, und in diesem zeichnen sich schon die kommenden Europapläne ab, wenn er schreibt: «Wir stehen dicht vor einem Kulminationspunkt der gesamten Entwicklung. Wir sind in den Zeitpunkt eingetreten, in dem alle vernünftigen Vorstellungen zusammenwirken, die die Völker heissen, den Frieden dem Kriege vorzuziehen. In diesem Zeitraum sind sichere Möglichkeiten

vorhanden, sich über *alle* deutschen Lebensfragen zu verständigen. Überall verlangt insbesondere die jüngere Generation Ideal und Wirklichkeit in Übereinstimmung zu bringen, miteinander zu sehen. Ich bin überzeugt, dass *eine deutsche lnitative für eine Politik der Zusammenarbeit, für eine Beseitigung aller politischen Reibungsflächen und für eine konstruktive Arbeit auf dem Gebiet der Handels-, Wirtschafts- und Sozialpolitik die Welt mit sich reissen würde*[17].»

Es ist sicher, dass Beck diesen Bericht kannte, wie ihm auch alle anderen zugänglich gemacht wurden. Denn wir wissen von dem langen Gespräch, das Goerdeler im Januar 1938, nadi seiner Rückkehr aus den Vereinigten Staaten, damals noch mit Fritsch und Beck geführt hat. Er berichtete eingehend über seine Eindrücke, auch über die militärischen nach Auskunft der Militärattachés in den besuchten Ländern[18]. Dieser Vertrauensbeweis war Goerdeler sicher auch deshalb zuteil geworden, weil ein Memorandum bei OKH vorlag, das Beck schon am 11. Januar 1937 seinem Oberbefehlshaber zur Kenntnis brachte. Darin hiess es u.a.: «Auf der Armee liegt ganz ausschliesslich die Verantwortung für die kommenden Dinge. Vor dieser Feststellung gibt es kein Ausweichen. In- und Ausland sind darin einer Meinung und diese entspricht der Wahrheit.[19]» Sicher ist Beck auch durch dieses Memorandum, das allem Anschein nach gleichfalls von Goerdeler stammte, in seinem Entschluss, nach Frankreich zu reisen, bestärkt worden. Vielleicht hat es sogar den Anstoss dazu gegeben.

Aber nicht nur der Kreis um Goerdeler, auch Hitler selbst hatte längst die Schlüsselstellung der Armee erkannt, die sie noch 1937 einnahm. Es ist früher wie später oft, und zwar abwertend, von der Rolle dieses «Staates im Staat» gesprochen worden, aber im Dritten Reich war sie dies von 1933 bis zum 4. Februar 1938 in einem positiven Sinn. Denn in ihrem Bereich haben die Gepflogenheiten des Rechtsstaats und gute Sitten noch immer gegolten; auch richteten sich die Augen derer damals auf sie, die früher mit dem «Militär» nichts oder wenig im Sinn hatten. Gerhard Ritter ist sicher ein unvoreingenommener Zeuge, wenn er feststellt, dass die Wehrmacht, besonders aber das Heer «unzähligen Unzufriedenen, die sich politischer Verfolgung oder lästigen Zumutungen der Partei entziehen wollten, lange Zeit, bis in den Weltkrieg hinein, als eine Art Zufluchtsstätte diente[20]».

Diese Rechtsstaatlichkeit der Wehrmacht in einem Parteistaat, in dem die Rechtlosigkeit dauernd zunahm, erlitt am 4. Februar 1938 den ersten der schweren Schläge, an denen sie 1944 vollends zugrunde gehen sollte: An diesem Tag ernannte sich Hitler in eigener Person zum Obersten Befehlshaber und damit praktisch zu seinem eigenen Kriegsminister. Er hatte die Chance, die ihm die seltsame Heirat des bisherigen Kriegsministers v. Blomberg anbot[21], «wie im Fluge ergriffen», gleichzeitig aber auch den Oberbefehlshaber des Heeres, Freiherrn v. Fritsch, der seiner Kriegspolitik widerstrebte, mit Hilfe einer infamen Intrige beseitigt[22]. Die Ereignisse sind so bekannt, dass sie hier nicht wiederholt zu werden brauchen. Das moralische Gewissen von Beck und Goerdeler war darüber ebenso hell empört, wie sie aber auch die politische Seite der militärischen «Machtergreifung» Hitlers mit sicherem Instinkt erkannten. Die Empörung ging bei Goerdeler so weit, dass er versuchte, die Generale, die ihm näherstanden, zu einem Putsch gegen die Gestapo aufzustacheln. Gisevius, der um diese Zeit mit Goerdeler in Verbindung trat, hat ausführlich darüber berichtet[23]. Aber Beck stand damals noch auf dem Standpunkt, dass der Begriff der Meuterei im Wörterbuch eines deutschen Offiziers nicht vorkomme[24]. Der Grund zu der tödlichen Feindschaft zwischen Heer und Gestapo wurde damals gelegt. Sechs Jahre später sollte sie in Paris zur schlagartigen Verhaftung aller Gestapo-Beamten führen. Der sie am 20. Juli 1944 befahl, und zwar als erste Massnahme nach dem angeblichen Tod Hitlers, war einer der nächsten Mitarbeiter Becks im Generalstab des Heeres, der frühere Oberquartiermeister I Karl Heinrich v. Stülpnagel[24].

Im Ganzen sind die Verbindungen zwischen Beck und Goerdeler bis zum Kriegsausbruch 1939 locker geblieben. Noch kommt es zu keiner systematischen Zusammenarbeit. Aber jeder arbeitet bereits auf das gemeinsame Ziel hin. Fritsch bleibt verabschiedet, auch wenn er formell rehabilitiert wird, und resigniert. Aber Beck tritt dafür um so leidenschaftlicher mit den Appellen seiner Denkschriften hervor, bis auch er aufgibt und sein Amt als Generalstabschef niederlegt. Bei Goerdeler aber sind es Auslandsreisen, die aussenpolitische Klärung schaffen sollen. Nur vom Januar bis Mitte März 1938, von Mitte April bis Anfang August, dann wieder von Mitte Dezember bis Ende Februar 1939 ist er

zu Hause. Es ist nicht genau zu ermitteln, wann und wie oft sich Beck und Goerdeler damals trafen; dass sie sich aber besprachen, ist ebenso sicher wie die Tatsache, dass Goerdeler ständig Kontakt mit General Thomas, dem Chef des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes hielt. Thomas wieder versah Beck mit den notwendigen Unterlagen zur Beurteilung der wehrwirtschaftlichen Lage. Goerdeler hat sie durch solche über die Länder ergänzt, die er in diesen Zeiten besuchte: Diese Zusammenarbeit ist in der ersten Phase, dem Widerstand, ebenso selbstverständlich wie später in der Erneuerungsbewegung. Charakteristisch dafür ist auch, dass Beck bei seinem Ausscheiden aus dem Amt des Generalstabschefs seinem Nachfolger Haider die weitere enge Zusammenarbeit mit Goerdeler ans Herz legt[23]. Dazu ist es allerdings nicht in dem erhofften Ausmass gekommen.

Goerdeler stand unterdessen in einem Vertragsverhältnis zur Firma Bosch in Stuttgart. Schon 1936 waren durch den Leiter des württembergischen Volksbildungswerks, Theodor Bäuerle, dorthin die Fäden gesponnen worden. Als dann nach und trotz der Münchner Abkommen die Kriegsgefahr immer näher rückte, wuchs die Bedeutung der Auslands- und Weltreisen Goerdelers entsprechend: Sie waren letzte Versuche, Europa vor einem zweiten Weltkrieg zu retten, aber sie hatten auch einen praktischen Anlass: Nach dem Kaltenbrunner-Bericht vom 17. 8. 1944 «sollte Bosch-Besitz im voraussichtlich feindlich werdenden Ausland dadurch vor Beschlagnahme gerettet werden, dass eine schwedische Bank Bosch-Werte übernahm. Goerdeler wickelte das Geschäft über den schwedischen Bankier Wallenberg ab, den er seit 1934 kannte und der ihm auch wichtige politische Verbindungen erschloss. Zeitweise ist auch der Kölner Bankier Woldemar von Oppenheim (Bankhaus Pferdmenges) als entfernter Verwandter Wallenbergs mit eingeschaltet worden[26]».

Goerdeler war ein Botschafter des anderen Deutschland mit einem unbesiegbaren Glauben an die Überzeugungskraft der Vernunft. Als er zurückkehrte, hatte er unter einer Menge von Politikern und Wirtschaftsführern auch Churchill gesprochen, vor allem aber ein Friedensprogramm erarbeitet, das für die deutsche Erneuerungsbewegung von grösster Bedeutung werden sollte, denn es enthält bereits das Konzept einer europäischen Staatengemeinschaft auf genossenschaftlicher

Basis[27]. An diesem Konzept hat Goerdeler unverbrüchlich den ganzen Krieg über festgehalten und auch seine Freunde dafür gewonnen, vor allem Beck, der längst in der gleichen Richtung dachte. Seine Reise nach Paris hatte es ja bewiesen. Nun aber gewann Beck einen Verbündeten, der über weitgespannte Auslandsbeziehungen verfügte und sie auch im Falle eines Krieges wenigstens indirekt aufrechterhalten konnte. Auch diese Tatsache fiel natürlich ins Gewicht. Es gab keine zweite politische Persönlichkeit in Deutschland, die in die deutsche Erneuerungsbewegung eine ähnlich wertvolle Mitgift einzubringen vermochte.

## II

Seit dem 14. August 1939, bereits aus den Zeiten der drohenden Kriegsgefahr also, wissen wir von einer Art «Dreier-Gruppe» Beck-Goerdeler-Ulrich von Hassell. Hassel, damals 58 Jahre alt, war der Schwiegersohn des Grossadmirals v. Tirpitz und stand bereits seit 1919 im Auswärtigen Dienst des Reiches. 1926 war er Gesandter in Kopenhagen, 1930 in Belgrad, dann von 1932-1938 Botschafter in Rom. Seit Belgrad war er eng mit dem britischen Botschafter Henderson befreundet. Seine Tagebücher sind eine wichtige Quelle für die Begegnungen und Beziehungen zwischen Beck und Goerdeler. Am Montag, dem 14. August, berichten sie von seinem ersten Besuch bei Goerdeler im Hospiz am Askanischen Platz in Berlin, in dem dann später auch dessen Denkschriften aufgefunden wurden. Goerdeler wird folgendermassen geschildert: «Frisch, klar, aktiv. Vielleicht ein bisschen sanguinisch; man hört allgemein, er sei unvorsichtig und werde ziemlich überwacht. Auf alle Fälle eine Wohltat, einmal mit einem Mann zu sprechen, der nicht ‚meckern', sondern handeln will. Natürlich sind ihm wie uns allen die Hände gebunden, und er ist verzweifelt über die Entmannung der Armee seit dem 4. Februar 1938.» «Abends allein bei Beck gegessen. Sehr feiner, anziehender, kluger Mann. Leider hat er eine sehr geringe Meinung von den führenden Leuten der Wehrmacht. Er sieht daher keinen Punkt, an dem man ansetzen könnte. Er ist von der Verwerflichkeit der Politik des Dritten Reiches fest überzeugt. Sowohl mit ihm wie mit Goerdeler habe ich den Gedanken besprochen, unter der Firma

«Beirat der Weissen Blätter» zusammenzukommen[28]. Ich bin aber davon abgekommen, das in Neustadt (an der Saale) zu tun. Berlin ist besser. Die Dinge haben sich im Übrigen seit meiner Unterhaltung mit Guttenberg so zugespitzt, dass kaum noch Zeit für solche Umwege bleibt[29].»

Beck und Goerdeler kannten sich, wie gesagt, bei Kriegsausbruch 1939 schon mehrere Jahre. Von Anfang an stimmten sie politisch überein und hatten wohl auch das Gefühl, sich gegenseitig zu ergänzen. Aber dann gab es offenbar noch ein Ereignis, das sie ganz persönlich verband. Nach beider Wesensart musste bei diesem Anlass auch ein Gefühlsmoment mitsprechen, denn das Gemüt bestimmte beider Verhalten, ihr persönliches wie ihr politisches, wenn es bei dem Soldaten Beck auch verhaltener war als bei Goerdeler. Ein solcher Anlass ist wohl der folgende gewesen, über den Hassell unter dem 11. Oktober berichtet: Goerdeler besucht seinen «militärischen Freund» Beck in dessen Wohnung in Berlin-Lichterfelde. Der Krieg ist schon im Gang, den sie beide hatten verhindern wollen. Polen wird überrannt. Vor Warschau fällt der frühere Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst Freiherr v. Fritsch, als Chef seines Regiments, bei dem er offensichtlich den Tod vor dem Feind gesucht hat. Vielleicht hören Beck und Goerdeler gerade aus diesem Anlass gemeinsam den englischen Sender. Ein englischer General spricht und berichtet Dinge, die jetzt im Krieg in Erstaunen versetzen: Er erzählt von der alten deutschen Armee aus der Zeit vor dem I. Weltkrieg, als er zu einem Berliner Garderegiment kommandiert war. Er rühmt dessen Geist, die Disziplin seiner Soldaten, die Ritterlichkeit, mit der die preussischen Gardeoffiziere dem englischen Kameraden begegneten. Der Engländer unterstreicht, dass solche Ritterlichkeit auch noch im I. Weltkrieg lange die deutsche Kriegsführung bestimmt hat. Aber wo, so fragt er dann, sind diese deutschen Offiziere inzwischen geblieben? Wie hat es überhaupt zu den deutschen Grausamkeiten in Polen kommen können? Schliesslich spricht der englische General von dem Tod des Generalobersten Freiherrn v. Fritsch vor Warschau und gibt zu erkennen, dass es auch die Engländer wissen: Der ritterliche ehemalige Oberbefehlshaber des deutschen Heeres, durch eine Infamie ohnegleichen «abgehalftert», suchte den Tod, weil er in einer solchen Welt nicht leben wollte. Das

wissen die Engländer, und ihr Sprecher ehrt den deutschen Gefallenen, Sie spielen leise «Ich hatt' einen Kameraden». Bei diesem Lied verliert Beck die Fassung und muss sich abwenden. Goerdeler hat es später Hassell erzählt, der die Szene in knappen Worten berichtet[30].

Seitdem gibt es offenbar das «Gespann» Beck und Goerdeler. Denn von da an häufen sich die Notizen über ihre Zusammenarbeit, ungeachtet aller Verschiedenheiten ihres Naturells und ihrer Laufbahn. Da ist Beck: klug und verhalten, stets ab wägend in seinem Urteil, ein General von der Prägung Moltkes – und ihm gegenüber Goerdeler: immer mit dem Herzen bei der Sache, voll Aktivität und Optimismus, um keine Aushilfe verlegen, wenn wieder eine Hoffnung getrogen hat. Wie die vita activa und die vita contemplativa, so ergänzen sie einander, nicht zuletzt deshalb, weil sie beide Gemüt haben und eben dieses Gemüt dauernd von den Ungeheuerlichkeiten verletzt wird, wie sie von Hitler begangen werden. Dem Generalobersten z. V. Ludwig Beck sind im Übrigen die Hände gebunden; der Beauftragte der Weltfirma Bosch aber kann überallhin reisen und zeigt sich ebenso kontaktfähig wie -freudig, wie in den Aufzeichnungen Hassells über die nächsten Monate nachzulesen ist: Die Reise nach Schweden, dann die Begegnung mit dem belgischen König, das heimliche Treffen mit Haider, in der Erwartung, dass dieser als Nachfolger Becks «es» wagen werde, der Besuch bei dem «Urgrossadmiral» Raeder. So geht das durch Jahre hindurch. Wenn die eine Karte nicht sticht, tut es vielleicht eine andere.

Indessen begrüsst Beck diese Aktivität, die ihm selber versagt ist, aber er versucht auch, sie zu zügeln. Als Generalstabschef hat er Erfahrung im Umgang mit Menschen, weiss sie zu nehmen und richtig anzusetzen. Die Politik müsse sich den Personen und den Verhältnissen anpassen, bekennt er einmal später[31]. Goerdeler mag seine Schwächen haben, aber die Lauterkeit seines Charakters wie seiner Absichten ist sicher. Also hält Beck zu Goerdeler und wird immer zu ihm halten. Aber er unterlässt es auch nicht, dem Jüngeren wegen seiner allzu sanguinischen Art gelegentlich tüchtig zuzusetzen[32]. Vor allem aber weiss er, dass dieses politische Temperament durch bestimmte Aufgaben gebunden werden muss. Mit aus solchen Erwägungen sind wohl die Denkschriften entstanden, die wir als wichtigste Dokumente des deutschen Erneuerungswillens besitzen.

Beck selbst liebte es auch «schriftlich zu denken». Er war es von seiner dienstlichen Tätigkeit im Generalstab her gewohnt und die ersten Kontakte mit Goerdeler hatten sich aus dessen Denkschriften ergeben. Beck wusste auch aus Erfahrung, wie sehr sich die Gedanken klären, wenn sie niedergeschrieben werden und man so mit ihnen konfrontiert wird. So gehörten die Memoranden, wie mit Recht bemerkt wurde, auch zu den geistigen Waffen der Erneuerungsbewegung, und schliesslich wusste Beck, dass sie von grosser Wichtigkeit für die Zukunft und vor der Geschichte werden könnten. «So waren denn auch alle Denkschriften Becks mitdiktiert von der Absicht, Zeugnis und Rechenschaft vor dem Tribunal der Geschichte abzulegen[33].» Man musste wissen, was man wollte, und auch die Nachwelt sollte erfahren, wie man politisch dachte und die Zukunft gestalten wollte.

Die ersten gemeinsamen Zukunftspläne dieser Art sind bereits im Dezember 1939 entstanden. Sie sind dem Gedankenaustausch vor allem der «Dreiergruppe» Beck-Goerdeler-Hassell zu verdanken. Aber auch Popitz, Oster, Gisevius traten mit in Aktion, vor allem Popitz als Fachmann der Staats-Verwaltung. Immer wieder wird das Bestreben sichtbar, aus den gegebenen Verhältnissen durch Reformen nicht nur den Staat zu erneuern, sondern, was den Gesprächspartnern ebenso wichtig scheint, die Gesellschaft, die Menschen, die in diesem Staat leben. Man will gemeinsam «wahre nationale und soziale Grundsätze» verwirklichen mit der «christlichen Sittlichkeit als Leitstern», wie sie sich auf die deutsche Überlieferung gründet. Der bleibende Konsens ist damit gegeben. Er tritt geradezu greifbar in Erscheinung, wenn man bei Hassell eine Notiz vom Januar 1940 liest: «Gegen Abend bei Beck: sehr klug und ruhig, sieht aber zurzeit auch keinen Weg. Goerdeler kam zufällig nachher auch. Wir assen im ‚Krug' in Dahlem und gingen dann zu Popitz. Bis 1 Uhr Unterhaltung über die bei einem Umschwung zu treffenden Massnahmen. Wir waren uns über den akademischen Charakter leider ganz klar, trotzdem ist es nötig[34].»

In der Tat war eine gemeinsame Zielsetzung notwendig. Man musste für alle Fälle bereit sein. Nach den Lagebeurteilungen Becks, die erst neuerdings bekannt wurden[35], konnte bei einem deutschen Grossangriff im Westen ein Rückschlag eintreten, der Hitler eventuell hätte zu Fall bringen können. Eine schnelle Niederlage war jedenfalls besser als ein

langer Krieg, der dann doch in die Katastrophe führen musste. Aus diesem Grunde ist zu verstehen, dass Oberst Oster den holländischen Militärattaché unmittelbar vor Beginn des deutschen Angriffs davon unterrichtete, was bevorstand. Es ist in der Tat nicht auszudenken, was Deutschland und Europa erspart geblieben wäre an menschlichem Elend, materiellen Opfern und politischer Zerstörung, wäre die deutsche Offensive im Mai 1940 gescheitert und danach Hitler gestürzt worden. Die militärische Niederlage brauchte nicht katastrophal zu sein, so wie sie es dann 1945 wurde, aber vielleicht hätte sie den Weg zu einer raschen Verständigung der europäischen Völker und zu einer innenpolitischen Neugestaltung freigemacht.

Die Gruppe Beck-Goerdeler hegte jedenfalls diese Hoffnung vor Beginn der deutschen Offensiven im Frühjahr 1940. Deshalb die Besprechungen Ulrich v. Hassells mit einem englischen Kontaktmann in Arosa[36]. Aber dann hatten die erfolgreiche Landung in Norwegen und der Blitzsieg im Westen eine völlig neue Lage geschaffen. Alle Pläne mussten eine Zeitlang ruhen. Erst angesichts der Vorbereitungen zum Russlandfeldzug nahm die Aktivität des Beck-Goerdeler-Kreises wieder zu, vor allem nachdem, wie Beck voraussah, «die USA immer stärker und zweifelsfreier als tatsächlicher Verbündeter Englands auftreten[37].» Um diese Zeit haben sich allen Anzeichen nach Beck und Goerdeler entschlossen, gemeinsam die Denkschrift «Das Ziel» auszuarbeiten. Bei Hassell findet sich keine Eintragung darüber, aber er befand sich gerade sehr viel auf Reisen: In Frankreich und im Südosten. So benützten Beck und Goerdeler die Pause zwischen den Feldzügen, um «schriftlich zu denken». Beck vor allem wollte weniger ein Programm entwerfen, als offenbar die Grundsätze herausarbeiten, die zu Direktiven ihres Handelns werden sollten.

Die Denkschrift «Das Ziel» ist nicht das Produkt einiger Wochen, wie man annehmen könnte, sie ist vielmehr im Zeitraum einiger Monate entstanden. Wie schon Ritter festgestellt hat[38], ist auf S. 72 vom Stand der Finanzen Ende 1940 die Rede, auf S. 22 noch von einer Zusammenarbeit mit Russland, auf S. 16 aber bereits von dem Angriff auf Russland als bevorstehender Tatsache. Ritter meint, stilistisch und inhaltlich sei die Verfasserschaft Goerdelers unverkennbar. Aber das gilt nur für grosse Teile. Ebenso unverkennbar ist die Mitarbeit Becks

für die anderen. Zahlreiche wörtliche Übereinstimmungen mit seinen «Studien» lassen sich nachweisen. Die «Studien», die lange als verschollen galten, lagen Ritter bei der Niederschrift seiner Arbeit noch nicht vor, sie wurden erst 1955 herausgegeben. Erst sie aber machen die enge Zusammenarbeit zwischen Beck und Goerdeler offenkundig.

## DAS GEMEINSCHAFTSWERK DER GROSSEN DENKSCHRIFTEN

### I

In diesem Buch werden zum erstenmal zwei grosse Denkschriften veröffentlicht. Es sind die umfangreichsten, die wir der deutschen Erneuerungsbewegung verdanken, aber auch die von der grössten Bedeutung für die deutsche und europäische Zukunft. Sie sind ein Gemeinschaftswerk in der Hauptsache von Beck und Goerdeler; aber auch noch andere Experten wurden aller Wahrscheinlichkeit nach zu Rate gezogen oder zum Zweck der Schlussredaktion mit eingeschaltet. Dabei war die Zusammenarbeit zwischen Beck und Goerdeler sehr viel enger, als ihre bisherigen Biographen erkannten oder auch nur vermuteten[39]. Dass Beck nach aussen hin nicht als Mitautor in Erscheinung trat, hatte u.E. drei schwerwiegende Gründe, nämlich:

1. Der Zivilist Goerdeler konnte die Generalität unbefangener anspredien als der ehemalige Chef des Generalstabs. Beck hatte offiziell seit 1938 als «defätistisch» gegolten. Keine seiner pessimistischen Voraussagen war in den ersten drei Kriegsjahren eingetroffen, während Hitler scheinbar unaufhaltsam von einem grossen militärischen Erfolg zum andern schritt.
2. Für die eigentlichen politischen und wirtschaftlichen Fragen war der Generaloberst herkömmlicherweise nicht zuständig. Der frühere Oberbürgermeister und Reichskommissar, den Brüning als seinen Nachfolger als Reichskanzler vorgeschlagen hatte, galt dagegen als Autorität auf diesen Gebieten.
3. Beck war offensichtlich bemüht, die Kandidatur Goerdelers als des Reichskanzlers einer «Schattenregierung» ebenso systematisch «aufzubauen», wie er alles systematisch getan hat.

Demgemäss ist wohl auch die Weisung zu den grossen Denkschriften, die wir hier vorlegen, von Beck ausgegangen. Es kam zum ersten Entwurf, der dann noch einmal besprochen und durchgearbeitet wurde – und dann erst war er fertig zur Reinschrift. Sie war der Ausdruck der Übereinstimmung, die so weit gehen konnte, dass der eine Sätze des anderen strich oder auch eigene hinzusetzte. Nur bei bestimmten Partien kann man mit einiger Sicherheit sagen: hier ist der Grundtext von Beck, hier von Goerdeler. Dass sich Beck bestimmte Konzepte seines politischen Freundes zu eigen gemacht hat, kann an den «Studien nachgewiesen werden. Andererseits gab auch Goerdeler in den Briefen an Generäle vor allem kriegsgeschichtliche Einzelheiten und Beispiele, die er bestimmt seinem militärischen Freund verdankte, wie den Bericht über die Denkschrift des Majors Niemann vom Februar 1918 an Ludendorff: Mit ihm hat Goerdeler das Memorandum eingeleitet, mit dem er sich im März 1943 an die Generalität wandte oder wenden wollte, um sie von der Notwendigkeit eines Staatsstreiches zu überzeugen[40]. Beck stellte seine kriegsgeschichtlichen Kenntnisse und Erfahrungen um so lieber seinem politischen Freund zur Verfügung, als er wusste, dass dieser ganz in seinem Sinne argumentierte.

Der I. Abschnitt der Denkschrift «Das Ziel» stammt aller Wahrscheinlichkeit nach von Beck. Bereits das Motto, dass Tapferkeit ohne Klugheit nichts bedeute, ist kennzeichnend für den Soldaten, der sich von jeher mit der Philosophie seines Berufes beschäftigte und nach seiner Verabschiedung erst recht. Unter dem Einfluss Goerdelers hatte Beck aber auch die Bedeutung der Wirtschaft für das Gemeinwesen erkannt. Wie in den «Studien» tritt zugleich die Tendenz zutage, lapidare Grundsätze zu formulieren und eine Rangordnung der Werte herauszuarbeiten, so dass es schon im zweiten Abschnitt heisst: «Politik ist die umfassende, Wirtschaft die begrenzte Tätigkeit. Aber aus dem gleichen Grunde darf die Politik des Staates niemals die wirtschaftlichen Kräfte der Bürger ausser Acht lassen: von ihnen lebt der Staat, ohne sie verfällt er dem Tode.» Und gleich darauf folgt ein Zitat, das dann auch wörtlich in der wichtigsten aller Studien Becks, in der Auseinandersetzung mit dem totalen Krieg wiederkehrt: «Kein Volk lebt allein auf dieser Welt, Gott hat auch noch andere Völker geschaffen und sich entwickeln lassen.»

Von daher ergibt sich dann eine Begriffsbestimmung der Politik, die in dem neueren politischen Schrifttum einzig dasteht: Sie muss total sein, wie es die Natur ist. Sie muss das Gleichgewicht zwischen den ringenden Kräften hersteilen und den «ehrenhaften und nützlichen *Ausgleich*» der skrupellosen Machtanwendung vorziehen. Der Totalität des Krieges wird infolgedessen nicht nur die Totalität der Politik gegenübergestellt, sondern ihr kategorisch *übergeordnet* und dann gesagt: «Nur das Versagen der politischen Führung seit fünfzig Jahren hat den verhängnisvollen Irrtum ermöglicht, von dem totalen Krieg in dem Sinne zu sprechen, dass im Kriege jedes Mittel erlaubt sei. Hier liegt eine schwere logische Verirrung vor. Da die Politik zu keiner Sekunde die ihr innewohnende Totalität leugnen kann und darf, so muss sie auch im Kriege an das ‚Ziel', an das neue, von Natur und Seele verlangte Gleichgewicht, *also an den folgenden Frieden denken.*» Hier ist also der aristotelische Grundsatz wieder erneuert: Das Ziel des Krieges ist der Frieden.

Aber auch ein anderer Einfluss wird sichtbar, der bei Beck stärker war als bei allen seinen Zeitgenossen, seinen politischen Freund Goerdeler eingeschlossen: der Einfluss des Kriegsphilosophen Clausewitz[41]. Vor allem ist es dessen achtes Buch über den Kriegsplan, das auf die Entwicklung von Becks Einsichten gewirkt hat und aus dem er auch in den «Studien» immer wieder zitiert. So heisst es bei Clausewitz: «Man fängt keinen Krieg an, oder man sollte vernünftigerweise keinen anfangen, ohne sich zu sagen, was man mit und was man in demselben erreichen will, das erstere ist der Zweck, das andere das Ziel[42].» Nicht das Ziel im Einzelnen, aber die Grundsätze der Zielsetzung sollten herausgearbeitet werden, um mit gemässen Mitteln auch den Frieden zu gewinnen.

So beginnt die Denkschrift dank Becks Erkenntnissen mit einer politischen Philosophie im Grundriss. Ihr Autor hat sie in langen Gesprächen mit seinen politischen Freunden geklärt, den entscheidenden Anstoss dazu aber durch das eindringliche Studium der klassischen Kriegsphilosophie erhalten. Mit Hilfe der kritischen Analyse des I. Weltkriegs, den Beck wie kein zweiter Soldat prüfend durchdacht hat, ist sie dann weiterentwickelt worden. Beck und Goerdeler wissen beide, dass diese Grundlage notwendig ist; sie sind sich darüber einig, dass

auf klaren und einfachen Grundsätzen neu aufgebaut werden muss; denn noch «besteht weder Erkenntnis noch Wille, die Harmonie aller Kräfte, der seelischen, geistigen und körperlichen, ihr Gleichgewicht, nach dem Krieg wiederherzustellen.» Diese Wiederherstellung betrachten sie als die Hauptaufgabe ihrer Politik. Sie wird in einem neuen Sinne verstanden. So lautet denn auch der Schlussabsatz dieses wichtigsten Kapitels der Denkschrift:

*«Auf der unabdingbaren Grundlage der Totalität der Politik sind die aussen- und innenpolitischen Ziele aufzubauen.* Es müssen neue Ziele sein; ein Zurück gibt es in der Geschichte niemals. Alle Bestrebungen, den bekannten, wenn auch erprobten und damals als ideal empfundenen Zustand wiederherzustellen, sind stets gescheitert. Aber die harten Lehren der Vergangenheit müssen selbstverständlich ebenso ausgenützt werden wie die unabänderlichen Gesetze der Natur, die Erfahrung und das Wissen.»

## II

Von diesem 7. Kapitel «Die Totalität der Politik» fällt aber auch neues Licht auf Becks Vortrag «Die Lehre vom totalen Krieg – eine kritische Auseinandersetzung», den er im Juni 1942 vor der Berliner Mittwochgesellschaft hielt. Jedenfalls ist er mehr als eine Auseinandersetzung mit Ludendorff, wie es zunächst den Anschein haben könnte, denn hinter der kritischen Analyse, die sich gegen die These Ludendorffs vom Vorrang der Kriegführung gegenüber der Politik wendet - wird eben bereits das Neue sichtbar: Es geht Beck nicht um Politik schlechthin, sondern um die Totalität der Politik, die die Interessen des *ganzen Menschen* wahrnimmt, nicht nur seine materiellen. Begreiflicherweise konnte Beck bei jenem Vortrag im Juni 1942 nur verdeckt sprechen, aber doch so, dass ihn die gleichgestimmten Zuhörer, vorab seine politischen Freunde Popitz und Hassell, «zwischen den Zeilen» verstanden. Auch die ihm persönlich näherstanden, wie etwa Paul Fechter, Mitherausgeber der oppositionellen «Deutschen Rundschau», konnten von politischen Grundsätzen erfahren, die neu waren und zum Frieden führen sollten. Auffallend ist jedenfalls, dass so zahlreiche

wörtliche Übereinstimmungen festzustellen sind. U.E. wird dadurch nicht nur die Mit-Urheberschaft Becks für das I. Kapitel der Denkschrift bewiesen; noch etwas anderes ist wahrscheinlich:

Der Vortrag Becks vor der Berliner Mittwochgesellschaft im Juni 1942 war seine «Grundsatzerklärung». Nur vordergründig ging es um die Auseinandersetzung mit Ludendorff, in der Tiefe des Positiven jedoch um die Darlegung der Grundsätze, so wie er sie in einem erneuerten Deutschland verwirklicht wissen wollte. Jedenfalls fällt auf, dass bestimmte Gedanken, die die Denkschrift «Das Ziel» nur anschlägt, nun in dem Vortrag weiterentwickelt oder eingehender interpretiert sind, so dass man grossartigen politischen Definitionen begegnet wie diesen: «Die Regelung des Lebens der Völker untereinander ist tägliche Aufgabe der Politik. Sie ist, wie die Strategie, ein flüssiges Element, das sich den Personen und Verhältnissen anpassen muss und nur das Mögliche erreichen kann. Sie verlangt Kenntnis der eigenen Geschichte und der Geschichte anderer Völker, Blick für die in der Welt wirkenden Kräfte und für die jeweilige Lage. Sie verlangt ferner aber auch Rücksicht auf die vielen Imponderabilien, die sich schon aus der einen Tatsache ergeben, dass kein Volk auf dieser Welt allein lebt, dass Gott vielmehr auch noch andere Völker geschaffen hat und sich entwickeln liess, ohne unter ihnen eine Rangordnung festzusetzen, und dass kein Kulturvolk auf sich allein gestellt bleiben kann[43].»

Als Beck das sagte, war die Denkschrift «Das Ziel» schon längere Zeit geschrieben. Sie kursierte wohl inzwischen unter den Freunden und hatte Kritik und Anerkennung gefunden. Daher vermutlich die weitere Ausdeutung, kennzeichnend auch für die gedankliche Weiterentwicklung. Wenn Beck in diesem Zusammenhang von der Totalität der Politik sprach, wenn er auch schon das Europakonzept erwähnte, so geschah dies sicher nicht zufällig: Wenige Monate vorher hatte sich die «Schattenregierung» konstituiert. So ist bei Hassell unter dem 24. 3. 1942 zu lesen: «Abendbesprechung vorgestern bei Beck mit Olbricht und Oster. Einig darüber, dass alle Fäden bei Beck zusammenlaufen müssen.» Weiter heisst es unter dem 28. März: «In den letzten Tagen in Berlin eingehende Besprechungen bei Jessen mit Beck und Goerdeler. Wenig Aussichten. Beck als Zentrale konstituiert[44].»

Nach dem ersten, dem philosophischen Kapitel «Die Totalität der

Politik» ist das zweite, das das aussenpolitische Ziel behandelt, gleichfalls von grundsätzlicher Bedeutung. Im Zusammenhang mit den Europaplänen wird es noch eingehend behandelt. Auch hier überwiegt der Einfluss von Beck als Autor; denn nicht umsonst hatte er sich vom militärischen zum politischen Strategen entwickelt, vom soldatischen zum politischen Denker. Der Aussenpolitik hatte schon seit den dreissiger Jahren sein besonderes Interesse gegolten. Bereits in der ersten Denkschrift nach seiner Verabschiedung «Deutschland in einem kommenden Krieg» hatte er im November 1938 geschrieben: «Unter den Vorbedingungen für eine erfolgreiche Kriegführung steht eine tüchtige auswärtige Politik obenan. Sie schafft die Lage, in welcher ein Staat in den Krieg eintritt, und ist für sie verantwortlich. War sie ihrer Aufgabe nicht gewachsen, so wird die Geschichte in dem Kriege nicht mehr eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, sondern ihren Bankrott festzustellen haben[45].»

Im Übrigen stimmen die grossen Gesichtspunkte auch dieses zweiten Kapitels der Denkschrift «Das Ziel» wieder zum Teil fast wörtlich überein mit denen des Vortrags vom Juni 1942. Allerdings sind von den elf Punkten der Denkschrift im Vortrag nur fünf geblieben. Die Entwicklung war unterdessen weitergegangen, die innere bei Beck und Goerdeler, aber auch die äussere, indem sich die Lage weiter verschlechtert hatte. Die Aussicht auf einen vernünftigen europäischen Frieden war in nebelhafte Fernen gerückt. Ausserdem konnte Beck in dem halböffentlichen Vortrag manches nicht sagen. So war Punkt 1 der Denkschrift z.B.: «Alle zusammenwohnenden Deutschen gehören in einen Nationalstaat» ebensowenig mehr erwähnt wie die Möglichkeit, dass das deutsche Volk die Führung des europäischen Blocks übernehmen könne, wenn auch nur unter bestimmten Voraussetzungen. Audi von Kolonien ist nicht die Rede. Diese Programmpunkte gehörten allerdings auch nicht zum Thema des Vortrags. Dagegen kann man gewiss sein, dass Punkt 11, der die Neuordnung der Stellung der Juden behandelte, bereits im Jahre 1942 fallengelassen war. Allzuviel wussten inzwischen Beck und Goerdeler durch Oster von den Ausmordungen der Juden im Osten. Das kann man gar nicht genug unterstreichen. Seit 1942 ging es nicht mehr um die «Neuordnung der Stellung der Juden» wie *vor* Beginn des Russlandfeldzugs, sondern um die Wiederherstel-

lung der Gleichheit im Rechtsstaat, um Gerechtigkeit und Toleranz, um Wiedergutmachung. Seit 1942 tritt dieses Bestreben entschieden in den Vordergrund. Immer eindeutiger wird auch die Forderung erhoben, dass die Schuldigen und Mitschuldigen vor Gericht gestellt und nach den Grundsätzen des Rechtsstaats bestraft werden sollten, und zwar von deutschen Richtern nach deutschen Gesetzen.

Die Weiterentwicklung bestimmter Gedanken wird vollends deutlich, wenn man das Regierungsprogramm heranzieht, dessen Entwurf von der Gestapo in der Hinterlassenschaft Goerdelers gefunden wurde[46]. Allem Anschein nach stammt es aus dem Frühjahr 1944, weil bestimmte Wendungen und Programmpunkte auch im sogenannten Rommel-Stülpnagel-Plan wiederkehren, auf die sich Rommel und Stülpnagel am 15. Mai 1944 einigten[47]. In der Regierungserklärung heisst es: «Die *Judenverfolgung,* die sich in den unmenschlichsten und unbarmherzigsten, tief beschämenden und gar nicht wieder gutzumachenden Formen vollzogen hat, ist sofort *eingestellt.*. . Wir empfinden es als eine *tiefe Entehrung des deutschen Namens,* dass *in den besetzten Gebieten* hinter dem Rücken der kämpfenden Truppe und ihren Schutz missbrauchend, *Verbrechen aller Art* begangen (worden) sind. *Die Ehre unserer Gefallenen ist damit besudelt.»* Daher die immer wieder erhobene Forderung, dass *alle* Kriegsverbrecher wie die Rechtsbrecher der Partei ordentlichen Gerichten zuzuführen und nach geltendem Recht auch von deutschen Richtern abzuurteilen seien.

Hannah Arendt hat jedenfalls in ihrem Buch «Eichmann in Jerusalem» ganz und gar Unrecht, wenn sie sagt: «Hätte Eichmann je Gelegenheit gehabt, Goerdelers ‚originelle' Gedanken zur Judenfrage kennenzulernen, so hätten sich vielleicht gewisse Übereinstimmungen ergeben.» Vollends im Irrtum aber befindet sie sich, wenn sie die Denkschrift auf das Jahr 1942 datiert, also «zu Zeiten der ‚Endlösung', als sie nicht nur misshandelt und beraubt, sondern vergast wurden, und zwar nicht nur die deutschen Juden[48].» *Vor* Beginn des Russlandfeldzugs, als die Denkschrift niedergeschrieben wurde, auf die sich Hannah Arendt bezieht, war die «Endlösung» noch nicht im Gang; damals lebten die Millionen Juden noch, die später ermordet wurden, und *für sie* galt es eine Rechtsordnung zu finden wie einen eigenen Staat zu errichten, wenn die Konzentrationslager von einer rechtsstaatlichen Regie-

rung geöffnet wurden. So ist die genaue Beachtung der Entstehungszeit unerlässlich gerade bei der grossen Denkschrift «Das Ziel».

Aber die deutsche Erneuerungsbewegung erscheint auch sonst bei Hannah Arendt in einem merkwürdigen Zwielicht. Vor allem hält sie Beck und Goerdeler eben doch noch für verkappte Militaristen und Deutsch-Nationale. Aber Frau Arendt hätte es besser wissen können, als sie ihr Buch schrieb. Wir sind darin mit Eberhard Zeller einer Meinung, der dazu in seinem Vorwort zur fünften Auflage des «Geist der Freiheit»[49] ausdrücklich Stellung genommen hat. Denn immerhin stand das Buch von Wolfgang Foerster über Beck schon seit 1949 zur Verfügung. Was aber Goerdeler betrifft, der in bedenkliche Nähe von Eichmann gerückt wird, so hat sich ein ganz persönliches Zeugnis zur Judenvernichtung erhalten, das hier erstmals wiedergegeben sei. 1943 hat Goerdeler geschrieben:

«Am 19. und 27. Januar wurden aus Leipzig wieder Juden abtransportiert. Draussen herrschte eine Kälte zwischen 15 und 20 Grad. Die Juden mussten ihre Wollsachen abgeben, durften das bekannte Gewicht an Gepäck mitnehmen, erhielten je einen Spaten und wurden dann auf offenen Lastkraftwagen – Männer, Frauen und *Kinder* – nach Delitzsch gefahren ... Mit welcher unmenschlichen Grausamkeit hier vorgegangen wird, ergibt sich daraus, dass unter den Abtransportierten auch ein 64jähriges Fräulein war, deren Bruder hier Universitätsprofessor gewesen ist, im vorigen Krieg schwer verwundet war und das Eiserne Kreuz I. Kl. erhalten hat. Allerdings ist er schon verstorben. Von Delitzsch aus erfolgte dann der Abtransport in Viehwagen nach dem Osten. Wie viele von den unglückseligen Menschen auf dem Transport verstorben sind, weiss ich nicht... Aber Grauen erfüllt die Seele... Ich kann mir nicht denken, dass ein deutscher Mann, der überhaupt noch Gefühl im Herzen hat, annehmen kann, dass solche Ungeheuerlichkeiten sich nicht an unserm Volk rächen müssen. Mit den Traditionen der preussischen Geschichte und mit den Überlieferungen der Menschheitsgeschichte sind diese Untaten nicht in Übereinstimmung zu bringen ... Vielleicht ist die Christenverfolgung unter Diokletian ähnlich gewesen. Von ihr spricht man heute noch mit Abscheu und Erbarmen, trotzdem sie fast 2000 Jahre zurückliegt.

Ist nicht aber bereits die Vergeltung da oder beginnt sie nicht bereits

zu wirken? Bei mir erschien eine kleine armselige Klavierlehrerin, die einen Teil dieses Transportes gesehen hatte. Sie war vollkommen zusammengebrochen und fragte tonlos, welcher Vergeltung wohl das deutsche Volk von Gott ausgesetzt sein würde. Bei Freunden von mir erschienen Angehörige des Exekutionskommandos und erklärten, sie würden sich krank melden, sie könnten so etwas in Zukunft nicht mitmachen. Wer dieses System überlebt, wird einst erfahren, was es in den Herzen von Deutschen angerichtet hat. Ist es nicht bereits Vergeltung, wenn wir feststellen müssen, dass der Krieg im Osten, seit Oktober nach sinnlosen obersten Befehlen geführt, nunmehr wohl annähernd 2 Millionen Männer gekostet hat.. .[50].» So dachte und fühlte Goerdeler und er hat immer so empfunden.

Der ganze «20. Juli», so ist hier abschliessend zu sagen, ist noch ein Gebiet der Forschung – und gewiss wird sie noch manches Neue zutage fördern. Nicht zuletzt hat die noch weit verbreitete Aversion gegen das Soldatische dazu geführt, dass auch Beck «rechts» liegengelassen wurde. Ausser Wolfgang Foerster und Dr. Hans Speidel, beide Soldaten, hat ihn bisher nur Eberhard Zeller gebührend gewürdigt. Über das bisher Bekannte hinaus hat Gert Buchheit in seiner Beck-Biographie leider nur wenig vermittelt. So weiss die breitere Öffentlichkeit bis heute noch nicht, was Beck für die Wende der Zeit bedeutet: Er kehrte nicht nur zur klassischen Auffassung des Krieges mit dem eindeutigen Vorrang des Politischen zurück; er hat dabei nicht allein die militärischen oder militaristischen Übersteigerungen überwunden, er drang auch zum bewussten Mitspracherecht des führenden Soldaten bei den letzten Entscheidungen vor. Auch als Generaloberst war und blieb er zuerst der freie *Bürger*, als der er in Rheinhessen geboren wurde. Genau wie bei Goerdeler hatte sich dank dieser inneren geistigen Freiheit sein nationalpolitisches Bewusstsein zum europäischen erweitert, ohne dass aber darum das nationale aufgegeben wurde.

## DIE EUROPAPLÄNE

Im Juli 1963 ist in der Reihe der dtv-Dokumente ein Taschenbuch «Die Idee Europa 1300-1946» mit dem Untertitel «Quellen zur Geschichte der politischen Einigung» erschienen. Es wurde von Rolf Helmut Foerster herausgegeben und brachte von der Schau Dantes über die Monarchie bis zur Zürcher Rede Churchills vom September 1946 dreissig Dokumente, in denen sich die Idee Europas in immer neuen Abwandlungen manifestierte. Als vorletztes Dokument ist die 1941 in der Zeitschrift «Das Reich» veröffentlichte Studie von Karl Richard Ganzer «Das Reich als europäische Ordnungsmacht» abgedruckt, in dem sich die NS-Ideologie mit der echten Reichsüberlieferung oft recht seltsam vermischte. Auf die Europapläne von Beck und Goerdeler, auf die Dokumente, die sich darauf bezogen, die Gedanken, die sie über den Zusammenschluss der europäischen Staaten hatten und aussprachen, wird aber mit keinem Wort eingegangen. Dabei war das Goerdelerbuch von Gerhard Ritter schon 1953 erschienen, aus dem sie zu ersehen gewesen wären, und ausserdem 1961 «Das Spiegelbild einer Verschwörung», die Kaltenbrunnerberichte an Bormann und Hitler. Aber der Herausgeber Foerster stand eben offenbar noch ganz im Bann des «20. Juli», so dass er dessen eigentlichem *Ziel* nicht nachging.

Das Hauptziel der deutschen Erneuerung, wie sie Beck und Goerdeler und ihre politischen Freunde auffassten, war der Zusammenschluss der europäischen Staaten. Er war es seit jenen Jahren, in denen sie auf ihre politischen Reisen gegangen waren: Beck nach Frankreich, um Pétain und Gamelin seine Aufwartung zu machen, und Goerdeler vor allem nach England und Amerika, um dort bleibende Verbindungen zu knüpfen. Wie sehr diese Reisen nachwirkten und welche Früchte der politischen Gesamtschau sie zeitigten: auch das geht aus der Denk-

Schrift «Das Ziel» hervor, verdichtet sich in den Grundsatzerklärungen Becks bei seinem Vortrag in der der Berliner Mittwochgesellschaft Juni 1942 – um schliesslich in dem Regierungsprogramm die Form zu finden, mit der man nach dem Umsturz vor die Öffentlichkeit treten wollte. Allerdings geht aus allen diesen Unterlagen auch hervor, dass Beck und Goerdeler zwar weit über die Grenzen des blossen nationalstaatlichen Bewusstseins hinausgewachsen, dabei aber auch gute Deutsche geblieben waren. Das National*gefühl* war und blieb ihnen so selbstverständlich wie Vaterland und Muttersprache und die Verwurzelung in der deutschen Geschichte. Beck hat dem in jenem Vortrag Ausdruck gegeben, indem er sagte, die technische Entwicklung führe «immer mehr zur Bildung grösserer Wirtschaftsräume, die zunächst unseren Kontinent zu umfassen haben werden. Diese Bildung darf aber nicht gottgewollte und in langem geschichtlichen Werden erprobte Faktoren im Leben der Völker missachten. An der Spitze dieser Faktoren steht das selbständige nationale Eigenleben . ..»

Der Gedanke, dass die technische Entwicklung zu grossen Wirtschaftsräumen zwinge, ist vorher schon in der Denkschrift «Das Ziel» ausgesprochen worden. Aber auch dort wird das Nationalgefühl als die Voraussetzung der menschlichen Leistungsfähigkeit und als unentbehrlich für den geschichtlichen Fortschritt bezeichnet. Eine vernünftige und glückhafte Entwicklung, so lautet der Schluss, ist aber nur dann zu erreichen, «wenn es gelingt, den Gedanken der Nationalstaaten mit der Notwendigkeit des Grossraums zu vereinigen. Aus dieser Erkenntnis ergibt sich auch das politische Ziel für unser deutsches Vaterland».

Goerdeler und Beck blicken von diesem Standpunkt aus vor allem nach England. Sie betrachten es beide als Vorbild, den Engländer als *den* homo politicus unter den Europäern, so dass von ihm gesagt wird: «Er hat wirklich die Totalität der Politik erfasst, und er beherrscht die Kunst, im Kriege *nur ein Mittel der Politik* zu sehen.» Kann der Deutsche es jemals dem Engländer gleichtun? Anfang 1941 haben die beiden Autoren noch Hoffnung und geben ihr Ausdruck, dass Deutschland in die wirtschaftliche und damit schliesslich auch in die politische Führung Europas hineinwachsen könne, aber später ist diese Hoffnung geschwunden. Der gute Ruf, den z.B. die deutsche Wehrmacht sich 1940 in Frankreich erwarb, hat seit Beginn des Ostfeldzugs einem zu-

nehmenden Verruf weichen müssen, obwohl alle besetzten Länder sehr rasch zwischen den echten Soldaten und den uniformierten NS-Leuten der verschiedensten «Gliederungen» unterschieden. Auf diese tragische Weise ist bereits Ende 1942 das deutsche Ansehen so korrumpiert in Europa, dass gerade durch die grosse Machtausdehnung des Hitler-Reiches der deutsche Führungsanspruch verspielt ist. Der Kulminationspunkt wird im Sommer 1942 erreicht, bald nachdem Beck seine Grundsatzerklärung in verdeckter Form abgibt. Unter ihren fünf Hauptpunkten ist keiner, der noch an die seinerzeitigen Hoffnungen der gemeinsamen Denkschrift erinnert. Beck sagt nur mahnend: «Das Deutsche Reich als ein Land inmitten Europas und umgeben von vielen, darunter mächtigen Nationen, muss eine behutsamere Politik treiben als es für manche seiner Nachbarn nötig ist[51].»

In der Denkschrift ist im Übrigen gerade das zweite Kapitel, das das aussenpolitische Ziel behandelt, beispielhaft für die enge Zusammenarbeit von Beck und Goerdeler: Die Grundbegriffe stammen von Beck, in den Formulierungen ist dagegen die Handschrift Goerdelers unverkennbar, der gelegentlich zu Superlativen neigt, während Beck sie vermeidet. So steht da zu lesen: «Wollen wir das Ziel, dem wir heute zusteuern müssen, recht erkennen, so müssen wir den Zweck staatlichen Lebens erkennen, uns der Totalität der Politik bewusst sein und souverän dann die ungeheure Fülle der zur Verfügung stehenden Mittel anwenden. Bei der Festsetzung des politischen Ziels müssen wir nach den Lehren Bismarcks uns bemühen, die zurzeit, zurzeit in dieser Welt wirkenden Kräfte klar zu erkennen und auszunutzen. Wir müssen aus dem Zeitalter der Improvisationen, in dem wir uns seit Bismarcks Abgang befinden, wieder herausmarschieren.» Und dann kommt eine scharfe Abrechnung mit den Hinterhältigkeiten der Politik Hitlers, deren Winkelzüge nur oberflächlichen Beurteilern als höchste Staatskunst erscheinen könne. Demgegenüber wird die Wiederherstellung des internationalen Vertrauens gefordert als des Mittels einer neuen Aussenpolitik. Diesem Vertrauen hat Beck in seinem Fünf-Punkte-Programm von 1942 einen eigenen, den vierten Punkt gewidmet, indem er sagt: «Vertrauen in die Ehrbarkeit des Partners ist für die gegenseitigen Beziehungen ebenso wichtig wie im Geschäftsleben. Wie hier, so gibt es auch dort eine Kreditwürdigkeit, die ein Staat nicht

ungestraft verletzen kann. Eine loyale und rechtliche Politik, sagt Treitschke, gewinnt sich einen Kredit, der eine wirkliche Macht ist . . ., es liegt darin eine gewisse moralische Kraft für den Staat.»

Der erste Punkt der Denkschrift «Das Ziel» lautete: «Alle zusammenwohnenden Deutschen gehören in einen Nationalstaat.» Er wird gewiss heute gleichfalls vielen Bedenken begegnen, aber gerade deshalb wollen wir ihn ausleuchten. Beck und Goerdeler waren, wir wiederholen es, gute Deutsche, aber gewiss keine Nationalisten. Deshalb ist auch der Nationalstaat der zusammenwohnenden Deutschen für sie in keinem Fall die Fortsetzung des «Grossdeutschen Reiches» Hitlerscher Zusammen*raffung*, sondern die natürliche und zeitgerechte Zusammen/<z5s»«g derer, die die gleiche Sprache sprechen, allerdings in einem Rechtsstaat. Es ist nicht zu leugnen, dass an diesem Grundgedanken auch noch 1944 festgehalten wird. Aber nun hat dieser erhoffte Staat der zusammenwohnenden Deutschen *europäische* Bedeutung, also auch aussenpolitisch andere Vorzeichen. Denn bereits 1941 heisst es: *«Der Wirtschaftsraum Europa* kann mit Aussicht auf lange dauernden Bestand nur durch organische Zusammenfassung selbständiger europäischer Nationalstaaten und nicht durch Zusammenraffung erreicht werden.» Und weiter: «Hierzu war Europa schon vor diesem Kriege reif. Durch diesen Krieg ist es dem Ziel nicht nähergekommen, sondern hat sich weiter von ihm entfernt. An dieser Tatsache ändert nichts die jetzige äusserliche Gleichschaltung ... Die Seelen und Geister anderer Völker sind uns heute viel weiter entfremdet als im Ersten Weltkrieg. Daraus ergibt sich, dass für die Durchsetzung dieses Zieles überhaupt nur Raum ist, wenn *Deutschland rechtzeitig durch freien Entschluss den falschen politischen Mitteln entsagt* und sich zum verstehbaren politischen Ziel und zu tragbaren Mitteln entschliesst.» Der Kriegsplan, den Beck und Goerdeler gemäss Clausewitz konzipierten, hat sich also, dem Fortgang der Weltlage entsprechend, in einen *europäischen Friedensplan* verwandelt, und zwar in einen solchen, der von langer Gültigkeit sein soll.

Was aber Hitler verwehrt ist, verbietet sich auch anderen Mächten und vor allem den Siegern, nämlich die Zusammenraffung statt der Zusammenfassung. Demgemäss wird gefordert: «Die Nationalstaaten Europas müssen volle Freiheit haben, ihre inneren Verhältnisse so zu

gestalten, wie sie es ihren Eigenarten und Bedürfnissen entsprechend tun wollen.» Also keine Unterdrückung oder Gleichschaltung, sondern Föderation, zunächst nur eine Arbeitsgemeinschaft, deren Mitglieder sich auf einheitliche Spielregeln und vor allem auf den allmählichen Abbau aller Zollschranken festlegen. «Es ist nicht zu kühn gesagt», heisst es dann weiter, «dass bei rechtzeitigem Handeln, d.h. *Abbruch des Krieges zugunsten eines sinnvollen politischen Systems der europäische Staatenbund* unter deutscher Führung in 10 bis 20 Jahren Tatsache sein wird. Wird der Zeitpunkt verpasst, so ist an die deutsche Führung auf lange Zeit gar nicht zu denken.» Das war Anfang 1941: Wir müssen es immer wieder unterstreichen! Schon 1942 ist von der Hoffnung auf eine deutsche Führung nicht mehr die Rede, sondern nur noch von der Gleichberechtigung aller Partner.

Wichtig ist auch die Stellung zum bolschewistischen Russland, mit dem um diese Zeit Deutschland sich noch nicht im Kriege befindet. Das kommunistische System wird entschieden wegen seiner Gottlosigkeit abgelehnt, aber auch deshalb, weil bei dem Kollektivismus, von dem es beherrscht wird, dem mechanischen «Organisieren» also, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des russischen Volkes sich nicht so entwickelt habe, wie es bei diesem an Naturschätzen reichen Lande möglich gewesen wäre. Dann aber auch die dringende Mahnung: «Alle Erfahrungen der Geschichte warnen uns vor militärischen Zwangseingriffen. Sie können ungeahnte nationale Kräfte auf den Plan rufen.» Das war dann auch seit Ende 1941 in Russland der Fall, so dass es später in dem Regierungsprogramm in Anpassung an die veränderte Lage heisst: Europa braucht eine Sicherung gegen die russische Übermacht. Durch die Vabanquepolitik Hitlers ist ihm diese Übermacht seit 1943 ohne Not auf den Hals geladen worden.

*

Gibt es eine wirksame Aussenpolitik ohne entsprechenden Rückhalt an Streitkräften? Es liegt auf der Hand, dass Beck und Goerdeler auch diese Frage grundsätzlich geprüft haben. Sie wird selbstverständlich aufgrund all der geschichtlichen Erfahrungen verneint, die Beck einmal als «einziges und unerschöpfliches Arsenal des wissenschaftlichen Studiums der Politik[52]» bezeichnet. Er hat diese Frage für so wichtig ge-

halten, dass er ihr den zweiten Platz unter den elf Punkten der aussenpolitischen Ziele einräumt. Aber seine Wehrauffassung ist *anders* als die Ludendorffs und Hitlers. Wiederum muss zum tieferen Verständnis der Juni-Vortrag von 1942 herangezogen werden. Dort sagte Punkt 5: «Das letzte Mittel im politischen Verkehr der Staaten untereinander wird auch in Zukunft deren bewaffnete Macht bleiben. Das Schwert aber, das jeder Staat grundsätzlich berechtigt ist bereitzuhalten, braucht nicht nur zu dem Zwecke seines sofortigen Gebrauchs scharf gehalten zu werden, sondern sein Vorhandensein wird oft genügen und sein Ziehen entbehrlich machen[53].» Ähnlich hatte Beck bereits in der Studie «Der 29. September 1918» aus dem Jahre 1941 gesagt: «Für den Staatsmann kann das scharfe Schwert in der Scheide ein wirksameres Mittel der Politik sein als das unter Umständen vergeblich gezogene[54].» Das ist das Bekenntnis zur army in being nach dem Muster der britischen fleet in being: In erster Linie hat sie die Aufgabe der Rückversicherung gegen den Krieg und des aktiven Schutzes gegen aussenpolitische Erpressungen von gegnerischer Seite. Sie allein stellt die effektive Macht zum Frieden dar. Daher der Schluss in der Denkschrift: «Die Natur der Menschen und die zentrale Lage Deutschlands in einem Kreis anderer Nationalstaaten zwingen das Deutsche Reich zur Erhaltung einer ausreichend starken Wehrmacht. Sie ist auch aussenpolitisch durchzusetzen.»

Aber schon taucht auch in diesem Zusammenhang das Ziel des engeren Zusammenschlusses der europäischen Völker auf und damit die die Wehrmacht betreffende Frage: «Ob sie später der Kern europäischer militärischer Kräfte werden kann, muss der Entwicklung vorbehalten bleiben. *Möglichkeit und Ziel sind ins Auge zu fassen.* Die Erhaltung der deutschen Wehrmacht ist so wichtig, dass dieser Gesichtspunkt für Zeit und Art der Beendigung dieses Krieges in den Vordergrund zu stellen ist.» An diesem Grundgedanken hat Beck auch weiterhin festgehalten, obwohl durch die mörderische Kriegführung Hitlers seit dem Sommer 1942 die Voraussetzungen dafür immer mehr dahinschwanden. Noch unmittelbar vor dem 20. Juli hat der Generaloberst zu Gisevius gesagt: «Ich muss mich vor die Armee stellen[55].» Am 20. Juli selbst aber hat er versucht, durch Konzentration die an der europäischen Peripherie verzettelten Kräfte für die Reichsverteidigung zu retten[56].

## DAS ZIEL» UND DAS «REGIERUNGSPROGRAMM

Die Denkschrift «Das Ziel» ist eine Zusammenfassung der Grundgedanken gemäss der Lage Anfang 1941. Sie bedeutet noch nicht das endgültige Programm der Erneuerungsbewegung, aber die wichtigste Vorstufe dazu. Sie ist, wie gesagt, nicht die Einzelleistung Goerdelers, wie bisher angenommen wurde, sondern eine Gemeinschaftsarbeit, zu der vor allem Beck, dann aber wohl auch noch andere «Experten» beigetragen haben. Sie haben damit eine gemeinsame programmatische Grundlage geschaffen, die dann weiterentwickelt wurde, wie es die Lage erforderte. Diese Weiterentwicklung brachte bereits Becks Vortrag vor der Berliner Mittwochgesellschaft im Juni 1942 zum Ausdruck. Dann aber ruhte sie längere Zeit während der schweren Erkrankung Becks bis zu dessen allmählicher Wiederherstellung im Herbst 1943. Dass er überhaupt wieder gesund wurde, hatte er vor allem der Kunst und Sorgfalt seines Freundes Professor Sauerbruch zu verdanken, der gleichfalls der Mittwochgesellschaft angehörte. Freilich war Beck dann doch nicht mehr der alte; vor allem fehlte ihm die Konzentrationsfähigkeit von früher. Dafür sind seit dem Herbst 1943 verschiedene Anzeichen vorhanden[57].

Die Denkschrift «Das Ziel» war also grundsätzliche *Vorarbeit.* Sie bringt die Theorie von der «Totalität der Politik» und stellt vor allem die Weichen für die aussenpolitischen Ziele. Die Bedeutung des innenpolitischen Konzepts tritt dagegen zurück. Allerdings waren die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit und die moralische Aufrüstung des Volkes weitere grundsätzliche Postulate. Auch die Wiederherstellung der Geistesfreiheit ist hierher zu rechnen. Aber das meiste von dem, was dann folgte, vor allem über die Verfassung, waren und blieben mehr Planungen und Erwägungen als schon feste Programme.

Man muss sie als Diskussionsgrundlagen betrachten. Vor allem bei der Verfassung mussten ja die Soldaten mitreden können. Beck hat sich an diesen Kapiteln offenbar wenig beteiligt und sie in der Hauptsache seinem Freund Goerdeler überlassen.

Umso wichtiger ist aber dann das Regierungsprogramm, das wir gleichfalls abdrucken. Was hat sich alles in den drei Jahren von Anfang 1941 bis Anfang 1944 ereignet! Böse Zeiten sind über die meisten europäischen Völker gekommen, und immer mehr hat sich die militärische wie die politische Lage des Deutschen Reiches verschlechtert. Generaloberst Beck sollte mit seinen düsteren Prognosen von 1938 recht behalten. Aber sein politischer Freund Goerdeler hofft immer noch. Er hofft vor allem auf die politische Vernunft und Erfahrung der Engländer: Sie werden das Gleichgewicht Europas nicht preisgeben, sondern wiederherzustellen versuchen. Sie werden gemeinsam mit der einzigen Macht, die das immer noch vermag, mit Deutschland, das Gegengewicht gegen die Sowjetunion schaffen. Gewiss, mit Hitler werden sie niemals Frieden schliessen, aber wahrscheinlich doch mit einer Regierung, die das andere Deutschland verkörpert. Diese Regierung muss da sein, bevor es zu spät und das politische Gefüge Europas zerstört ist. Diesem Ziel zuliebe muss Hitler fallen, notfalls gewaltsam beseitigt werden. Der Weg dazu liegt noch im Nebel.

Seit Stalingrad wird der Tag vorbereitet, an dem sich das deutsche und europäische Schicksal wenden muss. Hat sich aber das Ziel geändert? Viele nationale Träume sind aus, wie sie 1849 ausgeträumt schienen. Man steht einer verzweifelten Lage gegenüber, seitdem die Westmächte statt ein Ermunterungszeichen zu geben, die Formel von Casablanca verkündeten. Umsonst ist Hans Bernd Gisevius von der «Abwehr» in den deutschen konsularischen Dienst in der Schweiz eingebaut worden, um den amerikanischen Abwehrchef Allen Welsh Dulles[58] über das andere Deutschland und seine Pläne laufend zu unterrichten: Als ein erster Eiserner Vorhang ist nun das «uncondionel surrender» auch zwischen dem anderen Deutschland und den Westmächten gefallen.

Aber gerade in dieser Lage zeigt sich die Unbeirrbarkeit Becks und Goerdelers. Sie zeigt sich weniger in Bezug auf die späteren Sorgen wie die des Wahlrechts, der Volksvertretung, der neuen Organisation

der Verwaltung, die Selbstverwaltung sein soll, wo sie es nur sein kann. Aber sie wird umso mehr in dem Festhalten der Grundsätze bewiesen, in einer Politik, die aufs Ganze geht, wenn die Majestät des Rechts wiederhergestellt ist, wenn die Verbrecher festgesetzt, die Korruption beseitigt, die Parasiten und Nutzniesser wieder durch die Tüchtigen und Anständigen ersetzt sind, die es noch immer zahlreich im Volke gibt – ohne und mit Parteiabzeichen. Die Totalität der Politik, die auf den europäischen Frieden zielt, duldet keine Spaltung der Deutschen und keine Entzweiung nach rein formellen Gesichtspunkten. Das sind die einfachen Grundgedanken des Regierungsprogramms. Die Deutschen müssen im eigenen Haus wieder Ordnung schaffen, aus freien Stücken wiedergutmachen, sühnen, bestrafen und Brücken bauen für die Versöhnung mit den europäischen Völkern. Die Geschichte, die Beck und Goerdeler gründlich studierten, sagt ihnen, dass die Rache Gottes ist, dass sie, wenn sie sich politischer Mittel bedient, nur sinnlos wütet und neues Unrecht schafft.

Ein neuer Anfang muss in Europa gemacht werden. Man war ja schon vor 1933 auf dem Weg dazu. Das Zusammenrücken der abendländischen Völker ist an der Zeit. Von der Theorie, wie sie «Das Ziel» erarbeitet hat, muss zur Praxis übergegangen werden. Man darf nicht abgehen von dem, was die Geschichte selbst will. So kommt es zu den 12 Punkten des Regierungsprogramms, hier kurz zusammengefasst:

1. Die Wiederherstellung der Majestät des Rechts.
2. Die Wiederherstellung der Moral auf allen Gebieten des privaten und öffentlichen Lebens mit allen Konsequenzen, die sich daraus ergeben.
3. Die Austilgung der Lüge als Hauptmittel der politischen Propaganda.
4. Die Wiederherstellung der Freiheit im Ganzen, von der des Geistes bis zu der der Meinung, um der lebendigen Weiterentwicklung, dem geistigen Kampf zu dienen.
5. Eine neue Erziehung, bewusst auf die christlich-religiöse Grundlage gestellt, doch nach dem Grundsatz der Toleranz.
6. Eine Verwaltung, die sich auf klare Verantwortung und Freiheit zu selbständigen Entschlüssen aufbaut. Entfernung der Parteibuch-beamten.

7. Eine neue zeitgerechte Verfassung. Neugliederung des Reiches.
8. Neuordnung der Wirtschaft auf der Grundlage der Selbstverwaltung und des freiheitlichen Wettbewerbs.
9. Neue Sozialpolitik zum Schutz der Schwachen und gegen unver-schuldete Widrigkeiten des Lebens.
10. Solide Ordnung des öffentlichen Haushalts.
11. Wiederherstellung der strategischen Vernunft zur Beendigung des Krieges, die immer noch hohe Opferbereitschaft fordert.
12. Ausgleich der Interessen und Heilung der furchtbaren Kriegsschäden durch Zusammenarbeit der europäischen Völker.

Goerdeler hat dann diese Magna Charta des anderen Deutschland, die wir hier konzentriert wiedergeben, in einer weiteren Ausarbeitung noch einmal zusammengefasst und vertieft*. In ihr vollenden sich die Grundgedanken der Denkschrift «Das Ziel». Ja, sie ist ihre praktische Konsequenz angesichts der Lage von 1944. Sie muss deshalb auch in ihren wichtigsten Punkten zum Vergleich mit herangezogen werden. Aussenpolitisch ist ihre wichtigste Feststellung, dass *Europa eine Sicherung gegen die russische Übermacht braucht;* innenpolitisch die Forderung, dass die Deutschen die Verbrecher gegen das Recht, auch die Verstösse gegen das Völkerrecht selbst bestrafen.

Bei der Erörterung der Grenzfragen, die auch jetzt noch von Illusionen nicht frei ist, lautet der Schluss: «Im Übrigen werden in einem *europäischen Staatenbund, auf den wir hinstreben müssen,* innereuropäische Grenzen eine immer geringere Rolle spielen.» In diesem Zusammenhang wird dann ein europäisches Gemeinschaftswerk für den Wiederaufbau vorgeschlagen. Schliesslich heisst es noch einmal nachdrücklich: «Daher scheint uns der Zusammenschluss der europäischen Völker zu einem europäischen Staatenbunde geboten. Sein Ziel muss sein, Europa vor jeder Wiederkehr eines europäischen Krieges vollkommen zu sichern. *Jeder europäische Krieg ist glatter Selbstmord.* Die Zeit ist reif, diesen idealen Gedanken in die Wirklichkeit zu übersetzen, weil mit ihm die realen Interessen übereinstimmen. Wir empfehlen schrittweises Vorgehen.

* Kaltenbrunner-Berichte S. 249-255

Ein ständig tagender *europäischer Wirtschaftsrat* soll zunächst für die Beseitigung aller Verkehrshemmnisse, für einheitliche Verkehrseinrichtungen, für gleiches Wirtschaftsrecht, für die Aufhebung der Zollgrenzen usw. sorgen. Wenn dieser Prozess eine gewisse Entwicklung erreicht hat, werden gemeinsame politische Einrichtungen begründet. Als solche kommen in Betracht:

ein europäisches Wirtschaftsministerium,
eine europäische Wehrmacht,
ein europäisches Aussenministerium .. .

Der europäische Frieden ist durch ein *Schiedsgerichtsverfahren* zu sichern, dessen Entscheidungen mit gemeinsamer Kraft unter allen Umständen durchgeführt werden.»

So weit hatten sich also bereits die europäischen Konzepte von Anfang 1941 bis zum Sommer 1943 weiterentwickelt. Dass *sie* das Wichtigste waren, Inbegriff und Ziel der politischen Totalität im Sinn der Zusammenfassung aller Kräfte: Das geht auch aus dieser Ausarbeitung hervor. Es heisst da: «Über die zukünftige *Verfassung Deutschlands* können wir einiges bestimmt, andres nur andeutungsweise sagen.» Und dann folgt eine Zusammenfassung der Punkte, die die Denkschrift «Das Ziel» zuerst erörtert und Becks vorläufige «Grundsatzerklärung» 1942 gleichfalls behandelt hatte. «Die Hauptsache ist», heisst es zum Abschluss, «dass Deutschland rücksichtslos den *Zentralismus* abbaut und seine gute, gediegene *Selbstverwaltung* in den Gemeinden, in den Verwaltungskreisen und in den deutschen Ländern wiederherstellt. Preussen wird im Reich aufgehen. Die preussischen Provinzen werden verschwinden; es werden *deutsche Länder gebildet werden*, die sich weitgehend selbst regieren, ebenso wie die Gemeinden, so dass für eine zentrale Reichsregierung und Volksvertretung nur diejenigen Aufgaben verbleiben, die unerlässlich sind, um den Zusammenhalt des Reichs sicherzustellen[59].»

Gerhard Ritter sagt in seiner grossen Goerdeler-Biographie: «Carl Goerdeler ist der einzige Politiker des deutschen Widerstands, von dem ausführliche, allseitig durchdachte Zukunftspläne für die Gestaltung des neuen Europa überliefert sind. Dem Kreisauer Kreis scheint ein eigenes genau bestimmbares aussenpolitisches Programm gefehlt zu

haben. Immerhin hat man dort über eine europäische Föderation diskutiert und gleichfalls an einen ‚Genossenschaftsverband' der europäischen Staaten gedacht; nach Steltzers Bericht[60] sollten sie alle, ohne Rücksicht auf ihre Grösse, in einem ‚europäischen Rat' vertreten sein, der sich bei günstigen Umständen zu einem Organ europäischer Regierung entwickeln könnte[61].»

Tatsächlich spridit alles dafür, dass die Europa-Pläne von Goerdeler und Beck kamen und dass sie dann auch der Kreisauer Kreis guthiess. Als die Denkschrift «Das Ziel» geschrieben wurde, hat er jedenfalls noch nicht planend gearbeitet. Die Aussenpolitik stand im Übrigen nicht so im Vordergrund seiner Interessen und Erörterungen wie das bei Beck und Goerdeler der Fall war. Ritter hat jedenfalls recht mit seiner Feststellung. Aber seine Meinung, dass Goerdeler der einzige Politiker des deutschen Widerstands sei, dem wir durchdachte Zukunftspläne für die Gestaltung des neuen Europa verdankten: diese Meinung ist zu berichtigen. Die Pläne hatten *zwei* Autoren, die dabei aufs engste zusammengearbeitet haben: Goerdeler und Beck oder, vielleicht noch richtiger, Beck und Goerdeler. Denn der Anteil Becks besteht eben nicht nur darin, dass er wahrscheinlich den Anstoss zum «Ziel» überhaupt gab; er hat auch das Wichtigste beigesteuert: die zeitlosen Grundgedanken, das politisch-philosophische Konzept, allerdings wohl erst nach langen Gesprächen mit Goerdeler. In den Duumvirat ist er der geistig Führende gewesen. Aber das erschliesst sich nur dem, der die «Studien» genau kennt und sie immer wieder zum Vergleich heranzieht.

Die enge Zusammenarbeit zwischen Beck und Goerdeler ist ohne Vergleich in der neueren deutschen Geschichte. In der Regel waren und sind die Zeitgenossen Individualisten und erstreben im Literarischen wie Politischen individuelle Geltung. Beck und Goerdeler haben sich dagegen für ein gemeinsames Ziel verbündet, so dass sie beide in ihrer Sache aufgingen. Goerdeler hat Beck sicher viele Anregungen gegeben; wo aber Gedanke und Formulierung die Klarheit erreichen, wie es oft in den ersten beiden Kapiteln des «Ziels» der Fall ist, hiess der ursprüngliche Autor Beck – und Goerdeler der ihn ergänzende. Dann sind auch die Superlative getilgt wie die gelegentlichen Schwülstigkeiten, von denen Goerdelers Stil nicht ganz frei ist.

So bleibt als Merkwürdigkeit festzustellen: Seit den Tagen von Marx und Engels hat es in Europa keine so intensive politisch-literarische Zusammenarbeit mehr gegeben. Der Hinweis mag überraschen, weil persönlich oder politisch zwischen Marx und Engels auf der einen und Beck und Goerdeler auf der anderen Seite sich kein Vergleich anbietet. Aber in etwa ist doch eine gewisse Analogie in der Art ihrer Zusammenarbeit, wie in der der Anregung und Ergänzung des einen durch den andern. Als Beispiel mag vor allem das Kommunistische Manifest von Anfang 1848 und «Das Ziel» von Anfang 1941 gelten, also dreiundneunzig Jahre später. Wenn der erste Satz des Kommunistischen Manifests hiess: «Ein Gespenst geht um in Europa», so hätte der des «Ziels» heissen können: Mitten im schrecklichsten Krieg schwebt der Hoffnungsengel über Europa.

Jedenfalls hatten beide Duumvirate Europa vor Augen. Aber für Marx und Engels war es die europäische Revolution, die sie anstrebten und um derentwillen sie sozusagen ihr geistiges Eigentum zusammengetan hatten, für Beck und Goerdeler dagegen bereits 1938 der europäische Frieden, in dessen Dienst sie Ähnliches taten. Bekanntlich ist manches unter dem Namen von Karl Marx erschienen, was auf Engels zurückgeht, während Engels selbst Marx geistige Führung und lebendige Weiterbildung verdankt. Summa summarum haben sie sich auf ihre Weise ergänzt. Ähnlich war es bei Beck und Goerdeler, und darum blieben die Denkschriften auch anonym. Weder das «Ziel» noch der «Weg» waren im Übrigen umstürzlerisch oder gar von revolutionärem Atem erfüllt wie das Kommunistische Manifest. Aber auch sie werden ihre Nachwirkung haben und die Geister beleben, vor allem in Hinblick auf eine vertiefte Auffassung der Politik und den Zusammenschluss Europas.

Der Hinweis auf das Kommunistische Manifest und die 48er Jahre mag aber auch noch eine andere Erinnerung wecken: Die an die Paulskirche. Es hat sich 1848/49 auch um eine Erneuerungsbewegung gehandelt, die mit grossen Hoffnungen begann, von einer Elite der Deutschen getragen wurde und dennoch scheiterte. Am Ende ist sie gleichfalls blutig niedergeschlagen worden und brach unter Umständen zusammen, die keinen Glanz hinterliessen. Aber ihr Ziel war richtig, ihre Hoffnung berechtigt, sie wusste, was an der Zeit war, wenn auch

die Macht des Gestrigen noch einmal siegte. Wie die deutsche Nationalpolitik nach den 48er Jahren tragisch zurückgeworfen wurde, so die europäische beinahe 100 Jahre später noch einmal. Aber in beiden Fällen war es nur ein vorübergehender Rückschlag. Das Ziel Becks und Goerdelers bleibt. Das Ziel des Krieges ist der Frieden. So musste auch der Zweite Weltkrieg schliesslich, wenn auch mehr durch die «List der Idee» als die Einsichten der Menschen zu den Ergebnissen führen, die der Erste verfehlt hatte: zum Ausgleich, zur Versöhnung und schliesslich zum Zusammengehen europäischer Staaten. Mitten im Krieg, als Beck und Goerdeler «Das Ziel» konzipierten, schien dies wie eine Vision, etwas Unwirkliches, das nicht realisiert werden konnte: und dann erhob sich doch die europäische Gemeinschaft, wenn auch noch unvollkommen, aber an Greifbarkeit zunehmend über ihren unbekannten Gräbern.

## DIE DENKSCHRIFT «DER WEG

Der Denkschrift «Das Ziel» kommt ein grundsätzlich politisch-philosophischer Wert zu, wie wir sahen: bei der anderen, der wir den Namen «Der Weg» geben, liegt der Schwerpunkt vor allem auf ihrer geschichtskritischen und zeitgeschichtlichen Bedeutung. In gewisser Beziehung kann man sie als den ersten Versuch bezeichnen, «die Vergangenheit zu bewältigen», d.h. ihr gegenüber einen einheitlichen Standpunkt zu gewinnen. Offenbar gab es gewichtige Gründe, sie zu verfassen, nämlich 1. das allgemeine Bedürfnis, nach einem gemeinsamen Geschichtsbild, das sowohl das deutsch-nationale wie das sozialistisch gefärbte ablösen sollte, und 2., damit zusammenhängend, die Bereinigung historischer Differenzen, die geeignet waren, Stoff für politische zu liefern. Auch hier ist wohl die Bemühung Becks nach Ausgleich massgebend gewesen.

Beck als dem Generalstabschef hatte auch die kriegsgeschichtliche Forschungsanstalt des Heeres in Potsdam dienstlich unterstanden. Dementsprechend intensiv interessierte und beschäftigte ihn die jüngere und jüngste Kriegs- und allgemeine Geschichte, wie wir wissen. Dabei verhielt er sich aber nicht als Historiker, sondern im Sinn seines Lehrmeisters Clausewitz vor allem als kritischer Analytiker. Er studierte sie also nicht als «rückwärts gewandter Prophet», sondern vor allem zu dem realen Zweck, tiefere und bessere Einsichten daraus zu gewinnen. Die Kriegsgeschichte war ihm im Sinn von Clausewitz vor allem *militärische Ernährungswissenschaft,* die Geschichte überhaupt, wie schon einmal bemerkt, «das einzige und unerschöpfliche Arsenal des wissenschaftlichen Studiums der Politik.» Aber das sieht eben nur der Zeitgenosse, der Becks Studien genau kennt und sich in ihre Gedankengänge versenkt. Er kann dabei auch deutlich verfolgen, wie sich ihr

Autor Schritt für Schritt von den herkömmlichen Ansichten loslöst und neue Einsichten gewinnt.

Dieses kritische, systematisch vertiefte Verhältnis zu Geschichte und Zeitgeschichte besass Goerdeler nicht in dem gleichen Mass. Seine Neigungen galten vor allem der Verbindung mit Menschen; seine Erfahrungen hatte er auf dem Gebiet der Wirtschaft und Selbstverwaltung gemacht, in denen er gründlich Bescheid wusste, während die Politik ihn leicht zu Illusionen verführte. Der frühere Generalstabschef hatte sich dagegen ein nüchternes Urteil erarbeitet. Beide aber waren davon überzeugt, dass die Kenntnis der geschichtlichen Wahrheit frei machen könne von Meinungsverschiedenheiten, die dann die innenpolitische Atmosphäre vergiften. Die Denkschrift «Das Ziel» entsprang in der Hauptsache aussenpolitischen Motiven oder war doch in dieser Thematik besonders gehaltvoll, während im innenpolitischen Teil mehr Erwägungen angestellt wurden. Die Denkschrift «Der Weg», hier zum erstenmal veröffentlicht, hatte vor allem innenpolitsche Zwecke und Gründe: Sie geht darauf aus, die ehemalige «Rechte» wie die ehemalige «Linke» in *einer* Vorstellung der deutschen Geschichte zum Einklang zu bringen, nachdem sie sie früher von ganz verschiedenen Gesichtspunkten aus betrachteten.

Der Anstoss zu dieser Denkschrift ist höchstwahrscheinlich von sozialistischer Seite ausgegangen. Seit der Öffnung der Schattenregierung nach links im Jahre 1943, seit dem Kontakt mit dem Kreisauer Kreis und dem Gedankenaustausch, den Beck mit Leber, dem ehemaligen Wehrexperten der Sozialdemokraten und verdienten Frontoffizier geführt hat, seitdem ist es sicher des Öfteren zu Differenzen über das ominöse «Früher» gekommen, entweder über die Rückständigkeit des Kaiserlichen Deutschland oder über das Versagen der Weimarer Republik. Nur in der gemeinsamen Frontstellung gegen die Diktatur war man sich einig. Demgemäss war der Denkschrift eine Bemerkung vorausgestellt: Sie spricht in einer Art von Präambel von «einigen wenigen Gedanken in kurzer Form», die *«von anderer Seite* vorgebracht» worden seien, «die wir alle (aber) unterschreiben können, ohne dass sich einer etwas vergibt». Das allerdings scheint Goerdelers Handschrift, der, wie wir von Hassell wissen, in den letzten Monaten vor der Entscheidung sehr um Ausgleich bemüht war, wenn er auch

keine «Koalitionsverhandlungen» im alten Stil führte, wie Popitz gegenüber Hassell klagte[62].

Bemerkenswert sind die Unterschiede der beiden Denkschriften «Der Weg» und «Das Ziel» gleich in ihrem Urteil über die Verfassung des kaiserlichen Deutschland. Die erste sagt grundsätzlich: «Die Bismarcksche Verfassung litt an einigen Unklarheiten, die aus seiner Zeit und seiner Person heraus verständlich sind.» Und dann werden diese Unklarheiten aufgezeigt: Unklar war die Stellung des Kaisers; der Reichstag hatte zwar eine klare gesetzgebende Gewalt, aber keine klare Verantwortung vor dem Volke, unbefriedigend war das Wahlsystem durch die Stichwahlen. Die Denkschrift «Das Ziel» hatte sich hierüber positiver geäussert.

Auch in anderer Weise machte sich der Einfluss der «anderen Seite» auf das Geschichtsbild der Denkschrift bemerkbar: Seine Fehler in der Sozialpolitik und sein Kampf gegen die Sozialdemokratie werden dem kaiserlichen Deutschland vorgehalten und vom damaligen Staat rundheraus gesagt: «Er war es, der so auch von der wirtschaftspolitischen Seite her der Idee des Klassenkampfes Vorschub geleistet hat.» Vor allem aber wird gegen jene Haltung des Bürgertums und des Staates Stellung genommen, «die sich der vollen Gleichberechtigung und der verantwortlichen Eingliederung der Arbeiter in Wirtschaft, Verwaltung und Verfassung zäh und vielfach total egoistisch versagten». Mit diesem Urteil ist Goerdeler offensichtlich nicht nur seinen sozialistischen Freunden entgegengekommen; er stand auch selbst zur Erkenntnis dieser Wahrheit.

Ähnliches gilt für Beck; denn wiederum ist nachweisbar, dass auch diese Denkschrift eine Gemeinschaftsarbeit darstellt. Für die Kritik an der obersten Führung des Ersten Weltkrieges war Beck ohnedies aufgrund seiner Studien zuständig wie kaum ein anderer. Auch bei ihm zeigte es sich nun deutlich, wie er sich von früheren Konventionen gelöst und zu einem immer freieren Standpunkt durchgerungen hatte, sicher auch durch die Gespräche mit Julius Leber, den er sehr schätzte. Besonders eindrucksvoll erweist sich die Wandlung und Weiterentwicklung der Einsichten Becks an den Darlegungen über das Ende des Ersten Weltkrieges. Dass er sie verfasste, wird einmal mehr dadurch deutlich, dass auch sie mit den Studien z.T. wörtlich, vor

allem aber in den Gedankengängen übereinstimmen. Und zwar ist es hier die Studie «Der 29. September 1918», die besonders herangezogen werden muss. In der Denkschrift ist die Kritik an Ludendorff um einige Grade härter als in der Studie, wenn es z.B. heisst: «Da die politische Führung fehlte und praktisch von Ludendorff übernommen war, so ist es ein Beweis absolut unpolitischer Haltung, dass er nach dem Scheitern der grossen Offensive noch im Juli 1918 den Sturz des damaligen Staatssekretärs Kühlmann herbeiführte, weil dieser im Reichstag erklärt hatte, man müsse die Beendigung des Krieges mit *politischen* Mitteln erstreben. Zwei Monate später drang er mehrmals am Tage auf sofortige Herausgabe eines Waffenstillstandsangebots.» Diese Vorgänge hat Beck in seiner Studie in allen Einzelheiten geschildert. Interessant ist aber der Zusatz in der Denkschrift: «Es steht fest, dass selbst die Parteiführer der Linken damals die Nerven behielten und bereit waren, jedes Opfer zu bringen und jeden Weg zu gehen, sofern nur wahrhaftige Unterrichtung über die Lage und vernünftige, ruhige Überlegung sichergestellt wären.»

Mit diesem Satz wird eine Stellungnahme eingeleitet, die wir für eine der wichtigsten der ganzen Denkschrift halten: die zur Dolchstosslegende oder vielmehr die entschiedene Wendung gegen sie. Es ist zu vermuten, dass dies auf Drängen Lebers erfolgt ist. Aber es ist auch ebenso wahrscheinlich, dass Beck selbst als der beste Sachkenner die betreffenden Abschnitte formuliert hat. Schon in der Studie «Der 29. September 1918», die Beck bereits 1941 in der Berliner Mittwoch-Gesellschaft vorgetragen hatte, war als die Folge des übereilten Waffenstillstandsangebots der Obersten Heeresleitung festgestellt worden:

«Strich aber die Oberste Heeresleitung selbst im Westen die Flagge, so handelte sie zum erstenmal unter dem Einfluss einer übertriebenen Einschätzung des Ernstes der Lage;

so begab sie sich ein für allemal der moralischen Wirkung, die von ihr selbst und dem Westheer ausging;

so offenbarte sie Heer und Heimat, die darauf nur ganz ungenügend vorbereitet waren, dass der Krieg verloren sei;

so gab sie selbst den Westgegnern die endgültige Gewissheit des Sieges;

so übernahm sie weitgehend die Mitverantwortung auch für die unausbleiblichen Folgen;

so beging sie gleichzeitig einen militärischen, psychologischen und politischen Fehler[63].“

Weiter ging Beck in seinem Vortrag noch nicht. Vielleicht tat er es damals mit Rücksicht auf die halbe Öffentlichkeit, in der er sprach – oder aber weil er sich selbst noch nicht zu voller Klarheit durchgerungen hatte. In der Denkschrift tat er den letzten Schritt und verwarf die Dolchstoss-Legende endgültig. Das ist umso bemerkenswerter, als er selbst auch einmal an sie geglaubt hatte: In einem Privatbrief hat er am 28. November 1918 geschrieben: .. .«Im schwersten Augenblick des Krieges ist uns die – wie ich jetzt auch keinen Moment mehr zweifle – von langer Hand her vorbereitete Revolution in den Rücken gefallen.» Im Jahre 1944 ist Becks Urteil gewandelt, weil er sich von einem Gruppenvorurteil gelöst und zur geschichtlichen Wahrheit in strenger Forschung vorgedrungen ist. So konnte er nun schreiben: «Von nun an [nach dem übereilten Waffenstillstandsangebot, auf das Ludendorff so drängte] war mit revolutionären Empörungen eines falsch geführten Volkes mit Sicherheit zu rechnen. Man mag der Ansicht sein, dass der Kaiser, seine Berater, die politischen Führer usw. in der Lage gewesen seien, Meutereien und offenen Zusammenbruch zu vermeiden» – aber nun folgen die Feststellungen, dass es an der Fähigkeit und Willensstärke bei allen politischen Faktoren gefehlt hat und dass vor allem «das Kriegsende *nicht durch Dolchstoss von rückwärts*, sondern dadurch herbeigeführt wurde, dass Hindenburg und Ludendorff *übereilt, aber zu spät* der veränderten militärischen Lage *politisch* Rechnung getragen haben.» Nach dem Ausscheiden Österreichs, Bulgariens und der Türkei sei die Niederlage nach menschlichem Ermessen unabwendbar gewesen. «Niemals wird entschieden werden können, ob im Falle einer Massenerhebung des Volkes und des Hineinzerrens des Krieges in den Winter 1918/19 vielleicht in Frankreich oder in England die Revolution ausgebrochen wäre. Wahrscheinlich aber ist es nicht...»

So ging Beck in der Denkschrift viel weiter als in der Studie. Er zog die letzten Konsequenzen aus seinen Forschungen und trat nun mutig gegen die Dolchstosslegende auf. Ja, er stellte ausdrücklich fest, «dass

Noske, Ebert *und* entschlossene Offiziere die Ordnung des Staates und die Interessen des Vaterlandes über alles gesetzt haben, als sie die spartakistische Bewegung niederschlugen». Wenn der Autor dann noch einmal in dem anschliessenden Abschnitt die Summe seiner geschichtlichen Erkenntnisse zieht, dann begegnet man wieder dem politischen Weisen und Wehrphilosophen in den eindrucksvollen Sätzen: «Laufen wir noch einmal den roten Faden objektiver Feststellungen entlang: Eine unentschlossene, unfähige politische Führung hatte einen Leerraum geschaffen, in den die gewaltigen Energien eines Ludendorff bei der auf ihm liegenden Verantwortung eindringen mussten. Nunmehr wurde auf dem politischen Gebiet militärisch gedacht und gehandelt nach den Gesichtspunkten des Befehlens, des Gehorchens und des reibungslosen Funktionierens einer glänzend aufgezogenen Organisation. Die Politik aber hat es mit Kräften zu tun, die sich nicht durch harte Disziplin allein bändigen und leiten lassen ...»

So hat sich Beck vom strategisch-militärischen zum politischen Denker weitergebildet. Er urteilt nicht mehr vom soldatischen Standpunkt, sondern von einer ganzheitspolitischen Schau aus, wenn er in diesem Abschnitt über oder gegen die Dolchstosslegende schliesslich zu dem Schluss kommt: «Die teils gutgläubige, teils von blinder Parteiwut oder von getäuschten Erwartungen diktierte Verzerrung der politischen Entwicklung zum Dolchstoss hat das Verhältnis der deutschen Parteien untereinander vergiftet, die Wiederfindung inneren Gleichgewichts verzögert und uns aussenpolitisch schwer geschadet. Sie hat die Gegner ermutigt, zu hohe, ja sinnlose Forderungen zu stellen; vor der gleichen Gefahr stehen wir heute. Auch dies muss uns eine Lehre sein.» Immer wieder also die Tendenz und der Entschluss, aus der Geschichte zu lernen und die Fehler der Vergangenheit zu vermeiden. Beck und Goerdeler wussten sich darin einig, dass im Falle eines Staatsstreichs, zu dem der Entschluss nun feststand, keiner neuen Dolchstosslegende Vorschub geleistet werden durfte. Mit daher ist der Entschluss Becks und seiner militärischen Freunde zu der «Zentralen Lösung» zu erklären, nach dem Attentat *nicht* zu kapitulieren[64]. Daher auch die neuerdings erst bekanntgewordene Erklärung am späteren Nachmittag des 20. Juli dem Feldmarschall v. Kluge gegenüber: «Der Krieg geht weiter. Er muss nur richtig geführt werden.» Mit anderen Worten: Es galt noch

eine *militärisch* so konsolidierte Ausgangslage zu schaffen, dass *politische* Verhandlungen möglich wurden. Dazu brauchte man aber auch eine breite innere Basis und einen Kern der Verantwortlichen, die im Grundsätzlichen übereinstimmten, *auch in ihrem Geschichtsbild.* Daher die Denkschrift und daher auch die Bewältigung der Dolchstosslegende; sie hatte in der Tat lange genug das politische Leben in Deutschland vergiftet.

## II

Ähnlich wie in der Denkschrift «Das Ziel» treten auch in der, die wir «Der Weg» betiteln, die weiteren Kapitel an Bedeutsamkeit zurück. Doch wird auch hier die enge Zusammenarbeit zwischen Beck und Goerdeler wieder deutlich, von dem allen Anzeichen nach das zweite Kapitel über das republikanische Deutschland stammt. Was Hassell als «Koalitionsverhandlungen[65]» bezeichnet, mögen in Wirklichkeit Besprechungen Goerdelers mit Leber, Leuschner und Jakob Kaiser gewesen sein, um sich über die Formulierung zu einigen; denn es ist sicher, dass sie auch zu weiterer Mitarbeit an der Denkschrift herangezogen wurden. Es ist wohl überhaupt zu einer ausgesprochenen «Gruppenarbeit» gekommen, und zwar durchaus im Sinne von Beck, so dass auch noch weitere Sachverständige mitwirkten. Es war die gemeinsame Überzeugung Goerdelers und Lebers, wenn es z.B. über die Aussenpolitik der Weimarer Republik hiess: «Im Frühjahr 1932, knapp 14 Jahre nach dem Zusammenbruch, war Deutschland von allen Reparationen und Besatzungen frei, hatte es sicheres Recht und volle bürgerliche Freiheit für jeden Bürger wieder geschaffen, waren Finanzen und Verwaltung geordnet, war die Inflation überwunden. Mit nur 10 Mrd. Mark Schulden stand Deutschland an der Spitze aller Staaten vom Gesichtspunkt der Verschuldung aus. Wir hatten kein Chaos, wir hatten keinen Bolschewismus, wir hatten einen Rechts- und Verfassungsstaat. Wer von uns hätte diese schnelle Entwicklung an der Wende des Jahres 1918/19 für möglich gehalten? Diese Leistungen wurden von den Rechtsparteien nicht anerkannt. Ihre Opposition war blind und kurzsichtig; sie verfiel der Demagogie.»

Wie Leber für die frühere SPD, so sind sicher auch Leuschner und

Jakob Kaiser für die Gewerkschaftsbewegung herangezogen worden. Über die Sozialpolitik des Dritten Reiches kommt es zu folgendem Urteil: «Die Sozialpolitik der Diktatur hat dem deutschen Arbeiter wesentliche Besserstellungen überhaupt nicht gebracht, im Gegenteil, sie hat ihm bestimmte Beträge wie die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, Zahlungen für den Volkswagen und sonstige Beiträge genommen, um mit ihnen Rüstungsarbeiten zu finanzieren. Sie hat ihm endlich jede Möglichkeit geraubt, an der Führung der Sozialpolitik und dem Ausbau der inneren Verwaltung der sozialpolitischen Einrichtungen mitzuwirken.»

Schliesslich ist das Kapitel über die Aussenpolitik der Diktatur von grundsätzlicher zeitgeschichtlicher Bedeutung. Es ist aber auch charakteristisch für den Standpunkt der Erneuerungsbewegung und wichtig für die Erkenntnis ihrer Motive. Verfasser dieses Abschnitts ist allen Anzeichen nach wieder Goerdeler. Für ihn steht auch in diesem Zusammenhang die Würdigung der englischen Politik im Vordergrund, wenn es über die Lage nach München 1938 heisst: «Die englische Öffentlichkeit, zunächst über die Vermeidung des Krieges begeistert, fing mit der ihr eigenen Instinktsicherheit an, zu begreifen, dass England unmittelbar vor schwersten Beeinträchtigungen seiner Interessen stehen würde, wenn das Spiel so weiterginge. Das Sturmzeichen ging am Mast hoch. Alles von der Diktatur bisher Erreichte wäre als ausgezeichnete aussenpolitische Leistung anzusprechen gewesen, wenn man dies Sturmzeichen beachtet hätte. Stattdessen begann man, nachdem die militärische Kraft der Tschechoslowakei gebrochen ... war, die eigene Macht zu überschätzen und die Kräfte und den politischen Willen der Engländer und Franzosen, insbesondere aber der Engländer zu unterschätzen.»

Die Anglophilie hat indessen den Blick Goerdelers nicht getrübt. Er sieht durchaus die Schwächen der englischen Politik und die Versäumnisse, die sich England und Frankreich hatten zuschulden kommen lassen, und schreibt darüber: «Noch im Herbst 1938 hatten es England und Frankreich in der Hand, den Weltkrieg abzuwenden, indem sie das auch objektiv notwendige Entgegenkommen in der Sudetenfrage von der Forderung abhängig machen konnten, dass gleichzeitig mit der Überantwortung dieses Gebietes an Deutschland alle Streitpunkte

in neuen umfassenden Abmachungen beseitigt werden müssten. Dadurch, dass sie diese Gelegenheit versäumten, ermutigten sie Hitler, den Weltkrieg auszulösen. Vor der Annäherung an Russland schreckten sie, insbesondere England, immer wieder zurück. – Die aussenpolitische Entwicklung dieser Periode beweist ebenso wie die verfassungspolitische Entwicklung, dass es vollkommen unrichtig ist, dem deutschen Volk die Verantwortung für diesen Krieg allein aufbürden zu wollen. Die Verantwortung trifft auch die jetzt mit uns im Krieg stehenden Mächte; diesmal war ihre Politik ebenso naiv, kurzsichtig und dumm wie die deutsche vor dem Ersten Weltkrieg.»

Das heisst also zusammengefasst: Beck und Goerdeler wie ihre politischen und militärischen Freunde erklären sich in aller Entschiedenheit gegen den Dolchstoss. Sie erkennen in dieser Denkschrift an, dass in der Sozialpolitik des kaiserlichen Deutschland schwere Fehler gemacht, in der Aussenpolitik des Dritten Reiches grosse Erfolge erzielt wurden; aber sie bestreiten auch, und zwar mit gewichtigen Gründen, die Alleinschuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg. Allerdings sehen sie als sichere Prognostiker ebenso voraus: «Sehr viel schwerer wird aussenpolitisch wiegen, was in diesem Kriege an Verletzungen des Völkerrechts und der Gesetze der Menschlichkeit geschehen ist.» Schliesslich stellen sie fest: «So war durch skrupelloses Vorgehen der deutschen Diktatur einerseits, durch naive Leichtgläubigkeit unserer Kriegsgegner andererseits bereits im Frühjahr 1939 eine aussenpolitische Lage herbeigeführt, bei der jede Unbedachtsamkeit oder auch nur der leiseste Ausbruch bösen Willens zum Kriege führen musste.»

Die Schilderung des Zweiten Weltkrieges, seines Verlaufs in der Denkschrift ist wieder ein Musterbeispiel der engen Zusammenarbeit Becks und Goerdelers. Es ist schwer zu sagen, wer den ersten Entwurf gemacht und wem die endgültige Redaktion zuzuschreiben sein dürfte. Viele Partien der Schilderung deuten auf den Strategen Beck wie der Hinweis auf die Verzettelung der Kräfte und die Empfehlung, spätestens nach der Niederlage von Stalingrad hätte man Italien aufgeben und eine starke Alpenstellung mit den rechtzeitig aus Afrika zurückgezogenen Divisionen beziehen müssen. Bei der Beurteilung der Wirtschaftspolitik der Diktatur in den besetzten Gebieten kommt wieder der Fachmann Goerdeler zu Wort. Die vernichtende Wirkung der

Greuel und Verbrechen der Hitler-Schergen in der Welt und ihre lang anhaltende Nachwirkung ist im Übrigen klar vorausgesehen.

Aber dann fahren die Autoren der Denkschrift fort: «Umso wichtiger ist aber auch hier die Feststellung, dass die Gegner nicht ganz unbeteiligt an dieser Entwicklung sind. Sie haben ebenfalls wahrheitswidrig im Ersten Weltkrieg zur Entfachung der eigenen Leidenschaften der Welt ein falsches Bild vom deutschen Wesen vorgemalt und mit dem beleidigenden Wort «boches» Greueltaten aller Art uns angedichtet, dass sie sich nicht wundern können, dass die Lüge wucherte. Sie haben mit dem Diktat von Versailles, insbesondere in ihrem Verhalten den deutschen Unterhändlern gegenüber, sich so unedel und unmenschlich benommen, dass sie nicht als Richter über das deutsche Wesen anerkannt werden können ... sie haben bis 1923 eine äusserst zugespitzte Erpresserpolitik uns gegenüber in Bewegung gesetzt; sie haben also, und zwar gerade in der deutschen Jugend, die Vorstellung mit grossgezogen, dass Macht vor Recht geht, und durch ihre verächtliche Behandlung des deutschen Volkes ihrerseits Hass gesät. Kurzum, sie haben die Büchse der Pandora geöffnet, (und) Hitler hat ihren Inhalt bis auf den letzten Rest über die Menschheit ausgeschüttet.» Aus solchen Sätzen sollte man aber keine einseitigen Schlüsse ziehen. Sie lassen erkennen: Goerdeler ist mit seinem Optimismus am Ende. Er ist über die Unansprechbarkeit der Engländer verzweifelt und erkennt auf einmal, mit wieviel Kleingeist und Torheit die Welt regiert wird. Die letzten Seiten der Denkschrift schreien es förmlich hinaus.

Aber zugleich meldet sich in den letzten Abschnitten eben aus der bitteren Erfahrung der Zeit die dringliche Forderung nach sittlichen Grundsätzen der Aussenpolitik. Die Gedanken, die Beck zum Schluss seiner «verdeckten» Grundsatzerklärung in dem Vortrag über den totalen Krieg ausgesprochen hat, klingen noch einmal an. Er bezog sich dort auf Treitschkes Wort: «So unterliegt auch der Staat überall Gesetzen seines sittlichen Wesens, die er nicht ungestraft verletzen darf», um dann das Zitat aus Kants «oft missverstandener Schrift ‚zum ewigen Frieden*» als «grossartige Richtlinien» anzuführen: «Die wahre Politik kann also keinen Schritt tun, ohne vorher der Moral gehuldigt zu haben, und obzwar Politik für sich selbst eine schwere Kunst ist, so ist doch die Vereinigung derselben mit der Moral gar

keine Kunst; denn diese haut den Knoten entzwei, den jene nicht aufzulösen vermag, sobald beide einander Widerstreiten. – Das Recht des Menschen muss geheiligt werden, der herrschenden Gewalt mag es auch noch so grosse Aufopferung kosten. Man kann hier nicht halbieren und das Mittelding eines pragmatisch-bedingten Rechtes zwischen Recht und Nutzen aussinnen, sondern alle Politik muss ihre Knie vor dem ersteren beugen, kann aber dafür hoffen, obzwar langsam, zu der Stufe zu gelangen, wo sie beharrlich glänzen wird[68].»

So wird auch zum Schluss der Denkschrift die Totalität der Politik noch einmal angerufen, mit deren Definition «Das Ziel» beginnt. Mit eindringlichem Ernst heisst es zusammenfassend: «Die Aussenpolitik des kaiserlichen Deutschland hat Gelegenheiten verpasst, weil sie naiv und töricht war. Die Aussenpolitik des republikanischen Deutschland hat solche Möglichkeiten angesichts der Kurzsichtigkeit und Torheit der Gegenspieler nicht vorgefunden. Sie hat sich die Befreiung erkämpfen müssen. Die Aussenpolitik der Diktatur hat alles, was vom kaiserlichen und republikanischen Deutschland geschaffen war, vertan. Sie hat die geschaffenen und gegebenen Möglichkeiten nicht nur nicht ausgenützt, sondern uns jede nur mögliche Schwierigkeit verschafft.»

Soll darum aber das Ziel aufgegeben werden? Die Autoren haben es fest im Auge, wenn sie sagen: «Für die Zukunft gilt es, nicht nur die oben festgestellten – sittlichen – Folgerungen zu ziehen, sondern auch entschlossen *die zur Ausführung reifen Ideen zur tragenden Grundlage der Politik zu machen.* Nach aussen müssen wir für den Zusammenschluss der selbständigen europäischen Nationalstaaten und für die Zusammenarbeit aller Völker der Welt, die den Frieden wollen, wirken.»

Es ist Zeit, dass nicht nur die Deutschen, sondern die ganze Welt Kenntnis erhält von diesen grossen Denkschriften. Vieles in ihnen ist zeitbedingt und von der Entwicklung überholt. In anderen Gedanken waren ihre Autoren auch nur Kinder ihrer Zeit. Aber darüber hinaus wird offenkundig, dass sie nicht allein für sich, sondern die unzähligen Deutschen sprachen, die die Diktatur mundtot gemacht hatte. Die grossen abendländischen Überlieferungen und die christliche Gesittung waren in diesem Lande nicht untergegangen. Sie waren es so wenig, dass mitten unter den Greueln das Konzept eines vereinigten

Europa entstand – einzigartig unter den abendländischen Widerstandsbewegungen. Das gemeinsame Erbe war neu erkannt. Ererbter Wehrsinn und weltbürgerliche Gesinnung des klassischen Zeitalters waren weiterentwickelt zur «Totalität der Politik». Zu jener Ganzheitspolitik nämlich, die, vom ganzen Menschen getragen, auch dem ganzen Menschen dient, der ganzen menschlichen Gesellschaft. Dies war das Ziel. Über die Versöhnung der europäischen Staaten zielte man auf eine neue Friedensordnung der Welt. Diese Zielsetzung bleibt; sie konnte nicht ausgemordet werden, wie man es mit ihren geistigen Urhebern getan hat.

## DIE BLEIBENDE BEDEUTUNG

Nach dem Dargelegten ergibt sich u.E.: Die grossen Denkschriften, die Beck und Goerdeler gemeinsam verfassten, haben nicht nur zeitgeschichtliche Bedeutung. Sie sind gewiss aus der Notwendigkeit erwachsen, mitten im Zweiten Weltkrieg sich über das Ziel, nämlich die Friedensordnung klarzuwerden – und ein Teil dieser Ordnung ist heute auch tatsächlich erreicht. Das mag einmal mehr beweisen, dass sie die Zeichen der Zeit erkannt und die rechten Prognosen gestellt haben. So zielte die Erneuerungsbewegung auf die Versöhnung der europäischen Völker, auf den Ausgleich ihrer politischen und wirtschaftlichen Interessen, auf die Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichts durch die Wiedereingliederung Deutschlands in eine europäische Gemeinschaft. Seine Substanz hofften Beck und Goerdeler zu erhalten, nachdem es sich selbst von den Verbrechern und Korrupten gereinigt und über sie streng Gerichtstag gehalten hatte. Sie waren bereit wiedergutzumachen. Aber sie zielten nicht nur auf eine rechtsstaatliche Erneuerung, sondern vor allem auf die moralische der Gesellschaft in ihrem Vaterland von Grund auf. Denn niemand sah klarer als sie, dass Hitler und seine Leute nicht nur den Staat korrumpiert, sondern auch die alte bürgerliche Gesellschaft in einen moralischen Trümmerhaufen verwandelt hatten. Die notwendige «Re-education» wollten die Reformer nach *der* Tradition durchführen, der einmal die Deutschen ihren guten Ruf auf der Erde verdankten. Der Wille dazu leuchtet überall aus den Denkschriften. Nicht zuletzt dank ihrer Opfer hat die deutsche Nation, soweit sie frei ist, ihren weltgeschichtlichen Auftrag behalten, den reformatorischen.

Deshalb haben wir uns mit der Erneuerungsbewegung und ihren Denkschriften so eingehend befasst. Beck und Goerdeler wie ihre poli-

tischen und militärischen Freunde waren keine Verschwörer und Revolutionäre im landläufigen Sinn, aber Reformer von Grund auf. Sie sind damals gescheitert, auch daran, dass ihnen nicht die geringste Unterstützung von Aussen zuteil wurde – und als die Verhältnisse eine Gewalttat von ihnen verlangte. Diesem Zwang haben sie sich schliesslich nach langen inneren Kämpfen gebeugt, aber «das Zeug» dazu fehlte ihnen: die revolutionäre Gewalttätigkeit nämlich. Darin waren Beck und Goerdeler das absolute Gegenteil von Hitler. Auch der Attentäter Stauffenberg folgte sehr viel tieferen Motiven, wenn ihn auch manche Leute mehr oder minder gewaltsam zum National- und Sozialrevolutionär stempeln wollen. Allesamt aber sind sie als Blutzeugen der guten Sache gefallen, für die politische und moralische Rehabilitierung der Deutschen und eine neue Gemeinsamkeit mit den abendländischen Völkern.

Sie haben ein Testament hinterlassen, das nicht untergehen darf. Ein «Letzter Wille» ist da, den sie nicht mehr vollenden konnten und den nun die Befreiten vollziehen sollen. In ihren grossen Denkschriften, Studien und Programmen haben sie ihn niedergelegt. Ihr Ziel war die politische Reform des Reiches an Haupt und Gliedern, ihr Weg die allgemeine Versöhnung, der vernünftige Ausgleich früherer Gegensätze. Dieses Ziel wollten sie durch die Wiederherstellung der politischen Freiheit und Selbstbestimmung erreichen, durch die organische Weiterentwicklung des früher Bewährten. Als grundsätzliche Gegner des Gewaltsamen und Gewalttätigen konnten sie nicht anders handeln: Die Deutschen sind nun einmal *das* Volk der Reformation und nicht das der Revolution. So ist die bleibende Leistung der deutschen Erneuerungsbewegung nicht der «20. Juli», sondern das Konzept einer neuen deutschen und europäischen *Ordnung.* Sie wussten, was an der Zeit war. *Dafür* sind sie am und nach dem 20. Juli 1944 gefallen.

Sieben Punkte aus ihrem grossen Reformprogramm haben u.E. vor allem zukunftsweisende Bedeutung. Es sind dies:

1. Die *Totalität der Politik.* Das Ganze ist die Politik, sagt Clausewitz, und in der Tat ist sie inzwischen *das* Schicksal der Staaten und Völker. Man muss Politik ganz machen, mit allen menschlichen Kräften, nicht allein mit dem Verstand, der auf die eigenen Interessen bedacht ist, sondern mit der Vernunft, dem Geist, mit Leib und Seele. In

diesem Sinn gingen sie politisch aufs Ganze, in der äusseren wie in der inneren Politik. Sie haben einen neuen Anfang damit gemacht, «denn der Mensch lebt nicht von Brot allein, er hat auch eine Seele». Totale Politik hiess für sie Befriedung, Ausgleich der Interessen, weltgeschichtliche Verantwortung im Rahmen der ganzen menschlichen Gesellschaft. Dieses Verantwortungsbewusstsein entsprang ihrer christlichen Bindung. Sie stellten es höher als die herkömmliche Pflichterfüllung, als sie sahen, wie man diese missbrauchte.

Noch mehr als die Politik an sich sind aber *die Politiker* das Schicksal der Staaten und Völker. Auch das haben Beck und Goerdeler in seiner ganzen Tragweite erkannt. Es gehört zu ihrem «Letzten Willen», wenn Beck in seiner Studie über den totalen Krieg – den er ablehnt – sagt: «Aber nicht nur auf das theoretisch als richtig und erstrebenswert Erkannte allein kommt es an, sondern mehr noch auf die Männer, die berufen sind, *politisch* zu führen. Ist der oberste Träger der Politik ein moralischer Mensch, was seine Achtung vor dem Reckt in sich schliesst, so wird die von ihm geführte Politik schlechthin immer eine sittliche bleiben. Denn solche Staatsführer haben dann noch einen über ihnen stehenden Richter im eigenen Gewissen. Friedrich der Grosse und Bismarck haben deshalb eine segensreiche Politik machen und sich zu so grossen Staatsmännern entwickeln können, weil sie als moralische Menschen in letzter Instanz ihrem Gewissen gefolgt sind. Natürlich gehören zu einem Staatsmann auch noch andere als diese Eigenschaften, und Treitschke verlangt vor allem von ihm grosse Intelligenz .. ,[67].»

Totale Politik können also nur ganze Persönlichkeiten machen, die das Ganze überblicken und sich ganz auf ein grosses Ziel ausrichten.

2. Die Politik, die dem ganzen Menschen dienen will und aufs Ganze geht, ist aber niemals nur «Politik» an sich. Sie hat *moralische Voraussetzungen und Grundlagen,* und zwar nicht nur bei den Regierenden, sondern auch bei den Regierten. Ohne Moral der Gesellschaft kein Rechtsstaat, ohne Fairness keine gedeihliche Wirtschaft, ohne Anstand und gute Sitten auch kein soziales Leben, das diesen Namen verdient. Beck und Goerdeler wussten nur zu genau, wie der Nationalsozialismus die alte Gesellschaft und ihre Sitten zerstört und wie viele er korrumpiert hatte. Auch in der Armee waren die moralischen Grössen nicht mehr das Erste und Letzte. Eine durchgehende moralische Erneuerung

war unerlässlich. Es bedarf keiner Erörterung, dass Beck und Goerdeler darin vorbildlich vorangegangen sind. Sie selbst waren der Inbegriff der Autorität, des Anstands und der moralischen Grösse. Darum hatten sie auch die Aufgabe erkannt, vor allen anderen die sittlichen Schädigungen auszumerzen. In einer gleichfalls noch ungedruckten Denkschrift[08] mit dem Titel «Gesamtlage» hatte es bereits im November 1940 geheissen: «Der gegenwärtige Krieg hat... seine Ursache ... in der immer hemmungsloser gewordenen Anbetung der Macht, in einer immer zügelloseren Herrschsucht... Die Mittel, die angewandt sind, um dem deutschen Volk den Krieg als aufgezwungen und unvermeidlich erscheinen zu lassen, sind von einer Skrupellosigkeit, wie sie jedenfalls in der Geschichte des deutschen Volkes bisher nicht bekannt war. Es ist an anderer Stelle dargelegt, dass kein militärischer Erfolg einen lebenswerten, dauerhaften Frieden herbeiführen kann, wenn nicht zuvor die *moralische Sauberkeit* wiederhergestellt und eine den Naturgesetzen entsprechende Wirtschafts- und Finanzpolitik mit aller Härte in Angriff genommen wird.»

3. Gemäss diesem Grundsatz ging es der «Schattenregierung» auch nicht um «kapitalistische» oder «sozialistische» *Wirtschaft,* sondern um eine solche der Sauberkeit und des freien Wettbewerbs, dieser jedoch eisern auf moralischen Grundlagen, also auf Grund von Anstand und guten Sitten und wiederum mit dem Blick auf das Ganze. Es ging nicht um die Wiederherstellung des hemmungs- und zügellosen Wirtschaftsliberalismus von ehedem mit seinem wertfreien «Spiel der Kräfte», sondern um Leistungswettstreit unter Einhaltung vereinbarter Spielregeln. Von seinen Leipziger Erfahrungen her wusste Goerdeler genau, warum er gerade der Wirtschaft *Ehrengerichte* anempfahl: Auch deren Moral hatte erheblich gelitten – wie immer im Krieg und bei gewaltsamem Umbruch. Für Goerdeler, für den die «Freiheit eines Christenmenschen» oben anstand, war die staatliche Zwangswirtschaft ebenso widernatürlich wie die künstliche Geldschöpfung. Seiner Solidität waren dies unverantwortliche Mittel und haben sich dann auch als solche erwiesen. Freilich, wo Bindung fehlt, muss schliesslich notgedrungen der Zwang folgen: Das steht überall zwischen den Zeilen. Es ist nur zu bedauern, dass der ehemalige Oberbürgermeister von Leipzig in diesem Zusammenhang nicht auch auf das bleibende Vorbild der

Freien Reichs- und Hansestädte verwies: Dort wurde die Verbindung von christlichem Leben, hohem Anstand der Sitten und erfolgreicher Wirtschaftsführung in abendländischem Ausmass vorgelebt. In diesen Stadtrepubliken ist man auch immer zugleich guter Bürger, Mitbürger und Weltbürger gewesen.

4. Was für die Wirtschaft gilt, gilt für Goerdeler aber auch für die *Sozial- oder Ausgleichspolitik,* wie er sie nennt. Auch hier wird man vergeblich nach «sozialistischen» Tendenzen suchen, obwohl das Konzept in hohem Masse sozial ist und den Missständen gegenüber, die wir inzwischen kennen, einen erheblichen Fortschritt bedeutet. Das Ideal Goerdelers ist nicht der Wohlfahrtsstaat, sondern die persönliche Leistung und Vorsorge, die der Staat schützt und begünstigt. Es gehört zu seinen Vorstellungen von Selbstbestimmung, dass auch die Arbeiterschaft ihre Versicherungen selbst verwaltet. Mit dem Eintreten für die Einheitsgewerkschaft aber wird die Tendenz erkenntlich, grosse soziale Gliederungen zu schaffen, die für sich selber sorgen und in einem eigenen Ständehaus ihre Interessen vertreten und mit anderen zum Ausgleich bringen können. Die Staatsregierung wird dann von der dauernden Rücksicht auf die verschiedensten Interessenverbände entlastet. Hier ist eine der wichtigsten Anregungen für die Reform des Gemeinwesens gegeben, die weitergedacht werden sollte.

Goerdeler *und* Beck haben überall erkannt, was an der Zeit ist. Sie sahen beide klar und haben immer unterstrichen, dass die rasche Entwicklung der Technik unaufhaltsam zu immer *grösseren Wirtschaftsräumen* führt und dementsprechenden Konsequenzen. Der Grosswirtschaftsraum Europa steht bereits deutlich vor ihren Augen. Doch erklären sie ausdrücklich, dass auch die Wirtschaft den Vorrang der Politik anerkennen und sich ihr einordnen muss, dass also politische Gesichtspunkte wichtiger sein können als rein ökonomische. Die Leistungssteigerung im freien Wettbewerb erwarten sie im Übrigen immer zuerst von dem inneren Mitgehen der Beteiligten, während der rein materielle Anreiz auf die Dauer dazu nicht ausreicht.

5. Besonders eindrucksvoll ist der Ruf der deutschen Erneuerungsbewegung nach Wiederherstellung der *Freiheit.* Es ist hier auch eine totale Freiheit gemeint, aber auch sie unter der Voraussetzung der christlichen und moralischen Bindung. Daher wird Geistesfreiheit, vor

allem Freiheit der Forschung verlangt, wie für alle anderen Lebensgebiete freie schöpferische Initiative. Die Meinungsfreiheit wird als die Voraussetzung der Urteilsbildung betrachtet.

6. Von grundsätzlicher Bedeutung ist schliesslich die Einstellung zum *Krieg und Wehrwesen.* Auch hier hat sich eine totale Wendung vollzogen, wie aus Becks Grundsatzerklärung hervorgeht: In ihr hat er, wir wiederholen es, ausdrücklich gegen den toalen Krieg Stellung genommen und als Hauptaufgabe aller bezeichnet, *den Frieden zu gewinnen.* Ebenso ist aber für Beck eine gute Armee die Voraussetzung der politischen Sicherheit und Selbstbestimmung und unerlässlich für die Bündnispolitik. Er sagt ausdrücklich, dass man den Krieg nicht abschaffen könne; ihn aber zu vermeiden oder zu verhindern: das sei *die wahre Staatskunst.* Wenn ein Krieg den Bestand der Armee zu gefährden beginne, dann sei es höchste Zeit für den Staat, Frieden zu schliessen. Vorbild für Beck ist die britische Methode der fleet in beeing, auf die Armee übertragen die army in being, also *das* Mittel, das Macht gibt, den Frieden zu erhalten oder die Friedensordnung wiederherzustellen.

7. Beck und Goerdeler haben es noch nicht ausgesprochen, aber ihre Reformen laufen alle in dieser Richtung: Sie wollen den Staat entlasten und die Gesellschaft zu ihrer Selbstbestimmung zurückführen. Daher der Ruf nach Wiederherstellung der *Selbstverwaltung* auf allen Gebieten, die Dezentralisierung der Mammut-Ämter und die Entlastung der Regierung von Aufgaben, die Organe lösen können. Dazu allerdings muss die Verantwortungsfreude gestärkt und allen Verwaltungen Spielraum gegeben werden. Nur so ist das Überhandnehmen der Bürokratie zu vermeiden. Goerdeler sah ihr Wuchern voraus.

Das sind u.E. die Haupttendenzen der deutschen Erneuerungsbewegung. Sie ist bei der schöpferischen Begabung Becks und Goerdelers rasch über die Opposition und den politischen Widerstand hinaus- und in die Pläne der konstruktiven Neugestaltung hineingewachsen, durch und durch reformatorisch, aber in christlicher und sittlicher Beziehung mit ausgesprochen konservativer Bindung. Von daher wollte sie das gesamte Gemeinwesen, Staat *und* Gesellschaft, Wirtschaft und geistiges Leben ebenso erneuern wie die Beziehungen der Völker untereinander, dazu alles, was Politik heisst. Das sollte die totale Politik sein, wie denn

die Denkschriften an alle Mit- und Staatsbürger die Aufforderung richten, nicht in den hergebrachten Gedankenbahnen zu verharren, *sondern ihr Denken* zu erneuern. An die Soldaten vor allem hat Beck in seiner Grundsatzerklärung vom Juni 1942 die eindringliche Mahnung gerichtet:

«Die Auseinandersetzung kann sich nicht nur auf militärisches Gebiet beschränken, sondern sie muss auch Fragen einbeziehen, die aufzuwerfen und zu beantworten, dem Militär vielleicht schwerer fällt als anderen Menschen, da sie ihn – mindestens scheinbar – in Konflikt bringen mit überkommenen soldatischen Auffassungen. Aber wer die Problematik des Krieges erforschen will, muss sich über den Krieg als Handwerk erheben. Er muss bis zu ihren geistigen Fundamenten vorstossen, den geschichtlichen ebenso wohl wie den kulturellen und moralischen. So muss er vor allem eine klare Stellung zu finden suchen wie: Inhalt und Aufgabe der Politik, die Rolle der Politik im staatlichen Leben, die Handhabung der Politik durch die Staatsführung, das Verhältnis zwischen Politik, Moral und Recht, kurz zu dem Zusammenleben der Völker in einer von Gott gelenkten sittlichen Welt.»

In Summa hat die Erneuerungsbewegung der politischen Grundlagenforschung Aufgaben hohen Ranges gestellt. Sie selbst zielte auf die Neugestaltung von Staat und Wirtschaft, von Sozialpolitik und Verwaltung, auf die Wiederherstellung der Freiheit in christlicher Bindung. Ihr aussenpolitisches Ziel war eine neue solide Friedensordnung der europäischen Völkerfamilie. Den Weg dazu hatte sie bereits vor dem Zweiten Weltkrieg eingeschlagen, dessen furchtbare Verheerungen sie schon 1938 voraussah. In ihren Denkschriften sind bleibende Hinweise gegeben von existenzieller Bedeutung nicht allein für Europa, sondern für das noch freie Abendland insgesamt. Es ist an der Zeit, sie zu nutzen.

## VORBEMERKUNG ZU DEN TEXTEN

Soweit bisher bekannt, haben sich von den beiden Denkschriften, die wir hier zum erstenmal vollständig veröffentlichen, nur je zwei Exemplare erhalten: Die einen im Nachlass Goerdelers, jetzt im Bundesarchiv in Koblenz, die anderen im Besitz des Verlegers Gotthold Müller, dem sie im Jahre 1945 von Frau Goerdeler übergeben wurden, nachdem Gotthold Müller Carl Goerdeler im Widerstand wichtige Dienste geleistet hatte. Bei den erhaltenen Texten handelt es sich jeweils um das Originaltyposkript und den Durchschlag, wie bei Vergleich der Müllerschen Exemplare mit denen in Koblenz festgestellt werden konnte. Von der Denkschrift «Das Ziel» liegt das Original in Koblenz, während Gotthold Müller über den Durchschlag verfügt; bei der Denkschrift «Der Weg» ist es umgekehrt.

Beide Exemplare sind sehr sauber und offenbar auf der gleichen Maschine geschrieben. Nur einige wenige handschriftliche Korrekturen wurden angebracht. Nach der Handschrift, soweit erkennbar, scheinen sie aber im «Weg» nicht von Goerdeler selbst zu stammen, sondern von Professor Wolfgang Foerster, dem damaligen Präsidenten der kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt des Heeres, den Beck als Experten heranzuziehen pflegte und dem wir dann auch die erste Würdigung Becks («Ein General kämpft gegen den Krieg», München 1949) verdanken.

Der Text selbst wurde im Ganzen unverändert gelassen. Nur dort, wo es sich offenkundig um stilistische Flüchtigkeiten oder Schreibfehler handelte, wurde behutsam redigiert. Aus Gründen der Verdeutlichung dessen, was die Denkschriften bezweckten, sind auch die Sperrungen im Text um einige vermehrt worden. Sie erscheinen hier durch Kursivschrift hervorgehoben.

Die zweite Denkschrift trägt keinen Titel, und zwar weder auf dem Originaltyposkript noch auf dem Durchschlag. Der Inhalt legt indessen nahe, ihr den Titel «Der Weg» zu geben, da sie ja den Entwicklungsablauf seit der Jahrhundertwende beschreibt, also dem politischen, sozialen und wirtschaftlichen Weg der Deutschen seit dieser Zeit nachgeht.

*

Ausser den beiden grossen Denkschriften geben wir auch noch drei Texte wieder, die schon bekannt sind, nämlich:

Die Regierungserklärung
Die vorbereitete Rundfunkansprache
Ausarbeitung Goerdelers

Sie sind zum vollen Verständnis dessen, was die deutsche Erneuerungsbewegung gewollt hat, unerlässlich und müssen zum Vergleich mit herangezogen werden. Allen Indizien nach stammen sie aus dem Spätsommer und Frühherbst 1943, als die Bewegung mit der Verschärfung der Kriegslage, aber zugleich auch mit der Wiederherstellung Becks eine neue Aktivität entfaltete. Sie sind offenbar auch mit den Mitgliedern des «Schattenkabinetts» Leuschner und Leber abgesprochen worden.

# DAS ZIEL

## *Denkschrift Anfang 1941*

Friedrich der Grosse gab 1759 dem Gedanken
Ausdruck: dass Tapferkeit ohne Klugheit
nichts bedeute und dass der berechnende Geist
über die Kühnheit siegen würde,
dass der Erfahrene und der Wissende
dem sich nur auf das Können Verlassenden
überlegen sein dürfte.

## I. DIE TOTALITÄT DER POLITIK[1]

Aufgabe jedes Staates ist es, die auf Erhaltung und Verbesserung des Lebens gerichtete, naturgesetzlich gebotene Arbeit seiner Bürger zu schützen, *alle* dieser Tätigkeit dienenden Kräfte zu stärken, sie vor Entartung zu bewahren und ihnen eine möglichst lange Dauer sicherzustellen. Der Mensch lebt nicht von Brot allein, sondern er hat eine Seele. Daher gelangt er zur höchsten Leistungsfähigkeit auf allen Gebieten nur, solange es gelingt, die seelischen Bedürfnisse zu befriedigen. Das gilt für sein religiöses Streben und Sinnen, das gilt für seine Ehrliebe, das gilt für sein Nationalbewusstsein, für seinen Hunger nach Wahrhaftigkeit und vieles andere.

Die Tätigkeit, die Staatsführung und Volk diesen umfassenden Staatsaufgaben widmen, nennt man Politik. Die Wirtschaftspolitik ist nur ein begrenzter Teil dieser allgemeinen Staatspolitik. Nur Stümper, Schönredner und Schwadroneure können daher in eine Erörterung darüber eintreten, ob der Wirtschaft oder der Politik das Primat im Leben des Staates gebühre. Kurzes Nachdenken schliesst jede solche Erörterung aus. Politik ist die umfassende, Wirtschaft die begrenzte Tätigkeit. Aber aus dem gleichen Grunde darf die Politik des Staates niemals die wirtschaftlichen Kräfte der Bürger ausser Acht lassen, von ihnen lebt der Staat, ohne sie verfällt er dem Tode. Wirtschaften heisst immer mit den Kräften der Natur, also auch mit anderen Menschen ringen. Kein Volk lebt allein auf dieser Welt; Gott hat auch noch andere Völker geschaffen und sich entwickeln lassen[2]. Eine rein materialistische Betrachtung, die aber graue Theorie ist, könnte zu der Annahme führen, dass der Staat am besten seine Aufgabe erfüllt, der sich allen anderen gegenüber rücksichtslos auch mit Gewalt durchsetzt. Eine solche Betrachtung entspricht aber weder unserem seelischen Bedürfnis

noch auch den Erkenntnissen der Vernunft. Ewiger Kampf bedeutet dauernde Kräftevergeudung. Ewige Unterdrückung anderer widerspricht offenbar ebenso den Geboten Gottes wie der vernünftigen und durch die Geschichte bewiesenen Erkenntnis, dass nur freie Menschen höchste Leistungen vollbringen und dass nur deren gegenseitiger Austausch dauernd Leben erhält und verbessert.

Nie wird der Mensch vollkommen sein. Dauernd wird er zwischen dem Naturgesetz, das ihm gebietet, sein Leben im Kampf mit den Kräften der Natur, also auch mit anderen Menschen zu erhalten, und jener Erkenntnis hin- und herwandern. Erfolg wird diejenige Staatsführung haben, die dieses Hin- und Herschwanken auf ein Mindestmass begrenzt und immer wieder mit weisen Mitteln einen Ausgleich zwischen den beiden Kräften anstrebt.

Die Geschichte lehrt daher auch klar, dass zu den Voraussetzungen erfolgreicher Staatsführung gehören: die Anerkennung und Ausnutzung aller Naturkräfte und Naturgesetze, ihre durch nichts behinderte Erforschung, daher die Freiheit des Geistes; die Befriedigung der seelischen Bedürfnisse, daher die Freiheit des Gewissens; der harmonische Ausgleich zwischen Trieb und Seele, daher Recht und Gerechtigkeit; die Pflege aller körperlichen, geistigen und seelischen Kräfte in Vaterlandsliebe und menschlichen Tugenden; die Hinordnung in die Schöpfung Gottes, daher die Rücksicht auf die Anschauungen und Interessen anderer sowie die Nächstenliebe, und nicht zuletzt das ewige Suchen nach den Sinn des Lebens und die dauernde Unterwerfung unter die Allgewalt Gottes. Nur *die* Perioden, in denen der naturhafte Lebens- und Gestaltungswille der Menschen und Völker von der Erkenntnis dieser Voraussetzungen und ihrer harmonischen Erfüllung durchdrungen waren, waren glücklich.

Politik muss daher immer die Erfüllung und beste Gestaltung *aller* dieser Voraussetzungen umfassen; sie muss total sein, wie die Natur es ist. Die Natur sucht aber auch ständig ein Gleichgewicht zwischen den ringenden Kräften herzustellen. Der ganze Kampf ist auf die Erringung des Gleichgewichts gerichtet. Der Ausbruch des Vulkans bedeutet nichts weiter, als dass im Ringen der Naturkräfte ein Streben nach neuem Ausgleich sich vollzieht. Der Mensch ist ein Teil der Natur und ihren ewigen Gesetzen unterworfen. Auch die Politik muss den ehren-

haften und nützlichen Ausgleich der skrupellosen Machtanwendung vorziehen[3].

Das politische Ringen der Menschen und der Staaten vollzieht sich teils mit friedlichen, teils mit kriegerischen Kampfmitteln; ein Ringen bleibt es immer. Die Totalität, die der Inbegriff der Politik sein muss, hat daher sowohl im Frieden wie im Kriege zu wirken. Die Gedankengänge, die sich bemühen, in den Grenzen mathematischer Beweisbarkeit zu bleiben, rücken die in den letzten Jahrzehnten verbreiteten Auffassungen von der Totalität des Krieges in das rechte Licht[4]. Es gibt nicht eine Totalität des Krieges als solchen, sondern es gibt nur eine Totalität der Politik im Kriege wie im Frieden. Nur das Versagen der politischen Führung seit fünfzig Jahren hat den verhängnisvollen Irrtum ermöglicht, von dem totalen Krieg in dem Sinne zu sprechen, dass im Kriege jedes Mittel erlaubt sei. Hier liegt eine schwere logische Verirrung vor. Da die Politik zu keiner Sekunde die ihr innewohnende Totalität leugnen kann und darf, so muss sie auch im Kriege an das «Ziel», an das neue, von Natur und Seele verlangte Gleichgewicht, also an den folgenden Frieden denken. Allgemeine Rezepte von ewiger Gültigkeit lassen sich weder für die Art der Kriegführung noch für die Entscheidung der Frage aufstellen, ob im Einzelfalle der rein militärische oder ein anderer Gesichtspunkt in den Vordergrund zu stellen ist. Es ist eben die Kunst der Politik, elastisch für jeden Schritt der Entwicklung das Richtige zu finden und zu bestimmen. Sie gestattet daher dem Soldaten nicht jede Art der Kriegführung: z.B. muss sie bedenken, ob die mit Zerstörung erzielte Wirkung dem gedachten und möglichen Ziel des günstigen Friedens sowie seiner gewollten Gestaltung näherführt und seiner Erhaltung zu dienen vermag oder nicht.

Zuletzt in unserer Geschichte verkörpert sich solche Staatsführung in BISMARCK[5]. Er schied aus ihr mit der beklemmenden Sorge, ja Voraussicht, dass nach ihm die Bahnen einer totalen Politik verlassen werden würden. Er hat recht behalten. Wer auch nur die *deutschen* Dokumente zum Kriegsausbruch 1914 liest, ist über den Mangel an Voraussicht und Entschlossenheit, über das Unmass von Illusion und Vertrauensseligkeit, über die falsche Einschätzung der in dieser Welt wirksamen Kräfte aufs tiefste erschüttert. Es bleibt nichts anderes übrig, als die seit dem Abgänge Bismarcks sich durchsetzende Politik

als naiv, oberflächlich und leichtfertig zu bezeichnen. Letzten Endes vollendete sich in ihr die Überbewertung der materiellen Lebensgestaltung und damit auch der materiellen Macht, zu der die Entwicklung der Technik Veranlassung gegeben hat. Es ist nicht die sogenannte liberalistische Weltanschauung, die unser Vaterland schliesslich in die Gefahren der Gegenwart hineingeführt hat; jener Ausdruck ist ein Schlagwort ohne jeden deutbaren Sinn. Es ist auch nicht der Verlust jener hohen sittlichen Ideale, die die deutschen Schöpfer der preussischen Erhebung gegen NAPOLEON erfüllten und ihre Gestalten so rein und lauter erscheinen lassen; jene Ideale waren noch im deutschen Volke lebendig, als es in den Krieg 1914 eintrat: Es ist letztlich die fortschreitende religiöse Verkümmerung unseres täglichen Lebens.

Der Mensch hatte nach der mittelalterlichen Beengung freier geistiger Forschung, die ihn zum Stillstand verurteilte, wieder die geistige Freiheit erhalten, den Gesetzen und Kräften der Natur nachzuforschen. Indem er sie entdeckte, enträtselte, zusammenfasste und sich dienstbar machte, erlag er der Versuchung, sich als Herrn der Schöpfung zu betrachten. Er leugnete schliesslich die göttliche Schöpfungskraft; er verstieg sich zur unbeweisbaren Annahme einer alles Leben entwickelnden Urzelle, war stolz auf seine «Entdeckung» und musste sich doch im stillen gestehen, dass hinter jener Zelle wieder Gott stand. Aber dies Geständnis schien ungeistig, wurde unmodern und unbequem. Die freie geistige Forschung hatte die seelischen Bindungen gelockert oder gar zerbrochen. Mit dieser Entwicklung schwand das Verantwortungsbewusstsein vor einem höheren Richter, die Gestaltung und Verbesserung des Lebens (die wirtschaftliche Tätigkeit) wurde zum Hauptinhalt des Daseins, die Seele verkümmerte. Die wirtschaftliche Entwicklung hatte eine immer weiter getriebene Aufsplitterung der wirtschaftlichen Tätigkeit in Spezialgebiete, eine immer masslosere Verstädterung zur Voraussetzung und zur Folge. Diese Aufsplitterung erfasste schliesslich das ganze Gefüge des Menschen. So ging ihm mehr und mehr die Erkenntnis verloren, dass er nicht von Brot allein leben könne, sondern, dass er auch der von Gott in ihn gelegten Seele Nahrung zuführen müsse. Er verlor den Sinn für die Totalität aller Lebensvorgänge ebenso wie für seine eigene Totalität; er verlor endlich Demut und wollte mit lauter Aufsplitterungen der Herr des Ganzen sein.

So entschwand allmählich auch aus der Politik jenes zuletzt in Bismarck so vollkommen verkörperte totale Bewusstsein, dass Glück und Erfolg nicht durch Anspannung und Einwurf *einzelner* Kräfte gewonnen werden können, sondern nur durch harmonische Abstimmung *aller* Kräfte des Geistes, des Körpers und der Seele auf *eine* Melodie. Als nach dem Weltkrieg die Ursachen des Zusammenbruches überdacht wurden, da fand der um diese Totalität ringende LUDENDORFF[6] wohl wieder das Schloss, nicht aber den Schlüssel. Er sprach von einer Totalität, aber nur von der Totalität des *Krieges,* während es sich hier einzig und allein um die Totalität der *Politik* handelt, die das Ziel unter weiser und richtiger Einschätzung *aller* Aufgaben und *aller* Kräfte suchen und bestimmen muss, die diese Kräfte richtig ausbildet und harmonisch zusammenfügt, die jene Aufgaben sinnvoll aneinanderreiht[7].

Der Kampf um die Durchsetzung *dieser* Totalität ist noch im Gange. Was sich seit 1918 in Deutschland ereignet hat, ist ein nochmaliger Sieg des Materialismus und des Spezialistentums; seit 1933 versuchen diese, sich für das letzte Rennen ideeller Kräfte zu versichern. Aber da sie nicht klar und stark genug sind, um diesen Kräften einen reinen Nährboden zu schaffen, da sie von der Vergötterung des Menschen ausgehen, so haben sie nur jene ideellen Kräfte auf den Plan gerufen, die mit der oberflächlichen Betrachtung der Aufgabe des Volks- und Menschentums, die mit dem Materialismus vereinbar erscheinen; sie haben auf jene verzichtet, die in der Seele ihre Wurzel haben und die ebenso unentbehrlich sind. Krankhafte Geltungs- und Genusssucht haben dazu verleitet, bestenfalls Tugenden von anderen zu fordern, aber nicht selbst zu verkörpern. So leben wir in Jahren, in denen eine Fehlentwicklung ihren Höhepunkt zu erreichen scheint. Die Revolution von 1933 ist künstlich gemacht und technisch organisiert; sie ist keine organische Fortsetzung; sie ist gepaart mit Überspanntheiten, wie die Reaktion in verschiedenen, längst überwundenen Epochen unserer Geschichte, die nicht einmal für die damals Lebenden als glücklich bezeichnet werden können.

Die Gefahr besteht nicht nur hierin, sondern sie wird vergrössert durch die Tatsache, dass die rein materielle Betrachtung und Gestaltung des Lebens sich bei allen Kulturvölkern als unfruchtbar erwiesen hat:

in allen Völkern ist eine wachsende Sehnsucht lebendig, die seelischen Bedürfnisse vollkommener zu befriedigen und sich ihren Wert nicht durch die Technik rauben zu lassen. *Es wird also* ein Wettkampf um eine neue Besinnung auf möglichst harmonische Erfüllung menschlichen Lebens anheben. *Es ist hohe Gefahr, dass unser Vaterland diesen nicht unedlen Wettbewerb verliert.* Das würde dann sinnfällig auch in einer Erschütterung der Stellung zum Ausdruck kommen, die unser Volk braucht, um seine materiellen Bedürfnisse befriedigen zu können.

Lichtblicke sind vorhanden. Auch die meisten anderen Völker haben noch nicht erkannt, dass die Lösung nur gefunden werden kann, wenn die Menschen sich den Gesetzen der Natur unterwerfen. Auch sie suchen noch nach bequemeren Auswegen; auch sie wollen noch nicht die Unentrinnbarkeit jener von Gott geschaffenen Naturgesetze erkennen. Die deutsche Jugend fängt an, zu begreifen, worum es geht. Sie bringt mit Abscheu die Erscheinungen der Korruption zur Sprache. Die jungen Menschen werden sich klar, dass es an ihnen liegt, durch saubere Lebensführung Vorbilder zu werden. Mancher ältere Mensch kann sich vor dieser Erkenntnis einer nach Wahrhaftigkeit dürstenden Jugend schämen.

Soli unserem Volke eine gesicherte Stellung geschaffen werden, so müssen die eingangs dargelegten Voraussetzungen erfüllt, so müssen alle unsere Kräfte, die seelischen, geistigen und körperlichen, zu einer Sinfonie vereinigt werden. Wir müssen im Kampfe des Lebens die Gesetze der Natur, die Gebote Gottes beachten; sie richten sich an Geist, Körper und Seele. Dass sie jetzt nicht beachtet werden, ist in den Betrachtungen über den Stand der Finanzen, über den moralischen Zustand, über den Stand des Bildungswesens und über den Stand von Wirtschaft und Verwaltung dargelegt. Es besteht auch weder Erkenntnis noch Wille, die Harmonie etwa nach dem Kriege herzustellen.

*Auf der unabdingbaren Grundlage der Totalität der Politik sind die aussen- und innenpolitischen Ziele aufzubauen.* Es müssen neue Ziele sein; ein Zurück gibt es in der Geschichte niemals. Alle Bestrebungen, den bekannten, wenn auch erprobten und damals als ideal empfundenen Zustand wiederherzustellen, sind stets gescheitert. Aber die harten Lehren der Vergangenheit müssen selbstverständlich ebenso ausgenutzt werden wie die unabänderlichen Gesetze der Natur, die Erfahrung und das Wissen.

## II. DAS AUSSENPOLITISCHE ZIEL

Die Zusammenfassung der Völker hat sich in der bisher bekannten Geschichte im Zurzeit in folgendem Auf und Ab vollzogen: Die erste Zusammenfassung bildete sich um die Familie, Sippe, Rasse; die so geeinten Menschen gleichen Blutes und gleicher Sprache, gleicher Kultur und gleicher Weltanschauung geraten in Kämpfe mit anderen nationalen Völkern. Einzelne Völker erweisen sich als überlegen und beherrschen die anderen in einem neuen Staat, der nicht mehr national begrenzt ist. Diese Staaten fallen mehr oder minder schnell wieder auseinander, weil ihnen die oben angedeuteten natürlichen Bindungen der Menschen untereinander fehlen. Der Zusammenbruch erfolgt umso schneller, je rücksichtsloser das überlegene Volk die Unterlegenen behandelt, entrechtet, ausbeutet. Denn in diesem Zustand büsst das herrschende Volk geistige, seelische und physische Kräfte ein, das beherrschte aber gewinnt sie. Eine neue Zusammenfassung in grössere Nationalstaaten geht vor sich. Wieder geraten sie nach gewissen Zeiträumen teils aus nationalem Erhaltungstrieb, teils aus übertriebenem Machttrieb heraus in Kämpfe miteinander.

Das 19. Jahrhundert ist in Europa ganz klar von der Entwicklung zu solchen Nationalstaaten beherrscht. Diese Entwicklung war um die Jahrhundertwende auf dem Balkan noch nicht abgeschlossen, aber sonst im Zurzeit beendet. Die Frage, die uns seitdem gestellt wird, ist, ob diese Nationalstaaten längeren Zeitraum hindurch friedlich nebeneinander bestehen können oder ob wieder die Ablösung des gewonnenen Zustandes durch Vorherrschaft des einen oder anderen Volkes eintreten muss. Der Erste Weltkrieg hat sie nicht geklärt; jetzt muss sie geklärt werden, wenn nicht mit Europa auch unser Vaterland in lange Verelendung versinken soll.

Die technische Entwicklung zwingt zu *grossen Wirtschaftsräumen*[3]. Das Flugzeug, das von Kleinstaat zu Kleinstaat hüpfen müsste, wäre ein wirtschaftlicher Unfug. Die Entwicklung treibt also geradezu den Menschen auf den Weg der Grossraumentwicklung. Könnte der Grossraum nur dadurch gewonnen werden, dass der Gedanke des Nationalstaates aufgegeben wird, so müsste die Technik in immer schärferen Widerspruch zu den nationalen Gefühlen treten. Dann würde sie selbst zu Stillstand und Rückentwicklung gezwungen werden: denn sie beruht ja darauf, dass höchst leistungsfähige Menschen höchst hingebungsvoll an und in ihr arbeiten. National unterdrückte Menschen aber büssen an Leistungsfähigkeit ein.

So kann *eine vernünftige und glückhafte Entwicklung nur erreicht werden, wenn es gelingt, den Gedanken der Nationalstaaten mit der Notwendigkeit des Grossraumes zu vereinen.* Aus dieser Erkenntnis ergibt sich auch das *politische «Ziel* für unser deutsches Vaterland. Dieses Ziel ist umso fruchtbarer, als Deutschland, im Zentrum Europas gelegen, durch die Natur zwischen Kälte und Wärme, zwischen Meer und Kontinent gestellt ist und daher die verhältnismässig besten Eigenschaften zum Kampf in und mit der Natur entwickeln konnte, d.h. also die besten Eigenschaften zur Sicherung und Fortentwicklung des Lebens. Es ist kein Zufall, dass Deutschland der Welt so viele Dichter, Denker und Musiker geschenkt hat. Auch dies hängt mit der Tatsache zusammen, dass ein besonders leistungsfähiges Volk von der Natur zu ewigem, aber aussichtsvollem Kampf um das Leben gezwungen ist und über dem Kampf die Kräfte der Seele nicht vernachlässigt hat.

Hier gilt es, einen Blick auf England zu werfen. Das englische Volk steht uns rassenmässig ebenso nahe wie die skandinavischen Völker. Es lebt aber seit jeher unter noch günstigeren Naturbedingungen als das deutsche. Die englische Rasse lebt unter den Wirkungen des Golfstroms. Die Natur verlangt auch dort Kampf. Die Erhaltung des Lebens zwingt noch mehr als in Deutschland zur kämpferischen Leistung auf dem Meere. Das hat den Blick frühzeitig ins Weite gelenkt, während das deutsche Volk in seiner grossen Mehrheit kontinental sich entwickeln musste. Die Natur Englands ist auf der anderen Seite ebenso vielseitig wie ausgeglichen. Jeder, der dies Land bereist hat, ist von dem Zauber ergriffen, den der Anblick der Eiche neben der Sykomore,

der Kiefer neben dem Rhododendron ausübt[9]. So ist auch der Mensch auf der Insel ebenso vielseitig wie ausgeglichen. Auf dieser aus der Natur geborenen besonderen Veranlagung des Engländers ist seine Kunst zurückzuführen, immer wieder mit den schwierigsten politischen Lagen fertig zu werden. *Er* hat wirklich die Totalität der Politik erfasst und er beherrscht die Kunst, im Kriege nur *ein Mittel der Politik* zu sehen[10]. Er ist ein Virtuose in der Erfassung praktischer Realitäten, er hat rechtzeitig aus einem Kolonialreich ungeheuren Umfanges den Bundesstaat «Empire» gemacht, der aus dem Mutterland, selbständigen Dominien und unselbständigen Kolonien besteht. Der Engländer hat sich also nicht auf die Logarithmentafel, d.h. auf das Schema festgelegt, sondern er hat die einzelnen Empireteile sich nach den ihnen innewohnenden Kräften organisch entwickeln lassen: das Empire vereint so in seinen Bundesstaaten die mannigfaltigsten Staatsformen und Bindungen. Diese Kunst geduldigen Zuwartens den organischen Kräften gegenüber kann man besonders an dem Verhalten Englands Indien gegenüber erkennen. Indien ist weder selbständiges Dominium noch unselbständige Kolonie; es hat heute noch eine Zwischenform, weil es aus dem Kolonialstand herausgewachsen, zum Dominium aber noch nicht reif geworden ist. So ist es England rechtzeitig gelungen, durch Gewährung grösster und doch nicht überall gleicher Freiheiten den Zusammenhalt des Empires vom Zwang auf Vernunft- und gefühlsmässige Bindung umzustellen. Mit dem Ottawa-Abkommen des Jahres 1932 hat England als erster Staat in der Welt einen wirtschaftlichen Grossraum zu schaffen versucht, der nicht mehr von einer einheitlichen militärischen und politischen Macht, sondern durch andere vielgestaltige Kräfte der Wirtschaft, des Geistes, der Seele zusammengehalten wird. Es war aber der ungeheure und verhängnisvolle Fehler Englands, dass es nicht gleichzeitig in Europa die Bahn zur Grossraumentwicklung freigab, sondern noch kurz vorher den Einspruch Frankreichs gegen den wirtschaftlichen Anschluss Österreichs an Deutschland unterstützt hatte. Aber England hat sehr bald diesen Fehler eingesehen; schon auf der Wirtschaftskonferenz in London 1933 hat der damalige englische Kolonialsekretär AMERY diesen Irrtum bekannt, und seitdem war England, wie die Geschichte einst nachweisen wird, bereit, auch Deutschland gegenüber die Folgerungen zu ziehen. Es hat sie auch entgegen

den Wünschen Frankreichs bei der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht und bei der Remilitarisierung der Rheinlande sowie bei der Vereinigung des Sudetengebietes mit Deutschland gezogen.

*Ob das deutsche Volk* die Fähigkeit entwickeln kann, die realen Gegebenheiten, die grossartigen Möglichkeiten auszunutzen, in die wirtschaftliche und damit schliesslich auch die politische Führung Europas hineinzuwachsen, darüber kann man streiten. Aber es besteht keinerlei nachweisbare Berechtigung, die Möglichkeit abzuleugnen, dass das deutsche Volk eine solche politische Fähigkeit erreichen kann. Es ist oberflächlich zu sagen, dass das deutsche Volk jeweils *die* Führung hat, die es verdient. Es hat zu allen Zeiten Staatsführungen gegeben, die sich mit unredlichen Mitteln in den Besitz der Macht gesetzt und gehalten haben, ohne die aus klarer Unterrichtung und Urteilsbildung gewonnene Zustimmung des Volkes hinter sich zu haben. Die preussische Geschichte war von solchen Verirrungen bisher frei. Preussen hat nur der Kern Deutschlands werden können, weil es im Zurzeit stets Recht, Moral, ein klares politisches Ziel und eine ausreichende Staatsführung hatte. Von den drei Generationen jedes Jahrhunderts waren in Preussen immer zwei richtig geführt. Als die Hohenzollern in die Mark kamen, begann die Geschichte Brandenburg-Preussen. Weshalb? Weil die Hohenzollern die für die Politik entscheidende Aufgabe ihrer Zeit damals richtig erkannten: Recht und Ordnung im Staat. *Diese* stellten sie allen widerstrebenden Elementen gegenüber her. Damit gewann Preussen im damaligen Zustand Deutschlands eine weit über die Kraft der Bürger und die Grösse des Landes hinausgehende Geltung und Anziehungskraft. *Diese*, eine der entscheidensten politischen Grundlagen staatlichen Bestandes, wurden in Preussen bisher niemals verlassen. Auf dieser Grundlage allein konnte sich die eminente sittliche Kraft des freien Gewissens entwickeln. Ihm verdankt schon Brandenburg im Zeitalter der beginnenden Religionskriege beruhigenderen Einfluss und Anziehungskraft. Die gleiche Stabilisierung und Festhaltung der Grundlage von Recht und Ordnung erfolgte fast zur gleichen Zeit im (ehemaligen) Ordensstaat Preussen. Der Grosse Kurfürst erkannte klar als nächste politische Aufgabe die Zusammenfassung der sich in den Grundlagen so ähnlich gewordenen Länder Brandenburg und Preussen zu *einer* politischen Macht auf eben

dieser Grundlage. Er erkannte ferner, dass diese Zusammenfassung nur möglich war, nachdem die durch die Religionskriege hereingeschwemmten fremden Heere aus dem Lande hinausgedrückt waren. Sein Sohn mehrte den brandenburg-preussischen Besitz durch Erbschaften und Verträge. Rechtzeitig wandte sich dessen Sohn, Friedrich Wilhelm I., wieder der entscheidenden Aufgabe zu, *dem Recht und der Ordnung* in den auseinandergerissenen Teilen des preussischen Staates in einer einfachen, klaren und sauberen Verwaltung und in einer Wirtschaftspolitik, die von strenger Achtung aller Naturgesetze erfüllt war, gesunde Grundlagen zu geben. Ohne den naturhaft klaren und sauberen Wirtschaftssinn des Vaters, ohne dessen organische Organisationsgabe, ohne dessen Sparsamkeit und ohne dessen Verzicht auf alle Ruhmredigkeit wäre die Politik Friedrichs des Grossen nicht möglich gewesen. Auch er setzte der Politik ein klares, begrenztes Ziel: er hat es erreicht, weil er rechtzeitig die Gefahr einer improvisierten Politik erkannte, zu der im Beginn seiner Regierung nach eigenen Worten aus Ruhmsucht neigte, und die Politik in ihrer ganzen Totalität zur Anwendung brachte. *So* gewann Preussen die Stellung einer europäischen Grossmacht. Weil Preussen diese Stellung nicht missbrauchte, sondern der Durchsetzung der Kraft immer wieder die Pflege der Seele, die Pflege sittlicher Tugenden und idealer Kräfte folgen liess, ist es schliesslich der Magnet geworden, auf den im Zeitalter einer von der Dampfmaschine diktierten Entwicklung zum Grossraum alle anderen deutschen Landesteile zustrebten. Auch ohne den Krieg von 1914 wäre bei dem Zusammenbruch, dem der österreichische Staat durch Erstarkung des Nationalgedankens entgegengehen musste, Deutsch-Österreich schliesslich zum deutschen Nationalstaat hingewandert.

Dass Preussen den Teilgedanken der Macht nicht missbrauchte, sondern in der Totalität alle der Politik dienstbar zu machenden Kräfte im Auge behielt, verdankt es in dem entscheidenden 19. Jahrhundert der Politik Bismarcks und des alten Kaisers, der in vollendeter Grosszügigkeit den Kanzler neben sich Entwicklungsfreiheit gönnte und doch nicht auf jeden Einfluss verzichtete. Das Zeitalter Bismarcks ist das letzte, an dem wir die Kunst einer klaren, totalen politischen Staatsführung lernen können. Mit Bismarcks Abgang beginnt das Zeitalter der Zersetzung der politischen Führung aus der Totalität heraus

in die Improvisation auf räumlichen und sachlichen Teilgebieten. Innen- und Aussenpolitik, Sozial- und Wirtschaftspolitik strebten unter unerfahrenen oder ungeschulten Kanzlern und dem ebenfalls die Totalität weder erkennenden noch auf sie erzogenen Kaiser immer grösserer Verselbständigung zu; sie entfernten sich ebenso wie die Führung von Heer und Flotte immer mehr von der totalen Einheitsgrundlage ihres naturhaften Zusammenhangs. Die *politische* Staatsführung verlor immer mehr die Fühlung mit der *militärischen* Führung und liess umgekehrt diese in immer grösserer Unkenntnis über die Ziele und die jeweiligen Mittel der politischen Staatsführung. Die militärische Führung verlor sich dafür ihrerseits immer ungehemmter in ihre Spezialaufgabe. Die Änderung der Kräfteverhältnisse, die mit dem Aufgeben des Rückversicherungsvertrages mit Russland einsetzte und in dem Ausgleich Englands mit Frankreich und Russland bei gleichzeitigem und immer offenbarer werdendem Kräfteverfall Österreichs vor sich ging, wurde zwar in den verschiedenen Ressorts bemerkt, aber die totale Zusammenfassung der dadurch bedingten Sorgen und ihre schöpferische Auswertung zu neuen politischen Sicherungen fand nicht nur nicht statt, sie wurde nicht einmal von irgendeiner Seite, weder vom Monarchen, noch vom Kanzler, noch vom Chef des Generalstabs angeregt[11]. So glitt man mit einer nicht nur nachträglich feststellbaren, sondern doch wohl als leichtfertig zu bezeichnenden Unzulänglichkeit in einen Krieg hinein, von dem man sich, sowie man an ihn dachte, schon seit Jahren klar war, dass er um den Bestand des Reiches gehen würde. Man hatte nicht einmal einen gemeinsamen Operationsplan mit Österreich fertig zur Hand[12], geschweige denn, dass man sich hinreichend darüber Gedanken gemacht hätte, wie der Krieg auf zwei Landfronten unter Berücksichtigung der *englischen* Gegnerschaft zu führen sei. Ja, der Chef des Generalstabes wusste nicht einmal, dass seit einigen Jahren der Admiralstab die ursprüngliche Absicht, die deutsche Flotte gleich zu Beginn des Krieges zur entscheidenden Seeschlacht einzusetzen, aufgegeben hatte. Irgendwelche wirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen wurden und waren nicht getroffen. Man kann wahrhaftig nicht sagen, dass eine derartig fehlerhafte Politik *Schuld des deutschen Volkes war*. Das deutsche Volk hat den Krieg 1914/18 trotz unzureichender politischer Führung so grossartig geschlagen, dass man

umgekehrt feststellen muss, dass einer *richtigen Führung* politisch Erfolg nicht versagt geblieben wäre.

Wollen wir das Ziel, dem wir heute zusteuern müssen, recht erkennen, so müssen wir den Zweck staatlichen Lebens erkennen, uns der Totalität der Politik bewusst sein und souverän dann die ungeheure Fülle der zur Verfügung stehenden Mittel anwenden. Bei der Festsetzung des politischen Ziels müssen wir nach den Lehren Bismarcks uns bemühen, die zurzeit zurzeit in dieser Welt wirkenden Kräfte klar zu erkennen und auszunutzen. *Wir müssen aus dem «Zeitalter der Improvisationen, in dem wir uns seit Bismarcks Abgang befinden, wieder herausmarschieren.* Seit dem Zusammenbruch im Jahre 1918 konnte das nächste Ziel nur in der Beseitigung des Versailler Diktates, in der Wiederzusammenfassung aller zusammenlebenden Deutschen in einem Deutschen Reich bestehen. Es darf nicht verkannt werden, dass diesem Ziel mit ständig gesteigerter Willenskraft zugestrebt wurde. *Aber gleichzeitig erreichte die Kunst oder besser das Laster, wie man es nennen will, der Improvisation ihren Höhepunkt.* Oberflächlichem Beurteiler mag es als Staatskunst erscheinen, dass man heute mit Polen freundschaftliche Verträge abschloss, dinierte und jagte, und morgen das gleiche Polen unter Beiseitesetzung aller Friedensmöglichkeiten weit über alle Notwendigkeiten hinaus zerstörte und seine Führer beschimpfte. Oberflächlichem Beurteiler mag es als Staatskunst erscheinen, die holländische und belgische Neutralität 1939 erneut feierlich zu garantieren, um sie 1940 mit Material zu torpedieren, das keiner ernsthaften Nachprüfung standhält. Es mag als höchste Staatskunst erscheinen, seit 1933 das deutsche Volk zum Kampf gegen den Bolschewismus aufzurufen und die Überwindung des Kommunismus zum entscheidenden Motiv des Umsturzes von 1933 zu machen, um 1938 ein immer engeres Zusammengehen mit dem bolschewistischen Russland anzustreben, 1940 russische Delegierte in allen Ehren zu empfangen und 1941 Russland mit Krieg zu überziehen. Oberflächlichem Beurteiler mag es als höchste Staatskunst erscheinen, die Rassen zu werten und in der nordischen Rasse die höchsten Werte zu preisen, um sie 1940 zu vergewaltigen und gleichzeitig die weissen Interessen in Ostasien gegenüber den gelben preiszugeben. Oberflächlichem Beurteiler mag es als höchste Staatskunst erscheinen, 1938 mit England und

Frankreich Konsultativpakte abzuschliessen, um 1939 die europäische Ordnung einseitig zu ändern. Oberflächlichem Beurteiler mag es als höchste Staatskunst erscheinen, dass man die vorgeschobenen Stellen des Deutschtums im Baltikum und in Russland preisgibt und die Deutschen wieder dahin zurückzieht, von wo sie vor 200, 500, 600 Jahren ausgegangen sind, um 1941 jene Gebiete wieder zu erobern. Oberflächlichem Urteil mag es als höchste Staatskunst erscheinen, dass man Frankreich nach dem Siege vier Monate en Canaille behandelte, um es dann für eine gemeinsame Front gewinnen zu wollen. In Wirklichkeit sind diese Taktiken nur zum kleinen Teil richtig eingesetzte und bewusst angewandte Mittel, zum grössten Teil handelt es sich um unzulängliche Improvisationen, von deren Notwendigkeit oder auch nur Möglichkeit sich man noch im Frühjahr 1939 keine auch nur annähernde Vorstellung machte.

Aber weder mit jenem bewusst angewandten brutalen Wechsel äusserster Gegensätzlichkeiten noch mit Improvisationen kann man einen grossen Staat durch eine Welt führen, deren Kampffelder und Kräfte schon für den erfahrenen Mann nur schwer übersehbar sind. Man kann sich nicht solchen Improvisationen geradezu in die Arme stürzen, nur weil man es vorzieht, die seelischen Kräfte der Menschen für nichts zu erachten und sich dem sehr viel einfacheren, aber auch sehr viel gefährlicheren Wahn der ausschliesslich Achtung der physischen Kräfte hinzugeben. *Diese sogenannte Politik hat sich überhaupt nicht mit den Lehren der Geschichte beschäftigt.* Sie weiss daher nicht, welch ungeheure Kraft: im *Vertrauen* liegt[13]. Genau so wenig, wie sie dies Vertrauen als unentbehrliche Grundlage zwischen den Angehörigen einer Parteiorganisation, zwischen den Offizieren unter sich, zwischen den Bürgern eines Staates erkannt hat – vielleicht konnte sie es nicht erkennen, weil Zwang Misstrauen erzeugt –, ebenso wenig hat sie bemerkt, dass die fruchtbarsten Epochen politischer Staatsführung diejenigen waren, in denen es gelungen ist, auch Vertrauen nach aussen zu gewinnen. Nun ist es sehr leicht, dieser Tatsache die Tatsadte gegenüberzustellen, dass unsere Gegner nach dem Ersten Weltkrieg im Diktat von Versailles ja selbst die Saat des Misstrauens gesät und Vertrauen für nichts erachtet haben. Aber dieser Einwand wird widerlegt durch die Erkenntnis, dass ja dieses Versailles schon zusammenbrach, als die

Franzosen von den Engländern gezwungen wurden, das Ruhrgebiet aufzugeben und die Räumung der besetzten Rheingebiete wesentlich früher durchzuführen, als im Diktat vorgesehen. Von 1924 an bewegt sich für diejenigen, die sehen und hören wollen, die ganze politische Entwicklung auf das Ziel hin, wieder das für die Politik jedes Volkes unentbehrliche Vertrauen herzustellen. Es wäre daher Hosenmatzpolitik, wenn man nur deshalb, weil andere noch vor verhältnismässig kurzer Zeit sinnlos gewesen sind, sich selbst vernunftwidrig benehmen wollte.

Der gesunde Gedanke einer für kurze Zeiträume erforderlichen diktatorischen Durchsetzung der Vernunft gegenüber dem Irrtum ist in den letzten Jahren vollkommen entwertet durch die totalitäre Durchsetzung der Unvernunft und der Unmoral. Eine totale Politik einer wirklich verantwortlichen organischen totalen *(nicht organisierten totalitären)* Führung wird sich für die Erreichung des politischen Zieles wieder organische Organisationen herstellen und dem Unsinn der organisierten Medianismen schleunigst und entschlossen den Abschied erteilen müssen.

Unter Berücksichtigung aller Erkenntnisse unserer eigenen Geschichte, der Geschichte anderer Völker, der in der Welt wirkenden Kräfte und der gegenwärtigen Lage[14] lassen sich folgende aussenpolitische Bestandteile politischen Totalzieles heraussteilen:

1. *Alle zusammenwohnenden Deutschen gehören in einen Nationalstaat:* dabei ist es keine Schwächung, sondern im Gegenteil eine Stärkung deutscher Geltung, wenn auch ausserhalb der so zu bestimmenden Grenzen des Deutschen Reiches starke deutsche Teile wohnen. Diese Teile können aber nur Träger des Deutschtums bleiben, wenn sie sich in den fremden Nationalstaat einordnen. Nur dann haben sie und das Deutsche Reich die Möglichkeit, ihnen Erhaltung und Pflege des deutschen Wesens zu sichern.

2. Die Natur der Menschen und die zentrale Lage Deutschlands in einem Kreis anderer Nationalstaaten zwingt das Deutsche Reich zur Erhaltung einer ausreichenden starken Wehrmacht[15]. Sie ist auch aussenpolitisch durchzusetzen. Ob sie später der Kern europäischer

militärischer Kräfte werden kann, muss der Entwicklung Vorbehalten bleiben. Möglichkeit und Ziel sind ins Auge zu fassen. *Die Erhaltung der deutschen Wehrmacht ist so wichtig, dass dieser Gesichtspunkt für Zeit und Art der Beendigung dieses Krieges in den Vordergrund zu stellen ist*[16]. Die Wehrmacht ist auch als innenpolitische Klammer und als Erziehungsschule des Volkes unerlässlich; sie bedarf aber hierzu der vollen Wiederherstellung und Achtung soldatischer Tugenden. Diese kann sie nur auf einer sittlich reinen Grundlage haben und erhalten.

3. Die Entwicklung der Technik verlangt *grössere wirtschaftliche Räume*[11], als sie das 19. Jahrhundert geschaffen hat. Diese Erkenntnis ist heute Gemeingut fast aller Menschen der weissen und gelben Rassen. Europa war vor diesem Kriege zu einer solchen Zusammenfassung bereit und hat bereits ausserhalb Deutschlands die verschiedensten Ansätze in dieser Richtung gemacht (Oslogruppe, Balkanbund). Der für Deutschland in Betracht kommende Grosswirtschaftsraum ist sicherlich *Europa.* Aber abgesehen davon, dass er zumindest für die beiden nächsten Jahrzehnte infolge der Rückständigkeit Russlands nicht ausreicht, wäre es schwächlicher Verzicht, wenn wir nicht unsere Leistungsfähigkeit auch in den übrigen Teilen der Welt ausnutzen wollten. Setzen wir sie in diesem Sinne eroberungslustig um den Erdball herum in allen Richtungen ein; nur hüten wir uns vor der Annahme, dass diese Art der Eroberung irgend etwas mit militärischer Eroberung zu tun hätte!

Der *Wirtschaftsraum Europa* kann mit Aussicht auf lange dauernden Bestand nur durch organische Zusammen/dss»«g selbständiger europäischer Nationalstaaten und nicht durch Zusammennj/fwttg erreicht werden. Auch hierzu sind, wie vor einem Jahrhundert seitens Preussens in Deutschland geschehen, die geistigen, wirtschaftlichen und seelischen Kräfte in erster Linie einzusetzen. Die zentrale Lage, die zahlenmässige Stärke und die hochgespannte Leistungsfähigkeit verbürgen *dem deutschen Volk die Führung* des europäischen Blocks, *wenn* es sie sich nicht durch Unmässigkeit oder durch Machtsuchtmanieren verdirbt. Es ist dumm und anmassend, vom deutschen Herrenmenschen zu sprechen. Es ist töricht, für sich selbst Achtung vor der nationalen Ehre und Selbständigkeit zu verlangen und sie anderen zu versagen. In die Führung Europas wird diejenige Nation hineinwachsen, die gerade

die kleinen Nationen achtet und ihre Geschicke mit weisem Rat und weiser Hand, nicht mit brutaler Gewalt zu leiten versucht. Die Sachlichkeit der Gesichtspunkte muss entscheiden. Berechtigte Interessen müssen klug und weitschauend ausgeglichen werden. Tut man gar alles, um die Führung unsichtbar zu machen, lässt man anderen bei Äusserlichkeiten betont den Vortritt, so kann man spielend die europäischen Staaten zum gemeinsamen Wohle führen. In diesem Falle – und nur in diesem Falle – wird es in verhältnismässig kurzer Zeit sogar gelingen, auch die militärischen Kräfte der europäischen Nationalstaaten zusammenzufassen.

Hierzu war, wie gesagt, Europa schon vor diesem Kriege reif. Durch diesen Krieg ist es dem Ziele nicht nähergekommen, sondern hat sich weiter von ihm entfernt. An dieser Tatsache ändert nichts die jetzige äusserliche Gleichschaltung. In Wahrheit ist sie eine Gleichschaltung auf Zwangssystem, Währungszerrüttung, Entbehrung und schliesslich Hunger. Die Seelen und Geister anderer Völker sind uns heute viel weiter entfremdet als im Ersten Weltkriege. Daraus ergibt sich, dass für die Durchsetzung dieses Zieles überhaupt nur Raum ist, wenn Deutschland *rechtzeitig durch freien Entschluss* den falschen politischen Mitteln entsagt und sich zum verstehbaren politischen Ziel und zu tragbaren Mitteln entschliesst.

Die Zusammenfassung Europas darf nicht roh und rücksichtslos durch Gleichschaltung erfolgen, sondern kann nur geschehen, wenn sie von der Weisheit getragen wird, die Bismarck bei der Zusammenfassung Deutschlands verkörperte. *Die Nationalstaaten Europas müssen volle Freiheit haben, ihre inneren* Verhältnisse *so zu gestalten, wie sie es ihren Eigenarten und Bedürfnissen entsprechend tun wollen:* volle Freiheit selbstverständlich auf allen Gebieten des Geistes und der Seele. Nötig ist zunächst nur eine Arbeitsgemeinschaft, deren Mitglieder sich auf einheitliche Spielregeln, auf Ausgleich ihrer öffentlichen Haushalte, damit auf Sicherung ihrer Währungen, auf allmählichen Abbau aller Zollgrenzen und Reisebehinderungen, auf ständige gemeinsame Beratungen zum Ziele der Aufeinanderabstimmung der Volkswirtschaften, auf Angleichung der Verkehrseinrichtungen usw. usw. beschränken. Von dieser Arbeitsgemeinschaft aus schreitet man in wenigen Jahren zu Zollbindungen, zu Zusammenschlüssen, zu Wäh-

rungsregelungen usw. Von ihnen aus wird der Staatenbund mit militärischen Abmachungen entwickelt und so fort. Es ist nicht zu kühn gesagt, dass bei rechtzeitigem Handeln, *d.h. Abbruch des Krieges zugunsten eines sinnvollen politischen Systems* der europäische Staatenbund unter deutscher Führung in 10 bis 20 Jahren Tatsache sein wird. *Wird der Zeitpunkt verpasst, so ist an die deutsche Führung überhaupt auf lange Zeit gar nicht zu denken.*

Diese Bedachtsamkeit, die Voraussetzung erfolgreicher Politik und Vollstreckung aller kühnen und schöpferischen Ideen ist, muss auch für die räumliche Begrenzung der europäischen Zusammenfassung gelten. Im Norden, Süden und Westen sind die europäischen Grenzen klar, wobei es Ländern wie Spanien und Portugal in aller Ruhe überlassen bleiben kann, wohin sie das Schwergewicht ihrer Entwicklung legen wollen. Denn nicht das Einheitsschema ist das Ideal, sondern das Wohlbefinden aller, weil dann der Frieden am glücklichsten und dauerhaftesten sein wird. Im Osten kann eine *fruchtbare* wirtschaftliche und politisch» Zusammenarbeit mit einem *bolschewistischen* Russland sich *nicht* entfalten. Es kann jederzeit festgestellt werden, dass das bolschewistische System des Kollektivismus, der Seelenlosigkeit, des mechanischen Organisierens und der Gottlosigkeit die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des russischen Volkes *nicht so* entwickelt hat, wie es bei diesem an Naturschätzen reichen Lande möglich gewesen wäre. *Alle Erfahrungen der Geschichte warnen uns vor militärischen Zwangseingriffen. Er kann ungeahnte nationale Kräfte auf den Plan rufen.* Unter allen Umständen empfiehlt sich ständige Fühlung mit England, den USA, China und Japan. Das Ziel muss sein, Russland allmählich in eine europäische Zusammenfassung einzubeziehen; denn in seinen weiten Räumen liegen die Rohstoffe und Nahrungsmittelmöglichkeiten, die die Lage eines zusammengefassten Europa allen anderen Weltteilen gegenüber erheblich verbessern.

4. Es ist nützlich, dass das Deutsche Reich *Kolonien* hat. Die Annahme, dass dies notwendig sei, ist von rein materiellen Erwägungen aus irrig. Wir können alle kolonialen Produkte im freien Wettbewerb in allen Ländern der Welt ebenso billig und ebenso gut kaufen wie in eigenen Kolonien. Wer vom Standpunkt der Währung aus Kolonien

verlangt, lebt in der phantastischen Vorstellung, dass dann alle Wirtschaftsnot ein Ende hätte und man unbesorgt wie bisher das Geld mit Händen zum Fenster hinauswerfen könne. Das ist nachgewiesener Unsinn, ob Kolonien oder nicht[18]. Auch die Kolonien können nur Werte schaffen und tauschen, wenn die Währung in Ordnung gehalten wird. Geordnete Währung hängt einzig und allein davon ab, dass der Staatshaushalt im Gleichgewicht gehalten wird. Gelegenheiten zu neuen bequemen Taschenspielerkunststücken und Gaukeleien auf dem Gebiete der Finanzen gibt es also bei einem Kolonialbesitz nicht. Auch der Ausbeutungsgedanke muss ausscheiden, da er sehr schnell die Kolonien ruiniert. Es sind also weniger wirtschaftliche oder politische Gesichtspunkte, sondern im Zurzeit seelische Kräfte, die bei der Kolonialfrage als wirksam erkannt werden müssen. Das deutsche Volk wird sich, nachdem es einmal Kolonialbesitz hatte, immer gedemütigt fühlen, wenn es vom Kolonialbesitz ausgeschlossen bleibt. Auch ist nicht zu verkennen, dass die Betätigung in Kolonien dem Landwirt, dem Kaufmann, dem Industriellen, dem Beamten, dem Soldaten die Möglichkeit bietet, überschüssige Kräfte unter schweren Bedingungen einzusetzen, Erfahrungen zu sammeln, weiteren Blick zu gewinnen, und dass Kolonien der Pionierlust der Jugend ein Wirkungsfeld eröffnen.

Ein geschlossenes Kolonialgebiet in Afrika wird einem weit verzettelten im Allgemeinen vorzuziehen sein.

5. Auf diesen Grundlagen ist ein möglichst *freier Gütertausch* mit allen Teilen der Welt zu pflegen. Der Popanz, dass der freie Handel eine jüdische Erfindung sei oder sonst irgend etwas Unerfreuliches an sich habe, ist barer Unsinn. Freier Handel bedeutet freien Wettbewerb; freier Wettbewerb bedeutet Kampf zur Erzielung höchster Leistungen. Der freie Handel ist also nicht unerfreulich, sondern eher heldisch zu nennen. Gegen ihn sperren sich auch nur unfähige Menschen und unfähige Völker.

Der freie Handel ist nur soweit zu beschränken, als es Wohlfahrt und Sicherung des eigenen Volkes unbedingt notwendig machen. Das deutsche Volk muss weniger aus Gründen der nationalen Sicherheit als aus Gründen der Gesunderhaltung einen lebensfähigen Bauernstand haben. Dauernder Aufenthalt in der Grossstadt ruiniert die Familie. In

Berlin stirbt nachweisbar jede Familie in etwa der dritten Generation aus. Wie der Schutz der Landwirtschaft und wie vielleicht ein vorübergehender Schutz einzelner anderer wirtschaftlicher Tätigkeiten (Industrien) durchzuführen ist, bedarf keiner besonderen Darlegung. Viele technische Mittel, insbesondere das der Zölle, stehen zur Verfügung. Natürlich sind sie mit der Zusammenfassung der europäischen Nationalstaaten in Übereinstimmung zu bringen. Dies ist möglich und kann im Einzelnen dargelegt werden.

So das Ziel. Es ist unmöglich, es in einem Sprunge zu erreichen. Zur Zeit fehlen Rohstoffe, um die Ausfuhrgüter herzustellen. Mit *schlechteren* Ersatzstoffen dürfen wir nicht in der Welt erscheinen, sonst ruinieren wir unser Ansehen und unsere Zukunft. Ehe dieser Mangel behoben ist, werden von Friedensschluss ab zwei bis drei Jahre vergehen, weil die Verminderung des Schiffsraumes die Zufuhr verzögert und verkleinert. Daher ist cs ein unvermeidbares Übel, dass zunächst auch der deutsche Aussenhandel und damit die binnenwirtschaftliche Erzeugung vom Reich gesteuert werden müssen. Aber diese Steuerung muss das Ziel möglichst freier Wirtschaft und möglichst freien Handels unbeirrbar fest im Auge behalten, darf daher die Arbeitsfreudigkeit und die Eigenverantwortung des Einzelnen nur soweit als jeweils notwendig beschränken und muss *sofort* alle irgend entbehrlichen Bevormundungen, Berichte, Parteien, Formulare usw. beseitigen; es muss sofort dem Bürokratismus und dem Schreibunwsen zu Leibe rücken.

6. Auf der Grundlage der Punkte 1-5 wird es gelingen, mit dem *englischen Empire sowie mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika* zu haltbaren Verständigungen zu kommen. Diese Verständigung reift aus der europäischen Arbeitsgemeinschaft ganz organisch heran. Im Übrigen bleibt dem englischen Empire unter Neuordnung des Kolonialbesitzes zugunsten Deutschlands ebenso wie den Vereinigten Staaten selbst vollkommene Freiheit, ihre Politik ihren Bedürfnissen entsprechend einzurichten. An friedlichen Verständigungsmöglichkeiten wird es nicht fehlen. Sie werden einstweilen, nachdem das Vertrauen 20 Jahre lang erschüttert ist, durch Rüstungen gesichert sein. Man kann und muss es ablehnen, zunächst überhaupt über Abrüstung zu sprechen. Aber die Erschöpfung der Wirtschaftskräfte zwingt jeden Grossstaat,

sich zu beschränken und schliesslich eine Verständigung über eine vernünftige Abrüstung geradezu zu suchen. Dieses Suchen muss aus dem Bedürfnis organisch herauswachsen und in wiederhergestelltem Vertrauen die Möglichkeit der Verwirklichung haben. *Eine solche Friedenspolitik ist jeder kriegerischen Politik vorzuziehen,* weil gerade diese beiden Grossreiche im Frieden vor ihre natürlichen Schwierigkeiten gestellt werden. Sie sind in meinen Reiseberichten über die Vereinigten Staaten und über England hervorgehoben. Für England bestehen sie in der Schwierigkeit, die vielfach widerstreitenden wirtschaftlichen Interessen in seinem weitreichenden Empire auszugleichen, was England aber immer gelingen wird, wenn dies Empire zum Kampf nach aussen gezwungen wird. Für die Vereinigten Staaten von Nordamerika bestehen sie in der Notwendigkeit, entweder für Baumwolle, Weizen, Mais und Fett einen sicheren Aussenabsatz zu haben oder die innere Wirtschaftsstruktur des Landes auf kleinbäuerlichen Besitz umzugestalten. Die innere Wirtschaftspolitik Roosevelts, die genau wie die jetzige deutsche Politik die Schwierigkeiten mit Schuldenmachen umgeht, muss in sich zusammenbrechen. Dieser unausbleiblichen Entwicklung gegenüber wird die Zusammenfassung der europäischen Staaten um so fruchtbarer, denn Empire und USA oder, wie man in der Zukunft annehmen muss, der ganze Kontinent Amerika, haben ein höchstes Interesse daran, ihre Erzeugnisse in anderen Grossräumen abzusetzen. Mit Krieg und Waffengewalt kann man die Menschen nicht dazu bringen, sondern nur dadurch, dass man ihnen die Möglichkeit lässt, im Frieden fleissig zu arbeiten. Jene beiden Grossräume können einen solchen Güteraustausch auch nicht zwischen sich erschöpfend einleiten. Auch sie brauchen ein leistungsfähiges Europa. Europa aber wird selbstverständlich durch Zusammenschluss in dem gleichen Masse leistungsfähiger gegenüber seiner bisherigen Zerrissenheit, wie das deutsche Volk unendlich viel leistungsfähiger wurde gegenüber der Summe der Kräfte der früheren selbständigen deutschen Staaten. Auf diesem Wege eröffnen sich einer schöpferischen, aber doch verständigen und bescheiden auftretenden deutschen Führung ungeahnte Möglichkeiten des Einflusses auch in anderen Erdteilen.

7. Es ist notwendig, sich mit England und den Vereinigten Staaten über eine gemeinsame Haltung im *fernen Osten* zu verständigen. Hierzu sind sie mit Freuden bereit, weil eine solche Verständigung in ihrem Interesse liegt. Sie ist aber nur möglich, ehe Japan ausgebrochen ist und sich seinerseits mit den angelsächsischen Mächten verständigt hat. Ziel der Politik muss sein, Deutschland aus Streitigkeiten herauszuhalten, die nicht «der Knochen eines pommerschen Grenadiers» wert sind. Der tatsächlichen Lage tragen wir Rechnung, wenn wir mit China die besten Beziehungen pflegen. Darunter brauchen die Beziehungen zu Japan nicht unbedingt zu leiden. Aber Japan ist der Unruhemacher im fernen Osten und ausserdem für uns durch seine Billigkeit in der Lebenshaltung und daher auch durch seine Erzeugnisse, durch seine masslose Geltungssucht der gefährlichste Wettbewerber. Der Chinese ist ruhig und anständig; er hat nicht die Neigung, sich industriell über seine eigenen Bedürfnisse hinaus zu entwickeln, er hat eine alte und schöne Kultur. Sein Land ist weit und hat noch viele Investitionsmöglichkeiten; auch an Rohstoffen ist es reich. Von einem freundschaftlich sich verhaltenden Deutschland wird China gern Erfahrung, Rat und Waren annehmen; nur muss der Rat niemals aufgedrängt werden, denn in dem Chinesen ist nach langem Schlaf der Nationalstolz wieder voll erwacht.

8. Das Ziel einer Zusammenfassung *Afrikas* ist jedenfalls für die nächsten Jahrzehnte bedeutungslos. Es genügt, wenn wir in Afrika mit einem geschlossenen Kolonialreich dastehen. Afrika hat nur im Süden Arbeitsmöglichkeiten für den Weissen. Im grössten Teile seines Kontinents können körperliche Arbeiten nur von Eingeborenen verrichtet werden. Darin liegen die wirtschaftlichen und politischen Grenzen. Das in Afrika zu verfolgende fruchtbare politische Ziel ist also das einer verständigen Zusammenarbeit mit den dort arbeitenden weissen Mächten. Diese Zusammenarbeit kann sich auf Verkehr, sanitäre Einrichtungen, Wasserfragen, Flussregulierung, Kraftwerke, Boden-, Wald- und Tierschutz usw. fortschreitend erstrecken.

9. Das bestehende *internationale Seerecht* ist veraltet, weil es der Entwicklung der Technik nicht mehr Rechnung trägt. Es bietet ja auch

nur noch eine höchst dürftige Bekleidung für die Ausübung der Macht. Auf diesem Gebiete liegen die grössten Schwierigkeiten, der die internationale Lage und Entwicklung in den nächsten Jahrzehnten begegnen wird. *Theoretische* Lösungen, die auch nach der Logarithmentafel richtig sein können, lassen sich finden, aber *praktisch* haltbare sind nur denkbar, nachdem die Welt zur Ruhe gekommen ist und die Völker wieder Vertrauen zueinander gefasst haben. Sie sind nur möglich, wenn die Völker wieder alle erkannt haben, dass es ihnen nicht gestattet ist, die technische Entwicklung mit finanziellen Gaukeleien weiterzutreiben, dass jede Gaukelei echt mit ersparten Gütern bezahlt werden muss. Wenn die Völker wieder durch eigenen Schaden diese Erkenntnis gewonnen haben werden, dann wird von selbst in die Entwicklung der Technik jene grössere Ruhe kommen, deren die Menschheit zu ihrem geistigen und seelischen Nutzen dringend bedarf. So bleibt auf diesem Gebiete einstweilen nichts anderes übrig, als sich der Unvollkommenheiten des gegenwärtigen Zustandes auch in allen Einzelheiten klar zu sein, weiterhin alle Verbesserungsmöglichkeiten immer wieder zu durchdenken und zu prüfen, mit ihnen aber nur hervorzutreten, wenn sich dazu günstige und erfolgversprechende Gelegenheiten ergeben.

10. Alle besetzten Gebiete werden sofort ausschliesslich militärischen Generalgouverneuren unterstellt, denen erfahrene charakterfeste Zivilbeamte und Beauftragte des Reichsaussenministers beigegeben und untergeordnet werden. So wird *eine* einheitliche Verantwortlichkeit geschaffen. Überflüssige Eingriffe in die Verwaltung dieser Gebiete und in das Leben ihrer Bürger werden *sofort* aufgehoben, die von der NSDAP und ihren Gliederungen aufgezogenen Organisationen und Einrichtungen *sofort* aufgelöst. In der Folgezeit wird die Selbstverwaltung dieser Gebiete so schnell wie möglich und mit den deutschen militärischen Sicherheitsinteressen vereinbar wiederhergestellt[19].

11. Eine Neuordnung der Stellung der *Juden-*[0] erscheint in der ganzen Welt erforderlich; denn überall sind Bewegungen im Gange, die sich ohne organische Ordnung nicht aufhalten lassen und die ohne eine solche Ordnung nur zu Ungerechtigkeiten, Unmenschlichkeiten und

mindestens zur unbefriedigenden Unordnung führen. Dass das jüdische Volk einer anderen Rasse angehört, ist eine Binsenweisheit. Im jüdischen Volke selbst sind die Meinungen geteilt, ob es eine staatliche Selbständigkeit erstreben soll oder nicht. Die Zionisten haben schon seit jeher einen eigenen jüdischen Staat verlangt und vorbereitet. Eine bedeutende Rolle haben sie bis 1933 nicht gespielt. Zur Ruhe wird die Welt aber doch nur kommen, wenn das jüdische Volk eine wirklich ausnützbare Möglichkeit erhält, einen eigenen Staat zu gründen und zu erhalten. Ein solches Gebiet lässt sich auf jeden Fall unter durchaus lebenswerten Umständen entweder in Teilen Kanadas oder Südamerikas finden. Ist diese Frage durch Zusammenwirken der Mächte gelöst, so ergibt sich für die deutschen Verhältnisse folgende natürliche Regelung: Der Jude ist Staatsbürger seines jüdischen Staates, er hat, wie jeder andere Fremdbürger in Deutschland, nach den für jeden anderen geltenden Gesetzen das Recht der gewerblichen Betätigung. Dagegen scheidet, wie für jeden Engländer, Franzosen usw. aus, öffentlicher Beamter zu werden, in die Volksvertretungen zu wählen oder gewählt zu werden. Auf der anderen Seite geniesst er genau die gleichen Rechte wie jeder andere Ausländer, der in Deutschland wohnt und Vermögen hat oder nicht. Was die sogenannten Nürnberger Rassegesetze betrifft, so erledigen sie sich durch diese Regelung auch vollkommen. Die Frage der Rassenvermischung muss stets dem gesunden Sinn des Volkes überlassen bleiben. Eine Ehe zwischen einem Juden und einer Nichtjüdin zwingt diese, der Staatsangehörigkeit des Mannes zu folgen, wie wenn sie Französin oder Engländerin werden wollte. Auch umgekehrt tritt diese Rechtsfolge ein, aber nur, wenn die Ehe vor den Nürnberger Gesetzen geschlossen war, andernfalls erhalten erst Enkel deutsche Staatsangehörigkeit. Keine Regel ohne Ausnahme! Deutsche Staatsangehörige sind Juden,

a) die als deutsche Soldaten am Kriege teilgenommen haben und ihre direkten Nachkommen,
b) die oder deren direkte Vorfahren am 1. 7. 1871 deutsche Reichsangehörigkeit besassen und ihre direkten Nachkommen,
c) die am 1. 8. 1914 die deutsche Staatsangehörigkeit besassen und christlichen Religionsgemeinschaften angehörten und noch angehören sowie ihre direkten Nachkommen,

d) Abkömmlinge einer Mischehe, die vor dem 1. 2. 1933 geschlossen ist, sofern sie einer christlichen Religionsgemeinschaft angehören.

In den vergangenen Jahren ist zweifellos ein Unrecht durch Enteignung, Zerstörung usw. jüdischen Besitzes und Lebens in Deutschland grossgezogen, das wir vor unserem Gewissen und der Geschichte *nicht* verantworten können. Hier werden die Möglichkeiten einer Neuordnung erst dann geprüft und gelöst werden können, wenn der ganze Umfang des Geschehens feststeht. Es wird sich dann ergeben, dass wir im Hinblick auf unsere Stellung in der Welt und auf unser eigenes Gewissen aus eigenem Antrieb den Weg zur Heilung beschreiten müssen. Neben der Verfolgung dieses Zieles müssen diejenigen So/orfmassnahmen ergriffen werden, die aus aussenpolitischen Gründen zur Entgiftung der öffentlichen Meinung notwendig, zur Wiederherstellung der deutschen Selbstachtung unerlässlich und aus klarem und uns vollkommen bewusstem Gerechtigkeitsgefühl geboten sind:

a) die Beschränkungen der Juden auf dem Gebiete des Ernährungs-, des Wohnungs- und des Fernsprechwesens, der kulturellen Betätigung, der Gesundheitspflege, der Namensgestaltung sind aufzuheben;

b) die Gettos in den besetzten Gebieten sind menschenwürdig zu gestalten; über ihr weiteres Schicksal bestimmen die zuständigen einheimischen Behörden mit Genehmigung der Militärgouverneure, da z.B. die Polen zu der Frage anders stehen als die Holländer.

## III. INNENPOLITIK

Die innenpolitischen Bestandteile des politischen Totalzieles müssen selbstverständlich in Harmonie mit den aussenpolitischen erkannt und verfolgt werden.

*Das preussische Gesetz über die Verhängung des Belagerungszustandes, kraft dessen dann alle Gewalten auf den kommandierenden General übergehen, wird sofort für das ganze Reichsgebiet in Kraft gesetzt*[21]. Es bedarf keines Hinweises, dass die ersten Reformschritte nur unter dem Belagerungszustand vor sich gehen können. Den kommandierenden Generalen werden die künftigen Oberpräsidenten *sofort* beigeordnet.

### 1. RECHTSWESEN

*Als erstes sind Recht und Anstand wiederherzustellen.* Die dazu erforderlichen Massnahmen sind denkbar einfach. Einzelne müssen *in Stunden* wirksam und sichtbar werden.

a) Diejenigen Bestimmungen der Strafprozessordnung und des Strafgesetzbuches sind *sofort* wieder in Kraft zu setzen, die die Freiheit der Person sichern. Verhaftungen dürfen also nur erfolgen, wenn richterlicher Strafbefehl vorliegt oder der Verbrecher auf frischer Tat ertappt wird: in diesem Falle ist er binnen 24 Stunden dem Richter vorzuführen, der über die Weiterhaft entscheidet. Während des militärischen Ausnahmezustandes ist der Richter verpflichtet, Verwahrungsbefehl zu erlassen, wenn der Reichskanzler, der Reichsminister, der Reichsjustizminister oder der stellv. Kommandierende General es zur Sicherung des Reiches verlangen. Der Richter kann auf Antrag der gleichen Stellen auch Polizeiaufsicht anordnen.

b) die Konzentrationslager werden *sofort* der Wehrmacht überantwortet. Der Reichsjustizminister führt die Insassen sofort dem Richter zu. Sind sie nicht straffällig, so kann der Reichsinnenminister ihre weitere Verwahrung anordnen, soweit diese während des Krieges zur Sicherheit des Reiches unerlässlich ist; anstelle der Verwahrung kann Polizeiaufsicht treten.

c) Das Strafgesetzbuch ist *sofort* von allen Bestimmungen zu befreien, die dem Richter irgendeine Willkürhandlung gestatten. Nicht der Richter ist zu irgendeiner Zeitepoche dazu berufen, die Strafgesetze unter Anwendung ihm gar nicht bekannter, alle Monate wechselnder Weltanschauungsgrundsätze auszudehnen, sondern dieser Mühe muss sich schon der Gesetzgeber selbst unterziehen. Es ist unmöglich, die Gestaltung des Exerzierreglements Tausenden von Kompanieführern anzuvertrauen[21]. Es ist ebenso unmöglich, die Ausdehnung von Strafgesetzen vielen Tausenden von Richtern zu überantworten. Die Bestimmungen, um die es sich handelt, sind bekannt.

d) Der Justizminister muss *sofort* den Oberreichsanwalt und die Generalstaatsanwälte unter Ausmerzung ungeeigneter mit den erforderlichen Weisungen versehen. Der Justizminister beauftragt den Oberreichsanwalt oder Sonderstaatsanwälte *sofort*, die Strafverfolgung derjenigen Personen ohne Rücksicht auf ihre Stellung einzuleiten und mit äusserster Beschleunigung durchzuführen, von denen bekannt und anzunehmen ist oder von denen behauptet wird, dass sie öffentliche Gelder veruntreut, insbesondere sich bereichert, ihre Amtsgewalt missbraucht oder sonstige Verbrechen begangen haben.
Im Übrigen haben die Weisungen dahin zu gehen, dass alle dem Staatsanwalt auf irgendeinem Wege bekanntgewordenen oder bekanntwerdenden und verfolgbaren Verletzungen der Gesetze *sofort* verfolgt werden. Staatsanwälte, die dieser Pflicht nicht nachkommen, werden sofort diszipliniert.
Auf Voruntersuchungen ist in weitestem Masse zu verzichten. Die Verfahren sind nicht mehr vor irgendeinem Sondergericht, sondern vor dem ordentlichen Gericht, auch vor dem Schwurgericht (die Geschworenen werden einstweilen durch die Amtsrichter aus den Bürgern über

30 Jahre gelost) öffentlich abzuhalten. Nur durch sofortige öffentliche Wiederherstellung des Rechts ist das Vertrauen des Volkes in die Sicherheit der Rechtspflege wieder zu gewinnen.
Auch Richter, die strafbarer Rechtsbeugung schuldig geworden sind, bleiben von der Verfolgung nicht verschont.

e) An alle Organe der Rechtspflege, an alle Stellen der öffentlichen Verwaltung, an alle Organisationen und durch die Presse an das ganze Volk ergeht *sofort* die Verkündung, dass *anonyme Anzeigen* vernichtet werden, wo immer sie auch einlaufen, dass unrichtige Anzeigen bestraft werden. Damit wird dem Denunziantentum ein Ende gemacht. Ein Denunziant wird wieder das, wofür ihn das Volk unbeirrbar auch heute hält: ein Lump. Richtige Angaben dagegen unter Nennung seines Namens kann jeder in dem Vertrauen machen, dass sie geprüft werden. Damit wird der Anstand wieder in das öffentliche und private Leben eingeführt. Im Übrigen ist die Sicherung anständigen Verhaltens eine Angelegenheit, die vorgelegt und von der Staatsführung zum so selbstverständlichen Inhalt ihres Wirkens gemacht werden muss, dass sich auf den verschiedenen Wegen der Gesellschaftsgestaltung und des gesellschaftlichen Lebens der Anstandsbegriff wieder durchsetzt.

f) Die Akademie für Deutsches Recht wird *sofort* aufgelöst. Es ist Sache der Reichsregierung, Sachverständige nach Bedarf zuzuziehen.

## 2. Geistesfreiheit

a) Alle Beschränkungen der Freiheit des Geistes, des Gewissens und der Forschung werden *sofort* aufgehoben. Das Volk muss sofort erkennen, dass der Gesslerhut entfernt ist. Nur dann, dann aber auch sicher, wird es wieder Tatsachen von Lügen unterscheiden lernen, Urteilsfähigkeit, Selbsterkenntnis, Bescheidenheit und Selbstachtung gewinnen, wenn die guten Elemente geistigen und sittlichen Schwung verbreiten. Von der Freimachung dieser Kräfte, die jetzt unter künstlich gedrosseltem Überdruck stehen, ist mit Sicherheit der Auftrieb zu

erwarten, der notwendig ist, um die nächsten materiell sehr harten 3 Jahre zu überstehen.

b) Das *künstlerische* Schaffen auf allen Gebieten wird freigegeben; es ist Sache freien Wettbewerbs, der Bildung, des Geschmacks, des Charakters, das Wertvolle von Schlechtem zu scheiden. Der Staat fördert nur jenes und verbietet von diesem nur das Gemeine. Während des Krieges müssen die Beschränkungen aufrechterhalten bleiben, die zur Sicherheit des Staates unentbehrlich sind. Ein Referent im Reichserziehungsministerium sorgt dafür mit einem Beirat der Kulturkammer.

c) Presse und Schrifttum sollen grundsätzlich frei sein. Feige die Regierung, dumm das Volk, die diese Freiheit nicht vertragen. Aber der Grundsatz findet auch in Zukunft jene Begrenzungen, die aus *dem Ethos der Freiheit* hervorgehen; Freiheit gebührt nicht dem Verbrecher und dem Lumpen. Die Reichspressekammer wird Grundsatz und Begrenzung erarbeiten. *Sofort* ist sie durch den Reichsinnenminister zu reorganisieren. *Sofort* sind die Presseleiter zu beseitigen, denen die erforderlichen Charaktereigenschaften, ernstlichen Erfahrungen und sachliche Kenntnisse fehlen. *Sofort* sind die Eigentumsverhältnisse an den Zeitungen und Zeitschriften zu prüfen und verübtes Unrecht (Zwangsenteignungen usw.) wiedergutzumachen (Reichsinnen- und Justizminister). Hand in Hand mit der Wiedereinsetzung von Wahrheit, Anstand, Können und Recht in den ihnen gebührenden Stand wird die geistige Freiheit in Presse und Schrifttum wiederhergestellt. Dabei kann im Kriege nur bis an die Grenzen gegangen werden, die durch die Sicherheit des Reiches und die Reformaufgabe selbst bestimmt werden.

d) Der *sofort* einzusetzende, dem Reichskanzler unterstellte Reichsnachrichtenchef wird während des Krieges in allen diesen Fragen entscheidend zu beteiligen sein, soweit nicht, wie im Pressewesen, die Zuständigkeit ohnehin bei ihm liegt. Ihm obliegt *engste* Zusammenarbeit mit den Nachrichtenabteilungen der Wehrmacht.

## 3. Bildungswesen

a) Im *Bildungswesen*[22] wird der Lehrerstand wieder auf klare Grundlagen gestellt. Die Zwittergebilde der pädagogischen Institute werden aufgelöst. Aus ihnen werden Lehrerbildungsanstalten. In sie werden künftig aufgenommen: junge Männer mit Primareife, auch solche Volksschüler, die in einem zweijährigen Schulungskursus sich das nötige Ergänzungswissen erworben haben, endlich besonders tüchtige, pädagogisch veranlagte Soldaten, die diesen Beruf zu ergreifen wünschen und durch lange Dienstzeit Versorgungsansprüche erlangt haben. Auf Anstand des Charakters ist bei der Annahme besonderer Wert zu legen. Die Ausbildung dieser Lehrkräfte soll sich auf die Grundelemente dessen erstrecken und beschränken, die in der allgemeinen Schule gelehrt und gelernt werden müssen (Schreiben Lesen, Rechnen, deutsche Sprache, Erdkunde, Geschichte, *Wirtschaftskunde*, Turnen). Den ganz unsachlichen, auf Eitelkeit und Geltungssucht gegründeten materialistischen Lehrerwünschen ist ein Ende zu machen. Der Lehrerstand soll sich höchster Achtung des Staates erfreuen, aber er darf ebensowenig wie die anderen Stände unsachliche Ansprüche stellen. Die Besoldung richtet sich nach dem Mass der Vorbildung und später des Könnens. Besonders befähigte Lehrer werden auf die höheren Schulen übernommen. Der unentbehrliche *Religionsunterricht* wird in Zukunft von dazu besonders ausgebildeten und geeigneten Kräften erteilt; es können Lehrer, es können Pfarrer, es können Laien sein. Aber sie müssen wirklich Wert und Wesen der Religion von innen heraus erkannt haben *und ein entsprechendes Lehen führen.* Auf diese Weise erhält die Religion wieder den ihr von Gott zugewiesenen Sinn und natürliches Leben.

Für Lehrer an höheren Schulen ist eine akademische Ausbildung aus sachlichen Gründen notwendig. Daher wird diese beibehalten. Aber auch diese Ausbildung muss sich auf das Notwendige erstrecken und begrenzen. Notwendig sind eine umfassende Allgemeinbildung und Wirtschaftskunde. Daneben wählen die Studenten eine Mindestzahl bestimmter Fächer. Ein Mehr bleibt dem Leistungswillen des Einzelnen überlassen; er wird später seinen Lohn in der grösseren Verwendungsfähigkeit finden.

b) Höhere Schularten sind ausschliesslich Gymnasium, Realgymnasium, Oberschule. Alle anderen Schulen werden aufgelöst. Der Lehrplan ist organisch: wo antike Sprache, da wird mit Lateinisch begonnen; auf Lateinisch folgt nicht Englisch, sondern Französisch. Welche Schulart gewählt wird, bleibt dem Schulträger wieder überlassen. Schulträger sind die Gemeinden und Kreise. Sind sie leistungsfähig, können sie Landes- (Provinzial-)zuschüsse erhalten. Lehrpläne, auch hier einfach und auf die Grundelemente einer umfassenden allgemeinen Bildung beschränkt, sind ausgearbeitet: alte Sprachen, neue Sprachen, Deutsch, Geschichte, Erdkunde, Physik, Chemie, Wirtschaftskunde; freiwillig Zeichnen, Gesang, Sprachen.

An allen Schulen selbstverständlich Turnen und Spielen drei Stunden in der Woche. In kleinen Städten ergibt sich ein Mehr von selbst, in Grossstädten verhindern es die Entfernungen. Im Übrigen tritt hier die Staatsjugend ergänzend ein.

c) Die Lehr- und Schulbücher sind *sofort* einer Überarbeitung zu unterziehen. Geschichtliche Unwahrheiten, Zweckdarstellungen, unangebrachte Verherrlichungen, Bramarbasierungen sind zu streichen. Auf bewährte Bücher kann zunächst zurückgegriffen werden.

d) Auf allen Schulgattungen und auf den Universitäten werden die *Anforderungen wieder erheblich verschärft,* insbesondere aber auf den höheren Schulen. Die Idee, die richtige Berufswahl vom Staat aus zu erzwingen, mit Zulassungen usw. zu regeln, muss sich totlaufen. Der Beamte, der sich hieran begibt, hat nur selten eine Ahnung von den im jungen Menschen wirklich wirksamen Neigungen und Kräften. Wahre Berufsberater sind nicht bezahlte, kartothekführende Beamte, sondern Eltern, Lehrer und Freunde der Familie. Im Übrigen ist die Berufswahl die erste Frage, die das Schicksal an den Charakter des jungen Menschen stellt. Ihr darf der junge Mensch nicht entzogen werden. Das genaue Gegenteil ist richtig. Er wählt in natürlicher Beratung des nächsten Lebenskreises selbst. Aber seine Wahl wird begrenzt durch sein Können. Und dies Können muss deswegen vor harte Anforderungen gestellt werden. Wenn wir wirklich wieder Bildung, Können und Charakter in unserem Volke haben wollen, dann müssen wir die Grund-

Forderungen wiederherstellen, die vor 60 Jahren bei sehr viel geringeren Bildungsmöglichkeiten in allen deutschen Schulen, insbesondere in höheren, für selbstverständlich erachtet wurden. Damit tun wir unserem Volke einen wirklich dauerhaften Gesundungsdienst. Alle anderen Völker werden diesen Weg gehen müssen. Denn alle Völker leiden daran, dass die jungen Menschen den ihnen bequemen, in behaglicher Sicherheit verbürgt erscheinenden akademischen Berufen zudrängen. Sind die Anforderungen hart, so werden die höheren Schulen und Universitäten von selbst auf das Material zurückgeführt, auf das sie sich um der künftigen Entwicklung des deutschen Volkes willen beschränken müssen. Die jungen Menschen, denen diese Leistungsfähigkeiten nun einmal versagt ist, wenden sich wieder den zahlreichen anderen Berufen des Bauern, des Handwerkers, des Kaufmanns usw. zu. Diese Berufe werden ihnen in einer gesunden Wirtschaft Lebensmöglichkeiten genug bieten. Jeder Makel scheidet aus, wenn es sich wieder um einen allgemeinen Grundsatz handelt. Der Makel begann erst, als man die Pforten der Hochschulen anfing, zu weit zu öffnen. Er wird ausserdem dadurch ausgeschlossen, dass alle öffentlichen Verwaltungen und Anstalten in Zukunft von einem gewissen Lebensalter an auch Menschen in ihren Dienst stellen, die auf *aussergewöhnlichem Wege* zu Wissen und Können gelangt sind und sich durch Charakter auszeichnen. Diese Zufuhr frischen Blutes muss als ständige Gefahr vor den Bürokraten stehen. Dann verschwinden sie von selbst.

Auf den Hochschulen muss ebenfalls *Allgemeinbildung in den ersten Semestern* in den Vordergrund geschoben werden. Spezialisierung so spät wie möglich. Wirtschaftskunde ist kein Sonderstudium mehr, sondern gehört zur Allgemeinbildung, die alle Studierenden sich anzueignen haben. In ihren Grundelementen werden sie alle geprüft. Wer Verwaltungsbeamter werden will, hat die umfassenden volkswirtschaftlichen Kenntnisse in der Prüfung nachzuweisen. Viel ist dem eigenen Forschungs- und Wissensdrang des jungen Menschen zu überlassen.

*Die Hochschulen erhalten sofort Selbstverwaltung unter Aufsicht des Reiches.* Die 1924 geschaffenen Kuratoren werden zurückgezogen, ihre Aufgaben werden von den Oberpräsidenten übernommen. *Die Studenten erhalten ebenfalls Selbstverwaltung;* Satzungen und Ver-

einigungen bedürfen der Genehmigung des Staates. Im Übrigen behält sich der Staat bis auf weiteres ein Aufsichts- und Eingriffsrecht vor, das der Rektor nach Weisungen des Erziehungsministers ausübt. Klare Verantwortlichkeiten und verständige, Dauer versprechende Grundsätze werden herausgebildet. Das Erziehungssystem des englischen College (Studierende erziehen sich in engen Gemeinschaften unter beratender Aufsicht jüngerer und älterer Dozenten!) verdient höchste Aufmerksamkeit. Die Zwangsorganisationen der Dozenten und Studenten werden aufgelöst; sie haben jede Autorität verwirtschaftet.

An der Zulassung von Frauen zu Berufen ist einstweilen nichts zu ändern: sie ergibt sich in einem gesunden Staate von selbst. Keine vordringliche Frage.

### 4. Wirtschafts-Organisation[23]

a) Auf allen Gebieten der *Wirtschaft* bleiben die bisherigen Organisationen (Gruppen) einstweilen bestehen. Wir haben Reichsnährstand, Bauernführer, Wirtschaftsgruppen, Fachgruppen, Bezirksgruppen, Innungen usw. Ihre Vereinfachung wird der Wirtschaft selbst überlassen; die Wirtschaftslage nach diesem Kriege wird sie schon zu den erforderlichen Einschränkungen zwingen. Damit die Wirtschaft sich auch auf organisatorischem Gebiete verständig und verantwortungsbewusst regt, ist allen wirtschaftlichen Organisationen sofort die Selbstverwaltung zu übertragen. Die Führer werden wieder unter die unerlässliche Kontrolle von gewählten Organen gestellt. Die bisherigen Führer bleiben einstweilen in Verantwortung; ausnahmsweise kann der Reichswirtschaftsminister sie vorläufig versetzen. Im Übrigen wählen die überall bestehenden Beiräte *innerhalb von zwei Wochen* neue Führer oder bestätigen die jetzigen. Neu gewählte Führer brauchen den bisherigen Beiräten nicht anzugehören. Diese Beiräte werden darauf hingewiesen, dass sie demnächst selbst vor die Wahl von unten gestellt werden; denn Männer, die keine Knechte, sondern frei sein wollen, haben seit vielen Jahrhunderten in Deutschland sich ihren Obmann selbst gewählt. Dieses Wahlrecht gehörte sogar zu den Urverfassungseinrichtungen der germanischen Stämme. Der jetzige Staat hat das nur

abgeschafft, weil er selbst dieser bescheidenen Selbstverwaltung nicht trauen durfte. Ein wirklich gesunder Staat braucht diese Selbstverwaltung und wird mit ihr spielend auf der Grundlage richtiger Gesetze fertig; durch Aufsicht sorgt er dafür, dass sie ihm nicht über den Kopf wachsen.

Die Angehörigen der einzelnen Berufe (des Reichsnährstandes, der Industrie, des Handels, des Handwerks usw.) treten also nach gehöriger Vorbereitung *in etwa sechs Wochen* zusammen und wählen Bezirksobmänner, diese Reichsobmänner. Die Vorstände wählen dann endgültig Vorsitzende und deren Stellvertreter. Sie bedürfen der Bestätigung durch den Staat.

Erste Aufgabe ist die Neuordnung der *Satzung.* Die Vorsitzenden sind den Vorständen, diese den Mitgliedern für saubere und gewissenhafte Geschäftsführung verantwortlich. Zur Sauberkeit gehört die Innehaltung der von den Mitgliederversammlungen zu genehmigenden *Haushaltpläne.* Damit gelangen auch die Beiträge und ihre Verwendung wieder unter Kontrolle. Der Staat behält sich vor, einzugreifen, falls eine dieser Organisationen eine verschwenderische Wirtschaft betreibt. Audi hier muss wieder als Motto gelten, dass die *Leistung* Achtung und Einfluss begründet. Besonders im Reichsnährstand werden, der Entwicklung der allgemeinen Wirtschaftspolitik folgend, Vereinfachungen Platz greifen. Aber die hauptsächlichste und entscheidende Tat ist, dass die Führenden wieder des Vertrauens der Geführten bedürfen. Denn sonst haben sie, wie schon jetzt viele Orts- und Kreisbauernführer, keinen Einfluss mehr. Im Übrigen ist die Organisation des Reichsnährstandes die beste seit 1933 aufgezogene und hat sich auch als am wirkungsvollsten erwiesen. Ihre Krankheit besteht allerdings in der Ernennung der Führungen nach unsachlichen, in der Hauptsache parteipolitischen Gesichtspunkten.

Diese Gruppenorganisationen der Wirtschaft werden durch entsprechende *Gruppenorganisationen der Angestellten und Arbeiter* mit Zwangsmitgliedschaft ergänzt. Wahl des Vorstandes und der Vorsitzenden erfolgt wie bei jenen Gruppen. Auch hier bedarf der Vorsitzende und sein Stellvertreter der Bestätigung durch den Staat. Die Aufgaben dieser Angestellten- und Arbeitergruppen entsprechen den Aufgaben der Unternehmergruppen. Ihnen obliegt insbesondere die

organische Vertretung und Gestaltung der Interessen der Arbeiter und Angestellten. Diese sind so scharf und klar wie möglich von ihnen herauszuarbeiten. Man darf sich nicht, wie das heutige System, vor der Schärfe fürchten. Diese Furcht schlägt dann in Nachlauferei mit bolschewistischen Ideen um, wie sie die Leyschen Pläne darstellen. Sondern man muss wissen, dass Klarheit die Schärfe von selbst auf das organisch Erträgliche zurückführt.

Diese Gruppen der Gefolgschaftsglieder und Unternehmer treten beruflich, örtlich, bezirklich usw. auf, um die Arbeitsverträge teils für den Betrieb, teils für den Ort, teils für den Bezirk, teils für das Reich festzulegen. Über die Gestaltung und den Inhalt dieser Verträge liegen so zahlreiche Erfahrungen der Vergangenheit und der Gegenwart vor, dass sich besondere staatliche Eingriffe erübrigen. Der Staat hat durch Gesetze nur festzulegen, dass die Löhne *Leistungslöhne* sein müssen und nicht reine Zeitlöhne sein dürfen. Denn nicht darauf kommt es an, dass der Mensch *eine bestimmte Zeit* hindurch arbeitet, sondern darauf, *was er leistet.* Wer in einer Stunde das Dreifache leistet wie ein anderer, muss selbstverständlich wesentlich besser entschädigt werden als dieser. An den Sozial-, Urlaubs- und sonstigen Arbeiterschutzbestimmungen ist nichts grundsätzlich zu ändern. Kommen diese Gruppen über die Arbeitsverträge nicht zur Verständigung, so vermitteln letztlich und hilfsweise die Reichsgruppen unter Aufsicht des Staates, der sich der Treuhänder der Arbeit bedient. Einschaltung der Kammern wird grundsätzlich in Aussicht genommen, bleibt aber der Entwicklung Vorbehalten. Streiks und Aussperrungen bleiben verboten. Sie sind und bleiben ein Missbrauch individueller Freiheit gegenüber dem Wohle des Ganzen. An ihre Stelle tritt letztlich die ausgleichende Entscheidung des Staates.

Die Arbeitsfront, ein unkontrolliertes Gebilde ohne klare Verantwortlichkeiten, wird *sofort* einem Liquidationskommissar anvertraut, der vom Reichswirtschaftsminister ernannt wird, schrittweise mit dem Aufbau der Gruppenorganisation liquidiert und öffentlich Rechnung legt. Die Verwaltung der KdF-Organisation wird ebenfalls *sofort* einem Kommissar übertragen, der Arbeiter sein muss und dem ein Beirat aus Arbeitern und Angestellten beigesellt wird. Bestellung des Kommissars und des Beirats durch den Reichswirtschaftsminister. Der

Kommissar stellt das Vermögen und die Schulden fest. Nach Abschluss legt er öffentlich Rechnung und überträgt Verwaltung, Vermögen und Schulden einem Reichsgruppenausschuss der Angestellten und Arbeiter zur Selbstverwaltung. Das gleiche gilt für alle sonstigen Selbsthilfeeinrichtungen der Arbeiter, sinngemäss für die Konsumvereine.

b) Neben diesen Berufsgruppen gibt es zurzeit für die gewerbliche Wirtschaft *Industrie-* und *Handelskammern.* Und zwar gibt es ioo Industrie- und Handelskammern und darüber 23 ganz unorganische Wirtschaftskammern. Die jetzigen Wirtschaftskammern werden sofort stillgelegt. Ihre Arbeit war unfruchtbar. Neben den Industrie- und Handelskammern, in denen auch Fremdenverkehr, Banken und Versicherungswesen ihren Platz erhalten, werden für die Bezirke der Kreise *Handwerkerkammern,* für die Bezirke der Länder (Provinzen) *Landwirtschaftskammern* und *Energiewirtschaftskammern* gebildet. Nach Reorganisation der Berufsstände, wie oben geschildert, werden neue *'Wirtschaftskammern* für die Bezirke der Länder (Provinzen) errichtet, zu denen die oben genannten Kammern ihre Vertreter entsenden. In jeder Wirtschaftskammer Abteilungen für Landwirtschaft, Industrie, Handel, Handwerk, Energiewirtschaft, Fremdenverkehr, Banken- und Versicherungswesen.

In jeder Kammer und jeder ihrer Abteilungen Gruppe Unternehmer, Gruppe Angestellte, Gruppe Arbeiter. *Angestellte und Arbeiter werden hiermit in die verantwortliche Mitarbeit an Wirtschaftsfragen einbezogen.* Sie sollen und müssen diese Verantwortung tragen. Nur Verantwortung und Wissen heilen sie von vernunftwidrigen und phantastischen wirtschaftlichen und politischen Ideen und Anforderungen. Ausserdem dienen diese Gruppen später der Erörterung und der Vermittlung von Arbeitsverträgen, mit denen die freien Gruppen der Wirtschaft nicht fertig werden.

Die Zuständigkeiten dieser Kammern bleiben im Zurzeit wie bisher. Sie können in Abteilungen, in Gruppen und im Ganzen tätig werden, je nach den Fragen, um die es sich handelt. Die Abteilungen und Gruppen können fachlich weiter untergegliedert werden, je nach dem Bedürfnis der Mitglieder des betreffenden Bezirkes. Kammermitglieder sind die Berufsgruppen des betreffenden Bezirkes und hilfs-

weise auch Einzelpersonen. Diese Mitglieder wählen den Kammer-, den Abteilungs-, den Gruppenvorstand. Diese Vorstände wählen den Kammerpräsidenten, die Abteilungs- und Gruppenführer sowie die Stellvertreter. Die Gewählten bedürfen der Bestätigung durch den Oberpräsidenten.

Die Präsidenten der Wirtschaftskammern bilden die Reichswirtschaftskammer und wählen deren Vorstand usw. Die Abteilungs- und Gruppenführer bilden die Abteilungen und Gruppen der Reichswirtschaftskammer, so dass Landwirtschaft, Industrie, Handel, Handwerk usw. und in jeder Abteilung die Gruppen Unternehmer und Angestellte und Arbeiter vertreten sein müssen. Die Reichswirtschaftskammer soll auf Anfordern, aber auch aus eigener Initiative Gutachten für und Anfragen an die Regierung ausarbeiten, über Streitigkeiten innerhalb der Kammern oder zwischen den Kammern entscheiden und weiter bei Arbeitsverträgen zum Ausgleich beteiligt werden. Dieser bedarf der Bestätigung durch den Reichswirtschaftsminister, damit nicht Arbeitsverträge in Kraft treten, die der allgemeinen Wirtschaftspolitik, der allgemeinen Wirtschaftslage und dem Gemeinwohl widersprechen.

Soweit das Schema der neuen Organisation, das in etwa sechs Monaten voll durchgeführt sein kann.

## 5. Wirtschaftspolitik

a) Über die *sachliche Wirtschaftspolitik* ist nach den eingehenden Sonderdarlegungen nicht viel zu sagen. Sie ist so scharf wie möglich auf die Erkenntnis aufzubauen, *dass der Mensch nur von dem leben kann, was er der Natur abgewonnen hat. Je besser der Mensch leben will, um so mehr muss er mit Kopf und Hand leisten.* Aus der jetzigen, durch den Ersten Weltkrieg, das Diktat von Versailles, seine Folgewirkungen, Irrtümer, die Misswirtschaft der letzten Jahre und den Krieg bedingten Verarmung kommen wir um so schneller heraus, je härter und bescheidener wir arbeiten, d.h. je mehr wir anspruchslos leisten. Die zweite von der Natur gesetzte Grundlage ist die Erkenntnis, dass höchste Leistung nur im Kampf erzielt werden kann. *In der Wirtschaft ist Kampf gleich Wettbewerb.* Also müssen auf allen Gebieten möglichst viele

schöpferische und ausführende Kräfte in Wettbewerb miteinander treten. Dritte Grundlage ist die Erkenntnis, dass der Mensch um so mehr leistet, je klarer das Ergebnis seiner Leistung sein eigenes Schicksal bestimmt. Nur wenn der Faule den Misserfolg, der Fleissige den Erfolg als Gestalter seines Lebens empfindet, durchzustehen und durchzusetzen hat, wird höchste Leistung geboren. Daraus folgert, dass *die* Wirtschaft am blühendsten wird, in der der Staat oder ein anderer Zusammenschluss dem Einzelnen möglichst viel Risiken belässt und möglichst wenig Risiken abnimmt. Also *keinerlei Kollektivwirtschaft*, die immer in Unfruchtbarkeit und Hunger enden muss, sondern möglichst viele Einzelwirtschaften. Daher muss die staatliche Wirtschaftspolitik bewusst und geradezu fanatisch darauf verzichten, die Wirtschaft zu gängeln. Der Beamte im Wirtschaftsministerium, der beispielsweise die Maschinenindustrie gesunden lassen will, muss klar erkennen, dass er davon viel weniger versteht als jeder Prokurist, ja als viele Meister in den Maschinenfabriken. Er hat ja auch gar nicht den Erfolg oder Misserfolg seiner, wenn auch noch so gut gemeinten Hilfsversuche am eigenen Körper auszubaden. Infolgedessen ist er sowenig wie möglich zum Heilgehilfen geeignet. *Die zurzeit Stützen, mit denen der Staat der Wirtschaft helfen kann, sind Recht, Gerechtigkeit, Ordnung, Anstand und ausgeglichene öffentliche Finanzen als Sicherung stabiler Währung.* Die allgemeine Wirtschaftspolitik des Staates muss ferner darauf gerichtet sein, Kartelle, Syndikate, Konzerne, Truste usw. so stark wie möglich zurückzudrängen und wieder in selbständige Unternehmungen zu zerlegen, um der schöpferischen Einzelpersönlichkeit und ihrem Verantwortungsbewusstsein Raum zu gewinnen.

b) Der Leistungskampf darf in einem geordneten Staats- und Volkskörper kein ungehemmter sein, sonst könnte er in den Krieg aller gegen alle ausarten. Er muss durch bestimmte Gebote und Verbote in Grenzen gehalten werden. Die bestehenden Gesetze reichen hierzu aus. Sie sind von einigem Rankenwerk, das in den letzten Jahren beigefügt wurde, zu befreien.

c) Nicht jeder Zusammenschluss (Kartell usw.) ist ungesund. Wenn nachgewiesen wird, dass der Zusammenschluss wirtschaftlich grössere Erträge bringt, also die Bedürfnisse des Volkes *besser und billiger*

befriedigt, ohne die materielle und sittliche Lage der von ihm Beschäftigten zu verschlechtern, dann ist er unter Staatskontrolle zu gestatten. Die Kontrolle richtet sich auf die genannten Gesichtspunkte. Fallen sie hinweg, ist der Zusammenschluss aufzulösen. Gleiche Behandlungen erfahren die Zusammenschlüsse, die notwendig sind, um der deutschen Wirtschaft die Bedingungen zum Wettbewerb auf dem Weltmarkt zu verbessern.

d) Nach diesen Richtlinien sind sämtliche bestehenden Wirtschaftsgesetze zu prüfen und zu ändern. Dabei kann nicht scharf genug betont werden, dass diese Änderungen nicht von heute auf morgen Platz greifen können. Solange Knappheit an wichtigen Lebensgütern und den zu ihrer Herstellung erforderlichen Rohstoffen besteht, muss die jetzige Planwirtschaft beibehalten werden. Diese Feststellung soll kein Anerkenntnis der Güte der Planwirtschaft sein. Es war der grösste Fehler, sie im Vierjahresplan zu schaffen. Sie hat, wie mehrfach nachgewiesen, den jetzigen Zustand mit herbeigeführt. Auch durfte der Zweite Weltkrieg nach den frischen Erfahrungen des Ersten nicht begonnen werden, ohne dass u.a. die für den Sieg erforderlichen wirtschaftlichen Kräfte sichergestellt waren. Aber nachdem es nun so weit gekommen, dass widitige Lebensbedürfnisse, ohne die der Einzelne hungern oder frieren müsste, durch das Vorhandene nicht mehr gedeckt werden können, bleibt nichts anderes übrig, als diese Planwirtschaft fortzusetzen. Sie ist jedoch *sofort* von Überorganisationen zu befreien. Alle Sondervollmachten auf dem Gebiete der Wirtschaft werden zurückgezogen. Alle Zuständigkeiten gehen wieder auf die ordentlichen Ministerien und ihre Verwaltungsstellen im Lande über; alle überflüssigen Schreibereien, alle seelenlosen Statistiken, die nur aufgestellt werden, um in den oberen Stellen in Regalen und Kästen zu verschwinden, werden sofort abgeschafft. So muss auch in das jetzige System der Planwirtschaft sofort grösste Einfachheit, Sparsamkeit und Elastizität hineingebracht werden. Die totale Politik des Staates auf allen Gebieten muss als wichtigstes anstreben, dass *die Mangellage so schnell wie möglich beseitigt wird.* In dem Masse, in dem diese Politik Erfolg hat, wird die Planwirtschaft abgebaut, bis ihre letzten Reste eines Tages völlig verschwinden können.

e) Diese *Wirtschaftsgesinnung*, die weiter nichts ist als ein Anerkenntnis harter Naturgesetze und die daher auch keine Theorien verträgt, ist wie das kleine Einmaleins *auf allen Schulen und in allen Berufen zu lehren.* Dies nicht rechtzeitig erkannt und getan zu haben, war der Fehler des 19. Jahrhunderts. Früher war ein solcher Unterricht nicht notwendig; er ist es erst geworden, *seitdem die aufgesplitterte Arbeitsteilung dem Menschen die natürlichen wirtschaftlichen Zusammenhänge verdeckt hat.* Dieser Erkenntnis ist auch durch entsprechende Besetzung der Lehrstühle an den Hochschulen Rechnung zu tragen. Für blutloses und fanatisches Theoretisieren ist kein Raum mehr, genausowenig, wie man neben der Chemie noch Lehrstühle für Alchimie duldet. Das *Alleinstudium der Volkswirtschaft fällt fort.* Es hat zuviel Volkswirte gezüchtet, die nicht einmal ein kleines Zigarrengeschäft betreiben können, weil sie niemals eine Verantwortung getragen haben. Es gibt sicherlich auch hervorragende Volkswirte unter den so ausgebildeten, aber *man muss von der Erkenntnis ausgehen, dass jeder Mensch ein Volkswirt sein muss, denn jeder ist ja schöpfend und ausführend an der Volkswirtschaft durch seine Arbeit mit ihr verbunden.* Deshalb muss volkswirtschaftliches Wissen von der Volksschule jedem beigebracht werden, welchen Beruf er auch immer im Leben ergreifen will. Dies Wissen ist ebenso leicht zu lehren wie die Gesetze der Algebra und Mathematik.

## 6. Freie Berufe

Zur Volkswirtschaft gehören alle Berufe, auch *Ärzte, Rechtsanwälte, Künstler, Beamte* usw., denn alle betreiben ihren Beruf, um ihren Lebensunterhalt zu finden; sie alle nehmen den anderen arbeitenden Menschen einen Teil derjenigen Tätigkeiten ab, die zur totalen Lebenserfüllung notwendig sind. Vor einigen tausend Jahren dokterte der Hausvater selbst herum. Heute nimmt ihm ein Arzt diese Tätigkeit ab. Aber diese Berufe haben eine Sonderheit. Wer sie ergreift, stellt im allgemeinen über den Ertrag ein nicht wirtschaftliches Ideal. Den wahren Künstler wird kein Gott und kein Teufel dazu verleiten, sein Ideal um wirtschaftlicher Vorteile willen aufzugeben.

a) Infolgedessen ist es logisch berechtigt, diese Berufe gesondert zu organisieren, wenn Organisation organische Gestaltung sein soll. Deswegen werden sie in Ärztekammern, Anwalts- und Kulturkammern zusammengefasst. In die Kulturkammer kommen nur diejenigen Berufe, die wenigstens im Grundsatz jenen besonderen idealistischen Einschlag aufweisen. Auf dem Gebiete des Schrifttums gehört in die Kulturkammer der Schriftsteller, aber nicht der Verleger. Für den letzteren muss und soll der wirtschaftliche Ertrag seiner Leistung das Entscheidende bleiben. Er gehört in die Wirtschaftsgruppe Verleger und die der Buchhändler in die Handelskammer. Damit entfällt die heutige doppelt und dreifache Organisation der Einzelnen, die sie zerreisst und ihre Kräfte und Finanzen über Gebühr in Anspruch nimmt, fort. Es wird also geben: Kammer der bildenden Künstler, Kammern der Schriftsteller, der Musiker, Kammern der Bühnenkünstler, wobei die meisten auch bewirklich, Einzelne auch nach Berufen in Abteilungen gegliedert werden können. Dagegen gibt es keine Reichskulturkammer mehr. Die Überorganisationen werden *sofort* beseitigt, die übrigen Kammern bleiben in ihrem bisherigen Bestande bestehen. Im Übrigen gilt für die Neuwahl der Vorstände und Vorsitzenden das gleiche wie für die Wirtschaftskammern. Auch hier ist Leben, Geist und Verantwortungsbewusstsein durch Selbstverwaltung wiederherzustellen. Auch hier beaufsichtigt und bestätigt der Staat (Reichserziehungsminister). Der Staat genehmigt auch die Satzungen, so dass die Aufgaben dieser Kammern klargestellt werden.

b) Untersagt wird diesen Kammern *sofort* jede Tätigkeit, die den Einzelnen in der Verwendung seiner Kräfte irgendwie behindert. Man hat in den letzten Jahren vielfach geglaubt, den Angehörigen dieser Berufe dadurch helfen zu können, dass man alle möglichen Vorschriften für die Betätigung der Einzelnen erliess und ihnen insbesondere Mindestentgelte vorschrieb. Die katastrophale Folge war vorauszusehen und ist eingetreten. Auf dem Papier erhalten Konzertsänger und Musiker heute herrliche Honorare; sie werden nur nicht mehr beschäftigt, weil auf der einen Seite das Interesse totgeschlagen ist, auf der anderen Seite diese Honorare nicht bezahlt werden können. Die Folge ist, dass viele von jenen Künstlern nunmehr hungern müssen, die leben

könnten, wenn sie sich mit bescheideneren Forderungen begnügten. Die notwendigen Verordnungen sind nicht schwer. Eine Fülle von Material liegt an den zuständigen Staatsstellen vor. Eine klare Anweisung an die Sachbearbeiter genügt, um in kurzer Zeit wieder Ordnung in das Chaos zu bringen. Alles Weitere entwickelt sich aus den frei gemachten Kräften von selbst, wobei der Staat nur Übergriffe und Übertreibungen zu verhindern hat.

## 7. Beamte

a) Was das *Berufsbeamtentum* betrifft, so ist es bewusst von Organisationen auszuschliessen. Die Organisation der Beamten war der Hauptfehler im Jahre 1919. Die anständigen Beamten wurden hin- und hergerissen zwischen den beschwerlichen Pflichten gegenüber der Allgemeinheit und den Pflichten gegenüber der Organisation. Der Beamte muss wie der Offizier von vornherein sich klar sein, dass er zwischen zwei Wegen wählen muss: entweder Freiheit der Organisation, dann muss er auf die Beamtenstellung verzichten und einen anderen Beruf ergreifen; oder gesicherte Lebenshaltung und Ausübung der öffentlichen Gewalt gegenüber seinen Mitbürgern, dann muss er auf das Recht des freien Zusammenschlusses verzichten. *Beides zusammen ist unerträglich.* Es war der tollste von ungesunden Zuständen, den wir in den 20er Jahren erlebt haben, wenn der Beamte den Einfluss seiner Organisation in den Parlamenten dazu benutzte, um den Gesetzgeber zu veranlassen,Beamtenforderungen zu erfüllen; der Bürger, dem seine Mitbürger Gewalt über sich anvertrauen, zwingt also seine Mitbürger durch den Einfluss seiner Organisation, ihm unsachliche Vorteile zu gewähren. Dass die Stellung der Beamten sachlich und rechtlich gesichert bleibt, das ist Aufgabe des Staates, dessen Organ der Beamte ist und das gesund zu erhalten der Staat ein Lebensinteresse hat. Es wäre aber unlogisch, diesem Organ zu gestatten, dass es die öffentliche Gewalt missbraucht. Das ist keine Zurücksetzung und Entrechtung des Beamten; denn einmal steht ihm die Wahl frei, Beamter zu werden oder nicht, und zweitens erhält er für diesen Verzicht Gewalt über seine Mitmenschen. Diese deutsche Auffassung vom Beamtentum steht im

Widerspruch zu der englisch-amerikanischen, aber sie ist bewusst eine Quelle gesunder Staatsgewalt und überlegener Verwaltungskunst.

b) Das Beamtentum wird durch die Wiederherstellung von Recht, Gerechtigkeit und Anstand von selbst mit gesundem Leben und neuem Verantwortungsbewusstsein erfüllt werden. Natürlich sind in die Beamtenschaft Kräfte hineingekommen, die nach Leistung und Charakter nicht verdienen, öffentliche Gewalt gegenüber ihren Mitbürgern auszuüben. Es wäre nicht zweckmässig, dem Beamtenabbaugesetz vom Jahre 1923 und dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums von 1933 ähnliche derartige Gesetze folgen zu lassen. Man könnte daran denken, das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums *echt* durchzuführen und nicht in das Gegenteil umzufälschen, wie es in den letzten Jahren geschehen ist. Aber man muss von diesen Verfälschungen überhaupt Abstand nehmen und einfach zu einer strengen, aber anständigen Auffassung zurückkehren. Zu diesem Zweck sind aus dem neuen Reichsbeamtengesetz *sofort* die parteipolitischen Bindungen und Sonderrechte, die auf die jungen Parteimitglieder zugeschnittene Pensionsordnung usw. aufzuheben. Anstelle dieser Bestimmungen treten Paragraphen, die Pflichten und Rechte des Beamten festsetzen und die Pension wieder davon abhängig machen, dass der Beamte sich mindestens zehn Jahre lang unbescholten im öffentlichen Dienst bewährt hat. Das Gesetz stellt ferner fest, dass Beamter nur werden kann, wer bestimmten Prüfungsanforderungen genügt. Für bestimmte Stellen (z.B. Reichsminister, Bürgermeister, Stadträte), die politische Bedeutung haben, sind Ausnahmen zugelassen. Hier spielen Eigenschaften (z.B. politisches Können, ausgleichendes Wesen, Zivilcourage), die nicht durch Prüfungen festgestellt werden können, eine wesentliche Rolle. Immer bleiben bewiesene Charakterfestigkeit und vollkommene Unbescholtenheit unabdingbare Voraussetzung. Die Prüfungsanforderungen setzen das Reich für seine Beamten, aber auch die Länder (Provinzen), Kreise und Gemeinden unbehindert und ohne Dreinreden des Reiches für ihre Beamten fest. Auf der Grundlage des Anstandes, des Rechtes und der Sparsamkeit entwickeln sich im Wettbewerb um beste Leistungen und um die beste Verwaltung die strengen Anforderungen von selbst, namentlich wenn das Reich mit dem notwendigen Beispiel

vorangeht. In das neue Gesetz ist die Bestimmung aufzunehmen, dass ein Beamter auch dann aus dem Amte zwangsweise entfernt werden kann, wenn seine Leistungen in auffälligem Missverhältnis zu den Anforderungen des Dienstes stehen oder wenn ihm nach seinem Verhalten öffentliche Gewalt ferner nicht anvertraut werden kann. *Mit dieser Bestimmung wird die Beamtenschaft von den Elementen gereinigt, die aus Parteigunst ohne sachliche Berechtigung in sie hineingeschoben sind.* Wenn die Beförderung künftig nur noch von der Leistung und von der anständigen Charakterhaltung ausgeht, ist der Günstlingswirtschaft auch hier ein Riegel vorgeschoben. Günstlingswirtschaft, von Vorgesetzten betrieben, macht diesen disziplinarisch strafbar. Harte Prüfungs- und Ausleseanforderungen, die übrigens jede gute Verwaltung früher aufgebaut hatte, sichern die Beamtenschaft in der Zukunft vor ähnlichen Zerstörungen, wie sie ihr in den letzten Jahren zugemutet wurden. So streng das neue Recht und seine Handhabung, so fern muss es sich von allen Kleinlichkeiten halten. Ob Parteimitglied oder nicht, es wird die Majestät des Rechtes wiederhergestellt.

c) Die Selbsthilfeeinrichtungen der Beamten für wohltätige Zwecke bleiben bestehen und erhalten wieder volle Selbstverwaltung.

d) Diese ersten Massnahmen auf dem Gebiete des Beamtenrechts sind *am ersten Tage bekanntzumachen.* Ihre schnelle Durchführung ist vom Reichsminister des Innern zu betreiben, im Übrigen bürgt die Stimmung in der Beamtenschaft selbst, ja die Stimmung der Bevölkerung für schnellen Vollzug. Nur soll sie vollkommen geordnet und eisern gerecht vor sich gehen.

e) Die Besetzung der Stellen in den Ministerien erfolgt künftig nach dem 1919 zerstörten Generalstabsprinzip[24]. Der junge Beamte arbeitet zunächst in den Kreisen; die besonders tüchtigen werden dann als Hilfsarbeiter in die Ministerien berufen, um nach einigen Jahren Referenten beim Oberpräsidenten oder Landräte zu werden usw. hin und her zwischen Front und Zentrale, damit sie die Bedürfnisse jener mit den Notwendigkeiten dieser ausgleichen lernen und die Front wieder von zuviel Gesetzmacherei und Hineinregieren bewahrt bleibt.

f) So bald wie möglich ist an die Verkleinerung und Vereinfachung des übersetzten Verwaltungsapparates zu gehen. Dabei ist dem Volke und dem Beamten wieder die eherne Tatsache klarzumachen, dass üppige und überflüssige Verwaltungseinrichtungen mit entsprechender Verschlechterung der Lebenshaltung aller bezahlt wird. Einfachheit und Sparsamkeit sind rücksichtslos durchzusetzen. Dies ist *sofort* zu verkünden.

## 8. Ausgleichspolitik

a) Die *Sozialpolitik* ist in brauchbaren Gesetzen festgelegt. An ihnen ist wenig zu ändern, nur dass auch auf allen Gebieten der Sozialversicherung *wieder Selbstverwaltung herzustellen ist.* Das ist *sofort* anzuordnen und vollzieht sich dann unter der Aufsicht der zuständigen Organe in wenigen Wochen.

Beim Schutze des Menschen gegen die Folgen des Alters, der Krankheit, des Unfalls, der gesundheitsschädigenden Arbeit usw. ist an dem Gedanken der *Versicherung* festzuhalten. Denn die Versicherung ruft die Energien anderer wach *gegen den Trieb Einzelner zur Ausnutzung öffentlicher Einrichtungen. Wer die Menschen kennt, weiss, dass dieses Gegengewicht unentbehrlich ist.* Die Leysche Idee, dass der Staat – d.h. das Volk unterschiedslos – alles bezahlt, und mit einer Sozialsteuer, die aber nicht erhoben werden soll, sich die Mittel hierzu beschafft, ist für Sextaner verführerisch; für denkende Menschen ist sie unverantwortlich, *weil sie ja geradezu einen Sturm von Ansprüchen auf die öffentlichen Kassen entfesselt.* Der zur Abwehr dieses Sturmes erforderliche *Kontrollapparat* würde ein Mehrfaches von dem verschlingen, was der gesunde organische Selbstverwaltungsapparat der Sozialversicherung verbraucht[25]. Die Leistungen der Sozialversicherung richten sich nicht nach demagogischen Wünschen, sondern nach dem, was die Leistungsfähigkeit der Versicherten und des Volkes für solche Zwecke erübrigen kann. Denn ohne solche Leistungen gibt es auch keine Leistungen der Sozialversicherung. Der Arbeiter, der seinen Beitrag zahlt, gibt ein Stück seiner Lebenshaltung an andere ab, weiter nichts. Die Leistungen der Sozialversicherung müssen daher in angemessenem Verhältnis ste-

hen zu der Leistungsfähigkeit der Versicherten und umgekehrt. Das ist das ganze Geheimnis und die ganze Kunst.

Die Sozialversicherungseinrichtungen bedürfen für die Festsetzung von Beiträgen und Leistungen der Genehmigung des Staates. Der weitere Ausbau ist nach der jeweiligen Lage der Bürger des Staates abzumessen. Dabei muss man sich klar sein, dass es nicht Aufgabe der Versicherungen sein soll, dem ringenden Menschen *alle* Risiken abzunehmen. Er muss aufgefordert und bestärkt werden, einen Teil der Lebensrisiken noch durch besondere Vorsorge seinerseits abzudecken. Dann wird der Tüchtige und Fleissige sich entweder *für alle Fälle* etwas sparen oder noch Zusatzversicherungen nehmen. Der Lässige, Faule oder Leichtsinnige lässt es darauf ankommen. Auch gut. Wenn nur jeder die Folge seines Tuns selbst zu tragen hat und hierüber vollkommene Klarheit für alle besteht. Das ist die beste und einzig mögliche Vorsorge gegen Klassenhass. Im Übrigen hat ihm eine verständige Lohnpolitik und eine *nicht auf Gesetze, sondern auf Charaktererziehung* gegründete Achtung untereinander entgegenzuwirken. Diese Achtung untereinander ist es, die den Engländer auszeichnet und stark macht. In England kann der arbeitende Arbeiter einen Mann im Frack auf der Strasse sehen, ohne zu schimpfen, weil er sich im Besitze der gleichen politischen Rechte, aber auch der gleichen Lebensgestaltungstnög/zcZ?-*keiten* fühlt. Ausserdem weiss er aus seiner Beobachtung der Natur, dass im Durchschnitt die Entwicklung von unten nach oben, wenn man diesen missverständlichen Ausdruck gebrauchen will, oder vom Einfachen zum Vielfältigen meist nicht in einer Generation vor sich gehen kann. Aber er weiss auch, dass, wenn er etwas Besonderes geleistet hat, er den Sprung in kurzer Frist machen kann, ohne dass ihm etwas anderes entgegentritt als Achtung und Handschlag.

b) Das *Winterhilfswerk* wird von den Kreisen, Ländern (Provinzen) und in der Spitze von einer Arbeitsgemeinschaft der letzteren übernommen.

c) Der wichtigste Teil der Sozialpolitik, die man übrigens besser in Zukunft nicht mit diesem römischen Namen benennt, sondern durch den Ausdruck *Ausgleichspolitik* ersetzt, ist die Sorge für gesundes

*Wohnen.* Hier hat das 19. Jahrhundert schwer versagt. Es hat die Bauern- und Arbeitersöhne des Ostens und Nordens im Westen und im Mitteldeutschland in freudlose Arbeiterkasernen zusammengepfercht. *Württemberg* hat rechtzeitig in der Mitte des vorigen Jahrhunderts diese Gefahr erkannt; es hat die Industrie dezentralisiert und so dem werdenden Hausvater ermöglicht, Kleinbauer und Arbeiter zugleich zu sein. *Die Umbildung der deutschen Industriegebiete in die Lebensformen Württembergs ist die entscheidende Aufgabe*[6]. Sie hat zu erfolgen durch eine Sperre für neue industrielle Unternehmungen an allen Orten über 100'000 Einwohnern. Ein grosses Bedürfnis nach neuen und erweiterten Betrieben wird in den nächsten fünf Jahren nach dem Kriege überhaupt nicht vorhanden sein. Es ist also reichlich Zeit, dass die einzelnen Betriebe und Wirtschaftsgruppen zu Klarheiten über Neugründungen und Erweiterungen kommen. Wenn die Gruppen Vorschriften einengender Natur, insbesondere *Errichtungs-* und *Erweiterungsverbote* usw. erlassen wollen, so *bedürfen* sie hierzu *staatlicher Genehmigung. Im Übrigen* sind alle Zentralstellen und Ämter für Grossraumgestaltung, Planwirtschaft, Städteumbau usw. *sofort* aufzuheben. Dies gilt selbstverständlich auch für alle Zuständigkeiten, die der Partei eingeräumt sind. Es ist sinnlos, von Zentralstellen aus die Entwicklung im Einzelnen so gängeln und kontrollieren zu wollen, dass man sich schliesslich das Baugesuch für den Schafstall im Dorf A. in Berlin vorlegen lässt. Der Staat hat lediglich *wenige klare, handfeste Grundsätze gesetzlich festzuhalten,* die übrigen, insbesondere das Genehmigungswesen, sind *sofort* zu beseitigen. Es bedarf nur *einer* Baugenehmigung, nämlich der der Gemeinde- oder Kreisbaupolizeibehörde. Denn es ist Aufgabe der beteiligten Behörden im Lande, also insbesondere der Länder, Provinzen und Gemeinden, für die Durchsetzung dieser Grundsätze zu sorgen. Wer das nicht tut, trotzdem es seine Pflicht wäre, wird gefasst. Nicht mehr, nicht weniger.

Die Gesetze über *Förderung der Kleinsiedlung* sind durchzuführen. Die Kleinsiedlung, in der der Arbeiter über 300 bis 1'000 qm Land verfügt, ist das gegebene, um ihn und seine Familie gesund zu erhalten, auch eine gewisse Krisenfestigkeit gegen Rückschläge in seinem Beruf zu sichern. Einwendungen der Landwirtschaft gegen diese Aufsplitterung von Grund und Boden sind verfehlt. Die intensive Bearbeitung

des Bodens im Kleingarten ringt ihm sehr viel grösseren Ertrag ab als der beste landwirtschaftliche Grossbetrieb. Der europäische Zusammenschluss bringt den Ersatz der wenigen ausfallenden Körner- usw. Ernten. Zur Förderung der Kleinsiedlung sollen sich Gemeinden, Kreise oder Gaue zu Zweckverbänden zusammenschliessen; dadurch wird die Sucht nach weiteren Eingemeindungen eingedämmt. Kleinsiedlungen sind besonders, wie bisher schon in starkem Masse und erfreulicherweise geschehen, im Umkreis der Grossstadt zu errichten.

*Nicht alle Menschen eignen sich zu solchen allmählich ihr Eigentum werdenden Siedlungen.* Sie bleiben auf gesunde Stockwerkswohnungen angewiesen. Hier ist mit der seit 1920 betriebenen Politik endgültig Schluss zu machen. Der Staat und die Gemeinden bauen überhaupt nicht mehr. Das Bauen wird wieder Aufgabe der Privaten, der Genossenschaften und der Baugesellschaften, und zwar *ausschliesslich.* Der Mangel an Wohnungen treibt sie zum Bauen. Neigungen und Geltungsbedürfnis tun das Ihrige. Die Finanzierung erfolgt im Allgemeinen über Sparkassen, Versicherungen, Banken; diese sichern die ihnen anvertrauten Gelder lieber in solchen Wertanlagen als in faulen Reichspapieren. Die beste Unterstützung, die das Reich der Bekämpfung der Wohnungsnot, der Schaffung von Kleinsiedlungen und Wohnungen angedeihen lassen kann, sind Sparen und geordnete Finanzen, die die Steuerzahler entlasten und Sparkassen und Banken von unerfüllbaren Reichsanleihewünschen befreien. Für eine Übergangszeit, die auf etwa fünf Jahre zu schätzen ist, wird das Reich gewisse Zinsverbilligungsbeträge zur Verfügung stellen müssen. Im Übrigen ist die entscheidende Massnahme zur Verbilligung des Bauens die Senkung der überhöhten Bauarbeiterlöhne und Materialkosten sowie die Steigerung der Arbeitszeit im Baugewerbe. Stellt der Staat seine unverantwortlichen Bauten ein, so sinken die Materialkosten von selbst. Durch diese Massnahme werden die Leistungen erhöht, die Unkosten verringert und die Lebenshaltung der Bau- und Industriearbeiter aufrechterhalten. Die Wohnungen werden billiger und finden daher besseren Absatz. Vor dieser Massnahme stand das Reich im Juni 1932; diese Pläne wurden aber durch die politische Entwicklung unterbrochen und später durch Demagogie ersetzt. Es kommt darauf an, im Rahmen dessen, was die Volkskraft hergibt, gesunde Wohnungen bauen zu lassen, dabei den

Kleinsiedlungsgedanken zu fördern, den Menschen der Natur wieder nahezubringen, ihn mit Achtung vor den Gesetzen der Natur zu erfüllen und ihn krisenfest zu machen.

## 9. Religionswesen

a) Den *Kirchen* ist die volle Selbstverwaltung zu geben. Damit werden sie vom Staate *getrennt.* Der Staat soll seinen Einfluss in kirchlichen Angelegenheiten auf die Bestätigung der Oberen der Kirche beschränken. Dabei kann er so starke Anforderungen an nationale Zuverlässigkeit, an Charakter und Haltung stellen, wie er will. Damit erhält er, wie immer im Leben, die beste Gewähr dafür, dass saubere Persönlichkeiten die öffentlichen Belange beeinflussen. Die Kirche wird entpolitisiert, indem Geistliche in politische Körperschaften weder wählen noch gewählt werden dürfen.

Die Kirchen erhalten das Recht, Kirchensteuern zu erheben. Sie werden es nicht missbrauchen, weil sonst die Austrittsbewegung zu stark wird. Ihr Vermögen bleibt ihnen nach dem Stande vom 1. 1. 1933. Der Staat überlässt es also den Kirchen vollkommen, ihre eigene Lebensgrundlage wiederzugewinnen. Ob und wie sie sich zu diesem Zwecke zusammenschliessen, ist ihre Sache.

b) Aber der Staat hat auch ein eigenes Interesse an einer religiösen Erziehung der Jugend zu wahren; diese Erziehung muss so fruchtbar sein, dass sie dem Staatsbürger das ganze Leben hindurch sittlichen Halt gibt. Infolgedessen wird der Religionsunterricht auf den Schulen wieder eingeführt. Im Übrigen sei auf die Darlegungen unter III, 3a) verwiesen.

c) Mit diesen Bestimmungen, die *sofort* angekündigt werden müssen, deren Fassung und Veröffentlichung in wenigen Tagen möglich ist, muss der Staat sich begnügen. Er wird aber auf dem Wege der persönlichen Besprechung durch Männer seines Vertrauens sich auf dem laufenden halten müssen, was bei den Kirchen geschieht. Ja, er wird verständigen Rat geben und zu diesem Zwecke eine besondere Abteilung des Reichs-

ministeriums für Erziehung mit wenigen Köpfen besetzen. Der Einfluss, den der Staat nehmen sollte, muss dahin gehen, erneut wieder aus der Pastorenkirche *die Laien- oder Volkskircbe werden zu lassen.* Der Pastorenstand des 19. und 20. Jahrhunderts hat in zu grossem Umfange versagt. *Er ist verbeamtet.* Es kommt darauf an, ihn wieder in lebensvolle Verbindung mit dem Volke zu bringen. Wie das zu geschehen hat, braucht hier nicht erörtert zu werden; aber der Staat soll die von ihm betreuten Angelegenheiten dahin prüfen, wieweit er sie wieder den Religionsgemeinschaften überantworten kann.

Das wird möglich sein auf allen Gebieten der Wohlfahrt. Die staatlichen und gemeindlichen Einrichtungen sind kraft staatlicher Anordnung soweit aufzulösen, als eine Sicherheit dafür besteht, dass Religionsgemeinschaften die Aufgaben ebenso gut betreuen können. Auch auf dem Gebiete des *Schulwesens* wird den Kirchen eine Mitarbeit einzuräumen sein. Dadurch wird ein *Wettbewerb* zwischen den Leistungen der Gaue, der Kreise, der Gemeinden und der Kirchen auf dem Gebiete des Unterrichts entfacht, der um so fruchtbarer sein wird, je härter die Anforderungen sind, die die einzelnen Schulgattungen und die Universitäten wieder stellen müssen. Dann wird der Staat, werden die einzelnen Berufe sehr bald sehen, welche Anstalten die besseren Leistungen *auch in der Erziehung von Charakteren* aufweisen. Dadurch wird die weitere Entwicklung wieder *von dem Grundsatz der Leistungssteigerung* beherrscht werden. Dieses aber, die Betreuung der Kirche mit Aufgaben, die notwendigerweise gemeinschaftlich erfüllt werden müssen, ist notwendig, wenn religiöses Leben, insbesondere das der christlichen Gemeinschaft, wieder gesunden und wachsen soll. Die Kirche des 19. Jahrhunderts ist im Zurzeit dadurch entartet, dass der Staat ihr die praktischen Betätigungsmöglichkeiten mehr und mehr abnahm. So wurde die Kirche immer mehr auf Gottesdienst, Predigt und Ordination beschränkt. *Die christliche Religion aber ist die praktische Nächstenhilfe, d.h. die Betätigung mit menschlicher Gesinnung im tätigen Leben.* Zur Erziehung hierzu, zur eigenen Schulung hierin, muss der Kirche wieder Gelegenheit gegeben werden. Missbräuche sind ausgeschlossen, weil der Staat sich und anderen öffentlichen Verwaltungen vorbehält, selbst tätig zu sein, und die Aufsicht hat.

## 10. STAATSJUGEND

Aus der *Hitlerjugend wird die Staatsjugend.* Die Spitzenorganisation der HJ wird sofort aufgelöst, ihr Vermögen sichergestellt. An ihre Stelle tritt ein in Erziehungsfragen bewährter General[27]. Er erhält Weisungen und Vollmacht nach folgenden Richtlinien:

a) Es ist anzuerkennen, dass in der Grossstadt eine Jugendorganisation nützlich und wertvoll ist, die sich über den Kreis der einzelnen Klassen und der einzelnen Schule hinaus erstreckt. Auf dem Dorf und in der kleinen Stadt wachsen die Kinder der verschiedenen Schulen in so enger Gemeinschaft auf, dass sie sich im Spiel und Raufen immer wieder zusammenfinden. *In der Grossstadt muss dies «Zusammenfinden organisiert werden.* Es ist notwendig, um auch schon im jugendlichen Menschen *das klassengelöste Gefühl der Volksgemeinschaft* stark werden zu lassen. Nichtsdestoweniger bleibt die natürliche Grundlage der Jugendorganisation die Klasse und die Schule, *ln der Klasse ist der Turn- und Sportlehrer der gegebene Jugendführer.* Für die Schule ist ein dazu besonders geeigneter Lehrer, *der Soldat gewesen ist,* mit dieser Aufgabe zu betrauen. Die Gleichaltrigen sind auch bezirklich zusammenzufassen. Zur Führung sind Offiziere berufen, die besondere pädagogische Begabung haben und für diesen Zweck besonders geschult werden. Solchen Kräften liegen auch die Gauzusammenschlüsse und der Reichszusammenschluss ob. *Die Führung der Jugend erfolgt also nicht mehr durch die Jugend selbst*[2]*.* Dieser Satz war auch nur ein Schlagwort, um die Jugend zu gewinnen und zu verblenden. In Wahrheit empfindet sie selbst, dass sie nur von älteren Menschen geführt werden kann. Natürlich sollen jugendliche Kräfte zu Hilfsführern, etwa mit den Funktionen von Stubenältesten, herangezogen werden.

b) Um die Idee der *Reichsgemeinschaft* in der jungen Seele zu pflegen, bleibt eine Reichsorganisation erhalten. Diese wird von einem General mit einem Beirat aus allen Berufen geleitet. Er wird in das Reichserziehungsministerium eingegliedert.

c) Bei den Aufgaben der Jugendorganisation ist voranzustellen, dass die *Autorität des Elternhauses und der Schule* überhaupt nicht mehr

angetastet wird. Die Jugend ist zuerst und dauernd zum Gehorsam gegen die Eltern zu erziehen, ihren Schulpflichten nie zu entziehen und zur Wahrhaftigkeit, Kameradschaft und Tüchtigkeit anzuhalten. *Familie und Schule gehen der Jugendorganisation voran.* Im Übrigen werden Meinungsverschiedenheiten durch Takt und Rücksicht ausgeglichen. Die Aufgabe der Jugendorganisation besteht nicht mehr in irgendeiner nationalpolitischen Erziehung, sondern nur noch im Turnen, Sport, Spiel und Handarbeiten, sonst nichts mehr. Die nationalpolitische Erziehung ist Aufgabe der Eltern, der Schule, der politischen Vereinigungen namentlich auf den Universitäten, und vor allem der Wehrmacht: hier durch besonders sorgfältig ausgebildete Offiziere und frei gewonnene Kräfte.

d) Die Beanspruchung der Jugend muss herabgesetzt werden. Dies gilt namentlich für die grossstädtische Jugend. Infolgedessen wird zum Jugenddienst höchstens nur noch an *einem* Tage der Woche angetreten, vielleicht auch nur alle zwei Wochen. Die Hauptsache ist, dass die übernervöse Jugend wieder zur Ruhe kommt, nicht hin- und hergezerrt wird, *den Glauben an die Wdhrhaftigkeit* wiedergewinnt und nicht vorzeitig, namentlidi militärisch, überbeansprucht wird. Umso mehr Energie und Begeisterungsfähigkeit spart sie sich für ihr späteres Leben und die Soldatenpflichten auf.

## 11. Wehrmacht

a) Über die Wehrmacht ist hier nichts zu sagen[29]. Das Entscheidende und Grundsätzliche ist dargelegt, das Organisatorische und Technische muss dem Fachmann Vorbehalten bleiben. Vom Standpunkt der totalen Politik ist nur zu fordern, *dass die volkswirtschaftliche und politische Erziehung im Generalstab eine breitere Grundlage erhält* und dass eine *vollkommene Zusammenfassung* für alle Teile der Wehrmacht in Verwaltung und Führung stattfinden muss. Auch eine *organische* Berücksichtigung des *Bildungsstandes* und der *Bewährung* bei Beförderungen scheint in strengstem Masse geboten. Der Staat hat ein Interesse daran, dass der *gebildete Mensch auch in der* Wehrmacht *führt;* bei der all-

gemeinen Dienstpflicht ist dies Interesse ein eminent sachlich-politisches, wie schon Bismarck feststellte. Nur ihre demagogische, *mechanische* Auffassung kann dies verkennen.

b) Notwendig erscheint, dass die Achselstücke in der traditionellen Form und Farbe wieder *ausschliesslich* dem Offizier Vorbehalten werden. Für Polizei und Beamte sind andere Achselstücke einzuführen, die so prächtig und schön wie möglich sein mögen. Aber man wird einen Korpsgeist in der Armee im Sinne der Hochachtung bewährter Tradition nur erzielen, wenn man Portepee und Achselstück wirklich wieder zu einer selteneren Erscheinung macht, als sie es jetzt geworden sind. Die Waffen-SS-Formationen werden in die Wehrmacht eingegliedert und ihr *sofort* unterstellt[30].

## 12. Arbeitsdienst

Der *Arbeitsdienst* war eine aus der Not der Zeit geborene wohltätige Einrichtung. So, wie er sich gestaltet hat, ist er leider vielfach zum Selbstzweck entartet. Auf jeden Fall ist festzustellen, dass er es nicht verstanden hat, in den jungen Leuten auch nur eine Spur von Idealismus wachzuhalten. Er wird abgearbeitet. Vielfach aber hat er sogar schwere sittliche und körperliche Schädigungen heraufbeschworen. Er ist nicht langsam und organisch unter zureichenden Führerpersönlichkeiten aufgebaut, sondern wie so vieles in den letzten Jahren um des äusseren Eindrucks willen gigantisch über Nacht. Infolgedessen sind die Führerstellen zu einem grossen Teil mit ungeeigneten Persönlichkeiten besetzt. Der Arbeitsdienst hat auch die Erwartungen nicht erfüllt, die verschiedene Berufsstände des Volkes einander näherzuführen. In vielen Lagern ist die Kameradschaft unter aller Kritik. Er ist aber mindestens so lange aufrechtzuerhalten, wie umfassende Massnahmen gegen Arbeitslosigkeit erforderlich sind. In jedem Fall sind Reformen notwendig.

a) Der Arbeitsdienst für junge *Mädchen* wird *sofort aufgehoben;* sie haben genügend Möglichkeiten der handfesten Beschäftigung im Hause. Die Führerinnen werden durch geeignete Staatsmassnahmen

gegen Arbeitslosigkeit geschützt. Mit dieser Aufgabe wird eine im Roten Kreuz erfahrene, bewährte Frau beauftragt.

Es ist dringend notwendig, dass das junge Mädchen eine Zeitlang wieder der Mutter hilft, um in der Familie selbst die Pflichten der künftigen Hausfrau kennenzulernen. Auch vom Standpunkt der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist hier nichts zu veranlassen. Es gibt zahlreiche Berufe, in denen Kräfte dringend benötigt werden, z.B. für die Krankenpflege, den Wohlfahrtsdienst usw., und schlimmstenfalls ist es besser, es wird zu Hause geholfen, als in Lagern Unfug getrieben. Dagegen ist die Möglichkeit aufrechtzuerhalten, freiwillig mit Zustimmung der Eltern sich meldende junge Mädchen im Landdienst oder städtischen Haushalt oder in Jugend-, Alters- und Krankenhäusern zu beschäftigen. Vorbehalten bleibt ein drei- bis sechsmonatiger Pflichtkurs zur Ausbildung in Krankenpflege und allen damit zusammenhängenden Pflichten.

b) An die Spitze des Arbeitsdienstes für Männer wird ein General gestellt. Er prüft alle Führer daraufhin, ob sie die geeigneten sittlichen und charakterlichen Voraussetzungen für eine so ernste Aufgabe erfüllen. Wenn nicht, sind sie zu entlassen. Gegen Arbeitslosigkeit werden sie durch entsprechende Staatsmassnahmen geschützt. Ihre Sellen werden mit dazu geeigneten Offizieren besetzt.

c) Es ist in Zukunft nicht möglich, junge Menschen zweieinhalb Jahre ihrer Berufsausbildung zu entziehen, ohne dass sie abstumpfen. Es bleibt also einer Prüfung insbesondere mit militärischen Sachverständigen Vorbehalten, was hier zur Einschränkung dieser Überanforderung zu geschehen hat. Wenn nicht anders möglich, muss der Arbeitsdienst auch für junge Männer vollkommen fallen.

## 13. Die Polizei

a) Die Polizei ist in dem früher bewährten Umfang (Feuer-, Gesundheits-, Wege-, Bau-, Gewerbe- usw. -polizei) wieder den Gemeinden und Kreisen zu übertragen. *Reichspolizei bleibt nur die Sicherheits-*

oder *Schutzpolizei.* Sie allein trägt vom Reich geregelte Uniform. Grosse Änderungen sind der Ersparnis wegen zu vermeiden. Diese Sicherheitspolizei untersteht einem dem Reichsminister des Innern unterstellten Reichspolizeichef mit Gaupolizeikommandeuren und Polizeikommandeuren in Stadt- und Landkreisen.

b) Die Geheimpolizei, deren kein Staat entbehren kann, untersteht selbstverständlich ebenfalls dem Minister des Innern, ist aber *sofort* dem Strafrecht und dem Strafprozessrecht ebenso unterstellt wie jeder deutsche Staatsbürger und jede andere Staatseinrichtung.

c) *Sofort* sind die erforderlichen Personalveränderungen zu vollziehen. Zunächst werden die Gaupolizeikommandeure den stellv. kommandierenden Generalen unterstellt.

d) Ein besonderes Wort ist noch zu sagen über die Neuordnung des *Gesundheitswesens.* Das Gesundheitswesen ist wieder unter Leitung eines Fachmannes den Landräten und Oberbürgermeistern zur vollen Verantwortung zu übertragen: die in den letzten Jahren getroffenen Zwischenlösungen haben sich, wie gewarnt, nicht bewährt, sondern zu unverantwortlichem Durcheinander geführt. Es ist in Zukunft wieder Sache der Stadt- und Landkreise, diesen Dienst auch allein zu finanzieren. Dem Reich verbleibt die Gesetzgebung zur Vermeidung und Bekämpfung von Seuchen und ansteckenden Krankheiten auf allen Gebieten. Keines Wortes bedarf es, dass der Reichsgesundheitsführer verschwindet mit allen seinen die ärztliche Tätigkeit einengenden und daher verschlechternden Anordnungen. An die Stelle tritt ein Unterstaatssekretär im Innenministerium; jene Anordnungen sind unverzüglich aufzuheben. Der einzelne Bürger hat das allergrösste Interesse an einem freien Wettbewerb der Ärzte, der allein hohe Leistungen verbürgt. Bei den Krankenkassen wird die freie Arztwahl hergestellt, der Arzt wieder nach Leistung vergütet. Im Übrigen erhalten auch, wie oben dargelegt, die Ärzte eine Reichsärztekammer und Gauärztekammern, die mit den Wirtschaftskammern und der Reichswirtschaftskammer Zusammenwirken können; also wieder Selbstverwaltung unter Aufsicht des Staates. Sie liegt bei dem Reichsinnenminister für das Reichsgebiet, bei dem Oberpräsidenten für die Gaugebiete.

## 14. Arbeitslosigkeit

Die *Bekämpfung der Arbeitslosigkeit* ist für den Staat nur von Belang, wenn sie besonders drückenden Umgang annimmt. In kleinen Grössenordnungen ist sie etwas in einem grossen Volkskörper Unvermeidliches. Gegen die Folgen soll sich der einzelne Mensch durch rechtzeitiges Sparen und gegebenenfalls durch freie Versicherungen selbst schützen. In einem gewissen Umfange ist die Arbeitslosigkeit eben weiter nichts als ein Anzeichen dafür, dass in der Volkswirtschaft irgend etwas nicht in Ordnung ist. Die Wirtschaft fühlt das dann sofort am rückläufigen Umsatz; die vom Umsatzrückgang Betroffenen stellen dies im eigenen Interesse mit höchster Geschwindigkeit fest und treffen nun durch vorübergehende Preis- und Unkostensenkungen die erforderlichen Gegenmassnahmen. Dadurch kommt der Tauschverkehr wieder in Bewegung, die Arbeitslosen werden aufgesogen, die Kaufkraft ist mit natürlichen Mitteln geheilt, wie sie besser und schmerzloser kein Staat anwenden kann. Ohne Schmerzen geht es nie, ausser wenn man demagogisch das Volk eine Zeitlang betrügt. Eine weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit (etwa über 300’000 hinaus bis zu 600’000) muss durch eine Arbeitslosenversicherung der Wirtschaftsgruppen usw. aufgefangen werden. Dadurch erhalten sie den Antrieb zu wirtschaftlich vernünftigen Arbeitsverträgen. Erst wenn die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland etwa 600’000 übersteigt, wird sie zu einer Erscheinung, die mit den Einzelnen zur Verfügung stehenden Mitteln allein nicht mehr bekämpft werden kann. Die Vorsorge des Staates gegen eine solche Arbeitslosigkeit muss von doppelter Art sein:

a) *Die Arbeitsvermittlung.* Sie ändert nicht viel; aber sie gibt die Möglichkeit, Kräfte die in X. entbehrlich sind und in Y. gebraucht werden, schneller von X. nach Y. zu bringen. Die bisherige Organisation der Arbeitsvermittlung ist umzustellen; die Arbeitsvermittlung gehört in die Verwaltung der Stadt- und Landkreise, darüber in die Gaue und erst für die nicht in diesen Instanzen erledigten Fälle in die Reichsstelle der Arbeitslosenversicherung. Diese Verlagerung ist notwendig, damit die natürlichen Kräfte der örtlichen und provinziellen Selbstverwaltung wieder im eigenen Interesse an der Bekämpfung der

Arbeitslosigkeit mitwirken. Heute ist Stumpfsinn und Ergebenheit in die Weisheit der Reichsregierung die Regel. An der Verwaltung der Arbeitsnachweise sind Arbeiter, Angestellte und Unternehmer zu beteiligen.

c) Die *Berufsberatung* ist wesentlich abzubauen bis auf wenige Kräfte bei den Stadt- und Landkreisen sowie bei den Gauverwaltungen und einen kleinen Stab bei der Reichsstelle. Ihr obliegt weiter nichts als die Veröffentlichung der freien Stellen und der Arbeitslosen in den einzelnen Berufen sowie eine sehr vorsichtige Beurteilung der Aussichten in den Berufen. Was hier in den letzten Jahren amtlich prophezeit wurde, hat sich in kurzer Zeit immer wieder als falsch erwiesen.

Was zurzeit für die Zukunft geplant wird, ist ungeheuerlich. Da wird im Reichsarbeitsblatt mit dem Anschein höchster Weisheit verkündet, dass an dem vorhandenen Nachwuchs alle Berufe entsprechend ihrer staatspolitischen Bedeutung einen gerechten Anteil erhalten. Man will also die Menschen in bestimmte Berufe treiben, als ob sie Maschinen oder Tiere wären. Aber wer weiss heute, wie der sogenannte Arbeitsmarkt in drei oder vier Jahren, in zehn Jahren aussehen wird? Wer von ihnen will dann die Verantwortung für unglücklich gewordene Existenzen tragen, die man von Ort zu Ort, von Beruf zu Beruf jagt? So müsste man die für diese, die Sklaverei überbietenden Eingriffe Verantwortlichen herumjagen, wie es Friedrich Wilhelm I. getan hätte.

Dann wird in demselben Blatt davon gesprochen, dass der Nachwuchs der landwirtschaftlichen Dauerkräfte, für den Bergbau und das Baugewerbe gesteigert werden müsse, während der Zustrom zu der Metallwirtschaft zurückzuhalten sei usw. usw. Ja, weiss man denn nicht, dass es die sinnlose und unlogische Wirtschaftspolitik des Reiches ist, die diese krankhaften Verhältnisse geschaffen hat? Wenn man in den Rüstungsindustrien bessere Versorgung und wesentliche bessere Löhne gewährt, wenn man in staatlichen Rüstungswerken sanatoriumsähnliche Einrichtungen sogar zur Verhütung von Erkältungskrankheiten usw. schafft, wenn man mit Anforderungen, die in Menge und Zeit mit den vorhandenen Kräften gar nicht zu schaffen sind, sich auf die Industrie stürzt, dann kann es doch gar nicht anders sein, als dass

die Industrien, die so begünstigt werden oder vor solchen Anforderungen stehen, alle Kräfte an sich reissen. Wer will dann noch als Knecht auf dem Acker hinter dem Pflug einhergehen oder auch nur den Motortrecker bedienen? Der Staat erfülle nur die *eine* entscheidende Aufgabe, seinen Haushalt in Ordnung zu bringen, und alle diese krankhaften Erscheinungen verschwinden von selbst und machen einer ruhigen, organischen, selbsttätigen Dauerentwicklung Platz. An der Berufsberatung sind Arbeiter, Angestellte und Unternehmer zu beteiligen.

c) Für *vorübergehende* Arbeitslosigkeit ist die *Vcrsicherung* aufrechtzuerhalten; denn der Staat kann nicht für ganz kurze Zeiträume durchgreifende Wirtschaftsmassnahmen treffen. Wie oben dargelegt, liegt die Versicherung in bestimmten Grenzen (Zahl der Arbeitslosen in den einzelnen Gruppen) bei den Gruppen selbst.

Übersteigt die Arbeitslosigkeit diese Grenzen, so tritt das bisherige Versicherungssystem ein; es kann insoweit beibehalten werden. Organisch ist es wesentlich zu vereinfachen, indem die Verwaltung und Verantwortung dezentralisiert wird. Die Reichsanstalt für die Arbeitslosenversicherung ist aufrechtzuerhalten. Sie überträgt ihre örtlichen und bezirklichen Aufgaben auf Land- und Stadtkreise sowie auf die Gaue. Diese haben zu den Kosten der Arbeitslosenversicherung beizutragen, indem sie rund 20 Prozent der Leistungssätze decken müssen. Weitere 20 Prozent trägt das Reich, so dass die Versicherten selbst 60 Prozent zu tragen haben. Durch Bildung von Reservefonds in guten Zeiten sind gleichzeitig die Mittel zu Massnahmen gemäss Ziffer d) zu schaffen.

d) *Für Arbeitslosigkeit grösseren Umfanges und längerer Dauer* sind die Hilfsmittel der V*ölksgemcinschaft* einzusetzen. Der Staat muss sich darüber immer klar sein, dass jene Erscheinung eine Krankheit ist. Er muss also sofort die Ursachen der Krankheit feststellen. Das Symptom der Krankheit besteht immer darin, dass die menschliche Arbeitskraft und ihre Erzeugnisse keinen Absatz finden. Die Kaufkraft kann man nicht künstlich steigern. Man muss also andere natürliche Kräfte zum Wirken bringen. Welche dies sind, ergibt sich aus der Lage.

Werden Menschen arbeitslos, weil bestimmte Erzeugungen zu stark

gewachsen sind und keine Abnehmer mehr finden, so ist weiter gar nichts zu üben als-Geduld und Anwendung des Versicherungsschutzes; denn die Preise werden, weil kein Absatz mehr vorhanden ist, von selbst fallen.

Anders aber ist es, wenn man in einzelnen Berufen zu wenig arbeitet und zu hohe Löhne verlangt, also die Produktion so verteuert, dass die unter ungünstigen Verhältnissen arbeitenden Berufe keine genügende Kaufkraft für sie zur Verfügung haben. Dann müssen diese Berufe, die ihren Anteil an der Gütererzeugung ungesund verteuert haben, zurückgepfiffen werden.

Endlich kann die Absatzstockung an Verhältnissen auf dem Weltmarkt liegen. Sind es politische Ursachen, so muss der Staat die entsprechenden Massnahmen auf dem Gebiete seiner Aussen- und Wirtschaftspolitik ergreifen. Sind es wirtschaftliche Ursachen, so bleibt im Allgemeinen nichts anderes übrig, als die eigene Absatzfähigkeit durch grösseren Fleiss und bessere Leistung zu heben, gegebenenfalls auch durch Verzichte in der Lebenshaltung zu verbilligen oder eine Verständigung mit den Wirtschaftskräften draussen zu suchen. Welche Massnahmen in Betracht kommen, das soll die Regierung in jedem Falle bedrohlich wachsender Arbeitslosigkeit zusammen mit der Reichswirtschaftskammer schnellstens untersuchen und sofort entsprechende Massnahmen ansetzen.

Als letztes und sehr rohes Hilfsmittel bleibt die Beschäftigung mit *öffentlichen Arbeiten* übrig. Roh ist dies Hilfsmittel deswegen, weil in einer gesunden Wirtschaft sich der Güterverkehr zwischen den einzelnen Bürgern unbegrenzt vollziehen muss, weil ja jeder den Wunsch hat, seine Lebenshaltung zu verbessern. Die feine Massnahme ist also immer diejenige, die Hemmnisse und Krankheiten im Gütertausch beseitigt. Aber da in diesem Leben nichts vollkommen ist, so wird der Staat bei lange andauernden grossen Arbeitslosigkeiten mit seinen echten Heilmassnahmen nicht immer schnell genug wirksam werden können und daher vorübergehend auch um öffentliche Arbeiten nicht herumkommen. In diese muss er sich mit den übrigen öffentlichen Trägern (Gemeinden, Kreisen, Gauen) teilen. Für sie soll er Vorsorge treffen, indem er in guten Jahren mit seinen Arbeiten zurückhält und sich Rücklagen für solche schwierigeren Jahre schafft. Da eine solche

Vorsorge in den letzten Jahren nicht getrieben worden ist und man den Gemeinden, die solche Vorsorge getroffen hatten, ihre Rücklagen für Reichsanleihen fortgenommen hat, so bleibt für die Gegenwart nichts anderes übrig, als soldxe öffentlichen Arbeiten möglichst auf produktive Anlagen zu begrenzen und sie mit Opfern aller Mitbürger zu finanzieren. Es bleibt nichts anderes übrig, als von vornherein dem Volke die volle Wahrheit zu sagen über die Lage, in die es hineingeraten ist und ihm einen klaren Begriff von den Opfern zu geben, die es bringen muss, um aus dieser Lage wieder herauszukommen. Nur in sehr beschränktem Masse werden noch Anleihemittel zusätzlich eingesetzt werden können; über den Umfang lässt sich erst etwas sagen, wenn feststeht, bei welcher Schuldenlast der Weg zur Vernunft begonnen wird. Unsinnige Bauten aller Art sind *sofort* einzustellen. Alle Ausländer sind in ihre Staaten heimzusenden, damit die von ihnen besetzten Arbeitsplätze für Deutsche frei werden; eine Massnahme, die natürlich eine entsprechende weise totale Aussenpolitik zur Voraussetzung hat. Für die Demobilmachung sind alle Vorbereitungen (Ausscheiden der Frauen, der Hilfsdienstkräfte usw.) zu treffen, damit die Ausscheidenden sofort an die Arbeit gehen können. Um dies sicherzustellen, sind selbst hohe Steuern einzuführen. Hier muss die Volksgemeinschaft der *Tat* einsetzen. So bald wie möglich sind auch die Kriegsgefangenen zu entlassen.

## 15. Finanzen

Damit sind wir bei den *öffentlichen Finanzen* angelangt. Die Aufgabe, sie zu gesunden, ist die schwerste überhaupt. Sie übertrifft an Schwierigkeit alle Aufgaben, die auf dem Gebiete der Aussenpolitik, der Wirtschaftspolitik oder sonstwo auftreten können. Es sei verwiesen auf die Betrachtung über den Stand der Finanzen. Ende 1940 haben wir rund 100 Milliarden Schulden erreicht. Da hiervon nur ein kleiner Teil langfristig ist, der grössere kurz- und mittelfristig, so wird nunmehr bereits ein Betrag von rund 11 bis 12 Milliarden Reichsmark für die Verzinsung und Rückzahlung dieser Schuld jährlich gebraucht. Die verbleibenden Reichseinnahmen reichen nicht mehr aus, um die laufenden Ausgaben des Reiches zu decken.

a) Es bleibt daher gar nichts anderes übrig, als zu sparen und zu dieser Sparsamkeit aller Bürger und Organisationen zu zwingen, damit möglichst viel Arbeitsleistungen eingesetzt werden können, um die öffentlichen Bedürfnisse des Reiches zu befriedigen und den Schuldendienst soweit wie möglich sicherzustellen. Wollte man sich über diese Verpflichtung leichtfertig hinwegsetzen, so würde man alle Bürger, die bisher in irgendeiner Form gespart haben, vom Arbeiter bis zum Grossgrundbesitzer und Grossindustriellen, um einen entsprechenden Teil ihres Vermögens erneut prellen. Nun sind aber Schulden und öffentliche Ausgaben in einem Masse aufgeblüht, dass Sparsamkeit allein nicht mehr ausreicht.

b) Der Schuldendienst des Reiches ist zwangsläufig herabzusetzen, indem in sinnvoller Weise Zins- und Tilgungshöhe gesenkt, Tilgungsdauer heraufgesetzt werden. In welchem Umfange diese Massnahmen, wohl aufeinander abgestimmt, anzuwenden sind, lässt sich erst sagen, wenn der Entschluss zur Vernunft gefasst ist, weil bis dahin die Grundzahlen fehlen. Gleichzeitig ist durch Gesetz allen Besitzern von Reichspapieren (zurzeit der Verkündung des Reichsgesetzes) zu gestatten, dass sie in den Bilanzen diese Papiere auf Nominalwert ansetzen dürfen, dass sie aber verpflichtet sind, jährlich etwa den 20. Teil des Unterschiedsbetrages in Reserve zu setzen, der sich zwischen dem Nominalwert und dem wahren Wert der Papiere ergibt; die Regierung behält sich vor, diesen Satz alle zwei Jahre zu ändern. Der wahre Wert der Reichspapiere muss so bald wie möglich erreicht werden. Sie behält sich ferner vor, allen Bürgern, die keine Reichsgläubiger sind, eine *Bankrottabwendungssteuer* aufzuerlegen, wenn dies notwendig ist, um einen gerechten Ausgleich zu sichern. Der wahre Wert der Papiere wird und muss durch jene unerlässlichen Massnahmen sinken. Alle Besitzer von Reichspapieren wären also ruiniert, wenn man nicht die gedachte Zwischenlösung fände. Sie ist natürlich nur möglich, wenn man den Entschluss zur Vernunft noch so rechtzeitig findet, dass es gelingt, *für eine totale Politik einheitlich angewandter Vernunft und einheitlich gewährleisteten Anstandes noch Vertrauen beim Volke zu finden.* Wird dieser Zeitpunkt versäumt, so gibt es auch keine Lösungen mehr, sondern nur noch ein Aufräumen von Schutt und Trümmern.

Diese Darlegungen müssen im gegenwärtigen Zeitpunkt genügen. Sie können mit der Versicherung ergänzt werden, dass die Ausarbeitung der erforderlichen Gesetzesbestimmungen für einen erfahrenen Beamten oder Finanzpolitiker, der in den Zug des Ganzen eingeweiht ist, und einige Unterstützung durch eingearbeitete alte Beamte findet, eine Angelegenheit von *Stunden* ist.

c) Eine neue organische Finanzpolitik wird das jetzige Steuersystem erst nach Eintritt einer gewissen Beruhigung und Klärung ändern. Nur muss von vornherein klargestellt werden, wie die Finanzierung von Reich, Gauen und Kreisen und Gemeinden erfolgen soll; die Lösung dieser Frage wird durch den neuen Aufbau ausserordentlich erleichtert. Die Gemeinden finanzieren sich:

aa) aus eigenen Steuern wie bisher,

bb) aus Abgaben ihrer wirtschaftlichen Betriebe und aus Konzessionsabgaben,

cc) aus Reichszuwendungen.

Die Landkreise finanzieren sich durch Umlagen auf die Gemeinden und durch Abgaben ihrer wirtschaftlichen Betriebe sowie durch Konzessionsabgaben.

Die Gaue finanzieren sich durch Umlagen auf die Land- und Stadtkreise, durch Abgaben ihrer wirtschaftlichen Betriebe und Konzessionsabgaben sowie durch Reichszuschüsse.

Eigene Steuern erheben also nur die Gemeinden, also auch die Stadtkreise, sowie das Reich. Den Gemeinden stehen die Grund- und Gewerbesteuern, die Getränke-, Lustbarkeits-, Hundesteuern sowie Anteile an der Reichseinkommen- und Umsatzsteuer zur Verfügung. Alle übrigen Steuern sind Reichssteuern. Die Erhebung der Gemeindesteuern erfolgt wieder durch die Gemeinden selbst. Der Umbau, bei dem die Aufblähung der jetzigen Finanzämter fortfällt und Personal erspart wird, ist allmählich durchzuführen.

Ob Einkommen-, Körperschafts- und kleine Reichssteuern allmählich in eine Leistungssteuer zusammengezogen werden können, um eine Reihe von besonders kostspieligen Veranlagungen zu ersparen, muss geprüft werden.

d) Mehr braucht an dieser Stelle nicht gesagt zu werden; hier handelt es sich mit Ausnahme der oben erwähnten Schuldenliquidation nicht um Sofortmassnahmen, sondern um Massnahmen, die erst allmählich organisch gestaltet werden können und die die Wiederherstellung einer tragfähigen inneren Verwaltung, eines klaren Verantwortungsbewusstseins in allen Instanzen sowie in der Wirtschaft zur Voraussetzung haben. Notwendig ist nur der Mut, mit einer klaren Bilanz zu beginnen und schonungslos dem deutschen Volk zu sagen, in welchem Zustande seine Finanzen und seine Wirtschaft sich befinden, und welche Mittel *allein* die Natur dem Menschen zur Verfügung gestellt hat, um Schwierigkeiten zu überwinden. Dabei ist noch der Kriegslage Rechnung zu tragen. *Manches, was offen gesagt werden müsste, muss einstweilen im Hinblick auf die Gegner ungesagt bleiben.* Aber wer ihre Lage kennt, wird Worte finden, die dem eigenen Volke und ihnen verständlich sind und, anstatt zu schaden, Frucht tragen werden. Die Härte der Aufgabe, die Grösse der Opfer muss eher zu stark und zu gross dargestellt werden als umgekehrt. *Die Kraft, diese Opfer auf sich zu nehmen, kann allerdings nur aus der Wiederherstellung von Recht, Anstand und Freiheit gewonnen werden.*

## 16. Währung

a) *Stabile Währung* ist für die Volkswirtschaft unerlässlich. Das wurde mehrfach besonders dargelegt. Sie hat ausgeglichene öffentliche Finanzen zur Voraussetzung. Bis zu deren Herstellung und bis zur Ordnung der aussen-, insbesondere wirtschaftspolitischen Beziehungen ist angesichts des Mangels aller anderen Reserven die Bewirtschaftung der Devisen unerlässlich. Sie ist aber organisch zu vereinfachen. Die erforderlichen Gesetze stehen zur Verfügung. Sie ordnen auch den Geld- und Kapitalverkehr sowie die entsprechenden Aufgaben und Pflichten der Banken. Der Kommissar für das Kreditwesen wird damit überflüssig.

b) Seine Aufgaben übernimmt die Reichsbank. Ihre Verantwortlichkeit und Selbständigkeit wird wiederhergestellt. Dies ist *sofort* anzu-

kündigen. Die Reichsregierung behält sich b. a. W. das Recht vor, den Reichsbankpräsidenten abzuberufen; die Reichsbank darf nicht mehr für die Finanzbedürfnisse des Reiches, die Währung zerrüttend, missbraucht. sondern nur zur Sicherung des Geldbedürfnisses für die produktiv tauschbaren Güter benützt werden.

Die waffentragenden Gliederungen werden *sofort* aufgelöst. Die Aufgaben der NSV werden den Gemeinden, Kreisen, Gauen übertragen. Alle Gesetze und Verordnungen werden *sofort* aufgehoben, die der Partei irgendeinen Einfluss auf öffentliche, wirtschaftliche oder kulturelle Aufgaben übertragen. Der Partei wird sofort die Eigenschaft als Hoheitsträger und Körperschaft des öffentlichen Rechts genommen. Im Übrigen bleibt sie bestehen. Die Meinungen müssen und werden sich bald von selbst klären.

## IV. VERFASSUNG

Über die deutschen Verfassungseinrichtungen der Vergangenheit ist viel Abfälliges gesagt worden. Die Kritiker der Bismarckschen Reichsverfassung verkennen die gewaltigen Schwierigkeiten, die der Gründung des Reiches überhaupt entgegenstanden. Bismarck, der die mangelnde Tragfähigkeit der Bundesregierung zu genau kennengelernt hatte, musste dem Reich in einem Reichstag auf der Grundlage breitesten Wahlrechts erst eine volkstümliche Klammer und ein nationalpolitisches Gemeinschaftsgefühl schaffen, so dass die Reichsentwicklung nicht mehr durch die Neigung oder Abneigung einzelner Bundesfürsten gestört werden konnte. Die von Bismarck geschaffene Verfassung hätte sich übrigens eingespielt, wenn nicht die Führung der Reichsregierung, insbesondere bei der Berufung der Kanzler und Minister, versagt hätte. Eine Verfassung, die *automatisch* funktioniert, gibt es überhaupt nicht. Wie alles Leben, ist auch das Wesen und Wirken jeder Verfassung Kampf. Ihn kann man nicht ausschliessen, man muss ihn ver- und bestehen.

Die Weimarer Verfassung scheiterte gerade an ihrer Sucht, mathematisch zu sein. Nicht am Parlament als solchem ist die Weimarer Verfassung zugrunde gegangen. Aber das Verhältniswahlrecht, das theoretische gerechteste, musste die Weimarer Verfassung zur Maschine machen. *Es war kein organisches Wahlrecht mehr.* Der Wähler wählte nicht Männer seines Vertrauens, die er in seinem gewöhnlichen Lebenskreis als rechtschaffen und erfahren erkannt hatte, sondern er wählte eine *Liste*, auf der ihm bestenfalls einer oder mehrere Männer aus gelegentlichen Wahlversammlungen durch schöne Reden bekannt geworden waren. Er wählte also ein papiernes Programm, das von allen Parteien jeweils mit demagogischen Speckbrocken angereichert wurde.

Im Übrigen bestand zwischen Wähler und Gewähltem kein organischer Zusammenhang, sondern nur eine auf Zeit geschlossene, mehr oder minder brüchige Interessengemeinschaft. Das Diktat von Versailles entfachte die nationalen Leidenschaften; – die harten Kriegsfolgejahre des ersten Weltkrieges brachten es mit sich, dass aber auch die materiellen Wünsche immer mehr in den Vordergrund traten, und so wählte schliesslich die Mehrheit des Volkes die Männer, die den meisten die meisten materiellen und ideellen Verheissungen machten, nicht aber diejenigen, in deren Lauterkeit sie Vertrauen setzten. Dies Wahlrecht der Logarithmentafel musste zu einer immer weitergehenden Aufsplitterung des Volkes, musste aber auch die Demagogie auf den Höhepunkt führen. *Dementsprechend ist auch die Periode seit 1933 die einer Vermischung zwischen fanatischem Idealismus und hemmungslosem Materialismus geworden.* Beide Kräfte haben ihren Höhepunkt erreicht; beide gilt es durch Drosselung zu einen, da beide naturhaft und im Menschen lebendig sind. Diese Vereinigung kann nur auf der Grundlage der Vernunft, des Rechtes, des Ordnungssinnes, des Verantwortungsbewusstseins, des Anstandes, der Erfahrung sowie der Liebe zu Volk und Vaterland erfolgen.

*Diese Kräfte muss die Verfassung wieder lebendig machen und stärken.* Beim deutschen Volke liegen ihre Wurzeln in der Familie und in den engeren öffentlichen Gemeinschaften. Auf diesen ist die alte germanische Selbstverwaltung entstanden. An sie hat die neue Reform, wie die des Freiherrn vom Stein, anzuknüpfen. Nur durch Wiederbelebung der dem Deutschen seit jeher eigenen *Selbstverwaltung* in Gemeinden, Kreisen und Gauen kann sich das Reich von allen Aufgaben entlasten, die nicht aus zwingenden Gründen zentral bearbeitet werden müssen. Dadurch behält es sich Kopf und Arme für die grossen Aufgaben grundsätzlicher Bedeutung frei.

Der Aufbau muss also von unten nach oben erfolgen.

### 1. Reichsaufbau von unten nach oben

Alle dezentralisierten Aufgaben sind bei den Gemeinden, Stadt- und Landkreisen und bei den Gauen zusammenzufassen. Diese Verwaltungen sind wieder voll als organische Selbstverwaltungen auszubauen.

Die *Zuständigkeiten der Gemeinden* bleiben, wie in der Deutschen Gemeinde-Ordnung geregelt, *unbegrenzt.* Die Zuständigkeiten der Kreise werden nach der Kreisordnung bemessen; insbesondere sind die Kreise zuständig für das höhere Schulwesen, für Jugenderziehung ausserhalb der Schulen, für Kreisstrassen und für Kreismeliorationen, für Berufsberatung, für Arbeitsvermittlung, für Arbeitslosenbetreuung, Kreiswirtschaftsbetriebe, Kreissparkassen usw. Die Kreise können Aufgaben übernehmen, die alle Gemeinden des Kreises berühren und zweckmässiger und wirtschaftlicher vom Kreis erfüllt werden. Betreffen diese Aufgaben nicht alle Gemeinden, so kann der Kreis nur Arbeitsgemeinschaften und Zweckverbände fördern. Das Gesetz über Zweckverbände wird erlassen.

Die Gaue betreuen alle öffentlichen Aufgaben mit Ausnahme derjenigen des Wehr- und Rechtswesens, des Verkehrs und der *'Wirtschaftspolitik.* Sie sind insbesondere zuständig für Hochschulen, für Gaumeliorationen, für Gaustrassen, für Gauwirtschaftsbetriebe, für Wohlfahrtspflege, für ausgleichende Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenbetreuung und Berufsberatung. Die Gaue können Aufgaben und Kreise übernehmen, wenn diese alle Kreise berühren und die Aufgabe von dem Gau besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann als von den Kreisen. Sonst kann der Gau nur Zweckverbände und Arbeitsgemeinschaften der betreffenden Kreise fördern.

Durch diese Aufgabenverteilung, die sich organisch an die bisher in Deutschland erarbeiteten Erfahrungen der beiden letzten Jahrhunderte anreiht, werden die Reichsgeschäfte wohltätig nach unten verlagert und auf die lebendige Anteilnahme einer verständigen Volksvertretung gegründet. Die öffentliche Anteilnahme und Kontrolle stellen das Verantwortungsbewusstsein wieder her.

## 2. Wahlrecht und -form

a) In den Gemeinden wird innerhalb von drei Monaten nach Demobilisierung wieder eine Gemeindevertretung gewählt. Man darf vor diesen Wahlen keine Angst haben. Nur Unerfahrene und Feiglinge können zurückschrecken. Wir sind mit Schlimmerem fertig geworden. Die Wahlen sind zur Wiederbelebung des Vertrauens unerlässlich. Die

jetzigen Ratsherren nimmt kein Mensch mehr für ernst, sie sind durch die Oberpräsidenten im Benehmen mit den Wirtschaftsgruppen und Kammern – nach der Reorganisation im Notfälle auch schon vorher zu ersetzen. An dem Ergehen seiner örtlichen Gemeinschaft hat jeder Mensch selbst noch in der Grossstadt ein lebendiges Interesse. An diesem Interesse ist wieder anzuknüpfen. Die Wahl erfolgt in kleinen Bezirken, die dadurch gebildet werden, dass die Zahl der Wahlberechtigten durch die halbe Zahl der Gemeindeverordneten geteilt wird. Berlin erhält 80, Hamburg und Wien erhalten 60, die Grossstädte 40 usw. Verordnete.

Wahlberechtigt ist jeder ehrenhafte Bürger, der mindestens 24 Jahre alt ist, auch Frauen; der Gewählte muss 28 Jahre alt und *unbescholten* sein, er muss in dem Wahlbezirk wohnen. Damit ist, soweit es Menschenkunst vermag, sichergestellt, dass nur eine Persönlichkeit gewählt wird, die in seinem Lebensbezirk Achtung geniesst. Als gewählt gilt nicht derjenige, der die Mehrheit der Stimmen der Wahlberechtigten seines Bezirkes hat, sondern derjenige, der die *relativ meisten* Stimmen hat. Stichwahlen finden also nicht statt, das mathematisch-mechanische Mehrheitsprinzip wird abgelehnt. Ein drittes Viertel der Gemeindeverordneten wird von allen Wahlberechtigten der ganzen Gemeinde gewählt. Gewählt sind diejenigen, die in den meisten Bezirken die relativ grösste Stimmenzahl erreicht, im Zweifel diejenigen, die in der Gemeinde (alle Bezirke zusammen) die meisten Stimmen erhalten haben. So kommen auch Männer in die Verordneten, die die *gemeinschaftlichen* und nickt Bezirksinteressen in den Vordergrund stellen. Das letzte Viertel der Verordneten wird von den für die Gemeinde zuständigen Kammern der Wirtschaft gewählt, wobei stets mindestens ein Unternehmer *und* ein Arbeiter oder Angestellter zu entsenden ist. Können nicht alle Kammern berücksichtigt werden oder sind nach Berücksichtigung aller Kammern noch Stellen frei, so sind die für die Gemeinde wichtigsten Kammern zu bevorzugen. Die Einzelheiten werden durch Gemeindesatzungen bestimmt, die der Genehmigung des Oberpräsidenten bedürfen. Durch diese Massnahme wird neben dem Gedanken der Selbstverwaltung auch der *wirtschaftsstärkende* Gedanke als dem deutschen Wesen eigentümlich in den Verfassungen anerkannt.

b) Die Gemeindevertretung wählt die Bürgermeister und deren Vertreter, die bis dahin im Amte bleiben, auf 12 Jahre. Die von der Neuen Deutsdien Gemeindeordnung aufgestellte Bewährungsfrist von einem Jahr, die entwürdigend ist, fällt fort. Die Regierung behält sich vor, untragbare Bürgermeister und Stadträte einstweilen durch Kommissare zu ersetzen.

Die Gemeindeordnung ist in diesen und wenig anderen Bestimmungen (z.B. die Rechnung ist wieder von der Gemeindevertretung zu legen) zu ändern (einige Stunden). Im Übrigen bleibt sie, da gut, unverändert. Alle zu der Gemeindeordnung erlassenen Ausführungsbestimmungen werden sofort aufgehoben, weil sie so das in der Gemeindeordnung 1934 verankerte Grundgesetz der Selbstverwaltung über die Hintertreppe wieder beseitigt haben, wie Hardenberg es zum Schaden des Staates mit der Steinschen Gesetzgebung seinerzeit tat. Diese neuen Gemeindeverwaltungen stehen innerhalb von sechs Monaten. Die Reform ist *sofort* anzukündigen.

c) Die bezirksgewählten Gemeindeverordneten wählen innerhalb der folgenden drei Monate Kreisverordnete für die Landkreise, und zwar eine Hälfte. Sie müssen in den Gemeinden wohnen, für die sie gewählt werden und im Übrigen die gleichen Voraussetzungen erfüllen wie die Gemeindevertreter. Sie können auch Gemeindevertreter sein. Ein drittes Viertel der Kreisverordneten wird (entsprechend den Bestimmungen für die Gemeinden) von den Wahlberechtigten der Kreisinsassen gewählt, das letzte Viertel wird (wie bei den Gemeinden) von den Kammern der Wirtschaft gestellt.

So hat der Landrat in spätestens sechs Monaten wieder einen Kreistag zur Verfügung, aus dem ein geordneter Kreisausschuss gebildet wird. Die Aufgaben der Kreistage und Kreisausschüsse werden wiederhergestellt. Die notwendigen Änderungen der preussischen Kreisordnung sind geringfügig und brauchen hier nicht aufgeführt zu werden, sie passt für alle Länder.

d) Preussische Provinzen und nichtpreussische Länder werden Gaue. Sie erhalten wieder volle Selbstverwaltung. Der Gauhauptmann wird wieder selbständig neben dem Oberpräsidenten.

e) Kreistage und die Gemeindevertretungen der kreisfreien Städte, also die Stadt- und Landkreise, wählen in weiteren drei Monaten die Hälfte der Gauverordneten, diese müssen in dem Kreise, von dem sie gewählt werden, wohnen und mindestens 30 Jahre alt sein. Später dürfen Provinzialvertreter nur Männer und Frauen werden, die mindestens vier Jahre Kreis- oder Gemeindevertreter gewesen, also schon in der *Verantwortung* geschult sind. Im Anfang ist dies nicht möglich. Das dritte und vierte Viertel der Gauverordneten wird nach dem für Gemeinde und Kreise angedeuteten Verfahren bestimmt.

Den einen wird dies Wahlrecht zu verwickelt, zu misstrauisch erscheinen. Ihnen die Antwort, dass es nicht vertretbar ist, in einem derart durch Unfreiheit und Propaganda kritiklos gewordenen Volke die gesamte Politik und damit das Wohl der Menschen sowie die Sicherheit des Staates ganz auf das direkte Wahlrecht zu gründen. Anders ist es bei Fragen über einen *bestimmten Gegenstand* (vgl. unten Buchstabe hh). So mancher Deutsche wird Sorgen vor Wahlrecht und Volksvertretung haben. Aber seine Sorgen sind unberechtigt, wenn man sich nur darüber klar ist, dass es not tut, die Erfahrungen der Vergangenheit zu berücksichtigen, und dass es überhaupt keine Möglichkeit gibt, *den Kampfcharakter des Lebens* auch auf diesem Gebiete zu umgehen. *Der diktatorische oder tyrannische Fiihrerstaat ist ebenso unmöglich wie der entfesselte überdemokratische Parlamentarismus.* Vollkommen sinnlos und untragbar aber ist der Führerstaat, der zum grossen Teil durch Nötigung und Terror zusammengetrieben wurde; ein Führerstaat, der den Grundsatz duldet, ja durchführt: «die Partei befiehlt dem Staat». Wer führt nun den Führer oder die Partei? In Wirklichkeit je nach Laune und Gelegenheit: beide! Dieser «Führerstaat» ist ein durch Terror und unwahrhaftige, keine Verderbtheit scheuende Propaganda zusammengehalten, auf Ausnutzung der Geltungstriebe aufgebaut und muss daher die Freiheit des Geistes und des Gewissens, das helle Licht öffentlicher Wahrheit wie die Pest scheuen. Die Folgen werden sich in ernsten Lagen zeigen.

Wir hatten in unserem Leben genügend Möglichkeit, Erfahrungen zu sammeln. Wir haben uns seit 1919 mit allen Parteien herumgeschlagen; wir wissen daher auch, welche gefährlichen und welche nützlichen Kräfte in ihnen schlummern; wir wissen, dass es möglich ist, mit

ihnen selbst unter den schwierigsten Umständen fertig zu werden, wenn wir nur ein klares sachliches Ziel unbeirrt verfolgen, wenn wir nur von der scharfen Waffe Gebrauch machen, dass im Allgemeinen *niemand eine leidenschaftliche Sehnsucht verspürt, sich durch Verletzung der Gesetze der Vernunft und des Anstandes öffentlich lächerlich zu machen.*

Aber wir wissen auch, dass wir auf der Verwaltungsseite an vielen Stellen mit Menschen rechnen müssen, die die Kunst der Behandlung der Menschen und Parteien nicht verstehen. Es sind daher Hilfsmittel gegen Entartung nach beiden Seiten einzubauen. Solche Hilfsmittel sollen sein:

aa) Nur unten in der Gemeinde, wo ein besonders lebhaftes Interesse besteht und wo das persönliche Leben und Leistung des einzelnen bekannt sind, wo also eine gewisse Gewähr dafür besteht, dass man weder einen Lumpen noch einen Phantasten wählt, wird unmittelbar gewählt.

bb) Das aktive und passive Wahlalter wird, wie oben dargelegt, heraufgesetzt.

cc) Nur drei Viertel der Gemeinde-, Kreis-, Provinzial- und Gauverordneten wird in dem oben Ziffer aa) dargelegten Verfahren gewählt. Damit wird der Gedanke der wirtschaftständischen Verantwortung verbunden sein.

dd) In Gemeinden mit mehr als 12 Verordneten, in Kreisen und Gauen, werden aus der Zahl der Verordneten Wahlausschüsse gebildet, in denen die einzelnen Bestandteile der Verordneten vertreten sein müssen. Diese Ausschüsse beraten den Bürgermeister, den Landrat, den Gauhauptmann; sie treten etwa alle zwei bis vier Wochen zusammen, tagen in der Regel nichtöffentlich und sind für bestimmte Beschlüsse anstelle der Verordneten zuständig. Diese treten daher in grösseren Gemeinden nur alle Vierteljahre, in Kreisen alle Halbjahre, in Gauen einmal im Jahre zusammen. Das Nähere bestimmen die Satzungen.

ee) Bürgermeister, Landrat und Gauhauptmann sind nicht in allen Angelegenheiten an die Beschlüsse der Verordneten gebunden. Ihrer Zustimmung bedürfen alle Beschlüsse, die Steuern und

sonstige Einnahmen betreffen. Kommt es infolge Meinungsverschiedenheiten auf diesen Gebieten nicht zu einer Einigung, so sind Bürgermeister, Landräte und Landeshauptleute verpflichtet, die Verwaltung auf der bisherigen Grundlage in geordneten Gang zu halten. Das entspricht einer berühmten preussischen Kabinettsorder vom Jahre 1837, durch die Auswüchsen der Selbstverwaltung entgegengetreten wurde und die in Preussen die wohltätigste Wirkung auch in den wilden Jahren nach dem Zusammenbruch von 1918 ausgeübt hat. Beschlüsse der Verordneten, die Ausgaben bestimmen, ohne für Deckung zu sorgen, sind ungültig.

ff) Es bleibt Vorbehalten, für die ersten Wahlen allen Verordneten zur Pflicht zu machen, dass sie bis zu einem Zeitpunkt, der etwa 14 Tage vor der Wahl liegt, nach einem ihnen zugestellten Muster öffentlich bekanntzugeben haben, mit welchen Steuereinnahmen sie rechnen, in welchen *Gemeindesteuern* sie Änderungen vornehmen und für welche Ausgaben sie die Gemeindeeinnahmen verwenden wollen. Mit diesen Fragen stellt man nämlich Kandidaten und Wähler vor die entscheidenden Fragen der Gemeindeverwaltung und zwingt sie vor der Öffentlichkeit und vor der Wahl schon zu sachlichen Überlegungen und zum Verzicht auf Demagogie; denn ein Verordneter, der erklären würde, er wolle, um allen zu gefallen, keine Steuern erheben, wolle dafür aber Millionen ausgeben, würde der Lächerlichkeit verfallen und hätte keine Aussicht, gewählt zu werden.

gg) Die Wahlzeit beträgt vier Jahre; aber alle zwei Jahre wird die Hälfte der Verordneten neu gewählt; wer bei der ersten Wahl nach den ersten zwei Jahren ausscheidet, wird durch Los entschieden. Dadurch wird sichergestellt, dass immer einige Erfahrene bei den verordneten Körperschaften vorhanden sind.

hh) Die Regierung hat das Recht, das Volk zu einem unmittelbaren Volksentscheid, also zur allgemeinen gleichen direkten Stimmabgabe über einen bestimmten Gegenstand aufzurufen.

## 3. Reichsgaue

Die bisherigen Gemeinde- und Kreisgrenzen bleiben aufrechterhalten. Die neuen Gaugrenzen müssen in zwei Wochen festgelegt werden, damit nicht wieder das Reformwerk im Laufe der Zeit versandet.

Viele sind der Ansicht, dass es zweckmässig sei, die jetzige Gaueinteilung in grösserem Umfange zu ändern etwa in der Richtung, dass möglichst ausgeglichene Gaue entstehen. Dieser Wunsch geht häufig so weit, dass man sogar möglichst gleich grosse Gaue für erstrebenswert hält.

Demgegenüber setzen wir den Gedanken der Tradition. Viel wichtiger als die sogenannte wirtschaftliche Ausgeglichenheit der Gaue, die übrigens ständig wechseln würde, ist das Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen in den Gauen, *die nur durch eine gemeinsame Geschichte* geschaffen werden. Ein Musterbeispiel für die bindende und widerstandsfähige Kraft einer solchen Tradition ist England, wo man seit vielen Jahrhunderten weder an den Verwaltungsgrenzen noch an der Verfassung mit Ausnahme der Stellung des Oberhauses Wesentliches geändert hat. Es bleibt dem gesunden Sinn der jeweils Lebenden überlassen, in dieses starre System der Tradition die Elastizität zu bringen, die die Gegenwart erfordert, aber nicht mit geschriebenem Recht, sondern mit gesundem Sinn, Takt und Einsicht.

Aus diesen hier nur kurz zu behandelnden Erwägungen heraus sollten folgende Gaue bestimmt werden:

Ostpreussen – Westpreussen – Warthegau oder Posen – Oberschlesien – Niederschlesien – Sudetengau – Obersachsen (Dresden) – Mittelsachsen (Magdeburg einschl. Anhalt) – Brandenburg – Berlin – Pommern – Mecklenburg – Schleswig-Holstein – Niedersachsen (Bremen, Hannover und Braunschweig) – Hamburg – Oldenburg – Westfalen – Rheinprovinz (ohne Trier) – Hessen-Nassau (Kassel) – Thüringen – Saarpfalz (linksrheinische Pfalz, Reg. Trier) – Saargebiet – Hessen (Hauptstadt Darmstadt) – Elsass – Baden – Württemberg mit Vorarlberg – Bayern mit Tirol (Hauptstadt München) – Franken (Hauptstadt Nürnberg) – Österreich.

Die Einteilung des Reiches in diese Gaue erfolgt in zwei Wochen; für die Überleitung in den neuen Zustand wird eine Frist von drei Jahren gesetzt. Diese ist notwendig, um die Verwaltungsmassnahmen und die finanzielle Neuordnung ohne Reibung sicherzustellen.

Damit steht die Selbstverwaltung in Gemeinden, Kreisen, Gauen; *das Reich* übt über sie *die Aufsicht* aus. Sie obliegt den *Oberpräsidenten.* Bei den Oberpräsidenten vereinigen sich auch alle Zuständigkeiten und Aufgaben, die bisher den Regierungspräsidenten oblagen. *Die Regierungsbezirke und Regierungen werden sofort aufgehoben und aufgelöst.* Die Überleitung auf die Oberpräsidenten ist innerhalb von sechs Monaten zu beenden. Mit der Beseitigung der Regierungspräsidenten und ihren Behörden wird endlich eine Reform vollzogen, über die man sich in Preussen seit 1897 streitet. Dass damals schon diese Frage überhaupt erörtert wurde, liegt an der Erkenntnis, dass der Fortschritt der Technik Räume kleiner Entfernungen kürzer gemacht hat. Die heutige preussische Verwaltungsorganisation ist im Zurzeit 200 Jahre alt. Der Landrat brauchte vor 200 Jahren wesentlich mehr Zeit, um seinen Kreis zu inspizieren und Verbindung mit den Amtmännern und Schulzen aufzunehmen, als heute im Zeitalter von Eisenbahn, Kraftwagen, Flugzeug und drahtloser Nachrichtenübermittlung der Oberpräsident für die Inspektion der Gaue benötigt. Und welche gewaltige verkürzende und verkleinernde technische Entwicklung hat sich noch seit 1897 vollzogen! Bisher ist diese Reform immer an der Ängstlichkeit der Amtsminister und an der Sesshaftigkeit der Regierungspräsidenten gescheitert. Aber niemand wird bestreiten können, dass seit vielen Jahren alle zurzeit Anweisungen, Beratungen und Beaufsichtigungen durch den Oberpräsidenten stattfinden. Landratskonferenzen finden seit 15 Jahren nicht mehr bei den Regierungspräsidenten, sondern vornehmlich beim Oberpräsidenten statt. Der Regierungspräsident ist zum Schatten seiner selbst geworden und auch nicht mehr zu neuem Leben zu erwecken. Es ist höchst bedauerlich, dass diese Reformen nickt schon vor Jahren vollzogen wurden, dann wäre der Regierungspräsident in allen Ehren bestattet worden, die ihm aus seiner beinahe 200jährigen Verwaltungstätigkeit zukommen. In *Württemberg* hat sich die gleiche Reform seit 1930 vorzüglich bewährt.

Diese Reform bringt eine gewaltige Vereinfachung des Schreibwerks, eine ausserordentliche Erhöhung der Selbständigkeit und Verantwortlichkeit der Selbstverwaltung. Der Oberpräsident, gut ausgesucht, behält ein Aufgaben- und Raumgebiet, das er durchaus übersehen und

zweckentsprechend verwalten kann. Er soll die Aufsicht auch nicht in der überkommenen Weise ausüben, dass er schriftliche Berichte einfordert und entgegennimmt, sondern ein wesentlicher Teil der Aufsicht soll durch *Inspekteure*, die im Gau herumreisen, die Dinge und Menschen an Ort und Stelle sehen und sprechen, Erfahrungen sammeln, Vergleiche aufstellen und darauf Rat erteilen und ihrem Chef Bericht erstatten, ausgeübt werden. Dieses System entspricht dem in der deutschen Armee üblichen[30] und bei ihr und in der englischen Zivilverwaltung bewährten. Die frei werdenden Kräfte werden in andere Berufe überführt, viele überzählige Kräfte sich dem freien Wettbewerb stellen müssen, da auf Grund des oben erwähnten neuen Disziplinargesetzes zahlreiche Beamte entlassen werden sollen, deren Leistungen in auffallendem Missverhältnis zu den Anforderungen ihres Amtes stehen.

### 5. Gaustellen der Reichsverwaltung

Neben dem Oberpräsidenten bestehen dann in den Gauen die Gaustellen derjenigen Reichsverwaltungen, die nicht der Selbstverwaltung überantwortet werden können und dürfen: die kommandierenden Generale, die Reichsbahn-, Gaupräsidenten, die Reichspost-Gaupräsidenten, die Gau-Gerichtspräsidenten und Gau-Staatsanwälte, die Gaupräsidenten der Reichsfinanzämter, die Gau-Treuhänder der Arbeit; dagegen können und sollen die Aufgaben des Reichswirtschaftsministers in den Gauen von den Oberpräsidenten wahrgenommen werden. Alle anderen Sonderbehörden, Spezialkommissionen, Vermessungsämter usw. werden aufgelöst und gehen im Oberpräsidenten auf.

Der Oberpräsident hat Recht und Pflicht, die genannten Stellenleiter regelmässig zu Besprechungen unter seinem Vorsitz zusammenzuziehen, um die Einheitlichkeit der Verwaltung sicherzustellen. Dagegen wird das Weisungsrecht, das ihm vor einigen Jahren überantwortet wurde, beseitigt; es ist, wie voraussehbar, die Quelle der Unsachlichkeit und der Verantwortungslosigkeit geworden. Kommt es zwischen Oberpräsidenten und den sonstigen Gaubehördenleitern zu Unstimmigkeiten, die eines Ausgleiches bedürfen, so ist es Sache des Fachministers, an den ein solches Ersuchen gelangt, den Ausgleich im Reichskabinett herbeizuführen; das ist logisch, denn dann handelt es sich um eine

zweifellos wichtige Angelegenheit. Nur in Notständen, die noch nicht die Verhängung des Belagerungszustandes erfordern, hat der Oberpräsident ein Weisungsrecht, bis eine regelnde Anordnung der Reichsregierung eingeht.

### 6. Arbeitsgemeinschaften der Selbstverwaltung

Der jetzige Deutsche Gemeindetag wird zerlegt in je eine Arbeitsgemeinschaft der Gaue, der Stadtkreise, der Landkreise und der Gemeinden. Auch sie arbeiten auf der Grundlage der Selbstverwaltung, haben aber weder den Gauen, Gemeinden noch dem Reich gegenüber irgendwelche Rechte; sie sind nur beratende Stellen für die genannten Selbstverwaltungen; die Regierung kann sie hören.

Den kommandierenden Generalen werden die künftigen Oberpräsidenten *sofort* eingeordnet.

### 7. Die Reichsregierung

Die *Reichsregierung besteht* aus folgenden Reichsministern:

| | |
|---|---|
| *1.* Wehrminister | *5.* Wirtschaftsminister |
| *2.* Innenminister | *6.* Finanzminister |
| *5.* Aussenminister | *7.* Erziehungsminister |
| *4.* Justizminister | *8.* Verkehrsminister |

An ihrer Spitze steht ein Reichskanzler. Die Abgrenzung der Aufgaben zwischen den Ministern ergibt sich aus der bisherigen Organisation. Zu bemerken ist im Einzelnen nur folgendes:

*1. Wehrminister:* Ihm unterstehen die drei Abteilungen Heer, Marine, Luft je unter einem General im Range eines Staatssekretärs. Neben dem Wehrminister der Chef des Generalstabs der Wehrmacht, unter diesem die Chefs der einzelnen Wehrmachtsteile. Den Oberbefehl hat der Reichsführer, der einen Vertreter ernennen kann.

*2. Innenminister:* Ihm unterstehen die Oberpräsidenten der Gaue. Ihm werden die leben bleibenden Teile des Reichspropagandaministers zugewiesen. *Einen Reichspropagandaminister gibt es zukünftig nur für den Kriegsfall.* Für diesen Fall wird er mobilmachungskalendermässig

vorgesehen. Zurzeit hat sich die Einrichtung eines Propagandaministers durch Missbrauch der Wahrheit ein für allemal erledigt. Durch Kabinettbesprechungen und durch das Vertrauen anständiger Männer untereinander, durch die Verantwortung gegenüber dem Reichskanzler und dem Reichsführer wird sichergestellt, dass die bei den verschiedenen Ministerien bestehenden Nachrichtenabteilungen nicht gegeneinander arbeiten. In besonderen Fällen ist der Reichsnachrichtendienst, der beim Reichskanzler mit einem Reichspressechef an der Spitze eingerichtet wird, zuständig.

*3. Aussenminister:* Die notwendigen und wohl fälligen Reformen für den Aussendienst bleiben fachmännischem Vorschlag Vorbehalten. Auf jeden Fall ist die Aufgabe der Wirtschaftsattachés zu erweitern, ihre Stellung ähnlich denen der Militärattachés zu gestalten.

*4. Justizminister:* Seine ersten Aufgaben sind bereits dargelegt; seine laufenden ergeben sich aus der Natur der Sache. Ihm unterstehen die Präsidenten der Gaugerichte und die Gaustaatsanwälte. Die Gerichtsorganisation, Amtsgerichte, Landgerichte, Gaugerichte, Reichsgericht, bleibt wie bisher, Schwurgerichte werden wiederhergestellt.

*5. Wirtschaflsminister:* Dem Wirtschaftsminister untersteht ein Staatssekretär zur allgemeinen Vertretung, eine Abteilung für Ernährung und Landwirtschaft (Ernährungspolitik, Bauern und Bodenrecht), für Industrie, Handel, Verkehr, Banken und Versicherungswesen (Aussenwirtschaft, Binnenwirtschaft, Organisation), Bergbau, Saatwirtschaft, Handwerk, Ausgleichspolitik unter je einem Unterstaatssekretär. Dieses Arbeitsgebiet scheint gross; für einen Mann von Erfahrung, Wissen und Schulung bleibt es aber übersichtlich. Keines dieser Arbeitsgebiete kann ohne *ständige* Berücksichtigung der Aufgaben des anderen nützlich, schnell, erfolgreich geleitet werden. Daher gehören sie in die Hand *eines* Ministers zusammen. Dieser muss nur richtig ausgesucht sein und die Fähigkeiten haben, die grossen Gesichtspunkte, die für *alle* Abteilungen massgebend sind, durch Weisung, vornehmlich aber in beratender Besprechung, die allein schöpferische Energien auch bei seinen Untergebenen frei macht, fest- und durchzuhalten. Mit Einzelheiten der einzelnen Abteilungen braucht er sich dann nicht zu befassen, wenn auch der Staatssekretär und die Untersekretäre diejenigen Qualitäten besitzen, die jeder Vortragende Rat vor dem Weltkrieg 1914 besass.

Insbesondere ist es notwendig, dass die Abteilung für Ausgleichspolitik zu der auch die Sozialversicherungen gehören, dem Wirtschaftsminister unterstellt wird; *denn es gibt keine Wirtschaftspolitik, die nicht auch die Interessen der Arbeiter und Angestellten berücksichtigen müsste.* Jede Abteilung hat daher Referate für Unternehmer (Kapital), Angestellte und Arbeiter. Ihm unterstehen zur unmittelbaren Beaufsichtigung die Reichsbank, die Privatbanken, Reichs Wirtschaftskammer; zur Aufsicht über die Wirtschaftskammern bedient er sich der Oberpräsidenten.

*6. Erziehungsminister:* Ihm unterstehen Abteilungen für Volksschulen, Mittelschulen, höhere Schulen, Hochschulen, Forschungsanstalten und Kirche. Im Lande unterstehen ihm direkt nur die Forschungsanstalten, im Übrigen beaufsichtigt er die von den Gauen, Kreisen und Gemeinden zu errichtenden und zu erhaltenden Schulen durch die Oberpräsidenten.

*7. Verkehrsminister:* Ihm unterstehen Abteilungen für Eisenbahn, Landstrassen, Schiffahrt, Luftverkehr und Postwesen. Jede wird von einem Generaldirektor oder Unterstaatssekretär geleitet, dabei haben Eisenbahn, Post wie alle anderen wirtschaftlichen Reichsunternehmen ihre Verwaltung und ihren Betrieb *nach den für private Unternehmungen geltenden Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit* einzurichten. Auch dies Aufgaben- und Verantwortungsgebiet erscheint gross; aber auch hier gilt das für den Wirtschaftsminister Gesagte. Deutschland wird stets genug Männer haben, die einer zusammenfassenden einheitlichen Leitung solcher grosser Arbeitsgebiete gewachsen sind; man muss sie nur ohne Borniertheit und politische Voreingenommenheit aussuchen. Die Einheitlichkeit in diesem Ministerium muss vor allem und endlich den ungeregelten Wettbewerb zwischen Eisenbahn und Kraftwagen beseitigen, indem für beide die gleichen Wirtschaftsgesetze zur Durchführung gebracht werden, das heisst, beide haben den Weg, auf dem sie verkehren, und die Einrichtungen, die zum Betriebe dienen, auf Kosten der Benutzer herzustellen und zu erhalten. Rücksichtslos müssen die Interessen der privaten Betriebe an vorzugsweiser Entwicklung des einen oder andren Verkehrszweiges dem gemeinsamen, vernünftigen, naturgerechten Gesichtspunkt *bester Wirtschaftlichkeit auf gleicher Wettbewerbsgrundlage* untergeordnet werden.

*8. Reichsfinanzminister:* Ihm unterstehen Abteilungen für Haushaltsplan, Steuern und Anleihen, Zölle, Vermögensverwaltung, öffentliche Arbeiten. Zur Vermögensverwaltung gehört auch die Beaufsichtigung der reichseigenen wirtschaftlichen Unternehmungen. Die Trennung in einen Steuer- und einen Vermögensminister empfiehlt sich nicht. Die öffentlichen Arbeiten werden ihm überwiesen, damit gerade in den Zeiten ausserordentlicher finanzieller Schwierigkeiten die Verantwortlichkeit für die Finanzierung aller öffentlichen Arbeiten auf das Höchste gehoben, auf der anderen Seite aber durch den Ehrgeiz des Leiters in dieser Abteilung sichergestellt wird, dass das Vernünftige und Durchführbare auch wirklich geschieht.

Bei dieser Zusammenstellung der Reichsminister mag auffallen, dass es keinen Reichsarbeitsminister mehr geben soll. Mit voller Absicht. Denn die Arbeit ist die erhaltende und tragende Kraft allen menschlichen Lebens und daher in jeder Organisation und in jedem Minister bereits voll verkörpert. Jeder der Reichsminister muss sich für die Bewältigung seiner Aufgaben klar sein, dass es das Wichtigste ist, dem deutschen Volk durch eine verständige Politik auf allen Gebieten zunächst überhaupt Arbeitsmöglichkeiten zu verschaffen und sodann die bestmöglichen. Es ist kein Zufall, dass die Staaten, insbesondere Deutschland, solange sie sich aufwärtsentwickelten, keine Arbeitsminister kannten. Die Einrichtung eines besonderen Arbeitsministeriums vermindert die entscheidende Verantwortung, die jeder Minister als erste gerade auf dem Gebiete der Arbeit hat.

## 8. Aufgaben der Reichsregierung

a) *Die Reichsregierung tritt unter Vorsitz des Reichskanzlers zu regelmässigen Beratungen zusammen.* Dabei wird, wie in der Bismarckschen Zeit, eine Sitzung in der Woche nicht immer ausreichen. Kein Wort ist darüber zu verlieren, dass der jetzige Zustand, in dem überhaupt keine Beratungen mehr stattfinden, sinnlos ist und vor dem Volke und seinen Interessen nicht verantwortet werden kann. Es besteht keinerlei Möglichkeit mehr für die Minister, durch gemeinsame Besprechungen ihre Aufgabenbereiche und deren Führung im Ganzen wie in den Einzelheiten aufeinander abzustimmen und für die Sorge,

durch gemeinsame Beratung noch Auswege zu finden, die der Einzelne nicht mehr zu sehen vermag. Einstweilen muss dem Reichskanzler das Weisungsrecht gegenüber den Ministern gegeben werden. Diese Notwendigkeit ergibt sich aus der Schwierigkeit der Aufgabe und aus dem Zwang, sie schnell und einheitlich zu lösen. Ob und wann später ein förmliches Beschlussrecht anstelle des Weisungsrechtes tritt, kann und wird die Zukunft lehren. Auf der anderen Seite wird der Reichskanzler durch die erwähnten Tatsachen gezwungen, seine Mitarbeiter vollständig zu Worte kommen zu lassen; er wird sich hüten, ohne gewichtige Gründe ihrem Rat nicht zu folgen. Endlich bleibt es jedem Minister unbenommen, jederzeit seinen Abschied zu nehmen, wenn er glaubt, die Politik des Kanzlers nicht mehr mit verantworten zu können.

Schliesslich stehen noch in der Person des Reichsführers letzte Eingriffs- und Ausgleichsmöglichkeiten zur Verfügung. Diese treten aber erst ein, wenn das Reichsschiff in Not gerät, weil die geordnete, in der Hand des Kanzlers befindliche Verwaltung offenbar den Aufgaben nicht mehr gerecht wird. Durch solche weise Zurückhaltung verschafft sich der Reichsführer diejenige Autorität, die nur entsteht, wenn das Volk in seine Gerechtigkeit und Vaterlandsliebe volles Vertrauen setzt, und die er nur erhalten kann, wenn er sich nicht in den Tagesstreit hineinziehen lässt[31].

b) *Die Reichsregierung einschliesslich des Reichskanzlers bedarf,* wie schon gesagt, *einer Kontrolle.* Gerade zur Entlastung des Reichsführers im eben dargelegten Sinne und zur Sicherung des Vertrauens des Volkes ist es notwendig, dass diese Kontrolle vom Volk in irgendeiner Form ausgeübt wird, dass sie öffentlich ist, dass aber auch die Volksvertretung eine klare Verantwortung für Gegenwart und Zukunft des Volkes trägt.

*Die Volksvertretung besteht aus dem Reichstag und dem Reichsständehaus.* Die Mitglieder des Reichstages werden von den Verordneten der Gaulandtage gewählt. Sie brauchen nicht Gauabgeordnete zu sein, müssen aber ein Lebensalter von 35 Jahren haben und sollen in Zukunft mindestens vier Jahre Gau-, Kreis- oder Gemeindeverordnete gewesen sein. Die eine Hälfte wird von dem Gauverordneten gauweise, die andere von den Wählern im Reich unmittelbar und direkt gewählt. Wahlbezirke sind die Gaue. Die relative Stimmenmehrheit entscheidet.

Das aktive und passive Wahlrecht ruht bei Soldaten, Beamten, Geistlichen und gleichgestellten Religionsdienern.

Das Reichsständehaus besteht aus dem Präsidenten und den Gruppenführern der Reichswirtschaftskammer, aus den Präsidenten aller übrigen Reichskammern (Ärzte, Anwälte, Künstler usw.), der gleichen Zahl von Rektoren von Hochschulen, den Landeshauptleuten und bis zu 30 Personen, die der Staatsführer auf Grund ihrer Leistungen für das deutsche Volk auf Lebenszeit berufen muss; diese letzteren müssen 50 Jahre alt sein. Soweit die Kammern Vertreter entsenden, müssen es in gleicher Zahl Unternehmer und Arbeiter sein. Das gleiche gilt von den durch den Staatsführer zu Berufenden; Kapital und Arbeit müssen in der Verfassung des Staates wie in der Natur und im Leben gleichwertig nebeneinander stehen.

c) Jedes Reichsgesetz bedarf eines übereinstimmenden Beschlusses des Reichstages und des Reichsständehauses. Kommt ein solcher nicht zustande, weil das Reichsständehaus seine Zustimmung nicht gibt, so bleibt einstweilen nichts anderes übrig, als einen neuen Versuch zu machen.

Gesetzentwürfe können vom Reichskanzler und von jedem der beiden Häuser eingebracht werden. Gesetzentwürfe mit finanziellen Auswirkungen dürfen von einem oder beiden Häusern jedoch nur eingebracht werden, nachdem der Reichskanzler vorher zugestimmt hat. Versagen die Häuser einem Reichshaushalt die Zustimmung, so hat der Kanzler einstweilen die Verwaltung nach dem alten Haushalt weiterzuführen. Diese Straffheit ist für die ersten Reformjahre unvermeidlich, weil die Aufgabe zur Wiederherstellung geordneter Finanzen die allerschwerste und sonst gar nicht zu lösen ist. Später mögen Erleichterungen in der Richtung möglich sein, dass auf dem Finanzgebiete solchen Gesetzen eine Sonderstellung eingeräumt wird, die von beiden Häusern mit mindestens Zweidrittelmehrheit beschlossen sind. Im übrigen beträgt die Wahlzeit in beiden Häusern vier Jahre mit der Massgabe, dass auch hier bei den Gewählten alle zwei Jahre die Hälfte neu gewählt wird; der Reichsführer kann beide Häuser jederzeit auflösen mit der Massgabe, dass die Neuwahlen innerhalb sechs Monaten stattfinden.

Dadurch ist sichergestellt, dass das Reichsschiff von der Reichsregie-

rung unter Verantwortung des Reichskanzlers und der des Reichsführers immer in Fahrt und Kurs gehalten werden kann, dass aber wesentliche Änderungen nicht vorgenommen werden können, ohne dass vorher Vertrauen und Gesinnungsgemeinschaft des Volkes dafür gewonnen ist. Der Staatsführer hat es also in der Hand, durch Wechsel der Minister oder Wechsel des Kanzlers oder durch beide, oder durch erneuten Appell an die beiden Häuser, oder durch Neuwahlen, oder durch Kombination aller dieser Mittel, für wesentliche Änderungen in der Politik, die er für notwendig hält, eine genügende, im Allgemeinen rechtzeitige Vorsorge zu treffen. Für äusserste Fälle eines Staatsnotstandes, für dessen Erklärung der Staatsführer allein die Verantwortung vor Gegenwart und Geschichte zu übernehmen hat, steht ihm ein alleiniges Verordnungsrecht zu. Es bleibt dann seinem Verantwortungsbewusstsein und seinem Können überlassen, die Dinge zu gegebener Zeit wieder in die rechten Geleise zu bringen, wie es seinerzeit Bismarck und der alte Kaiser in den 6oer Jahren des vorigen Jahrhunderts getan haben. Eine mathematisch-mechanische Sicherheit gegen Missbrauch dieses Verordnungsrechts lässt sich nicht finden und soll auch gar nicht gesucht werden.

d) Verträge mit auswärtigen Staaten bedürfen eines Reichsgesetzes oder einer gesetzlichen Ermächtigung. Die Kriegserklärung bedarf der Zustimmung der beiden Häuser.

## 9. Der Reichsführer[33]

In Betracht kommen: Erbkaiser, Wahlkaiser, auf Zeit gewählter Führer. Eine ideale Lösung, d.h. eine solche, die für alle Fälle das Richtige vorausbestimmt, gibt es nicht. Es lässt sich vom Verstand her unendlich vieles zur Begründung der Kraft des monarchischen Gedankens in Deutschland sagen. Vieles liegt aber im Gefühlsmässigen. Manche bitteren Erfahrungen der neueren Geschichte können auch gegen die monarchische Verfassung angeführt werden. Das Entscheidende scheint zu sein, dass

1. Deutschland wie kein anderes europäisches Land aus Landesteilen zusammengesetzt ist, deren Entwicklung, wie z.B. die Ostpreussens und Württembergs, um fast 1000 Jahre zeitlich auseinanderliegt;

2. das deutsche Volk von allen Völkern, das französische nicht ausgenommen, vielleicht den stärksten Soldatentrieb und -geist in sich trägt und daher
3. eine Staatsspitze notwendig ist, die aus einer überlegenen Tradition heraus und aus einer nie abreissenden Verantwortung vor der Zukunft die Spannungen und Gefahren, die in dem zu 1. und 2. erwähnten Tatsachen begründet sind, auszugleichen und zu vermeiden weiss. Sonst erscheint allzu leicht ein Missbrauch der Spannungen und eine Missleitung der Leidenschaften möglich.

Man muss sich also aus kalter Vernunft für die monarchische Staatsspitze entscheiden. Die Frage bleibt, ob sie erblich oder gewählt sein soll. *Für* jede der beiden Arten lässt sich das anführen, das *gegen* die andere spricht. Eine Vollkommenheit des Systems ergibt sich nach allen Überlegungen und geschichtlichen Erfahrungen nun einmal nicht. Auch hier bleibt alles in ständigem Fluss, wie das ganze Leben und Geschehen auf dieser Welt. Der Erfolg hängt immer davon ab, dass Vernunft, Weisheit und Erfahrungen im rechten Moment zusammenzuwirken vermögen. Angesichts dieser Überlegung, erscheint jene monarchische Staatsform am sichersten, bei der möglichst viele Kräfte dieser Art zu dem gedachten Ziele hinwirken. Der Wahlmonarch wird stets vor der Wahl und während der Regierung der Gefahr unterliegen, sich solcher Kräfte zu bemächtigen und zu bedienen, die nicht immer Weisheit, Erfahrung und Können verkörpern. Er unterliegt auch der Gefahr, seinen Wählern Verheissungen und Versprechungen zu machen. Der Erbmonarch ist wenigstens *dieser* Gefahr, nach Stimmen und Unterstützung Ausschau zu halten, nicht ausgesetzt. So scheint die erbliche Monarchie mit den geringsten Fehlerquellen behaftet. Gegen die voraussehbaren kann man sich dadurch schützen, dass man dem Reichsführer alle Repräsentationen zuweist, ihn aber politisch nur auf den Plan ruft, wenn Kanzler, Reichsregierung und die beiden Häuser offensichtlich nicht mehr ordnungsmässig Zusammenarbeiten oder sich auf dem Holzwege befinden. In einem freien Staate freier Männer werden die Anzeichen hierfür stets so rechtzeitig erkennbar, dass der Reichsführer eingreifen kann. Im Übrigen aber soll er sich, wenn es ohne ihn geht, aus den Geschäften der Tagespolitik heraushalten; um

so grösser wird der Einfluss sein, den er auf seine Mitarbeiter, auf die Volksvertretung und auf das Volk selbst ausübt.

Dieser erbliche Monarch muss in Deutschland nicht nur der Oberste Befehlshaber der Armee, sondern auch der Träger der öffentlichen Gewalt gegenüber den Beamten sein. So hat er durch seine vielfachen, aber nicht im Rampenlicht der Kritik sich vollziehenden Funktionen und Einflussmöglichkeiten immer das Heft in der Hand, wenn diese Hand fest und weich genug ist, um dem Staatsschiff jeweils die erforderliche Hilfe zu geben. Es tut not, dass das deutsche Volk nach allen Schwierigkeiten der letzten 25 Jahre nun einmal zur Ruhe kommt, und dazu gehört insbesonders auch eine ruhige, von Tageseinfluss und Tagesstreit unabhängige Staatsführung.

Zur Ausschaltung von Personenfragen kann die Stellung des Reichsführers zunächst durch einen Reichsverweser ersetzt werden.

# DER WEG

Von anderer Seite sind einige wenige Gedanken
in kurzer Form gebracht,
die wir alle unterschreiben können,
ohne dass sich irgendeiner etwas vergibt.
Darüber hinaus aber scheint eine Erörterung
notwendig, welche die Aufgaben
und die Art und Weise der Lösung
dieser Aufgaben umreisst.

Was das Ziel betrifft, so dürfte folgende Formulierung keinen Bedenken begegnen: Höchstziel ist, alle Deutschen in einem Staate zusammenzufassen, der ihnen Freiheit im Innern, Sicherheit nach aussen und die Möglichkeit der Erarbeitung höchstmöglichen materiellen Wohlstands und seelischen Glücks verbürgt.

Welche Aufgabe müssen wir lösen, um jenem Ziel näherzukommen? Die Antwort müssen wir aus der Welt der Erfahrung suchen[1]. Uns stehen zur Verfügung die Erfahrungen, die wir selbst gemacht haben, die uns überlieferten Erfahrungen unserer Vorväter und die Erfahrungen anderer Völker. Bei der Sammlung und Bewertung dieser Erfahrungen unterliegen wir selbstverständlich der Gefahr eines ungewollten Intellektualismus. *Diese Gefahr wird um so geringer, je weiter der Überblick gespannt wird, d.h. je grössere geschichtliche Zeiträume er umfasst.* Ein solcher, auf das alte Römerreich zurückgehender Überblick ist hier nicht möglich. Wir müssen uns beschränken und wir können das, ohne jener Gefahr zu verfallen, indem wir nur die *Geschichte seit der letzten Jahrhundertwende* betrachten. Denn in dieser Epoche haben wir alle politischen Systeme mit Ausnahme des der absoluten Monarchie arbeiten, haben wir alle wirtschaftlichen Systeme, die erdacht werden können, wirken gesehen. *Ein solch umfassender Erlebnis- und Anschauungsunterricht ist bisher noch keiner Generation zuteil geworden.* Ihn also können und müssen wir nutzen, um aus diesen Erfahrungen das herauszuholen, was eindeutig ist. Die Herausbildung unterschiedlicher Auffassungen, die Fruchtbarmachung ihres Ringens[2], die Ausschaltung verderblicher Folgen politischen Meinungskampfes können wir dann getrost der Zukunft überlassen.

Der Entwicklungsablauf seit der Jahrhundertwende lässt sich für uns Deutsche in drei Abschnitte einteilen: 1. Abschnitt: das kaiserliche Deutschland, 2. das republikanische Deutschland, 3. das Diktaturdeutschland.

Was diese drei Epochen lehren, soll nur auf den Gebieten betrachtet werden, die mir wesentlich erscheinen. Es bleibt selbstverständlich unbenommen, die Untersuchung auf weitere Gebiete auszudehnen. Wir betrachten im Folgenden 1. Verfassung, 2. Wirtschafts- und Sozialpolitik, 3. Aussenpolitik, alle drei Gebiete so, wie sie in den drei Epochen sich uns darstellen.

# I. DAS KAISERLICHE DEUTSCHLAND

## 1. VERFASSUNG

Die Verfassung Bismarcks litt an einigen Unklarheiten, die aus seiner Zeit und seiner Person heraus verständlich sind.

a) Unklar war die Stellung des Kaisers. Jedes Gesetz bedurfte seiner Unterschrift. Auf der anderen Seite genügten für ein Gesetz übereinstimmende Beschlüsse von Bundestag und Reichstag. Eine ganze Literatur ist darüber entstanden, ob also der Kaiser dritter Faktor der Gesetzgebung war. Die zweite Unklarheit in der Stellung des Kaisers ist bedeutsamer. Der Reichskanzler war nur ihm verantwortlich, nicht dem Reichstag. Es gab keine Reichsminister, sondern nur Staatssekretäre. Verfassungsrechtlich hatte also der Kaiser nur einen Berater, den Reichskanzler, von dem es abhing, ob er zur Beratung Staatssekretäre heranziehen wollte. Verfassungsrechtliche Verantwortung hatten sie nicht, denn sie waren Untergebene des Reichskanzlers. Diese Unklarheiten haben sich schliesslich beim Fehlen einer Bismarck-Persönlichkeit besonders in der Aussenpolitik ausgewirkt.

b) Der Reichstag hatte zwar eine klare gesetzgebende Gewalt, aber keine klare Verantwortung vor dem Volke. Er konnte wohl der Regierung sein Missfallen aussprechen, aber sein Misstrauensvotum brauchte keine Regierung zu erschüttern. Es blieb Sache des Kaisers, auf ein Misstrauen des Reichstags hin den Reichskanzler zu wechseln. Damit wurde die Verantwortung des Kaisers in den Vordergrund gerückt, ohne dass sie verfassungsrechtlich begründet war.

c) Das Wahlrecht zum Reichstag sah Stichwahlen vor, wenn in einem Wahlkreis kein Kandidat die Mehrheit der abgegebenen Stimmen er-

reicht hatte. In England ist derjenige Kandidat gewählt, der die meisten Stimmen hat, selbst wenn er nicht die Mehrheit hinter sich vereinigt. Das kaiserliche Deutschland hatte also den Gedanken der Demokratie sehr viel folgerichtiger durchgeführt als England. Aber diese Folgerichtigkeit widersprach eben den Bedürfnissen der Praxis, sie war doch zu mathematisch. Sie zwang in Deutschland zum Kuhhandel zwischen den Parteien, um wenigstens in der Stichwahl den gewünschten Kandidaten durchzubringen. Dadurch wurde die klare politische Entwicklung der Parteien behindert.

Voll bewährt hat sich in dem Verfassungssystem des kaiserlichen Deutschland die Selbstverwaltung in Bundesstaaten für Provinzen, Kreise und Gemeinden. Sie blühte in einer die ganze Welt in Bewunderung versetzenden Klarheit. Irgendwelche nennenswerten Schwierigkeiten erwuchsen aus ihrer weitreichenden Zuständigkeit nicht; im Gegenteil, die Männer, die damals die Selbstverwaltung hochhielten und den Fortschritt in ihnen vorwärtstrugen, waren, ganz gleichgültig, wo sie politisch standen, innerlich vom Reichsgedanken durchdrungen.

Im kaiserlichen Deutschland war jedem Deutschen die Freiheit der Person, des Gewissens, der Religion, des Geistes und der Rasse, war die Sicherheit des Rechtslebens, die Lauterkeit der Richter eine Selbstverständlichkeit. Als in den 90er Jahren in der Kleinstadt Könitz in Westpreussen[3] im Anschluss an die Ermordung eines Gymnasiasten, den Hitzige für einen Ritualmord eines Juden erklärten, Unruhen in der Bevölkerung gegen die Juden ausbrachen, wurde ein königlich preussisches Bataillon nach Könitz geschickt, um unter allen Umständen Übergriffe auszuschliessen und Ruhe und Ordnung zu sichern. Anstand und Sauberkeit in der Verwaltung und im Verkehr der Menschen untereinander waren selbstverständliche Grundsätze. Aber die Regierung beging den verhängnisvollen Fehler, die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung zu bekämpfen und so die Idee des Klassenkampfes zu verschärfen und zu vertiefen. Statt dass er ihr Gelegenheit gab, an der Verantwortung teilzunehmen und sich auszurichten, machte er sie so zu Gegnern des Staates und stärkte ihre revolutionären Ziele[4].

## 2. Wirtschaft und Sozialpolitik

Die wirtschaftliche Tätigkeit des Menschen war frei und freizügig. Europa konnte seine Waren, kaum durch Zölle behindert, nach Amerika, nach Asien, nach Afrika ausführen. Stockte der Warenverkehr, weil in irgendeinem Teile Europas vielleicht zuviel erzeugt wurde, so wanderten anstelle der Waren Menschen aus. Sie fanden überall in fremden Erdteilen Aufnahme. Vor solche harten Entschlüsse wurden die Menschen gestellt, weil der Staat von dem Grundsatz ausging, dass jeder für sich selbst zu sorgen habe. Jeder müsse die wirtschaftliche Tätigkeit wählen, von der *er* glaube, dass er mit ihr am weitesten vorwärtskomme. So wurde dem Einzelnen auch das Risiko für die eigene Berufswahl überlassen. Ein Fehler war, dass die Bildungsmöglichkeiten zu sehr von den Besitzverhältnissen abhingen. Gewiss gab es für ganz besonders befähigte Kinder von Besitzlosen Stipendien und ähnliche Unterstützungen. Aber eine allen nach der Leistung zugängliche Bildungsmöglichkeit bestand nicht. Dieser Nachteil wurde zum Teil ausgewogen durch die Aufstiegsmöglichkeiten, die längerer Dienst in der Armee gewährte (Zivilversorgungsschein).

Die Wirtschaftspolitik des kaiserlichen Deutschland baute auf der Überlegung auf, dass nicht nur der Wohlstand des Einzelnen, sondern auch der der Allgemeinheit *nur durch Leistung* gefördert werden könne, und dass höchste Leistung wieder nur im *Wettbewerb* erzielbar sei. Die Wanderungsbewegung über die Erdteile hin ermöglichte den Ausgleich zu harten Kampfbedingungen durch Verschiebung der Lebensstandorte nach Gegenden, in denen die Lebensbedingungen besser erschienen. Durch diese Wanderungsmöglichkeit wurden auch politische Spannungen leichter ausgeglichen.

Dieser Wettbewerb war aber durchaus nicht zügellos, wie nach dem vom Nationalsozialismus erfundenen Schlagwort «liberalistisch» angenommen werden könnte. Er war geordnet. Einmal durch das Bürgerliche Gesetzbuch, das unlautere Handlungen für unwirksam erklärte, sodann durch das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, durch Konkursordnung und Strafgesetze. Auch im *Herkommen* namentlich des Handwerks waren hemmende Tendenzen vorhanden, weil die Innungen immer wieder sich bemühten, durch Abreden ihren Mitgliedern

Mindestpreise aufzuzwingen. Eine weitere starke Hemmung des freien Wettbewerbs war durch Zölle und andere international gelegentlich einsetzenden Sperrungen geschaffen. Deutschland hatte zum Schutze der Landwirtschaft und einzelner Industriepreise Zölle eingeführt, aber die Möglichkeit gelassen, sie herabzusetzen, wenn dafür günstige Handelsverträge erhalten werden konnten. Die grösste Hemmung aber trug der freie Wettbewerb in sich selbst durch den Zwang, mindestens soviel herauszuwirtschaften, wie man aufgewendet hatte, da nach der Konkursordnung mit Recht jeder für den Erfolg des Wirtschaftens selbst verantwortlich war und seinen Gläubigern hierfür geradezustehen hatte. Die Konkurse waren damals im Vergleich zu der Entwicklung seit 1933 sehr häufig und übten eine heilsame Wirkung gegen hemmungslose Geschäftemacherei aus. *Seit 1930 ist an die Stelle der Konkurse der Ruf nach Staatshilfe getreten, weil man sich daran gewöhnt hatte, für alle Wirtschaftspaniken nicht sich selbst, sondern den Staat verantwortlich zu machen.*

Eine letzte Hemmung fand die Wirtschaft durch Selbsthilfe. Da, wo der Wettbewerb ihr zu hart erschien, versuchte sie Zusammenschlüsse zu seiner Eindämmung. Damit gebar sie selbst aus dem System des Wettbewerbs das Gegenstück: das Monopol. Diese Gefahr rief den Staat auf den Plan.

Im kaiserlichen Deutschland war der Staat weder Wirtschafter noch Planer. Er beschränkte sich darauf, die Rechtsordnung zu führen, heimische Grundlagen der Wirtschaft zu schützen und dadurch dem einzelnen wirtschaftenden Menschen klare Dispositionen über längere Zeiträume und lange Entfernungen hinweg zu ermöglichen. Die Sicherung der Währung erfolgte, indem die öffentlichen Haushalte unter allen Umständen im Gleichgewicht gehalten und die Schöpfung künstlicher Kredite abgelehnt wurden. Deutschland besass keine Goldlagerstätten. Die Reichsbank konnte jede Summe in goldenen 10- und 20-Mark-Stücken bezahlen; weil das die Welt wusste, war die deutsche Währung wie die Währungen aller grossen Staaten der damaligen Zeit unantastbar, sie hielten untereinander das Gleichgewicht.

Dies waren also die Hauptleistungen des Staates. Deswegen war aber das Wirtschaften dem Staat nicht fremd. Frühzeitig waren bereits Post und Eisenbahn, erstere auf das Reich, letztere auf grössere Ge-

meinschaften von Bundesstaaten übergegangen. Preussen hatte Bergwerke erworben und vermehrte diesen Besitz. Auch diese Bergwerke konnten dem Wettbewerb sich nicht entziehen, weil der Absatz von Kohle unter anderem auch davon abhing, zu welchem Preise die englische Kohle geliefert werden konnte. Daher konnten die preussischen Bergwerke keine höheren Preise erzielen als die privaten Bergwerke, daher konnten sie auch keine höheren Löhne zahlen als diese. Sie konnten nur durch Verzicht auf Kapitalrente die Sicherheitseinrichtungen für die Bergleute erhöhen und ihnen eine leichte Verbesserung der Sozialrechte, insbesondere der Altersversorgung gewähren.

Provinzen und Städte betrieben Gas- und Elektrizitätswerke sowie Strassenbahnen und ähnliche Unternehmungen. Auch sie waren dem Wettbewerb überantwortet. Er wurde ihnen erschwert dadurch, dass selbstverständlich die Belegschaften ihre politischen Freunde in den Parlamenten, in den Stadtverordnetenversammlungen usw. in Bewegung setzten, um bessere Arbeitsbedingungen aller Art zu erzielen. Es war ein ständiges Ringen um feste Anstellung, um höhere Löhne.

Wir haben festzustellen, dass die öffentliche Wirtschaft im kaiserlichen Deutschland sich dem Motor Wettbewerb nicht entzog, ja nicht entziehen konnte und im Interesse der Verbraucher auch nicht entziehen durfte, dass also der Wettbewerb auch für sie der Motor und der Zwangsregler blieb und dass aus der Verbindung zwischen diesen Tatsachen und den Erwartungen, mit denen die Belegschaft öffentlicher Betriebe erfüllt war, starke Spannungen bestanden. Auf dem letzten Städtetag des kaiserlichen Deutschland im Juni 1914 stand im Vordergrund der Erörterungen, ob die Gemeinden, um diesen Spannungen zu entgehen, nicht besser täten, die öffentlichen Betriebe zu verpachten oder vom Zwang des Haushalts zu befreien.

Das positive Ergebnis dieser Wirtschaftsepoche war nicht schlecht. Die Bevölkerung hat sich seit den Freiheitskriegen bis zum letzten Weltkrieg mehr als verdoppelt. Die Summe der Sparer hatte sich vervielfacht. Kein Zweifel, dass selbst der tüchtige, gehobene Arbeiter sein Sparkonto hatte. Den ärgsten Wirkungen des Wirtschaftskampfes war die deutsche Sozialpolitik mit ihren Einrichtungen für den Krankheitsfall, für Invalidität und Überalterung, durch Gesetze zum Schutz von Frauen und Kindern zu Leibe gerückt. Die Wohnungspolitik schob sich

um die Jahrhundertwende in den Vordergrund. Städte und grosse Werke gingen dazu über, gesunde Arbeiterwohnungen mit Kleingärten zu schaffen; denn die Vermehrung der Bevölkerung hatte in einzelnen Teilen des Reiches untragbare Wohnungsverhältnisse geschaffen. Preussen erliess kurz vor dem Ersten Weltkrieg ein Wohnungsgesetz. Selbst die hin und wieder auftretende Arbeitslosigkeit, deren Dauer und Umfang sich im Verhältnis zu derjenigen zwischen den beiden Weltkriegen in bescheidenen Grenzen hielt, rückte allmählich in das Blickfeld der Sozialpolitik. Der Gedanke einer Arbeitslosenversicherung nach Genter System[5] wurde immer häufiger erörtert. Es stand zu erwarten, dass auch ohne Weltkrieg eine solche Einrichtung schliesslich durchgesetzt wurde.

Diesen positiven Ergebnissen der Wirtsdiaffspolitik standen selbstverständlich auch Unvollkommenheiten gegenüber. Die grosse Masse der Arbeiter musste zu lange arbeiten, 10 und 12 Stunden am Tage. Ansprüche auf regelmässigen Urlaub wurden stur abgelehnt, die Feiertage wurden nicht bezahlt. Es blieb für Ruhe und ein geordnetes Familienleben keine Zeit, insbesondere trieben die Wohnverhältnisse vielfach die Familien auseinander. Es wurde fast nichts getan, um eintönige Arbeit zu beleben. Infolgedessen spielte der Alkoholgenuss zur Zerstreuung von Sorge und Unlust eine grosse Rolle. Die Unternehmer vertraten den Arbeitern gegenüber den Herrenstandpunkt. Der Arbeiter hatte seine Kraft und sein Können zur Verfügung zu stellen, erhielt dafür einen bestimmten, häufig nur mit ihm ausgemachten Lohn, und damit war das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit umschlossen. Die Folge war, dass der grösste Teil der Arbeiter nur ein geringes Interesse am Unternehmen, an seiner Wirtschaftlichkeit, an den Schwierigkeiten, vor die es gestellt war, usw. nahm. Ebenso war ein Zusammenhalt zwischen Unternehmer und Arbeiter häufig überhaupt nicht feststellbar. Auffallend war nur, dass Unternehmer, die selbst aus dem Arbeiterstand hervorgegangen waren, vielfach einen sehr harten Standpunkt einnahmen und ihn damit erklärten, dass in allen Berufen die Mehrzahl der Menschen den Durchschnitt nicht überragten und daher durch eine gewisse Strenge zur Leistung angehalten werden müssten.

Die Sozialordnung wies Härten und Ungerechtigkeiten auf. Sie ver-

mochte nicht, den steigenden Wohlstand in die breite Masse der Arbeiter dringen zu lassen, und liess eine gesunde Weiterentwicklung der Besitzverhältnisse nicht zu. Die gewerkschaftlichen Zusammenschlüsse der Arbeiter wurden als ausschliessliche Vertragskontrahenten für Lohnverträge nicht anerkannt. Der Staat beging den entscheidenden Fehler, die Bedeutung dieser Zusammenschlüsse zu verkennen und sich einzubilden, er könne eine Entwicklung aufhalten, die mit der Zusammenballung des Kapitals und der Arbeiter in Grossbetrieben unvermeidbar war. So zwang er die Arbeiter, ihre Interessen politischen Parteien anzuvertrauen, deren Programm die Besserung des Loses der Arbeiter, die Durchsetzung demokratischer Verfassungsideen und den sozialen Ausgleich in die vorderste Linie rückte.

Nun beging der Staat den zweiten Fehler, diese Parteien zu bekämpfen und ihre Angehörigen von öffentlichen Ämtern auszuschliessen. Damit setzte sich der Staat unverantwortlich und kurzsichtig dem Vorwurf aus, seine Einrichtungen nur bestimmten Schichten des Volkes zur Verfügung zu stellen und anderen zu versagen, ja zum Kampf gegen andere einzusetzen. Er war es, der so auch von der wirtschaftspolitischen Seite her der Idee des Klassenkampfes Vorschub leistete[6]. In diesen Kampf wurden nun alle Spannungen des politischen Lebens, der weltanschaulichen Bewegungen, der Religionen und der Konfessionen hineingezogen. Sehen wir tiefer, so lässt sich nicht feststellen, dass dieser Kampf eine naturgegebene Folge des Wirtschaftssystems freien Wettbewerbs war, sondern dass *er* durch die schnelle Vermehrung der Bevölkerung, durch die Entwicklung der Technik die Zusammenballung von Arbeitern und Kapital förderte; er war durch die Entseelung des Arbeitsprozesses wie durch jene Haltung des Bürgertums und des Staates bedingt, die sich der vollen Gleichberechtigung und der verantwortlichen Eingliederung der Arbeiter in Wirtschaft, Verwaltung und Verfassung zäh und vielfach total egoistisch versagten. Es lag aber damals nicht ausserhalb des Bereichs der Möglichkeit, dass es bei friedlicher Entwicklung gelungen wäre, die Vorteile jenes Wirtschaftssystems zu erhalten und seine Nachteile durch Sozialpolitik und Anerkennung der politischen und wirtschaftlichen Gleichberechtigung der Arbeiterschaft in die Verantwortung auszugleichen.

## 3. Aussenpolitik[7]

Die Aussenpolitik des kaiserlichen Deutschland war auf die Sicherheit der 1871 erreichten Stellung gerichtet. Als wichtige Tatsache verdient festgehalten zu werden, dass England den Kampf Deutschlands gegen Frankreich mit Wohlwollen begleitet und das Ergebnis des Krieges begrüsst hat. Der Grund für diese Haltung Englands lag gewiss einmal in der Persönlichkeit der Königin Viktoria, deren Tochter mit dem damaligen deutschen Kronprinzen verheiratet war; aber viel wichtiger war, dass England diese Korrektur der Wiener-Kongress-Arbeit vom Jahre 1815 für notwendig hielt, um ein dauerhaftes Gleichgewicht auf dem Kontinent zu erreichen. Die Aussenpolitik hatte sich ferner zum Ziele gesetzt, den wirtschaftlichen Kräften des deutschen Volkes freie Bahn und insbesondere der Unternehmungslust und überschüssigen Kraft Betätigungsmöglichkeit in Kolonien zu verschaffen. Demgegenüber entwickelte sich in Frankreich selbstverständlich der Gedanke der Revanche; aber es scheint so, als ob er um die Jahrhundertwende seinen höchsten Punkt überschritten hatte. Allmählich mussten sich in Frankreich ruhigere Auffassungen durchsetzen, weil Frankreichs Volkskraft zu stark angeschlagen war und weil Frankreich ja auch starke Reibungsflächen mit England in Nordafrika hatte. So bestand nach Meinung führender Franzosen die Aussicht eines Ausgleichs zwischen Deutschland und Frankreich und einer friedlichen Entwicklung der deutschen Grossmacht zur Weltmacht. Diese Entwicklung wurde weiter durch die Tatsache gefördert, dass Russland entweder im fernen, mittleren oder nahen Osten den Ausgang zum freien Meer gewinnen wollte, und dass die panslawistische Bewegung und die russische Politik immer stärker nach dem Balkan drängten. In allen Richtungen aber traf Russland auf lebenswichtige Interessen Englands, sei es in Ostasien, sei es in Persien oder im Schwarzen Meer.

So war für die deutsche Aussenpolitik die Aufgabe klar und lösbar. Bismarck hatte sie erkannt, hat aber nicht dafür gesorgt, eine öffentliche Meinung zu schulen oder Nachfolger vorzubereiten, die diese Aufgabe ebenso klar erfassten und die heraufziehenden Gefahren erkannten. Als 1890 der Rückversicherungsvertrag mit Russland nicht verlängert wurde, hätte deutscherseits insbesondere mit der Gefahr der

Isolierung gerechnet werden müssen. Hatte doch Russland seit etwa 1876 bei gleichzeitiger Stärkung der panslawistischen Bewegung sich Frankreich immer mehr genähert. Diese Gefahr wurde aber nicht klar eingeschätzt und nichts unternommen, um ihr zu begegnen. Man musste sich klar sein, dass man sich eine Isolierung nur kurzfristig gestatten konnte. Vor allem musste erkannt werden, dass bei einem russisch-französischen Zusammenschluss alles von der Haltung Englands abhängen würde.

Die Aussenpolitik ist an allen diesen Entwicklungen und Möglichkeiten vorbeigegangen. Die Gründe sind wohl in folgendem zu erblicken:

a) In der Verfassung, die, wie erwähnt, weder dem Kaiser noch dem Reichskanzler, noch dem Staatssekretär des Äusseren, noch dem Reichstag klare Verantwortungen zugemessen hatte. Offenbar hat Bismarck hier zuviel vom eigenen Wesen in die Verfassung gegossen.

b) In der schillernden Persönlichkeit eines der Repräsentation durchaus fähigen, aber geltungsbedürftigen und der Zurückhaltung unfähigen Kaisers, der sich in den Vordergrund drängte und dem dies gestattet wurde, bis es 1911 sich als unerträglich erwies. Da war es zu spät.

c) Daher erhielten unverantwortliche Ratgeber die Möglichkeit, Einfluss zu gewinnen.

d) Damit war die Gefahr geboren, dass man von der Erbschaft lebte, dass man es mangels klarer Verantwortung für Politik hielt, jedes übersehbare Risiko zu vermeiden, und dabei sich nicht bewusst wurde, dass man tatsächlich unübersehbare Risiken lief.

So wurden die Möglichkeiten einer grundsätzlichen Verständigung sogar der angebotenen Bundesgenossenschaft mit England 1900, 1911 und 1913 versäumt. Man trieb gegenüber der Wahrscheinlichkeit einer Triple-Entente Vogel-Strauss-Politik, machte keine klare Rechnung der Machtmittel auf und liess sich von einem schwächeren Bundesgenossen ins Schlepptau nehmen.

Eine klare Aussenpolitik wurde also überhaupt nicht mehr gemacht[8] . Man liess die Dinge immer grösseren Risiken zutreiben und beschwor damit die Totalität des Krieges und entgegen den klaren Erkenntnissen von Clausewitz und den Erfahrungen von 1866 und 1870 das Über-

gewicht der militärischen Führung über die politische Führung herauf. Eine Betrachtung der Geschichte lehrt, dass totale Kriege sich stets dann entwickeln, wenn die Politik nicht total ist. Eine Politik, die alle Lebensbeziehungen eines Volkes zum Gegenstand und zum Ausgangspunkt ihrer Erwägungen und ihres Handelns macht, wird Entwicklungen vermeiden, die schliesslich das Ringen in die Totalität ausarten lassen. Das ist eine eindeutige Lehre auch für uns.

In der gleichen Zeit leitet England die zielbewusste Gliederung und Zusammenfassung seines Empire ein. Man scheut den Krieg gegen die Burenrepubliken und Schwierigkeiten nicht, trotzdem er ein Akt totaler Gewaltpolitik war, aber man ist 1911 klug genug, Südafrika den Status eines selbständigen Staates innerhalb des englischen Empire zu geben. Man leitet damit die gleiche Haltung auch gegenüber anderen Teilen des Empire ein und sichert sich so die Gefolgschaft des gesamten Empire für den Krieg. England bereitet sich für diesen Krieg durch diese und jene Abmachung mit Russland und Frankreich vor, lässt Generalstabsbesprechungen stattfinden, bindet sich aber noch nicht, um die letzte Entscheidung in der Hand zu halten.

Der Erste Weltkrieg wurde von Deutschland nicht vorsätzlich herbeigeführt; er entsprang auch nicht einem bösen Willen, sondern hat seine Ursache auf deutscher Seite ausschliesslich in mangelnder Vorsicht, in mangelnder Entschlusskraft, in bis zur Dummheit gesteigerter Naivität. Selbstverständlich wäre er 1914 zu vermeiden gewesen, wenn Deutschland nicht den unverantwortlichen Fehler begangen hätte, Österreich in und nach dem Ultimatum an Serbien zu lange Zeit zu lassen, anstatt zu verlangen, dass es einen ehrenvollen Ausgleich mit Serbien durch Teilnahme an der von England vorgeschlagenen Konferenz suche. Kein Mensch weiss, ob dann der Krieg nicht später doch ausgebrochen wäre. Vieles aber spricht dafür, dass durch ein solches Zusammenwirken Deutschlands mit England eine lange Zusammenarbeit der deutschen und der englischen Politik eingeleitet worden wäre, die den Weltkrieg überhaupt verhindert hätte.

Ebenso klar ist heute, dass Russland den Krieg wollte, um seine inneren Schwierigkeiten zu übertönen und ungehindert durch England auf den Balkan vorzudringen. Klar ist, dass Frankreich mit der Lockung liebäugelte, doch noch Revanche zu finden, und es daher unterliess, auf

Russland mässigend einzuwirken. Klar ist endlich, dass die österreichisch-ungarische Regierung jedes Augenmass verloren hatte und es am bequemsten fand, sich auf Deutschland zu verlassen. England versuchte zweifellos aufrichtig, den Frieden zu retten, konnte sich aber, da ein rechtzeitiger Entschluss Deutschlands ausblieb, nicht entschliessen, öffentlich zu warnen und klipp und klar zu erklären, dass die Teilnahme Englands am Kriege durchaus in Rechnung zu stellen sei. Der Kenner der englischen Verfassung wird Lloyd George immerhin zubilligen müssen, dass er zu grösster Vorsicht in seinen Erklärungen gezwungen war. Aber er kann sich ebensowenig dem Eindruck entziehen, dass er durch die Gestaltung der Generalstabsbesprechungen Russland und Frankreich zur antideutschen Haltung ermutigt hatte. Ein Mann, der absolut klar die Lage überschaute und die Entwicklung richtig voraussagte, war der deutsche Botschafter in London, Fürst Lichnowsky. Aber gerade dem glaubte man nicht. Die deutsche Aussenpolitik wird sehr treffend, vielleicht durch nichts treffender beleuchtet als durch den Vermerk, den der damalige Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Zimmermann, auf ein Telegramm des Fürsten Lichnowsky machte, das in den letzten Julitagen 1914 in Berlin einging und darauf hinwies, dass nach Greys Äusserungen Italien nicht an der Seite Deutschlands kämpfen würde: «Was geht *den* Botschafter Italien an?» Lebensfragen der Nation, deren falscher Beantwortung wir letzten Endes das verdanken, was heute ist, wurden also mit der Brille subalterner Zuständigkeitsprüfung betrachtet.

Übersieht man die unheimliche Folgerichtigkeit, mit der die Völker in den Ersten Weltkrieg trieben, so muss man zugeben, dass Präsident Wilson durchaus richtig fühlte, als er die Geheimdiplomatie verdammte. Denn wenn alles das, was seit 1890 an Politik in den europäischen Kabinetten gemacht wurde, der Kontrolle der Öffentlichkeit und damit der Kritik ausgesetzt worden wäre, so wäre der Ausbruch des Krieges nach menschlichem Ermessen verhindert worden. Wir haben aus dieser Periode der Aussenpolitik die Lehre zu ziehen, dass die grossen Ziele der Aussenpolitik auf lange Sicht festgelegt werden müssen, dass eine Grenze einzuhalten ist: Vermeidung der Machtgier; dass bei der Bemessung der Ziele mit absoluter Nüchternheit Kräfte und Risiken richtig eingeschätzt werden müssen, dass unerbittlich klare

Verantwortlichkeiten in der Führung der Aussenpolitik sichergestellt werden müssen und dass dies nur möglich ist, wenn über die Grundzüge und Grundziele der Politik eine wahrheitsgemässe Unterrichtung der Öffentlichkeit stattfindet. Ebenso eindeutig ist die Lehre, *dass die Durchführung der Politik nicht in allen Einzelheiten der Öffentlichkeit anvertraut werden kann,* damit nicht die Demokratie die Entschlusskraft beeinflusst und schliesslich auf ganz falsche Bahnen drängt. Dass es also notwendig ist, die Durchführung einer dem Volke klargemachten Politik erfahrenen Männern anzuvertrauen, die in der Technik der Diplomatie bewandert sind. Dass aber auch diese Männer wieder unter eine handfeste Verantwortung gegenüber dem Aussenminister gestellt werden müssen, der seinerseits diesem Kabinett verantwortlich ist, dessen Verantwortung vor dem Volk verfassungsmässig festgelegt sein muss. Dabei wird man sich klar sein, dass alle noch so guten Regelungen nicht die letzten Gefahren ausschliessen; ihnen kann nur durch die Wahl charakterfester Männer begegnet werden.

Diese Lehren werden durch die Entwicklung im Weltkrieg noch deutlicher unterstrichen. Unentschlossenheit, Unsicherheit, Hin- und Herschwanken zwischen Überschätzung der grossen militärischen Siege und besserer Einsicht in das Verhältnis der Dauerkräfte der beiden Parteien, mangelnder Mut, das Volk auch über ernste Lagen und Gefahren klar zu unterrichten, wie es Gepflogenheit in England ist, liessen unter dem Eindruck der militärischen Erfolge politische Überziele ins Kraut schiessen und in den leeren Raum des politischen Willens die Energien Ludendorffs eindringen[8]. Ludendorff sah klar, dass die Frühjahrsoffensive 19x8 den Endsieg nicht verbürgte, sondern vielleicht nur ermöglichte. In diesem Augenblick wäre es Pflicht der politischen Führung gewesen, einen Frieden ohne Sieg entschlossen vorzubereiten. Da die politische Führung fehlte und praktisch von Ludendorff übernommen war, so ist es ein Beweis absolut unpolitischer Haltung, dass er nach dem Scheitern der grossen Offensive noch im Juli 1918 den Sturz des damaligen Staatssekretärs v. Kühlmann herbeiführte, weil dieser im Reichstag erklärt hatte, man müsse die Beendigung des Krieges mit *politischen* Mitteln erstreben. Zwei Monate später drang *er* mehrmals am Tage auf sofortige Herausgabe eines Waffenstillstandsangebots, trotzdem der in Aussicht genommene Kanzler Prinz Max von Baden

immer wieder darauf hinwies, dass diese Übereilung voraussichtlich die verhängnisvollsten Wirkungen haben würde. Zur Unterstützung seiner Auffassung entsandte Ludendorff sogar einen Stabsoffizier in den Hauptausschuss des Reichstags, der diesen über die Notwendigkeit eines sofortigen Waffenstillstands aufklären sollte. Seine Ausführungen erregten Entsetzen; denn nichts war geschehen, um auch nur die Parteiführer auf eine so ernste Bedrohung der Dinge allmählich vorzubereiten[9]. Es steht fest, dass selbst die Parteiführer der Linken damals die Nerven behielten und bereit waren, jedes Opfer zu bringen und jeden Weg zu gehen, sofern nur wahrhaftige Unterrichtung über die Lage und vernünftige ruhige Überlegung sichergestellt würden.

Gewiss, es erscheint heute im Lichte der Gegenwart charaktervoll, dass Hindenburg und Ludendorff weitere Opfer für unverantwortlich erklärten. Aber ebenso klar tritt nun ihr politisches Denken in den Vordergrund. Eine so plötzliche Umkehr, eine so vermeidbare Enttäuschung musste im Volke nach vier Jahren schwerer Opfer und höchster Entbehrungen das Gefühl einer vollkommen verfehlten Führung hervorrufen und selbstverständlich verhängnisvolle Rückwirkungen auch auf die Armee haben. Wie immer man darüber urteilen mag, ob die politischen Parteien, ob der Prinz Max von Baden und andere eine andere Haltung hätten einnehmen müssen, fest steht, Hindenburg und Ludendorff hatten in Verkennung psychologischer Wirkungen und aussenpolitischer Möglichkeiten sofortigen Waffenstillstand mit blitzartiger Überraschung verlangt; Max von Baden hatte auf die Gefahr einer solchen plötzlichen Änderung der diplomatischen Technik hingewiesen; die beiden Heerführer bestanden auf dem sofortigen Waffenstillstand, auch als die Feinde in ihrer ersten Antwort politische Bedingungen aufgestellt hatten, die Max von Baden vorausgesehen hatte und deren Bekanntwerden verhängnisvolle Wirkungen auf das erschöpfte Volk haben musste[10]. *Von nun an war mit revolutionären Empörungen eines falsch geführten Volkes mit Sicherheit zu rechnen*[11]. Man mag nun der Ansicht sein, dass der Kaiser, seine Berater, die politischen Führer usw. in der Lage gewesen seien, Meutereien und offenen Zusammenbruch zu vermeiden. Fest aber steht,

a) dass es dann an Fähigkeiten und Willensstärke hierzu allen politischen Faktoren gefehlt hat und dass man der Rechten ebenso den Vor-

wurf machen kann, sinnlos lang Überforderungen vertreten zu haben, wie der Linken, revolutionären Entwicklungen nicht frühzeitig genug entgegengetreten zu sein;

b) dass das Kriegsende nicht durch Dolchstoss von rückwärts[12], sondern dadurch herbeigeführt wurde, dass Hindenburg und Ludendorff übereilt, aber zu spät der veränderten militärischen Lage politisch Rechnung getragen haben und dass sie und die anderen befragten Heerführer im Oktober 1918 insbesondere nach dem Ausscheiden Österreichs, Bulgariens und der Türkei nicht in der Lage waren, den Politikern zu erklären, dass im Falle einer allgemeinen Volkserhebung die feindlichen Armeen vom Reichsgebiet ferngehalten werden können. Mit anderen Worten, dass nach menschlichem Ermessen die Niederlage unabwendbar war. Niemals wird entschieden werden können, ob im Falle einer Massenerhebung des Volkes und des Hineinzerrens des Krieges in den Winter 1918/19 vielleicht in Frankreich oder in England die Revolution ausgebrochen wäre. Wahrscheinlich aber ist es nicht; denn wenn die Gegner schliesslich auf der ganzen Front im Vordringen waren, wenn sie gar die deutschen Reichsgrenzen erreichten, so musste der zweifellos vorhandenen Kriegsmüdigkeit die von den Siegen und Erfolgen ausgehende Belebung der Stimmung entgegenwirken;

c) dass Foch und Clemenceau in jedem Falle die Rheingrenze erstrebten und die totale Entwaffnung durchgesetzt hätten, die ja schon in der ersten Antwort Wilsons angedeutet war;

d) dass Noske, Ebert und entschlossene Offiziere die Ordnung des Staates und die Interessen des Vaterlandes über alles gesetzt haben, als sie die spartakistische Bewegung niederschlugen;

e) dass Hindenburg im Juni 1919 durch Groener jeden militärischen Widerstand im Falle der Ablehnung des Diktates von Versailles als aussichtslos bezeichnet hat.

Laufen wir noch einmal den roten Faden objektiver Feststellungen entlang: eine unentschlossene, unfähige politische Führung hatte einen Leerraum geschaffen, in den die gewaltigen Energien eines Ludendorff bei der auf ihm liegenden Verantwortung eindringen mussten. Nunmehr wurde auf dem politischen Gebiet militärisch gedacht und gehandelt, nach den Gesichtspunkten des Befehlens, des Gehorchens und des reibungslosen Funktionierens einer glänzend aufgezogenen Organisa-

tion. Die Politik aber hat es mit Kräften zu tun, die sich nicht durch harte Disziplin allein bändigen und leiten lassen. Gewiss, brutale Energie vermag sie vielleicht wie Clemenceau und Hitler beweisen, eine Zeitlang zu unterdrücken, aber wenn nicht rechtzeitig Ventile gezogen werden, so werden die zusammengepressten Kräfte schliesslich den äusseren Druck überwinden und explodieren. Der soldatische Führer darf vielleicht nicht während des Angriffs den Rückzug vorbereiten, gibt er doch damit schon zu erkennen, dass er an die Möglichkeit des Misserfolges glaubt und muss er doch damit rechnen, dass diese Sorge sich auf Stab und Unterführer überträgt und die Angriffskraft lähmt. Der Politiker muss umgekehrt auch die Möglichkeit von Fehlschlägen in Rechnung stellen und für diesen Fall Auswege vorbereiten[13]. Man bürdet also selbst dem bestdurchgebildeten Soldaten zuviel auf, wenn man von ihm richtige politische Führung erwartet. *Selbst im Kriege hat der militärische Führer nur ein Teilgebiet des Geschehens zu vertreten.* Die politische Führung muss dagegen, wie in England immer wieder mit so staunenswertem Erfolge bemerkt ist, die totale Verantwortung tragen. Sie kann sich daher manchmal peinlichen Notwendigkeiten nicht entziehen, die entscheidende Stimme zu beanspruchen, eine Notwendigkeit, um die selbst ein Bismarck zuviel Kraft hat verbrauchen müssen. Der Soldat erreicht historische Grösse in Einordnung unter diese harten Notwendigkeiten. Den Politiker enthebt, wie Bethmann, kein Zurück der harten Verurteilung, wenn er sich entgegen der ihm obliegenden Verantwortung die Führung aus der Hand nehmen lässt. Edlere Charaktereigenschaften mögen das Urteil der Geschichte mildern. Hart bleibt es; denn unsere heutige Lage ist nicht zuletzt eine Auswirkung der Unentschlossenheit Bethmann-Hollwegs.

Die teils gutgläubige, teils von blinder Parteiwut oder von getäuschten Erwartungen diktierte Verzerrung der politischen Entwicklung zum Dolchstoss hat das Verhältnis der deutschen Parteien untereinander vergiftet, die Wiederfindung inneren Gleichgewichts verzögert und uns aussenpolitisch schwer geschadet. Sie hat die Gegner ermutigt, zu hohe, ja sinnlose Forderungen zu stellen; vor der gleichen Gefahr stehen wir heute. Auch dies muss uns eine Lehre sein[14].

## II. DAS REPUBLIKANISCHE DEUTSCHLAND

Hitler hat vom Wesen und Wirken der deutschen Republik ein Zerrbild gegeben. Er hat Kübel des Schmutzes und der Beschimpfung über sie ausgegossen und damit die ehrliche Arbeit aller beleidigt, auch derjenigen, die nicht Republikaner waren, aber in der Not ihre besten Kräfte dem Vaterland und seinem Wiederaufbau zur Verfügung stellten. Er, der das Volk von Bonzen vergewaltigen lässt, die Korruption in nie gekanntem Ausmass begünstigt, donnerte seit 1933 jahrelang gegen Parteibuch und Misswirtschaft des Weimarer Systems. Rufen wir uns die Wirklichkeit so objektiv wie möglich ins Gedächtnis zurück.

### 1. Verfassung

Die Verantwortlichkeiten des Reichspräsidenten, der Reichsminister und des Reichstages waren klar geregelt. Aber die des Reichstags standen auf dem Papier, weil in professorenhafter Gründlichkeit die Demokratie auf exakte mathematische Formeln gebracht war. Das Verhältniswahlrecht war zwar rechnerisch gerecht, bedingte aber grosse Wahlkreise und war in demokratischer Übergenauigkeit noch auf eine Reichsliste gesteigert. Diese Technik zwang die politischen Parteien, Programme und nicht Persönlichkeiten in den Vordergrund zu stellen, und dies in einer Zeit, wo es galt, aus Niederlage, Zusammenbruch und dem Vernichtungswillen Frankreichs, aus Zerrüttung von Wirtschaft und Finanzen, aus einem physisch, seelisch und sittlich geschwächten Volk höchste Leistungen herauszuholen. Die unausbleibliche Folge war die Entwicklung zur Demagogie; sie hob das Verantwortungsbewusstsein der Abgeordneten gegenüber dem Volke auf. Sie verleitete zu

unerfüllbaren Versprechungen und zur Abwälzung der Schuld an der Nichterfüllung auf andere politische Parteien.

Dazu kam, dass der Regierung keinerlei klare Führungsgewalten anvertraut waren, sondern nur die Ausarbeitung von Gesetzentwürfen und die Instruierung der Verwaltung. England, das nicht einmal ein demokratisches Wahlrecht hat, hat der Regierung wenigstens die unabdingbare Initiative auf dem Gebiet der Finanzpolitik Vorbehalten. Im republikanischen Deutschland konnte die Regierung sich Führungsgewalt nur auf Grund einer Ausnahmegesetzgebung gemäss Art. 48 verschaffen. Solche ausserordentliche Gewaltbeanspruchung unterliegt natürlich der Gefahr der Abnutzung.

Angesichts dieser Konstruktion der Verfassung bleibt es ein Beweis besonders guten Sinnes des Volkes, dass es trotzdem gelang, die Verwaltung, gestützt auf wohlerzogene sachkundige Kräfte aus der Beamtenschaft, in Ordnung zu bringen, die Sicherheit des Rechts und die Sicherheit der persönlichen Freiheit wiederherzustellen. Dass es auf diesem Wege Entgleisungen und auch höchst unerfreuliche Vorgänge korruptiven Charakters gab, darf angesichts der Gesamtlage nicht wundern.

Charakteristisch ist auch in dieser Periode wieder, wie kräftig sich die Selbstverwaltung trotz äusserster Demokratisierung des Wahlrechts durchsetzte. Sowohl in den deutschen Ländern wie in den Gemeinden wirkte sie einmal der zentralistischen Entwicklung entgegen (einer Gefahr, der jede Demokratie ausgesetzt ist), dann aber auch in übersehbaren Bezirken dieser so weitgehenden politischen Parteizersetzung, wie sie im Reich als Wirkung des Verhältniswahlrechts sich bemerkbar machte. Ja sie hat ihren klaren Anteil an der Überwindung aller vom Reich wegführenden Bestrebungen und an der Erringung lokaler Einigkeit. Diese entscheidende Tätigkeit der Selbstverwaltung wird beeinträchtigt durch die Tatsache, dass man hier und da in den Grossstädten grossmannssüchtig wurde und die Sicherstellung finanzieller Art erschwerte. Im grossen Ganzen hat sie einen gewaltigen Anteil an der Wiedergewinnung des inneren Gleichgewichts. Sie liefert zahlreiche Beiträge zur Modernisierung der Gesetzgebung und zur sozialen Beruhigung. In ihr wirkten eben traditionell gebundene Kräfte wie Heimatliebe, lebendige Interessen, Übersehbarkeit der Probleme den

Wirkungen des Diktates von Versailles und der überspitzten demokratischen Verfassung entgegen.

Im Allgemeinen können wir aus dieser Periode lernen, dass jähe Änderungen dem Staatsganzen gefährlich sind, dass es erforderlich ist, sie wie in England zu vermeiden und in steter Angleichung der gesetzgebenden Verwaltung an die fortschreitende Entwicklung die Lösung zu finden. Wir empfangen die Lehre, dass eine Regierungsgewalt auch in der Demokratie *Führungsmöglichkeiten* haben muss, dass das Wahlrecht nicht durch mathematische Genauigkeit unorganisch werden darf und dass Deutschland in der seinem Wesen gemässen Selbstverwaltung im Zurzeit einen gesunden Träger seiner nationalen Einheit und seines sozialen Ausgleichs besitzt.

## 2. Wirtschaft und Sozialpolitik

Aus dem Ersten Weltkrieg wurde die Zwangswirtschaft übernommen. An ihr musste, da die Blockade fortgesetzt wurde, zunächst festgehalten werden. Aber die Zahl ihrer Anhänger wurde immer geringer. Der Einzelne wollte seinen Bedarf nicht nur voll decken, sondern er erkannte auch häufig aus seinem eigenen Arbeitskreis heraus, dass zentrale Regelungen der Fülle der schöpferischen Möglichkeiten ebensowenig gerecht werden können wie der Durchsetzung des Erhaltungswillens des Einzelnen in der Familie. Er bekam es allmählich satt, sich von prüfenden, z.T. unzulänglichen, häufig zum Versagen gezwungenen Beamten die Seele aus dem Leibe fragen zu lassen und kostbare Zeit zu vergeuden. Die Menschen wollten kaufen, wo es ihnen passte, um dem Händler zu beweisen, dass sie nicht von seiner Laune und von seinem guten Willen abhängig seien. Die erstarkenden Konsumvereine wurden machtvolle Helfer zur Wiederherstellung des freien Wettbewerbs im Handel. Als 1921 die öffentliche Fleischbewirtschaftung aufgehoben werden sollte, hielten sie sich von dem Kampf der Gewerkschaften gegen die Aufhebung fern und behielten recht: Wenige Wochen nach Aufhebung konnte die Bevölkerung ausreichend mit frischem und preiswertem Fleisch beliefert werden. Überlegung erweist, dass mit freiem Handel zumindest eine lückenlose Planung der Produktion

unvereinbar ist. Denn wenn der freie Handel, den die Bevölkerung aus eigenem Interesse wünschen muss, Stockungen in der Versorgung meiden soll, so müssen Klein- und Grosshandel der Produktion gegenüber frei disponieren können. In der Industrie müssen wir in dieser Periode ein Drängen zum Zusammenschluss feststellen. Verschiedene Beweggründe veranlassten dazu. Es war selbstverständlich und wurde von den Gewerkschaften durchaus begrüsst, dass ihnen grösstmögliche lückenlose Unternehmerverbände gegenübertraten. Der Kampf um den Absatz drückte die Preise. Es erschien daher bequemer, dem Wettbewerb auszuweichen und durch Zusammenschluss in Syndikaten oder Kartellen sowohl Zwischengewinne auszuschalten wie Preise zu halten. Indem einzelnen Unternehmern ihren Fabrikationen einen besonderen Standard verschafften, gelang es ihnen, dem Handel Preisbindungen aufzuerlegen und das System der überall gleichen Preise in immer steigendem Umfange durchzusetzen. Gehen wir auf die Ursache dieser ganzen Entwicklung zurück, so finden wir sie einmal in dem Hang der Menschen, die Staatsgewalt vor ihren Wagen zu spannen, um eigenen Anstrengungen überhoben zu sein, zum anderen in den wirtschaftzerrüttenden Auswirkungen des Diktates von Versailles.

a) Die unerträglichen und unbegrenzten Reparationsforderungen wurden von den Franzosen benutzt, um auf diesem Umweg die Rheingrenze durchzusetzen. Als Deutschland erklärte, gewisse Leistungen nicht mehr vollbringen zu können, besetzten die Franzosen und Belgier Anfang Januar 1923 das Ruhrgebiet. Der Regierung blieb nichts anderes übrig, als zur Waffe des passiven Widerstands zu greifen, damit aber auch die schnelle Vollendung einer vollkommenen Inflation in Kauf zu nehmen. Diese zwang schliesslich zur Aufgabe des passiven Widerstands, weil alle wirtschaftlichen Funktionen, die in unserem Zeitalter der Arbeitsteilung ohne Geld, und zwar ohne währendes Geld, nicht durchzuführen sind, aufzuhören drohten. Tägliche Lohnzahlungen, die sofort in Ware umgesetzt werden mussten, waren das Kennzeichen der unerträglichen Lage. Die Aufgabe des passiven Widerstands ermöglichte die Schaffung der Rentenmark. Sie ist kein Wunder. Sie gab dem Geld in den unveräusserlichen Werten der Wirtschaft, insbesondere des Grundes und Bodens, die Stütze, an die das

Volk glauben konnte. Sie wurde erkauft mit der weitgehenden Vernichtung des mobilen Sparkapitals. Eine andere Lösung konnte es damals, da Deutschland kein Gold hatte, nicht geben.

b) Das Diktat von Versailles hat die Weltverbindungen zerschlagen, die sich im 19. Jahrhundert als ein vom wirtschaftlichen Leben durchpulstes Netz von Adern organisch über alle Teile der Welt entwickelt hatten. Das Diktat von Versailles unterband die Adern und verhinderte so den Ausgleich im Tauschkreislauf der Güter und Leistungen. Selbstverständlich und voraussehbar mussten die Folgen auch von den Siegerstaaten getragen werden. Allmählich erwies sich, dass auch ihnen durch die Unterbindung des Kreislaufs unmöglich gemacht war, ihre Kriegsschulden untereinander zu zahlen. Denn an das letzte Mittel der Schuldentilgung, der Übertragung der Vermögen in allen seinen Bestandteilen, wollte niemand herangehen. Die Wirkungen wären auch revolutionär gewesen, wenn z.B. England seine grossen Investitionen in Fremdländern drangegeben hätte, deren Zinsen in Gold oder in Waren nach England flössen. Dann hätte England sich vor Not nur durch vermehrten Export zur Bezahlung seiner Einfuhrbedürfnisse retten können. Diese erhöhte Warenmenge aber war durch unterbundene Adern nicht herauszubringen. Infolgedessen schritt man in dieser Verwirrung zu allen nur denkbaren Hilfsmitteln, von denen jedes schliesslich sich als Quacksalberei erweisen musste. Deutschland, das unfähig war, die Reparationen zu tilgen, erhielt neue Kredite, bis 1929 das Voraussehbare eintrat, dass es nämlich die Zinsen und Tilgung dieser Kredite auch nur durch erhöhten Warentransport hätte vornehmen können und dass dieser Fluss bei unterbundenen Adern unmöglich war. Denn inzwischen hatten nun wieder die einzelnen Staaten, um Arbeit zu schaffen, sich gegen Wareneinfuhr durch Zollerhöhungen und durch andere Massnahmen gesperrt. Die Unterbindungsstellen in den Adern wurden gewissermassen noch durch dicke Stricke gefestigt und markiert.

Als weitere Folge gerieten die öffentlichen Haushalte immer mehr in Unordnung. Man hatte den Völkern der Siegerstaaten fast überall ein leichtes und besseres Leben nach dem Kriege versprochen. Damit hatte man den Grundirrtum eingeleitet, dass es möglich sein könne, mit

verminderten Leistungen der Einzelnen höhere Leistungen der Allgemeinheit zu bewirken und unter Erhöhung der Lebensansprüche der Menschen noch Schulden des Staates zu tragen. So wurden die öffentlichen Haushalte mit immer mehr Lasten zugunsten der Staatsangehörigen aufgefüllt, während diesen Haushalten aus einer immer schwieriger werdenden Wirtschaft immer geringere Steuern zuflossen. Mit der einfachen Streichung der Schulden, wenigstens der Inlandschulden, wagte sich nur das bolschewistische Russland hervor. Die Staaten, denen an dem Wohlstand der Einzelnen gelegen war, waren sich klar, dass solche gewaltsamen Schuldenstreichungen die Banken und Sparkassen ausserstand setzen würden, die Ansprüche der Sparer auf Rückzahlung ihrer Guthaben zu erfüllen. Denn Banken und Sparkassen sind ja immer die Hauptbesitzer der Staatsschuldenpapiere, in denen sie praktisch das Geld ihrer Sparer anzulegen gezwungen waren. Unausgeglichene öffentliche Haushalte haben aber stets zur harten Folge, dass die Staaten den Fehlbetrag mit künstlichen Krediten decken müssen, die sie entweder ohne Deckung bei den Banken nehmen oder zu denen sie ihre Noteninstitute zwingen. Dadurch wird der Umlauf an Metall-, Papier- und Buchgeld erhöht und schliesslich ausser Verhältnis zur verfügbaren Warenmenge gebracht. Dieser Verfall der Währungen bewirkt immer ein Steigen der Preise. Das Groteske jener Periode ist nun, dass fast von allen Staaten der Verfall der Währungen zum Mittel erhoben wurde, um die Wirtschaft zu sanieren, indem man durch Herabsetzung des Währungswertes die Exporte steigerte und die Augen davor verschloss, dass damit die Importe und die Auslandsschulden teurer wurden. Diese Quacksalberei war also zur Kurzfristigkeit in ganz besonders ausgeprägtem Masse verurteilt.

Andere Mittel wurden ersonnen. Industriezusammenschlüsse zur Ausschaltung des Wettbewerbs, zur Aufteilung der Märkte, internationale Kartelle zu gleichem Zweck, zur Einschränkung der Produktion, während die wahre Lösung lauten musste: durch vermehrte Leistung die vergrösserte Produktion an mehrleistende und daher kaufkräftigere Abnehmer zu bringen, wozu allerdings politische Entschliessungen notwendig gewesen wären. Da nun infolge der Aderunterbindung die Gefahr einer durchgreifenden Wanderungsbewegung der Menschen selbst an Orte mit besseren Lebensmöglichkeiten auf-

tauchte, half man sich durch Verbot der Einwanderung. Dadurch kam es zur Aufstockung von unverwendbar erscheinenden menschlichen Arbeitskräften. Das Heilmittel suchte man nun in der Aufpäppelung von Industrie für die, wie zum Beispiel auf dem Balkan, oder in Südafrika oder in Australien, die natürlichen Vorbedingungen fehlten. Alles Quacksalbereien, die zum Zusammenbruch führen mussten. Denn schliesslich erkannte man, dass man sich auf dem Gebiete der Währungsabwertungen, der Exportunterstützungen usw. nichts mehr vormachen konnte und dass, wenn ein Staat heute eine dieser Massnahmen ergriff, der andere sie morgen mit einer ähnlichen Massnahme parierte. So musste die Erkenntnis durchbrechen, dass *politische* Regelungen, nämlich das Diktat von Versailles, die organisch gewordenen Verbindungen und Entwicklungen des 19. Jahrhunderts jäh zerrissen hatten. Eine leichtfertige, von Leidenschaften getriebene Politik hatte es den Menschen unmöglich gemacht, ihre Bedürfnisse wie gewöhnt und verständig, mit den ihnen gemässen, also geringsten Kräften da zu decken, wo sie am besten und wirtschaftlichsten erhältlich waren. Die Grundlagen der Wohlstandsentwicklung waren zerrüttet.

Dazu hatte audi Russland durch seine Politik der Staatswirtschaft das Seine bereits beigetragen. Nichtachtend der Tatsache, dass die Leistungsfähigkeiten der einzelnen Menschen verschieden sind und dass die Gleichbehandlung aller Menschen zur Ertötung höherer Leistungsfähigkeit führen muss, hat es auf Kosten auch nur eines primitiven Lebensstandes seiner Staatsangehörigen den Moloch einer ausschliesslich staatlichen Aussenwirtschaft grossgezogen. Statt der Versuchung zu widerstehen, diesem Moloch den Antimoloch gleicher Prägung entgegenzusetzen, bis Russland den Gesetzen der Natur Rechnung zu tragen gezwungen wäre, gingen immer mehr Staaten dazu über, den russischen Markt durch Eingehen auf die russischen Gedanken zu gewinnen. Sie haben es mit dem weitgehenden Verlust ihres geistigen Eigentums an die wirtschaftliche Werteschöpfung bezahlt; denn die Russen trugen keine Bedenken, die empfangenen Maschinen auseinanderzunehmen und sorgfältig, ohne jede Patentbeachtung nachzubauen.

So reifte etwa 1930 die Entscheidung heran, entweder wieder zu einer vernunftgemässen, ausgleichenden, die Grundlage des Wirtschaf-

tens und des Gütertausches sichernden Politik überzugehen und damit den wirtschaftlichen Kräften den Weg frei zu machen oder autarkisch die heimischen Retorten aufzuheizen, bis die wachsende Schuldenlast, die steigenden Kosten und Preise sowie der fortschreitende Mangel durch immer lückenlosere Planwirtschaft zu neuen gewaltsamen Auseinandersetzungen treiben mussten. Denn darüber kann kein Zweifel bestehen, dass Staaten, die die Funktionen der wirtschaftenden Menschen auf ihre eigenen Schultern übernehmen, mit dieser unmittelbaren Veranwortung und Verflochtenheit in das Wirtschaften *viel stärker die Dynamik zum Kriege in sich tragen* als solche Staaten, die sich darauf beschränken, in der *Rechtsordnung* die Grundlagen für das Wirtschaften des Einzelnen zu sichern, ihre Finanzen in Ordnung zu halten, damit ihre Währung vor Schwankungen zu schützen und so durch Einschaltung des Verantwortungsbewusstseins von Millionen Menschen weiteren Abstand von deren täglichem Geschehen zu gewinnen, den sicheren Blick für die wirklich notwendigen sozialpolitischen Ausgleichsmassnahmen zu bewahren, ebenso auch der Anfechtung widerstehen zu können, in der ultima ratio die einzige Rettung zu sehen.

Die deutsche Sozialpolitik trug in jener Periode der Entwicklung der Wirtschaft Rechnung. Die Sicherheit der Arbeiter gegen Unterentlohnung, gegen Krankheit, Unfall, gegen Invalidität und Alter wurde verbessert, Kinderzulagen wurden allmählich eingeführt, aber nicht bis zu einer organischen Versicherungsgrundlage durchgeführt. Die Gewerkschaften förderten diese Entwicklung, sich mit politischen Parteien zu machtvollem Wirken verbindend, in ihrer Tarifregelung weiter. Eine umfassende Arbeitslosenversicherung wurde aufgebaut, dabei aber übersehen, dass die Versicherungslasten in eine kommunizierende Verbindung mit dem Wirtschaftsprodukt gebracht werden müssen. Denn es ist offenbar eine ungesunde Entwicklung, wenn ein fallendes Wirtschaftsprodukt steigende Arbeitslosenlasten tragen muss.

Erst allmählich gewann man die Klarheit, dass jede Belastung einer wirtschaftlichen Einheit, woher sie auch kommen möge, entweder den Gewinn schmälert oder die Preise erhöht oder von der Substanz zehrt. Wieweit die ersten beiden Wirkungen getragen werden können, entscheiden ausschliesslich die arbeitenden, sparenden und kaufenden *Menschen. Sie* setzen bestimmte Grenzen, die auch der Staat nicht über-

steigen kann. Die letzte Wirkung der Substanzverzehrung gleicht der eines Krieges, weil sie schliesslich Arbeiten sinnlos macht. Dass diese Grenzen von einer befreiten und zum Handeln in einer Zeit der Verwirrung aufgerufenen Gewerkschaftsbewegung nicht von vornherein und immer erkannt, zugegeben oder beachtet wurden, ist um so selbstverständlicher, da auch weite Unternehmerkreise diese Zusammenhänge nicht sehen und würdigen wollten, weil die Folgen unbequem waren. *Es war leichter, mit Hilfe politischer Einflüsse die Hilfe des Staates anzurufen. Dass dies letzten Endes nichts weiter war als die Inanspruchnahme des gesamten Volkes für Einzelinteressen, wurde gern übersehen.* Es ist zur Ehre der 1933 so unwürdig von Hitler zu Boden getretenen Gewerkschaften zu sagen, dass sie in steigender Erkenntnis harter Tatsachen die Zusammenhänge ihren Mitgliedern ausserordentliche Opfer im Interesse des gesamten Volkes zugemutet haben. Dieses Bewusstsein ist schwer errungen. Es mündet in der Erkenntnis, *dass, je grösser der Einfluss, um so klarer auch die Verantwortung gestaltet werden muss.* Im Frühjahr 1932 standen wir vor der Auswertung dieser Erkenntnisse auch für die Lösung der Arbeitslosenfrage.

Man hat es den republikanischen Regierungen später zum Vorwurf gemacht, dass sie der Arbeitslosigkeit nicht stärker mit öffentlichen Arbeiten begegnet sind. Nichts ist ungerechter als dieser Vorwurf. Gewiss hätte Herr Schacht den republikanischen Regierungen die gleichen Möglichkeiten eröffnen können, wie er sie später Hitler zur Verfügung stellte. Aber dann wären zwei unvertretbare Nachteile erwachsen: einmal wären wir genau, wie es Hitler 1939 erreicht hatte, einer steigenden Entwertung der Mark im Verhältnis zur Aussenwelt zugeeilt, weil wir die Mittel nur durch künstliche Schulden hätten aufbringen können, d.h. durch Vermehrung des Geldumlaufes. Wir hätten uns also genau wie Hitler durch immer grössere chinesische Mauern abschliessen und immer unwirtschaftlichere Autarkie betreiben müssen, ferner aber wäre es damit unmöglich gewesen, die Reparationen 1932 zum Erlöschen zu bringen; denn nur die Tatsache, dass Deutschland mit aller Härte den Ausgleich für einen öffentlichen Haushalt durchgeführt hatte und gleichzeitig auf die schweren Folgen auf seine Wirtschaft hinweisen konnte, ermöglichte den Beweis, dass jede Repara-

tionsleistung durch Geld unmöglich war und dass Reparationsleistung in Ware von den anderen Völkern abgelehnt wurde, weil die Politik von Versailles auch ihnen Arbeitslosigkeit gebracht hatte. Die richtige Lösung der Arbeitslosenfrage war nur zu finden mit der Hilfeleistung aller, die billigere Ware entsprechender Kaufkraft gegenübergestellt hätte. Um diese Erkenntnis zum Durchbruch zu bringen, bedurfte es aber längerer eindeutiger Erfahrungen.

Eine kurze Betrachtung gebührt noch der Entwicklung Russlands in dieser Periode. Von 1917 bis etwa 1920 liquidierte es weitgehend die Intelligenz und führte eine Staatswirtschaft nach dem Grundsatz: jedem das Gleiche. Die Folgen waren im Zusammenwirken mit anderen Ursachen ausgedehnte Hungersnöte und bitteres Elend. Ab 1920 versuchte Russland das Fehlende durch staatlichen Aussenhandel hereinzubringen. Ab 1924 begann die neue ökonomische Wirtschaftspolitik (NEP), gegründet auf die unabdingbaren Erkenntnisse, dass die Menschen das Beste nur leisten, wenn sie ihren Lebensstand von ihrer Leistung abhängig sehen. Die Löhne wurden durch Leistungsprämien gestaffelt. Damit ist, worüber kein Zweifel zulässig ist, auch durch das gewaltigste Beispiel, das die Geschichte gesehen hat, bewiesen, dass der reine Kommunismus zur Verelendung führen und an dem Lebenswillen der Menschen zerbrechen muss. Das russische Wirtschaftssystem ist seit 1924 mehr und mehr dem Kommunismus entglitten.

### 3. Aussenpolitik

Es ist kein Zweifel gestattet, dass hier die Grösse der 1918 entstandenen Aufgaben, das Bewusstsein um die Existenz des Volkes zu ringen, und die demokratische Kontrolle offener Kritik Zusammenwirken, um alle Kräfte aufs Äusserste zu steigern.

Uns allen erschien die Lage 1918 fast hoffnungslos, im Sommer 1919 verzweifelt. Mit den Volksabstimmungen im Osten, also mit einem demokratischen Mittel, anvertraut einem gesunden heimattreuen Volk, begann die Starrheit sich zu lösen. Das unverminderte Streben Frankreichs nach der Rheingrenze brachte ferner Klarheit. Keine Regierung hätte die Besetzung des Ruhrgebietes im Jahre 1923 abwenden können.

Sie erzwang uns die Unterstützung Englands, dem ein Frankreich am Rhein viel zu stark erschien. Die dauerhafte Sanierung der Währung war ohne den Übergang vom passiven Widerstand zur Politik von Locarno nicht denkbar. Locarno brachte die Räumung der Ruhr und zerschlug Frankreichs Pläne einer englischen Garantie für ein französisch-polnisches Bündnis. Locarno führte England stärker an unsere Seite, machte uns überraschend schnell zum vollberechtigten Mitglied des Völkerbundes, brachte uns einen Sitz im Völkerbundsrat und führte zur vorzeitigen Räumung der Brückenköpfe am Rhein. Eine weitere Folge war die Begrenzung der bis dahin unbemessenen Reparationen im Dawesplan und ihre Bindung an bestimmte deutsche Einkünfte.

Natürlich war eine Opposition im Interesse des Ganzen schon aus aussenpolitischen Gründen nützlich. Aber sie hätte ehrenhaft bleiben müssen. Sie hätte der Regierung die geschuldete Anerkennung nicht versagen und sich nicht zu persönlichen Verunglimpfungen hinreissen lassen dürfen. Ein weiterer Erfolg war es, dass nach drei Jahren im Youngplan eine Herabsetzung der Totalsumme der Reparationen sowie die Abschaffung der Kontrolleinrichtungen durchgesetzt wurde. Im Frühjahr 1932, knapp 14 Jahre nach dem Zusammenbruch, war Deutschland von allen Reparationen und Besatzungen frei, hatte es sicheres Recht und volle bürgerliche Freiheit für jeden Bürger wieder geschaffen, waren Finanzen und Verwaltung geordnet, war die Inflation überwunden. Mit nur 10 Mrd. Mark Schulden stand Deutschland an der Spitze aller Staaten vom Gesichtspunkt der Verschuldung aus. Wir hatten kein Chaos, wir hatten keinen Bolschewismus, wir hatten einen Rechts- und Verfassungsstaat. Wer von uns hätte diese schnelle Entwicklung an der Wende der Jahre 1918/19 für möglich gehalten? Diese Leistungen wurden von den Rechtsparteien nicht anerkannt. Ihre Opposition war blind und kurzsichtig, sie *verfiel der Demagogie.*

Gewiss war nicht alles erreicht. Unsere Souveränität war belastet mit Beschränkungen der Wehrfreiheit. Wir hatten den Verlust von Elsass-Lothringen, des polnischen Korridors und Oberschlesiens, von Eupen und Malmedy sowie der Kolonien zu tragen. Aber über diese Belastungen – Elsass-Lothringen ausgenommen – wurde im Frühjahr 1932 verhandelt. Eine wesentliche Erhöhung des Bestandes der

Reichswehr war in den Abrüstungsbesprechungen zugesagt; selbst Frankreich hatte in Aussicht gestellt, sich am polnischen Korridor zu desinteressieren. Aber die deutsche Regierung verlangte noch ein Entgegenkommen in der Kolonialfrage. Hätten alle Deutschen in nationaler Pflichterfüllung die Nerven behalten, wären nicht kurzsichtige und ehrgeizige Politiker in diesem Augenblick zum Teil aus höchst selbstsüchtigen Beweggründen der Regierung in den Rücken gefallen, so wären nicht nur diese Fragen einer friedlichen Endlösung, jedenfalls unter Vermeidung des Weltkrieges, näherzuführen gewesen, sondern es war auch möglich, dadurch und durch sinnvolle Opfer *aller* die Arbeitslosigkeit in schnellem Tempo ohne neue Riesenverschuldung zu beseitigen.

Diese Periode unserer geschichtlichen Entwicklung seit der Jahrhundertwende *kann tatsächlich aller Kritik zum Trotz ein wesentlich besseres Ergebnis der Aussenpolitik aufweisen, als die Politik der letzten Jahrzehnte des kaiserlichen Deutschland.* Es ist das Ergebnis einer an einem grossen Ziel zäh festhaltender, von Verantwortungsbewusstsein klar und nüchtern blickender Männer getragenen, von der Öffentlichkeit kontrollierten *und* kritisierten Aussenpolitik. Es ist von der von Leidenschaft und Demagogie (Wahlsystem) verzerrten Parteipolitik nicht rechtzeitig zur allgemeinen Anerkennung gebracht, sondern der Verzerrung ins Gegenteil ausgesetzt worden. Wäre die Kritik sachlich, also verantwortungsbewusst geblieben oder geworden, so hätte sich wahrscheinlich noch mehr erreichen, mit Sicherheit aber das Unglück der Hitler-Diktatur vermeiden lassen.

## III. DIE DIKTATUR

### 1. VERFASSUNG

Hitler hatte feierlich erklärt, nur auf legalem Wege zur Macht kommen zu wollen. Äusserlich konnte es scheinen, als ob er wenigstens dieses Versprechen erfüllt habe. Sachlich ist es nicht so. Wir haben ein grosses Interesse daran, hier die Wahrheit festzustellen und die Verantwortung des deutschen Volkes ins rechte Licht zu setzen. Die Verfassungsänderungen, die Hitler die Diktatur verschafften, sind durch Unehrlichkeit, mit Betrug und Terror herbeigeführt worden. Zur Begründung der Diktatur brauchte Hitler die Ermächtigung des Reichstages, verfassungsändernde Gesetze auch ohne Zustimmung des Reichstages erlassen zu können. Es wird notwendig sein, die Vorgänge genau aufzuklären, die zur Berufung Hitlers zum Reichskanzler im Januar 1933 führten. Durch die innerpolitische Lage war diese Berufung nicht geboten. Der damalige Reichskanzler von Schleicher hatte die Möglichkeit, eine Regierungsmehrheit im Reichstag zu bilden, zumal sich ihm der Arbeiterflügel der NSDAP unter Strasser zur Verfügung gestellt hat. Es waren eigene Interessen schlimmster Art (Nachprüfung der Osthilfe) und verletzter Ehrgeiz bestimmter Persönlichkeiten, die zu dem Kuhhandel der Regierungsbildung unter Hitler führten. Schon im Februar begann die Ernüchterung unter einem Teil der sogenannten Politiker, die dieses Spiel mitgemacht hatten. Damals verfügte Hitler nicht über eine Mehrheit im Reichstag, die zu Verfassungsänderungen ausgereicht hätte. Insbesondere die NSDAP konnte nicht einmal die einfache Mehrheit stellen. Hitler löste daher den Reichstag auf. Er wurde Anfang März 1933 neu gewählt. Wieder gelang die notwendige Mehrheitsbildung nicht. *Das deutsche Volk hatte sich damit seihst hei*

*diesen Wahlen unter der Reichskanzlerschaft Hitlers klar gegen eine Diktatur entschieden.* Nunmehr löste Hitler wenige Tage nach der Neuwahl die Kommunistische Partei auf. Hätte er, wie es der Sinn der Verfassung geboten hätte, die Auflösung vor den Wahlen vorgenommen, so hätten die Kommunisten ihre Stimmen anderen Parteien zugewandt, nur wenige wohl der NSDAP. Durch diesen Trick verschob Hitler verfassungswidrig die Mehrheitsverhältnisse im Reichstag. Da aber auch dieser Trick nicht genügte, so wurden bei der Durchsetzung des verfassungsändernden Gesetzes die anderen politischen Parteien unter dem Druck der SA und unter den Terror der Konzentrationslager gesetzt. Wie die Cromwellzeit beweist, bedarf ein Parlament, um organisch wirken zu können, der Freiheit der Stimmabgabe. Wird diese von der Regierung vorsätzlich behindert, so ist das Parlament nur noch ein Schein, aber nicht die in der Verfassung geforderte Einrichtung. Die im Mai 1933 erzwungene Abstimmung, die zur Verfassungsänderung führte, ist also staatsrechtlich ungültig und kann auf keinen Fall dem deutschen Volk zur politischen Verantwortung angelastet werden. Was seitdem an Wahlen und Volksabstimmungen vor sich gegangen ist, hat befohlener Fälschung unterlegen, ist also ebenfalls ein vielleicht in der Geschichte noch nicht dagewesener Betrug des deutschen Volkes und der Weltöffentlichkeit.

Seitdem sind die Mitglieder des Reichstags nicht mehr gewählt, sondern in Wirklichkeit ernannt. Sie sind ein Zerrbild der Einrichtung geworden, zu der jede Verfassung einer Volksvertretung stehen muss. In den Reichstagen finden nicht einmal mehr Beratungen statt, nachdem der Wille des Führers zum obersten Gesetz erklärt wurde. Eine Groteske, da ja niemand im Augenblick weiss, wohin der Wille des Führers gerade gerichtet ist. Nicht das deutsche Volk ist hierfür verantwortlich zu machen, sondern diejenigen, die diese Entwicklung im Januar 1933 eingeleitet und wider besseres Wissen bei ihrer Aufrechterhaltung als Reichstagsabgeordnete oder hohe Funktionäre mitgewirkt haben. Rechtlich ist über die Verfassungsgeschichte dieser Periode lediglich festzustellen, dass sie der Gesetzlichkeit entbehrt. Dem verderblichen Grundsatz, der Wille des Führers ist oberstes Gesetz, wurde der noch groteskere gesellt: «Die Partei befiehlt dem Staate!» Die Zusammenstellung allein zeigt den Unsinn. Aus der Vermählung dieser

beiden Grundsätze konnten nur Zerstörung des Pflichtbewusstseins, Verwirrung, Überorganisation, Desorganisation und Korruption entstehen. Es genügt hier festzustellen, dass heute keine staatliche Behörde, kein Beamter mehr anzutreffen ist, die Autorität und Verantwortungsfreudigkeit besitzen. Anliegen der Bevölkerung an eine Behörde werden durch ein endlos erscheinendes Band von Dienststellen des Staates und der Partei, durch Erwägungen und Bedenken usw. hindurchgewunden. Ab und an treffen sie auf eine selbstbewusstere Persönlichkeit, die dann einfach so oder so durchhaut. Dieser Zustand erstreckt sich bis in das Gefüge der Wehrmacht. Er wird verstärkt durch die Kunst, die Hitler offenbar beherrscht: *des Herrschens durch Verteilung der Gewalten.* Man kann immer wieder feststellen, dass einer gegen den anderen geschaltet ist.

Unter solchen Umständen ist es nicht verwunderlich, dass das Ganze nur noch durch den Terror zusammengehalten wird, auf dem die Diktatur beruht. Der Terror wird nicht nur zentral gehandhabt; auch die kleinsten Parteifunktionäre erliegen der Versuchung, in den belanglosesten Angelegenheiten ihre Autorität durch Drohung und Denunziation durchzusetzen.

Es gehört zum Begriff des Terrors, dass er nicht nur mit dem Schwert der Freiheitsberaubung arbeitet, sondern dass ihm *jedes Mittel recht ist.* Zu der Aufhebung der unabhängigen Gerichtsbarkeit, der völligen Rechtslosigkeit des Einzelnen, die da einsetzt, wo irgendein Parteiinteresse auf dem Spiel zu stehen scheint, zu der Zertrümmerung der Autorität des Staates gesellt sich so die Kopflosigkeit, der Missbrauch der Gewalt zu persönlichem Vorteil, die Lüge. Die Urnotwendigkeit staatlichen Wirkens, der Anstand, ist aus allen staatlichen Betätigungen verschwunden. Alle Laster der Menschen haben die menschlichen Beziehungen, also auch die aussenpolitischen, vergiftet.

Uns lehrt diese nicht nur in der deutschen Geschichte, sondern auch in der bekannten Weltgeschichte noch nicht dagewesene *Entthronung jeder Moral,* wo der Hebel anzusetzen ist, wenn man den Körper des Staates und des Volkes heilen will.

## 2. Wirtschafts- und Sozialpolitik

Der Ansatz der Wirtschaftspolitik der Diktatur ergab sich aus der Lage 1933 und in jahrelang gemachten Versprechungen von selbst. Alle Erscheinungen, die damals das deutsche Volk irgendwie bedrückten oder beunruhigten, mussten den vorangegangenen Staatssystemen in die Schuhe geschoben werden. Alles, was diese Systeme Gutes in sich getragen oder gewirkt hatten, musste verschwiegen oder so verzerrt werden, dass jede Tat der Diktatur als bessernder, wohltätiger Ausfluss der Weisheit und Tatkraft erschien.

Das Drückendste aber war die Arbeitslosigkeit. Sie war auch das Problem, an das man ohne die Diktatur nach Streichung der Reparationen herangehen wollte und musste. Herr von Schleicher hatte sogar einen besonderen Reichskommissar zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit angesetzt. Da dieser zu dem an sich unrichtigsten Mittel gegriffen hatte, nämlich durch Kredite Arbeit zu schaffen, da dies Mittel aber dasjenige war, das sich am bequemsten und mit schnellster Wirkung anwenden liess, so musste zunächst dieser Kommissar moralisch erledigt werden. Das geschah.

In dem äussersten Versuch, das Volk vor dem Schlimmsten zu bewahren, ist Hitler damals rechtzeitig darüber unterrichtet worden, welche richtigen Mittel anzuwenden gewesen wären, um der Arbeitslosigkeit zu Leibe zu rücken[15]; insbesondere wurde ihm geraten, unter Erhaltung der Kaufkraft (des Tageseinkommens) die Arbeitsleistungen zu erhöhen, so dass einer gleichbleibenden Kaufkraft billigere Preise und mehr Ware entgegengetreten wären. Dadurch wäre Nachfrage und Absatz gesteigert worden. Er hat diesen unpopulär scheinenden Weg, den das deutsche Volk zu gehen aber durchaus bereit gewesen wäre, verschmäht, um sich den Ruf eines gottbegnadeten Wundertäters zu verschaffen. Er setzte die gewaltigste künstliche Kreditschöpfung in Bewegung, die die Welt je gesehen hat, und die die etwa gleichzeitig angekurbelte Kreditschöpfung in den USA (Roosevelts New Deal) noch übertraf. Die Reichsbank wurde veranlasst, alle möglichen Wechsel, Staatsschuldscheine usw. aufzunehmen und entsprechende Geldbeträge zu schaffen. Wenn man sich auf öffentliche Arbeiten beschränkt hätte, die einen den Tilgungsnotwendigkeiten entsprechenden *Ertrag*, wenn

auch auf lange Sicht, versprochen hätten, so wäre das Schlimmste verhütet worden. Aber die demagogische Lobhudelei: «Dass wir hier arbeiten dürfen, verdanken wir dem Führer!» verleitete dazu, vollkommen überflüssige, ja *Luxusanlagen* auf Kredit zu bauen. Erinnert sei nur an die vielen Millionen, die allein aufgewendet wurden, um im Dutzendteich von Nürnberg das Hauptgebäude für die Parteitagsveranstaltungen zu fundieren!

Man kann nicht sagen, dass diese Kreditschöpfung technisch nicht meisterhaft geleitet worden wäre. Das wurde sie schon. Mit allen möglichen Mitteln wurde der steigende Geldumlauf, der im Verhältnis zur Menge der erzeugten Bedarfsgüter immer grösser wurde, abgewogen. Insbesondere wurden die Banken veranlasst, ihn nicht unmittelbar ins Publikum fliessen zu lassen, sondern wiederum Anlagen, insbesondere in der Rüstungsindustrie, dienstbar zu machen. Dabei aber wurde übersehen, dass auch diese Anlagen, wenn man die Dinge bis zum Schluss durchdenkt, immer wieder im Lohn für geleistete Arbeit entstehen, also, wenn auch langsam, so doch immer wieder neues Geld den einzelnen Menschen zu ihren Käufen zur Verfügung stellen. Man blendete die gedankenlose «Intelligenz» mit der konfusen «Entdeckung» vom Kreislauf des Geldes, verschwieg aber, dass Schulden und Geldumlauf stiegen, während die Menge der verfügbaren Verbrauchsgüter zurückging. So traten mit eherner Naturnotwendigkeit folgende voraussehbare Wirkungen immer klarer in Erscheinung:

1. Die Preise begannen zu steigen. Durch Wiederberufung des Reichskommissars[16] für die Preisüberwachung mit weitgehenden Vollmachten musste der Versuch gemacht werden, dem entgegenzuwirken. Der Reichskommissar aber musste feststellen, dass die Fortsetzung der öffentlichen Verschuldung ihn schliesslich wieder auf das System des Ersten Weltkrieges zurückwerfen würde; nämlich Höchstpreise festzusetzen, die schliesslich im schwarzen Markt von immer höher gehenden Wogen überspült würden.
2. Sobald diese Wirkungen fühlbar wurden, mussten Beschränkungen des privaten Bedarfs angeordnet werden. Sie begannen bereits 1935 beim Fettverbrauch und setzten sich 1936 beim Fleisch fort.
3. Das Steigen der Preise im Innern, wie das Absinken der Bedarfsgüterproduktion, musste zu einem Sinken des Wertes der Reichsmark

im Ausland und damit zur Erschwerung des Exports der immer teurer werdenden deutschen Ware führen. Um das System zu halten, wurden daher zu Lasten des Steuerzahlers zunächst die Exportzuschüsse gewährt, die den deutschen Preis auf den Weltmarktpreis senkten, aber immer höher werden mussten. Als sie allein nicht mehr ausreichten, musste die Einfuhr, die immer mehr Mittel der sinkenden deutschen Währung beanspruchte, gedrosselt werden. Die Planwirtschaft fing an, in Staatswirtschaft auszuarten. Um aber wenigstens das Lebensnotwendige hereinzubringen, schloss man mit den Staaten, die eine gewisse Notwendigkeit empfanden, ihre Überschüsse wenigstens in Deutschland abzusetzen (Balkanländer) oder deutsche Erzeugnisse brauchten (Schweiz, Schweden), Tausch Verträge ab, bei denen, um die Unterwertigkeit der Mark auszugleichen, weit höhere Preise bewilligt werden mussten, als durch den Weltmarkt sonst üblich.

Man muss sich mit aller Folgerichtigkeit klarmachen, dass dies der naturnotwendige Verlauf jeder Wirtschaftspolitik ist, die glaubt, Schwierigkeiten, insbesondere Vermögensverluste, d.h. Verarmung, mit dem Wundermittel der Schaffung künstlicher Kredite lösen zu können. Die naturgegebene einzig wirksame Lösung heisst: *Mehrleistung.* Welche technischen Mittel man auch anwendet, um die Folgen künstlicher Kreditschaffung auszuschalten, sie durchbrechen jeden Kordon und belasten immer das Volk, das in der Gegenwart die Mehrarbeit scheut, mit Zukunftslasten und Entbehrungen. Immer wird die Lebenshaltung verteuert, sei es, dass man die Inflation offen sich entwickeln lässt, sei es, dass man Exportzuschüsse gibt, sei es, dass man die Chinesische Mauer errichtet: immer bleibt die Wirkung die gleiche und dem Volke schädlich. Sie wurde nur noch ins Groteske durch die im Eiltempo betriebene Aufrüstung gesteigert. Wer nicht alle Einzelheiten der politischen Vorgänge dieser Periode kennt, muss sich fragen, ob die falsche Wirtschaftspolitik zur Rüstung oder die Aufrüstung zur falschen Wirtschaftspolitik getrieben hat. Die Frage ist aber uninteressant. Eine genaue Untersuchung dürfte dazu führen, dass das demagogische Bestreben, sich populär zu machen, zu den bequemen Mitteln einer falschen Wirtschaftspolitik führte, dass aber von vornherein auch ins Auge gefasst war, durch Aufrüstung der Aussenpolitik eine Stütze zu geben. Gesellt man dieser Feststellung die ungeheure Dosis Skrupel-

losigkeit hinzu, die sich sehr bald offenbarte, so kommt man zu der ferneren Schlussfolgerung, dass auch dieser Diktatur wie jeder ihrer Vorgängern in der Geschichte von vornherein der Krieg nicht nur als letztes Hilfsmittel, sondern *als Ziel* vorschwebte. Im Sommer 1938 war durch diese Wirtschaftspolitik der 1933 von der Republik hinterlassene Schuldenstand von 10 Mrd. auf 50 Mrd. Reichsmark gestiegen. Die oben beschriebenen Wirkungen waren eingetreten und fingen an, offenbar zu werden. Man stand damals vor der Notwendigkeit zu einer scharfen und weite Gebiete erfassenden Rationierung und Preisfestsetzungen. Da man aber das Zwangswirtschaftssystem des Ersten Weltkrieges als Ausfluss vollendeter Unfähigkeit der Staatsregierung gebrandmarkt hatte, war man sich bewusst, dass eine Wiederholung durch den Brandmarkenden selbst seiner Diktatur einen Todesstoss hätte versetzen können. Was lag näher, als nun die unvermeidliche Zwangswirtschaft als weise Einleitung eines dem Volke als unvermeidlich dargestellten Krieges erscheinen zu lassen?

Diese Wirtschaftspolitik in Verbindung mit der Aufrüstung hat zwei, vielleicht unvermeidliche Begleiterscheinungen nach sich gezogen:
1. Die Nachahmung des so verhassten und bekämpften bolschewistischen Systems, die Finanzgebarung des Staates nicht auf ein Jahr, den natürlichen Kreislauf der Natur, sondern auf mehrere Jahre abzustellen; ein Plan, der übrigens auch jetzt in England auftaucht. Er ist sehr verführerisch; ermöglicht er doch, das Gewissen der unabänderlichen Rechenkunst zu beschwichtigen, man gibt im ersten, zweiten, vielleicht auch noch dritten Jahr eines Vierjahresplans mehr Geld aus, als man den Bürgern aus ihren Arbeitsergebnissen fortnehmen kann, weil man ja im vierten Jahr alles ausgleichen könne. Am Ende des dritten Jahres macht man dann einen neuen Vierjahresplan und nimmt den Fehlbetrag mit in den neuen Plan hinein, so die Wirkungen des Selbstbetruges immer weiter steigernd. Es wäre unrichtig, behaupten zu wollen, dass Russland mit diesem System keinen Erfolg gehabt habe. Aber unter welchen Voraussetzungen! Russland hat einmal seiner Bevölkerung einen unglaublich tiefen Lebensstand zugemutet, seiner Bevölkerung, die im Übrigen unvorstellbar bedürfnislos ist; und Russland ist ferner im Besitz reicher Goldvorkommen, die es ihm ermöglichen, selbst bei grossen Fehlbeträgen in seinem Staatshaushalt in der Welt die

notwendigen Importe mit Gold zu bezahlen. In Deutschland standen und stehen beide Möglichkeiten nicht zur Verfügung. Wir müssen uns immer gegenwärtig halten, dass wir alles, was wir einführen wollen, nicht mit Natursdiätzen, sondern nur mit den der Natur und ihren Kräften durch Arbeit abgerungenen Erzeugnissen abtauschen können. Bei uns müsste daher die Wirkung einer den Selbstbetrug des Vierjahresplans sich schaffenden Planwirtschaft in der oben beschriebenen Richtung sich dauernd verstärken.

2. Das Kapital wurde immer mehr zusammengeballt und in immer grösserem Umfange in die Hand des Staates gebracht. Denn was ist einfacher, als dass der Staat, der die Wirtschaft zunächst führt, dann stärkt, dann plant, schliesslich die künstlichen Kredite, die er schafft, in Beteiligungen an Unternehmungen umwandelt, die durch jene ins Leben gerufen wurden! Dass in dem vom Staat mit eigenem Risiko wirtschaftenden Unternehmungen Lohn- und Lebensbedingungen für die Arbeiter irgendwie hätten besser gestaltet werden können als in reinen privaten Unternehmungen, ist auch in dieser Periode nicht feststellbar. Wohl aber drängt sich uns immer wieder die Frage auf, ob nicht der selbst wirtschaftende Staat das Volk in zunehmend grössere Risiken hineinführt und viel eher der Versuchung erliegen wird, die letzten Schwierigkeiten durch Verbindung von Macht und Wirtschaft notfalls durch Krieg zu lösen, als ein nur die Wirtschaft überwachender Staat.

3. Das Verantwortungsbewusstsein der Kapitalträger musste zum Schweigen gebracht werden. Dazu waren die Erinnerungen an den Ersten Weltkrieg, an seine Wirkungen und insbesondere an Inflation denn doch noch zu stark! Diese gewaltige neue Kreditschöpfung erweckte, obwohl von einzelnen besonders willfährigen Universitätsprofessoren als Finanzwunder bezeichnet, weitgehend grosses Misstrauen. Selbst die kleinen Sparer begannen zu überlegen, ob es noch zweckmässig sei, Geld auf die Sparkasse zu bringen. Kaufleute und Industrielle stellten Überlegungen an, ob sie sich nicht durch grosse Lager gegen spätere Geldentwertung sichern müssten. In den Aufsichtsräten der Aktiengesellschaften wurden warnende Stimmen laut, gegenüber den Vorschlägen des Vorstandes, die Anlage immer mehr zu vergrössern und dazu immer neue Kredite aufzunehmen. Dagegen musste sich die Wirtschaftspolitik der Diktatur schützen. Das geschah auf viel-

faltige Weise: durch Zwangsanordnungen gegenüber Banken und Sparkassen, insonderheit dadurch, dass man es unterliess, das Volk selbst zur Zeichnung von Reichsanleihen aufzufordern, durch Einschränkung der Zuständigkeit und Verantwortlichkeiten von Aufsichtsräten und Generalversammlungen. An ihre Stelle wurden die sogenannten Schiedsleiter gesetzt, die man sich als Einzelpersönlichkeiten durch Zuckerbrot und Peitsche schneller in die Hand spielen konnte. Man kann leicht feststellen, dass die Stärkung der Betriebsführer, die zumeist gar keine Kapitalbeteiligung an den von ihnen geleiteten Unternehmen haben, sehr viel drastischer gewirkt hat als der Einfluss der Kapitaleigner, wie er in Aufsichtsrat und Generalversammlung früher zu Worte kam. Jenes System der Verantwortung der Kapitaleigner führte eben zu einer Kontrolle, die ihrerseits der beste Nährboden für Freiheit und Verantwortungsbewusstsein ist. Das jüngst erlassene Gesetz des republikanisch-faschistischen Italien verläuft übrigens genau in der gleichen Richtung, nämlich einmal die kapitalistische Beteiligung des Staates auf der Grundlage künstlicher Kreditschöpfung des Staates gewaltig zu erhöhen, die Verstaatlichung immer weiteren Betrieben anzukündigen und die Betriebsführer praktisch als allein verantwortliche Träger der Wirtschaft zu erklären.

Wir dürfen uns keiner Täuschung hingeben, dass diese Entwicklung mit eherner Folgerichtigkeit dabei endet, dass der einzelne Mensch, wie immer er auch tätig sein mag, überhaupt nicht mehr spart, weil er gezwungen sein würde, sein Geld dem Terror oder der Spiellust eines anderen anzuvertrauen, und dass der Staat in immer grösserem Umfange gezwungen ist, durch Selbstbewirtschaftung, durch Schaffung künstlicher Kredite die unmittelbare Verantwortung für das Wirtschaften der Menschen zu übernehmen, durch diese Massnahme aber auch gleichzeitig den totalen Verfall der Wirtschaft, das immer weitere Sinken der Lebenshaltung anzukurbeln, bis der Krieg als einzig mögliche oder wirksame Massnahme erscheint und mit dem Schlagwort «Kampf der Habenichtse gegen ihre Entrechter und Erdrücker!» eingeleitet wird.

Das ist der Weg, den auch die Wirtschaftspolitik der Diktatur beschritt und den sie folgerichtig so lange weitergehen muss, bis diese Politik sich an dem Lebenswillen der einzelnen Menschen totgelaufen hat.

Auf dem Gebiete der *Sozialpolitik* hat die Diktatur selbstverständlich sich bemühen müssen, Verbesserungen zu schaffen. Sie erfolgte auf allen Gebieten der sozialen Versicherung, aber sie wurde aufgehoben dadurch, dass man den Arbeitern jede verantwortliche Mitwirkung an den Einrichtungen der Sozialversicherung immer stärker abnahm. Nachdem die ersten Wahlen zu den Vertrauensräten gezeigt hatten, dass die deutsche Arbeiterschaft nicht geneigt war, ihre Interessen politisch zu verkaufen, wagte man nicht, sie zu wiederholen. Auch hier hat die Diktatur den Weg gehen müssen, den sie zu ihrer Selbsterhaltung beschreiten musste: Vernichtung jeder selbständigen Willensäusserung anderer. Gegenüber diesem Grundzug spielt die Zusammenfassung der verschiedenen sozialen Versicherungseinrichtungen und ihrer Verwaltung keine entscheidene Rolle. Da keine Zahlen veröffentlicht werden, da dem Arbeiter keine Rechnung mehr gelegt wird, lässt sich auch gar nicht übersehen, ob diese Zusammenfassung den Interessen der Arbeiterschaft mit Vereinfachung und Verbilligung gerecht geworden ist.

Der deutsche Arbeiter ist viel zu intelligent, um nicht längst gesehen zu haben, was man ihm nahm. Die Diktatur wieder war viel zu gut unterrichtet, um diese Verstimmung in der Arbeiterschaft zu übersehen. So griff sie zu den verschiedensten Mitteln, um dem Arbeiter Sand in die Augen zu streuen. Die Bewegungen «Schönheit der Arbeit» und «Kraft durch Freude» sollten ebenso wie die Vorspiegelung der nachweislich undurchführbaren Hoffnung, dass in Deutschland jeder Arbeiter seinen Wagen haben könne (man denke an die monatlichen Ausgaben dafür!) die vollkommene Entrechtung des Arbeiters zu verschleiern. Alle diese Mittel wurden ersonnen und zum Nachteil der Arbeiter auch in die Tat umgesetzt. Dass sie sich nicht selbst finanzieren können, liegt auf der Hand. Es ist im Augenblick nicht bekannt, woher die Mittel hierfür genommen wurden. Ob die Partei sie aus ihren Beiträgen zur Verfügung gestellt hat oder der Reichshaushalt, oder ob Schulden gemacht wurden, oder ob die Organisationsbeiträge der Arbeiterschaft dazu verwendet wurden; das kann nur eine spätere Untersuchung lehren. Festzustellen ist lediglich, dass die Diktatur gewissenlos genug war, dem Arbeiter eine Lebensmöglichkeit vorzugaukeln, die nur sie ihm verschaffen könne, einer Lebensmöglichkeit, deren Verwirklichung selbst einem Mann mit sehr viel höheren Leistungsmöglich-

keiten und daher höheren Einnahmen angesichts seiner Familienverpflichtungen nicht möglidi ist. Die Sozialpolitik der Diktatur hat dem deutschen Arbeiter wesentliche materielle Besserstellungen überhaupt nicht gebracht, im Gegenteil, sie hat ihm bestimmte Beträge wie die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, Zahlungen für den Volkswagen und sonstige Beiträge abgenommen, um mit ihnen Rüstungsarbeiten zu finanzieren. Sie hat ihm endlich jede Möglichkeit geraubt, an der Führung der Sozialpolitik und dem Ausbau der inneren Verwaltung der sozialpolitischen Einrichtungen mitzuwirken.

Abschliessend müssen wir feststellen, dass die Wirtschaftspolitik der Diktatur trotz entscheidender Warnung und trotz klarer entgegengesetzter Vorschläge gerade die im Augenblick, aber auch nur im Augenblick wirksamen Täuschungsmassnahmen ergriffen hat, die mit unentrinnbarer Folgerichtigkeit zur Verengung der Lebensmöglichkeit führen und schliesslich entweder im wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenbruch oder im Kriege enden müssen; dass sie die Allmacht der Generaldirektoren begründet und bei ihnen vielfach Charakterlosigkeit gefördert hat, die sich als höchst verderblich für das Wohl des Volkes erweisen wird; da sie unterlassen hat, den Arbeiter wirtschaftlich zu bilden und ihn zum Spielball immer gigantischer werdender Kapitalzusammenballungen gemacht hat, denen jedes Gegengewicht verantwortlicher Mitwirkung der Kapitalbesitzer und der Arbeiter genommen wurde; dass sie unseren Aussenhandel auf die primitivsten Stufen des Tauschhandels zu Lasten der Lebenshaltung des deutschen Volkes herabdrückte. Auf dem Gebiete der Sozialpolitik wurde die Verantwortung der Arbeiter ausgeschaltet, wurden sachliche Verbesserungen von Bedeutung nicht durchgeführt und vielfach nur Scheinvorteile dem Arbeiter zugewendet, deren Vergänglichkeit sehr bald offenbar wurde, schliesslich Versprechungen (Volkswagen, Wohnungen, KdF) gemacht, die nicht gehalten werden können.

Die Diktatur entwickelt sich auf diesem Gebiete vollkommen folgerichtig. Um die eigene Leistung als erste und einmalige in einer geradezu verblüffenden Naivität herauszustreichen, mussten die Leistungen aller früheren Perioden als erbärmlich hingestellt werden. Das ging so weit, dass selbst die Leistung Karls des Grossen verunglimpft und zu willkommenem Anlass genommen wurde, das Christentum als durch

Gewalt dem deutschen Volke aufgezwungen zu kennzeichnen. Seit Jahren ist die Kritik Karls des Grossen aufgegeben. Denn immerhin liess sich nun einmal nicht leugnen, dass er die Grundlage für das spätere Deutschland geschaffen hatte. Den jüngeren Gestalten unserer Geschichte, Friedrich dem Grossen und Bismarck, musste man von vornherein eine gewisse Achtung zollen. Man fühlte, dass ein Angriff auf diese historischen Persönlichkeiten denn doch zuviel Misstrauen erweckt hätte. Mit Bismarck fand man sich mit einigen Anerkennungen ab, wenngleich er als Vertreter des verfluchten liberalistischen Jahrhunderts eine etwas unheimliche Erscheinung bleibt. Aus Friedrich dem Grossen machte man sich die Figur zurecht, die man brauchte, um gerade die in Preussen auftauchenden Bedenken gegen die Solidität und Ernsthaftigkeit des Nichtpreussen Hitler zu beschwichtigen. Ausserdem glaubte man, mit dieser Figur aussenpolitisch einiges erreichen zu können, weil er ja immerhin der Verbündete Englands gewesen war. Der Tag von Potsdam war daher nicht nur durchsichtige innenpolitische Propaganda, auf alte Soldaten, insbesondere auf den Stahlhelm, Monarchisten und die Gefühle der Frauen abgestellt, sondern sollte auch aussenpolitische Wirkung haben und hat sie gehabt.

### 3. Aussenpolitik und Krieg

Aber allen anderen politischen Schöpfungen der Vergangenheit ging die Aussenpolitik der Diktatur sehr schnell zu Leibe. Mit dem Austritt aus dem Völkerbund im Herbst 1933 wurde praktisch der Vertrag von Locarno erledigt. Die Remilitarisierung der Rheinlande war der nächste Schritt, ihm folgte die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht.

Diese Massnahmen waren die einer offenen, durch nichts verschleierten Absage an das Diktat von Versailles. Sie sind nicht zu beanstanden; sie hätten auch an sich das Verhältnis zur Aussenwelt nicht zu erschüttern brauchen, weil die Welt reif war, die volle Wiederherstellung der deutschen Souveränität zu dulden. Frankreich wurde zwar stutzig und wollte gegen die Remilitarisierung der Rheinlande mit Gewalt einschreiten, England aber versagte sich einem solchen Schritt ganz offenbar, einmal in Fortsetzung seiner gegen eine zu grosse Erstarkung Frankreichs gerichteten Politik, andererseits wohl aber auch, weil es die

Persönlichkeit des Diktators jahrelang vollkommen falsch eingeschätzt hatte. Es folgten diejenigen aussenpolitischen Massnahmen, deren Durchführung sich zwar nicht verheimlichen liess, deren Vorbereitung aber mit allen Mitteln der Unaufrichtigkeit, ja sogar des Betrugs erfolgte. Der Anschluss an Österreich wurde der Weltöffentlichkeit und dem deutschen Volk als ein Zusammenfliessen übereinstimmender Volksmeinungen in Deutschland und Österreich dargestellt. In Wahrheit war jahrelang vorher in Österreich jedes Mittel, auch das des offenen Verbrechens (Ermordung von Dollfuss, Sprengstoffattentate usw.), angewendet worden, um die dem Nationalsozialismus abholde Mehrheit des österreichischen Volkes einzuschüchtern und um der österreichischen Regierung jeden Knüppel, den man finden konnte, zwischen die Beine zu werfen. Indem man vor der Öffentlichkeit mit Österreich einen dauernden Freundschaftsvertrag abschloss, der die Aussenwelt beruhigen und der österreichischen Regierung die Meinung beibringen sollte, dass man Schlimmeres nicht plane, bereitete man mit den eben erwähnten Massnahmen unter Aufwendung ungeheurer Bestechungsgelder, unter Heranziehung der unsaubersten Elemente in Österreich den Putsch von innen und den Einmarsch von aussen vor.

Die Krise um den Reichskriegsminister v. Blomberg Anfang 1938 war für den Diktator der willkommene Anlass, die Entwicklung zu beschleunigen. Die tiefgehende Bewegung, die damals zumindest die Führer der Wehrmacht über das Vorgehen gegen den Oberbefehlshaber des Heeres, Frhrn. v. Fritzsch, erfasst hatte, musste durch einen grossen aussenpolitischen Erfolg übertönt werden. Nun wurde der österreichische Kanzler Schuschnigg unter Druck gesetzt. Er sah klar, stand aber angesichts der Übermacht Deutschlands und der Entschlossenheit des Diktators, angesichts der noch vorhandenen Ohnmacht und falschen Beurteilung der Lage in England und Frankreich vor einer unlösbaren Aufgabe. Ging er in Österreich schroff vor, so hatte er einen von der deutschen Regierung entfesselten Sturm zumindest in Deutschland zu befürchten. Handelte er vorsichtig, so musste er bei den österreichischen Nationalsozialisten den Eindruck der Schwäche erwecken und sie zu neuen Taten ermutigen. Kurzum, was er auch tun mochte, die Wirkungen mussten sich immer gegen ihn kehren. Er wählte die Volksabstimmung, und selbst diese wurde ihm als Illoyalität ausgelegt. In Wahr-

heit ist hier der springende Punkt, bei dem eines Tages die jetzigen Kriegsgegner mit dem Hinweis ansetzen können, *dass die Vereinigung Österreichs mit Deutschland ohne Feststellung des wahren Willens des österreichischen Volkes vor sich gegangen sei.* In diesem Punkt offenbart sich erstmalig die Brüchigkeit einer mit unlauteren Mitteln arbeitenden und auf reinem Zwang beruhenden Aussenpolitik, insbesondere einem Brudervolk gegenüber.

Der Anschluss des Sudetengebietes an Deutschland wurde nach dem Muster des österreichischen Anschlusses, nur mit noch skrupelloseren Mitteln vorbereitet. Die Sudetendeutschen, an und für sich ruhige Leute, wurden nicht nur zu Unbesonnenheiten veranlasst, sondern man täuschte auch durch verkleidete deutsche Agenten tschechische Übergriffe und Provokationen vor. Aber die Aussenwelt war bereits misstrauisch geworden und fing an einzugreifen. Dieses Eingreifen entbehrte indes der Folgerichtigkeit und des einheitlichen Willens. Zunächst lehnte man überhaupt jedes Entgegenkommen in Richtung autonomer Rechte an die Sudetendeutschen ab, dann entsandte man englische Beobachter und Vermittler, die immer weitergehende Erklärungen abgaben, und schliesslich erschien der englische Premierminister Chamberlain, als Hitler mit gewaltsamem Vorgehen drohte, persönlich mehrfach bei dem Diktator und bewog auch die französische Regierung, dem vollen Anschluss zu dem von Hitler verlangten Termin zuzustimmen. Dabei wurde aber die Gelegenheit versäumt, einen wirklichen Frieden zu stabilisieren. Damals hätten England und Frankreich, ohne deutsche Gefühle zu verletzen, den Vorschlag machen können, die an sich notwendige und in sich berechtigte Eingliederung des Sudetengebietes in das Deutsche Reich zu verbinden mit einer vollkommenen Bereinigung aller schwebenden Ansprüche der europäischen Grossmächte untereinander. In unbesonnener Angst vor einem Kriege gab Chamberlain diese Chance aus der Hand und erreichte einen rauschenden, aber schnell verfliegenden Friedenstaumel.

Die englische Öffentlichkeit, zunächst über die Vermeidung des Krieges begeistert, fing mit der ihr eigenen Instinktsicherheit an zu begreifen, dass England unmittelbar vor der schwersten Beeinträchtigung seiner Interessen stehe, wenn das Spiel weiterginge. Das Sturmzeichen ging am Mast hoch. Alles von der Diktatur bisher Erreichte wäre als

ausgezeichnete aussenpolitische Leistung anzusprechen gewesen, wenn man dies Sturmzeichen beachtet hätte. Stattdessen begann man, nachdem die militärische Kraft der Tschechoslowakei gebrochen, die eigene Kampfkraft durch die gewonnenen tschechischen Waffen gestärkt war, die eigene Macht zu überschätzen, die Kräfte und den politischen Willen der Engländer und Franzosen, insbesondere aber der Engländer, zu unterschätzen. Die falsche Einschätzung der Lage durch Hitler führte im März 1939 zur Besetzung der Tschechoslowakei und zur Vernichtung ihrer Selbständigkeit. Nunmehr war auch England gezwungen, den Rubikon zu überschreiten. Es tat dies, indem es den Polen ein feierliches Garantieversprechen gab und damit klar ankündigte, dass jede weitere Gewaltpolitik England zum Kriege entsdilossen finden würde. Aber auch dieser englische Schritt wurde von der Diktaturregierung nicht ernst genommen.

Schon im Frühjahr 1938 war der Entschluss gefasst, die Machtmittel, die man angesammelt zu haben glaubte, wie die vermeintliche Schwäche der andern auszunutzen, um ein deutsches Weltreich zu schaffen. Es sollte aus dem deutschen Kernreich, aus Tirol[17], Elsass-Lothringen und Burgund, aus dem flandrischen Teil Belgiens, aus Skandinavien, den baltischen Randstaaten und der Ukraine bestehen und selbstverständlich das gesamte kontinentale Europa dann zumindest verdeckt beherrschen. Diesen Plan durchzuführen, war man fest entschlossen, trotzdem darauf hingewiesen wurde, dass diese Politik nicht nur zum Kriege, sondern zum Weltkriege führen müsse, trotzdem darauf hingewiesen war, dass insbesondere die Vereinigten Staaten von Nordamerika diesmal von vornherein mit England Zusammengehen würden. Alle diese Warnungen wurden entweder beiseite geworfen oder in ihrer Bedeutung unrichtig eingeschätzt. Der Aussenminister hatte aus London die irrige Überzeugung mitgebracht, England würde nicht nur jeden Krieg scheuen, sondern auch in einem aufgezwungenen Kriege nicht mehr kämpfen; es sei dekadent. Diese Überzeugung hegte man übrigens schon, seitdem England sich den Austritt aus dem Völkerbund, die Remilitarisierung der Rheinlande und die Einführung der Wehrpflicht hatte gefallen lassen. In dieser Überzeugung gab man Frankreich, das im Jahre 1937 zweimal angeboten hatte, sich am polnischen Korridor zu desinteressieren, Deutschland Kolonien wieder zu

verschaffen und mit Deutschland wirtschaftlich zusammenzuarbeiten, wenn man nur einen zuverlässigen Frieden sichern könne, *keine Antwort.* Der deutsche Botschafter in Paris blieb auf seine dringenden Bitten, ihn mit Instruktionen zu versehen, überhaupt ohne jeden Bescheid.

Angesichts dieser Tatsachen erscheinen die Briefwechsel mit Chamberlain im Anschluss an die Münchener Konferenz und die Vereinbarungen mit Frankreich in Paris im November 1938 nur noch als ein Mittel der Einlullung der demnächstigen Kriegsgegner. Man wollte sie täuschen, damit sie so lange wie möglich ihre Rüstung vernachlässigten.

Die Meinungen über die in der Aussenpolitik zulässige Technik sind zu allen Zeitaltern geteilt gewesen. Es sei an Machiavell und seine Gegner erinnert. Man wird auch in diesem Falle sagen müssen, dass die Leichtgläubigkeit Englands und Frankreichs nach allen diesen Warnungen einen gewissen Teil von Verantwortung für den Krieg, der nunmehr kommen musste, trägt. Aber diejenigen, die aus der Geschichte die Lehre entnehmen, dass auf die Dauer nur anständige Aussenpolitik gesicherten Frieden herbeizuführen vermag, erhalten an allen diesen Vorgängen und an der Entwicklung, die sich an sie anknüpft, volle Bestätigung ihrer Auffassung.

Für den letzten Endes nur von neuen Erfolgen lebenden Diktator lag eine solche Einschätzung der Gegenspieler verführerisch nahe. Denn in Frankreich war in dieser Periode eine ausserordentliche Schwäche offenbar geworden. Gott hatte bereits den Wahnsinn von Versailles gerichtet. Der Bumerang war auf den Schützen zurückgeschnellt. Frankreich litt genauso wie Deutschland unter den zersetzenden wirtschaftlichen Wirkungen der Versailler Regelungen; zu spät erkannte es, dass es aus eigener Kraft seine Finanzen würde in Ordnung bringen müssen. Der sonst kluge Ministerpräsident Blum jagte ebenfalls der Illusion nach, dass man lediglich durch Staatsgesetze die Löhne zu erhöhen und die Arbeitszeit zu verringern brauche, um das Los des Arbeiters zu bessern. Die notwendige Lösung, *dass man mehr leisten müsse, wenn man mehr geniessen will,* namentlich da durch den langjährigen Krieg ein grosser Teil des Sparkapitals vernichtet war, wurde einfach für reaktionär oder veraltet erklärt. In den Jahren 1935-1936 wurden diese Experimente in Frankreich ins Leben gerufen; da Frankreich über einen zahlenmässig viel stärkeren Mittelstand ver-

fügte als Deutschland, musste die Undurchführbarkeit im schnellen Verfall des Wirtschaftslebens und der Finanzen in kürzester Frist offenbar werden und wurde es. Daladier und Reynaud hatten nicht genug Zeit, die Finanzen in Ordnung zu bringen und dem Staate wieder Kraft zu verleihen. So gaben sie immer wieder nach und bekräftigten dies bei der Konferenz in München in ungeahnter Weise, trotzdem für Frankreich das Schweigen Hitlers auf die Angebote im Jahre 1937 eine furchtbare Warnung hätte sein müssen.

Noch verführerischer war das englische Verhalten. Richtig hatte der Diktator erkannt, dass England die Unsinnigkeit des Diktates von Versailles längst begriffen hatte und ein genügend starkes Deutschland gegenüber Russland und Frankreich brauchte. Denn Russland, das 1918 ohne jede politische Machtbedeutung war, begann wieder zu Kräften zu kommen und wurde insbesondere wirtschaftlich als Absatzgebiet immer wichtiger. Die Engländer verschätzten aber auch die Person des Diktators. Die rechtsstehenden Kreise, insbesondere die City, sahen in ihm einen erfolgreichen Vernichter der Gewerkschaften und der politischen Arbeiterbewegung, einen höchst willkommenen Vorkämpfer gegen den Bolschewismus. Da der Engländer ausserdem vor jedem Nationalbewusstsein Achtung hat, so hatte Herr Hitler bis zu Lloyd George eine sehr gute Presse in England.

Es ist für unsere spätere aussenpolitische Stellung wichtig festzustellen, dass England nicht nur Frankreich sich versagte, als es gegen die Remilitarisierung der Rheinlande Vorgehen wollte – Hitler hatte bereits den Befehl zum Rückzug der Waffen gegeben –, sondern dass Lord Halifax, damaliger Aussenminister, noch im Herbst 1937 bei einem Besuch in Berlin unzweideutig wissen liess, England würde sich auch für die Tschechoslowakei nicht interessieren, erwarte nur rechtzeitige Unterrichtung von den deutschen Plänen, um die Stimmung in England entsprechend vorbereiten zu können. Als der englische Botschafter Sir Neville Henderson sein Amt in Berlin antrat, erklärte er Anfang 1938 auf einem Essen der Englisch-Deutschen Gesellschaft im Kaiserhof zu Berlin, er hoffe von dem nationalsozialistischen Deutschland viel für sein Vaterland lernen zu können[18]. Kurzum, berechtigte nationale Handlungen des Diktators, die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, die in Erscheinung getretenen Wirkungen des Fleisses, die äussere Zucht ver-

deckten dem Engländer, was in Wahrheit vor sich ging. Das in vielen Engländern seit dem 30. 6. 1934 lebendig gewordene Gewissen, es müsse etwas nicht in Ordnung sein, wurde immer wieder eingeschläfert.

In die gleiche verführerische Richtung wirkte die Haltung Mussolinis. Bis 1933 hatte er die Politik des Zusammenstehens mit England und Frankreich fortgesetzt. Er selbst aber brauchte, da er in seinem Lande ebenfalls nur auf der Grundlage ständig steigender Staatsschulden seine Macht aufrechterhielt und deren Wirtschaft- und währungzersetzende Wirkungen fürchten musste, angesichts der sinkenden Lebenshaltung immer neue Erfolge und wandte sich daher neuen Einflussgebieten zu. Da er hierbei auf englische und französische Interessen stiess wie z.B. in Abessinien (Flankenstellung gegenüber dem Sudan) und Tunis, so brauchte er hierzu eine andere Unterstützung. Das militärisch erstarkende Deutschland schien ihm trotz seiner zweifellos vorhandenen Abneigung gegen den Nebenbuhler der geeignete Partner. Damit sahen England und Frankreich sich eines wichtigen Mitspielers beraubt. Hitler ermutigte Mussolini selbstverständlich zu seinen nationalen Aspirationen nicht deshalb, weil er ein Interesse an einer Erstarkung Italiens hatte, sondern weil es ihm darauf ankam, Italien von England und Frankreich zu lösen. Die nunmehr beginnende Achsenpolitik ist aber weniger ein Erfolg der deutschen Aussenpolitik als eine Folge der notwendigen, auf Prestige angewiesenen Innenpolitik Mussolinis.

Noch im Herbst 1938 hatten England und Frankreich es in der Hand, den Weltkrieg abzuwenden, indem sie das auch objektiv richtige Entgegenkommen in der Sudetenfrage von der Forderung abhängig machten, dass gleichzeitig mit der Überantwortung dieses Gebietes an Deutschland alle Streitpunkte in neu abzufassenden Abmachungen beseitigt werden müssten. Dadurch, dass sie diese Gelegenheit versäumten, ermutigten sie Hitler, den Weltkrieg auszulösen. Vor der Annäherung an Russland schreckten sie, insbesondere England, immer wieder zurück.

Die aussenpolitische Entwicklung dieser Periode beweist ebenso wie die verfassungspolitische Entwicklung, dass es vollkommen unrichtig ist, dem deutschen Volk die Verantwortung für diesen Krieg allein aufbürden zu wollen. Die Verantwortung trifft auch die jetzt mit uns

im Krieg stehenden Mächte; diesmal war ihre Politik ebenso naiv, kurzsichtig und dumm wie die deutsche vor dem Ersten Weltkrieg. Sehr viel schwerer wird freilich aussenpolitisch wiegen, was in diesem Kriege an Verletzungen des Völkerrechts und der Gesetze der Menschlichkeit geschehen ist.

So war durch das skrupellose Vorgehen der deutschen Diktatur einerseits, durch die naive Leichtgläubigkeit unserer jetzigen Kriegsgegner andererseits im Frühjahr 1939 eine aussenpolitische Lage herbeigeführt, bei der jede Unbedachtsamkeit oder auch nur der leiseste Ausbruch bösen Willens zum Kriege führen musste. Trotzdem Hitler nach der Erledigung der sudetendeutschen Angelegenheit erklärt hatte, nun keine territorialen Forderungen mehr in Europa zu haben, eine Erklärung, die für ihn nur ein Mittel der Einlullung war, schritt er unmittelbar nach der Besetzung der Tschechoslowakei zur Lösung der Korridorfrage um jeden Preis. Auch hier hatte er ohne jede Rücksicht auf höhere Gesetze des Anstands darauf verzichtet, nachhaltiges Vertrauen zu begründen. Ihm genügte vorübergehende Einschläferung des Gegners. Seit 1934 wurde das polnische Misstrauen durch Beweise der Schmeichelei gegenüber dem polnischen Geltungsbedürfnis eingeschläfert. Der Marschall Pilsudski wurde auch von der deutschen Diktaturregierung anscheinend mit aller Hochachtung behandelt. Man brach den gesellschaftlichen Boykott, indem man sich zu Jagden und Diners nach Polen einladen liess und dort dauernde Freundschaft versicherte. Man lud polnische Diplomaten nach Deutschland ein und nahm sie gastfrei auf, während man das Schwert schliff. Währenddem wurde ein Freundschaftsvertrag abgeschlossen; Polen nützliche Wirtschaftsverträge folgten. Nachdem man die Tschechoslowakei als Aufmarschgebiet gegen Polen gewonnen hatte, war der Augenblick gekommen, die Maske fallenzulassen. Nunmehr wurde wieder dasselbe Spiel skrupelloser Mittel angewendet. Durch Zwischenfälle wurde zunächst die Unhaltbarkeit der Verhältnisse in Danzig dem deutschen Volke vorgespiegelt. Selbstverständlich waren diese Verhältnisse auf die Dauer angesichts des rein deutschen Charakters der Stadt Danzig nicht tragbar. Es fragt sich nur, ob solche Mittel angewendet werden durften. Man organisierte deutsche Banden, die in polnischer Verkleidung, ja in Uniformen, überall im Grenzgebiet Überfälle verübten, selbst vor der Ermordung

von Deutschen und vor der Inbrandsetzung deutscher Höfe nicht zurückschreckten. Das Feld der Aussenpolitik wurde in ein Theater umgewandelt, die Aussenpolitiker wurden zu Regisseuren. Selbstverständlidi verhandelte man mit Polen weiter, wusste es aber immer so einzurichten, dass der jeweils letzte eigene Vorschlag bei den Polen dies und jenes Bedenken auslöste. Man war von vornherein entschlossen, es zum Kriege kommen zu lassen, spielte aber auf dem Theater die Rolle des zu jedem friedlichen Entgegenkommen Bereiten. Dieses Spiel wurde in letzter Stunde in seiner ganzen Skrupellosigkeit offenbar. Am 31. August 1939 wurde durch England, das den Krieg in seiner weltweiten und für uns unglücklichen Entwicklung vorausgesehen, ein letzter Versuch gemacht, ihn zu verhindern. Auf deutsche Veranlassung wurde durch Vermittlung des englischen Botschafters, der die Erklärung verlangte und erhielt, Hitler sei einverstanden, der polnische Botschafter bewogen, um eine regelnde Aussprache bei dem deutschen Reichsaussenminister nachzusuchen. Als er dies gegen 12.30 Uhr tat, wurde ihm die bezeichnende Antwort gegeben, er möge 17 Uhr wiederkommen. Als er erschien, wurde er nach seinen Vollmachten gefragt, trotzdem durch den englischen Botschafter ausdrücklich vereinbart war, dass Vollmachten nicht verlangt werden sollten, weil sie in der Kürze der Zeit gar nicht zu beschaffen waren. Auf eine entsprechende Antwort des polnischen Botschafters wurde ihm erklärt, dass dann der Reichsaussenminister ihm nichts mehr zu sagen habe[19]. Das war ein ganz offenbarer, wenn auch stümperhafter Versuch, das Verhalten Bismardts vor dem Kriege mit Frankreich 1870 nachzuahmen. Nur war das Verhalten Bismarcks so geschickt, dass 1870 Frankreich den Krieg erklärte und nicht Deutschland wie 1939. Am Abend des 31. August wurde dem deutschen Volk durch Rundfunk mitgeteilt, dass Polen das weitgehende Angebot friedlicher Verständigung mit Deutschland abgelehnt habe. Das war gelogen. Gleichzeitig wurde dem englischen Botschafter dieser angeblich der polnischen Regierung gemachte, ihr aber nie zugegangene Vorschlag in einer solchen Schnelligkeit verlesen, dass der Botschafter einfach unfähig war, ihm zu folgen. Seine Bitte, ihm eine Aufzeichnung dieses deutschen Vorschlags zu überreichen, damit er eine Vermittlung noch versuchen könne, wurde abgelehnt. Wenige Stunden später wurde der Krieg gegen Polen begonnen

und damit die Entwicklung bis zu der Lage eingeleitet, in der wir uns heute befinden.

Es sei ausdrücklich festgestellt, dass die Diktaturregierung seit 1938 mehrfach darauf aufmerksam gemacht war, dass der Beginn eines europäischen Krieges durch sie den sofortigen Eintritt Englands und Frankreichs in den Krieg und deren Unterstützung durch die Vereinigten Staaten von Nordamerika hervorrufen und somit einen zweiten Weltkrieg entfesseln würde, in dem wieder, wie im Ersten Weltkriege, die grosse Überlegenheit auf der anderen Seite stehen würde[20].

Nach der Eroberung Polens erwies sich die Berechnung als falsch, dass England den Krieg nicht wahrhaft führen würde. Vielleicht aus Wut darüber, aber auch in einem sinnlosen ungezügelten Hass auf Polen begannen nun dieselben Machthaber der Diktatur, die im Jahre zuvor mit den polnischen Grafen diniert hatten, einen Ausrottungsfeldzug gegen die polnische Intelligenz, wo immer sie anzutreffen war[21]. Hitler erklärte, dass die Polen auf der Stufe eines unterworfenen Volkes zu halten seien; er versagte für die Polen jede höhere Schulbildung über das 10. Lebensjahr hinaus; sie sollten und müssten so unwissend wie möglich gehalten werden. Aus dem befreiten Korridor vertrieb man innerhalb von 24 Stunden die Polen, die gezwungen wurden, ihre gesamte Habe bis auf etwa 20 Pfund Gepäck je Person zurückzulassen. Man verbot die polnische Sprache in den ehemals deutschen Gebieten, um übrigens vier Jahre später ihre Erlernung den deutschen Grundbesitzern zu empfehlen, damit sie sich mit der Bevölkerung besser verständigen könnten. Man liess jedes Verbrechen gegenüber Polen zu, auch wenn es lediglich von dem Wunsch getragen war, sich in den Besitz polnischer Güter oder sonstigen polnischen Eigentums zu setzen.

Die deutsche Aussenpolitik hielt es für nützlich, noch während des Krieges den Beweis dafür zu liefern, dass Deutsche einem geschlagenen Volk gegenüber jede Ritterlichkeit, jede Betätigung von Soldatentugenden, jedes Gesetz der Menschlichkeit mit Füssen treten würden. Die deutsche Aussenpolitik verschloss die Augen vor den verhängnisvollen Wirkungen solchen Vorgehens auf die Gesamtlage Deutschlands. Über die Ungeheuerlichkeit der planmässig und bestialisch vollzogenen Ausrottung der Juden ist kein Wort zu verlieren; dass aber die morali-

sehen und politischen Wirkungen nicht einmal von der Aussenpolitik in Rechnung gestellt wurden, kann man nur als Wahnsinn bezeichnen.

Um die Jahreswende 1940 konnte die Aussenpolitik des Diktators zwar den Gewinn des Krieges gegen Polen buchen, hatte sich aber genötigt gesehen, noch während des Krieges dem verhassten bolschewistischen Russland nicht nur entgegenzukommen, sondern sogar mit ihm abzuschliessen. Um sich nicht auch diesen Kriegsgegner, zumindest nicht vor der Auseinandersetzung mit den Westmächten, auf den Hals zu laden, überliess man ihm die unglücklichen Baltenstaaten und Litauen sowie den östlichen Teil Polens. Die Deutschen, die standfest noch 1918 im Baltikum ausgeharrt hatten und seit Jahrhunderten Pioniere deutscher Kultur und deutscher Wirtschaft an den Ostgestaden der Ostsee gewesen waren, wurden aufgefordert, das Land unter Zurücklassung des grössten Teils ihrer Habe zu verlassen, und wurden zum grossen Teil in bisher polnischen Gebieten angesiedelt! Ein gleiches geschah mit den in Bessarabien und im Wolgagebiet lebenden Deutschen. So liquidierte die nationalsozialistische Diktatur seit Jahrhunderten gehaltene wichtige deutsche Aussenposten. Dies schon eine Wirkung des entfesselten Krieges.

Hitler bezeichnete im Herbst 1939 den Vertrag mit Russland als für die Dauer bestimmt. Es habe sich herausgestellt, dass die wahren Interessen der beiden Völker auf keinem Gebiet miteinander in Widerspruch stünden. Wir haben auch hier nicht die sachliche Unrichtigkeit einer Äusserung des Diktators zu beanstanden, sondern die Skrupellosigkeit festzustellen, mit der er diese Meinung bekundete, während er bereits entschlossen war, seinen seit anderthalb Jahrzehnten verkündeten Kampf gegen den russischen Bolschewismus in einen Krieg ausmünden zu lassen. Um den Schein aufrechtzuerhalten, wurde selbst Finnland in diesem Augenblick bedenkenlos geopfert. Man mutete dem finnischen Volk einen Kampf um seinen Bestand zu, ohne ihm Unterstützung zu gewähren; ja man betrachtete es als eine günstige Gelegenheit festzustellen, was die Russen militärisch leisten könnten!

Objektiv betrachtet, stand die deutsche Aussenpolitik Ende 1939 vor der Möglichkeit, den Krieg ohne weitere militärische Massnahme als reinen Wirtschaftskrieg fortlaufen zu lassen, bis schliesslich im Laufe der Zeit die Welt seiner überdrüssig werden würde, ohne die deutsche

Wehrmacht wieder aktiv einzusetzen. Wenn man sich ausschliesslich darauf beschränkt hätte, die deutsche Luftwaffe auf allergrösste Stärke zu bringen, dann wäre vielleicht eine Möglichkeit aufgetaucht, schliesslich doch zunächst Frankreich aus dem Kriege durch Verhandlung herauszubringen und so schliesslich luftüberlegen mit England kämpfen zu können[22].

In Wahrheit war man aber von vornherein – wie gesagt, seit Frühjahr 1938 – entschlossen, Eoberungskriege zu führen, um ein wahnwitziges Machtziel zu erreichen und das deutsche Volk nicht zum Nachdenken kommen zu lassen. Es ergab sich von selbst, dass bei solcher Einstellung im Frühjahr 1940 der Kampf im Westen eröffnet werden musste. Die Erfahrungen des Jahres 1914 nicht achtend, trug man keine Bedenken, die Neutralität Belgiens und Hollands zu überrennen. Es liegen bündige Beweise dafür vor, dass die belgische und holländische Regierung alles getan haben, um jeden Vorwand zur Verletzung ihrer Neutralität auszuschalten. Angesichts der Skrupellosigkeit der deutschen Aussenpolitik halfen ihnen diese Bemühungen nichts. Es wurden nunmehr gefälschte Urkunden veröffentlicht, durch die bewiesen werden sollte, dass Belgien und Holland zum Kriege gegen Deutschland entschlossen seien. Diese «vielleicht» für die Zukunft nicht zu verantwortende Massnahme schob man aber dem Oberkommando der Wehrmacht zu, dessen leitende Persönlichkeiten sie auch, vielleicht sogar stolz auf den ihnen eingeräumten Auftrag, übernahmen und den bestellten Bericht erstatteten. Den nordischen Staaten gegenüber war man weniger wählerisch. Sie stellte man einfach vor vollendete Tatsachen. Unter dem Vorwand der Sicherung der deutschen Nordflanke, unter dem Hinweis, dass gleichartige englische Unternehmungen bevorständen, besetzte man Dänemark und Norwegen «zu ihrem Schutz». Schweden entzog sich geschickt der Einbeziehung in den Krieg, indem es zu Anfang seine Bahnen für gewisse militärische Transporte zur Verfügung stellte, ausserdem durchblicken liess, dass für die Versorgung Deutschlands mit mancherlei Waren die Neutralität Schwedens von ausserordentlicher Bedeutung sei.

Nach der Kapitulation Frankreichs im Jahre 1940 ergab sich eine einzigartige Gelegenheit zu einem durch Grosszügigkeit dauerhaft gemachten Frieden mit Frankreich. Damals war Frankreich offenbar für

jedes Zeichen edelsinnigen Entgegenkommens aufnahmefähig, und auch für Elsass-Lothringen hätte sich eine Regelung finden lassen, durch die den beiderseitigen Interessen Rechnung getragen wurde. Ja damals wäre vielleicht in Frankreich ein Verbündeter zu gewinnen gewesen. Aber die oben dargestellte, seit Mai 1938 beschlossene fanatische Masslosigkeit der Aussenpolitik des Diktators hat an einen solchen Ausgleich nur dem Namen nach gedacht. In Wirklichkeit stand ihm nicht nur jene Masslosigkeit entgegen, sondern auch die vollkommene Unfähigkeit der deutschen Aussenpolitik, in der Diktaturzeit sich in die Seele und in die Interessen anderer Menschen und anderer Völker auch nur ahnungsweise hineinzudenken. So erhellt an diesem Beispiel der Behandlung Frankreichs der Widerspruch zwischen Wort, Gesinnung und Tat, der so bizarr ist, dass es kaum möglich scheint, ihn mit den Kräften des Verstandes zu fassen, dass sich vielmehr immer wieder Fragen aufdrängen, die nur von einem Psychiater beantwortet werden können.

Der Diktator zog es vor, im Wald vom Compi&gne in demselben Waggon, in dem die deutsche Abordnung 1918 die furchtbaren Waffenstillstandsbedingungen in Empfang genommen hatte, über die geschlagenen Franzosen und seine Heerführer zu triumphieren. Nicht genug mit dieser gänzlich überflüssigen, der Ruhm- und Vergeltungssucht des Augenblicks entsprossenen unbesonnenen Geste, schritt man auch zu Plänen, um Frankreich in seine Bestandteile zu zerlegen. Das ganze französische Gebiet nördlich der Somme und östlich einer Linie Reims-Genf sollte in irgendeiner Form von Frankreich losgelöst und zum grossen Teil zu Deutschland geschlagen werden. Die Erörterung dieser Pläne musste schliesslich den Franzosen vollendete Klarheit darüber verschaffen, welchem Geschick sie entgegengingen, wenn Deutschland den Endsieg davontragen würde. Von diesem Augenblick an musste Frankreich, was immer es auch nach aussen tun würde, der bis zum Ende erbitterte Feind des Diktatur-Deutschland werden. Es ist nicht anzunehmen, dass andere Gefühle die Brust Pétains erfüllen. *Jetzt*, nach vier Jahren, konnte Pétain erstmalig wieder Paris besuchen, von den Parisern mit begeisterten Ovationen begrüsst[23]. Ein verhängnisvoller Irrtum anzunehmen, dieser Besuch sei eine versöhnende Geste gegenüber Deutschland! Die Skrupellosigkeit der Aussenpolitik der

Diktatur hat nur die andere Seite ermutigt, ihre wahren Gedanken gleich skrupellos zu verbergen.

Nach dem Zusammenbruch Frankreichs versuchte die deutsche Aussenpolitik, die Wehrmacht der Niederwerfung Englands nutzbar zu machen. Der totale Misserfolg dieses mit unvollkommenen Mitteln unternommenen Versuchs, die zum Teil ins Lächerliche gehenden Vorbereitungen für eine Landung in England sind bekannt[24]. Anfang 1941 war offenbar, dass es nicht möglich sei, England zum Frieden zu zwingen, auch nicht mit den wüstesten Drohungen.

Von nun an hätte der deutschen Aussenpolitik nach den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges höchste Vorsicht grösstes Gesetz sein müssen. In Wirklichkeit setzt sie die Politik der Masslosigkeit fort[25]. Sie handelt mit einer Willkür ohnegleichen. An der Jahreswende 1940/41 hatte Molotow durchaus erörterbare Verständigungsvorschläge Russlands überbracht. England hatte sich selbst in seiner bedrohten Lage nicht verstanden, Russland irgendwelche Zugeständnisse zu machen, insbesondere jedes Entgegenkommen in Bezug auf Meerenge von Konstantinopel und baltische Staaten abgelehnt, *ln diesem Verhalten leuchtet die Zähigkeit und Vorsicht der englischen Politik, ihre Kunst, die Dinge durch die in ihnen wirkenden Kräfte sich organisch entwickeln zu lassen, bis ein Optimum für das eigene Einschreiten erreicht ist,* aufs klarste hervor. Die Diktatur aber bricht sinnlos die 1939 gewonnene Politik der Verständigung mit Russland ab, trotzdem die Sachverständigen nicht nur beschwören, das Entgegenkommen Stalins auszunutzen, Getreide, Erze, Petroleum, Wolle und Baumwolle zu nehmen und sich in Russland nicht einen neuen Gegner zu schaffen, sondern auch warnen, die Kräfte Russlands zu unterschätzen. /4»s *der Unberechenbarkeit und Masslosigkeit leuchtet das der Diktatur innewohnende Gesetz ebenso klar hervor: Sie braucht sichtbare neue Erfolge, um über tote Punkte der vom Gesetz geschaffenen politischen Lage hinwegzukommen.*

Im Juli 1941 wird der Krieg mit Russland mit brutalem Überfall eröffnet. Er führt zur schnellen Eroberung der Gebiete, die man für ein grossdeutsches Weltreich besitzen zu müssen glaubte. Ziel war, in sich schon überspannt, Weissrussland und die Ukraine von Russland zu trennen und den deutschen Machtgebieten anzugliedern. Ziel war ferner,

den russischen Bolschewismus auszurotten. Dazu hätte man unter allen Umständen und vor allem andern alles, aber auch alles versuchen müssen, um die 40 Millionen Menschen, die in diesen Gebieten sitzen, für Deutschland zu gewinnen, so dass sie die deutsche Herrschaft als Befreiung von der schlimmeren russischen ansahen. *Geschehen ist das Gegenteil.* Man hat nicht nur auf die gleiche bestialische Weise wie vorher die deutschen und russischen Juden ausgerottet, man ist auch gegen die russische Bevölkerung selbst mit brutalster Rücksichtslosigkeit, mit Ausplünderung, mit Terror, mit Zwangseinziehung zur Arbeit in Deutschland vorgegangen. Man hat weisse Menschen ähnlich zu Sklavenmärkten zusammengetrieben wie vor hundert Jahren die Neger in Afrika! Auch hier hat man nicht die weltweite Wirkung auf das leichtfertig begonnene Ringen in Rechnung gestellt.

Der Diktator hat nie Augenmass besessen. Er benutzte die scheinbare militärisdie Überlegenheit, um in den immer breiter werdenden russischen Raum und sogar nodi in den russischen Winter hineinzurennen. Was sich weiter bis zum heutigen Tage im Osten an Tragödien vollzogen hat, braucht nicht näher ausgeführt zu werden. Die Selbstvergottung des Diktators, der ein nie dagewesenes Feldherrngenie verkörpern will, hat mit Aussenpolitik und überlegter Kriegführung überhaupt nichts mehr zu tun[26]. Geringste Überlegung hätte ergeben müssen, dass in Russland niemals England, der entscheidende Kriegsgegner, hätte getroffen werden können. Nur Phantasten konnten annehmen, dass man auf dem schmalen, durch den Kaukasus verschlossenen Rücken zwischen Schwarzem und Kaspischem Meer, durch Persien hindurch, einen erfolgreichen Feldzug gegen Indien unternehmen könne. Kriegführung und Aussenpolitik wandern in das Reich der Groteske. Einem Sinn nachzuspüren, ist nicht mehr möglich, weil jeder Sinn des Tuns von vornherein ausgeschaltet ist. Seit Stalingrad «führt» Hitler von Niederlage zu Niederlage.

Diese Feststellung in Bezug auf Führung des Krieges ist in dieser der Aussenpolitik der Diktaturregierung in Deutschland gewidmeten Betrachtung unentbehrlich, weil ja im Diktator sich die gesamte Leitung der Politik vereint und er sich nicht nur als einziger Staatsmann, sondern auch als «grösster Feldherr» bezeichnet. Somit ist jede militärische Operation dieser Diktaturperiode gleichzeitig eine aussenpolitische

Handlung. Parallel mit den verfehlten Offensiven in Russland, die, ob 1941, 1942 oder 1943, stets mit unzulänglichen Kräften in zu weite Räume und zu grosse Ziele gingen, läuft die Kriegführung in Afrika und später in Italien. Im Jahre 1941 entschloss sich Hitler, Truppen nach Afrika zu schicken. Die bisherigen Erfahrungen europäischer Kriegführung dort hätten eine Warnung sein müssen. Europäische Truppen, insbesondere aus gemässigtem Klima, brauchen in Afrika eine sehr lange Zeit der Gewöhnung an das total veränderte Klima. Jeder Europäer im italienschen Tripolitanien musste jedes Jahr mehrere Wochen nach Europa, um dem Afrikafieber zu entgehen. So musste man mit einem grossen Abgang an Menschen, mit der Notwendigkeit häufigen Ersatzes ebenso rechnen wie mit den besonderen Anforderungen, die Klima und Wüste an Waffen und Material stellen. Im Kriege ein solches Unternehmen zu mobilisieren, war von vornherein nur als gewissenlose Leichtfertigkeit zu bezeichnen. Soweit bekannt, haben ernsthafte Teile des Generalstabs das Unternehmen abgelehnt, Hitler aber entschloss sich dazu, weil er glaubte, ohne eine Unterstützung in Afrika Mussolini nicht bei der Stange halten, und weil er sich der Illusion hingab, aus Afrika heraus den Suezkanal angreifen zu können! Auch träumte er damals wohl von der grossen Zange Tripolitanien-Kaukasus. Eine exakte Berechnung, was das Wirksamwerden dieser Zange kostete, welche Vorbereitungen und in welchem Umfang nötig gewesen wären, wurde nicht unternommen. So war auch das Afrikaunternehmen von vornherein zum Scheitern verurteilt. Kenner liessen sich durch die vorübergehenden Erfolge, die bis über die ägyptische Grenze führten, nicht täuschen. Der aussenpolitische Rückschlag, den das Scheitern der afrikanischen Unternehmung im Frühjahr 1943 verursachte (Eindruck auf Neutrale und Verbündete, Stärkung des Selbstgefühls der Angelsachsen) ist nicht zu unterschätzen; die französische Freiheitsbewegung hat dadurch einen neuen Antrieb gewonnen.

Richtige Aussenpolitik und Kriegführung hätten spätestens nach der Landung der Amerikaner und Engländer (im November 1942; gleichzeitig Stalingrad) verlangt, sofort die in Afrika stehenden deutschen Divisionen, deren Schicksal klar besiegelt war, herauszuziehen, um spätestens nach der Niederlage von Stalingrad *unter Aufgabe Italiens* mit den so ersparten Kräften eine starke Alpenstellung zu beziehen.

Aber die Aussenpolitik eines auf Tageserfolg angewiesenen Diktators ist offenbar grosszügiger Verzichte nicht fähig. So wurden in Afrika und Italien Hunderttausende bestausgebildeter deutscher Soldaten mit dem einen einzigen Nutzen geopfert, *dass Zeit verstrich* – von einem Gewinn an Zeit kann man nicht sprechen denn die Verzettelung der deutschen Kräfte war ein unschätzbarer Gewinn für die andere Seite!

Nachdem sich Anfang 1941 herausgestellt hatte, dass England aus der Luft nicht zu bekämpfen und eine Landung mangels der erforderlichen Seestreitkräfte nicht möglich sei, griff der Diktator zu zwei weiteren Ausflüchten: Einmal wiederholte er den Versuch des vorigen Weltkrieges, die englischen Überseeverbindungen durch rücksichtslosen U-Boot-Krieg abzuschneiden. Er übersah dabei, wie die Erfahrungen ganz eindeutig gelehrt haben, dass eine U-Boot-Kriegführung ohne Rückhalt an einer starken Hochseeflotte immer an sich schon fragwürdig ist, in diesem Weltkrieg aber vollends zu Ergebnislosigkeit verurteilt war, nachdem sich inzwischen das weitfliegende Flugzeug als neuer Feind des U-Bootes entwickelt hatte. Dem kühlen Berechner durfte so nicht entgehen, dass auch dieses Mittel versagen musste. Unverständlich, unverantwortlich und gewissenlos scheint auf dem Gebiete der Seekriegführung nicht nur die Aufopferung von Material, Arbeitskraft und Menschenleben im U-Boot-Krieg, sondern auch die fast zielsichere Vernichtung blühender Menschenleben, wie die Entsendung der Bismarck, die man als Schlachtschiff einsam auf dem Ozean fahren liess!

Der zweite Hilfsweg ging auf die Gewinnung neuer Bundesgenossen hin. Man verstärkte die Bemühungen, Japan zum Eintritt in den Krieg zu gewinnen, und benutzte die Bindung der russischen Streitkräfte im Westen, um die ebenfalls verzweifelte Militärdiktatur in Japan in eine letzte Illusion zu jagen. Gewiss hat Japan grosse Anfangserfolge erzielt. Aber die deutsche Aussenpolitik musste wissen, dass der Eintritt Japans in den Krieg den sicheren Eintritt Nordamerikas in die Kampfhandlungen bedeutete und dass in kurzer Zeit die USA alle Staaten des amerikanischen Kontinents aus ihrer Neutralität gegenüber Deutschland herausbringen würden. Die deutsche Aussenpolitik musste sich ferner sagen, dass die Japaner sich bisher stets als klügste Vertreter nur der eigenen Interessen betätigt haben und dass daher von ihren Kampfhandlungen gegen die angelsächsischen Weltmächte nur mittelbare und

bei dem Kräfteverhältnis nur vorübergehende Entlastungen auf dem europäischen Kriegsschauplatz zu erwarten waren. Die Aussenpolitik des Diktators rechnete wieder einmal nicht. Sie gewann einen rein egoistischen Bundesgenossen, von dem man wusste, dass er nur seinen eigenen Krieg führen würde, und verschaffte sich einen neuen Kriegsgegner, dessen Kraft der des neuen Bundesgenossen mehrfach überlegen war. Man wird auch hier vergeblich nach einer verstandesgemässen Erklärung suchen. Die Gier, die eigene Macht zu erhalten und dem Volke die Möglichkeit eines Gewinns des Krieges vorzutäuschen, hat es offenbar zu vernünftigen Überlegungen gar nicht kommen lassen. Eine Bremse, die durch ein sittliches Verantwortungsbewusstsein, durch Bindung an moralische Grundsätze wirksam geworden wäre, war nicht vorhanden.

Dieselbe Verachtung aller Warnungen des Verstandes, aller sittlichen Hemmungen sprach aus der Behandlung der sogenannten Verbündeten, der Neutralen, der besetzten Gebiete. Es wird sich erweisen, dass die Bündnisse im Zurzeit durch Bestechung und Korruption gewonnen sind, zu einem kleinen Teil auch auf falscher Einschätzung der Person des Diktators und der deutschen Kräfte durch die Regierungen der verbündeten Staaten (Rumänien, Ungarn, Finnland) beruhten. Je grösser der Bedarf an Rüstungsgütern, aber auch an Bedarfsgütern für die Zivilbevölkerung wurde, um so rücksichtsloser wurden die Verbündeten an das deutsche Wirtschafts- und Finanzsystem gefesselt. Sie wurden somit in die Inflation getrieben und der Verödung ihrer Märkte ausgeliefert. Immer mehr Waren mussten sie liefern, ohne Gegenleistungen zu erhalten.

In den besetzten Gebieten wurde dieses System der wirtschaftlichen Aussaugung mit allen Mitteln rücksichtslos betrieben. Es wird sich als eine ungeheure Kurzsichtigkeit nicht nur der Aussenpolitik, sondern auch einzelner Teile der deutschen Wirtschaft erweisen, dass die letztere sich an dieser Ausräubung wehrloser Menschen und ihrer Wirtschaft vielfach beteiligt hat. Man kann heute feststellen, dass alle besetzten Gebiete, vielleicht mit Ausnahme von Dänemark, jedenfalls aber Frankreich, Belgien, Holland und der Balkan, wirtschaftlich ruiniert sind. Das Schlimmste ist, dass nicht einmal der Versuch gemacht wurde, wenigstens in Form des Privatrechts mit den Behörden und den wirtschaftlichen Faktoren der besetzten Gebiete zu verhandeln.

Aussenpolitisch wichtig ist, dass es der Schweiz, Schweden und der Türkei durch eigene Willenskraft, durch tatkräftige Hochrüstung und durch entschlossene Haltung ihrer Völker gelungen ist, neutral zu bleiben. Dazu hat auch ihr Geschick, zwischen den beiden kriegführenden Parteien zu lavieren, einen grossen Teil beigetragen. Die Stimmung aber auch dieser Gebiete ist ebenso wie die in den besetzten Gebieten und in den verbündeten Staaten im Allgemeinen die des Hasses gegen Deutschland. Vielleicht ist dieser Hass in den letzten Monaten ein wenig gemildert durch die furchtbaren Zerstörungen, die die feindlichen Luftangriffe in Deutschland angerichtet haben, durch das Nahen eines russisch-bolschewistischen Sieges und durch die ungeschickten Härten, mit denen England und Amerika gegen die Neutralen Vorgehen. Diese leichte Minderung der Hassgefühle ist im Zurzeit darauf zurückzuführen, dass die neutralen Staaten die Vorherrschaft einer Grossmacht in Europa fürchten und dass ihr wahres Interesse im europäischen Gleichgewicht liegt. Es ist wichtig, dass sich diese tatsächliche Interessenlage auch in diesem Kriege wirksam erweist.

Die Aussenpolitik des Diktators gestattet also nunmehr, die vorher gestellte Frage zu beantworten, ob die Politik eines Staates skrupellos jedes Mittel benutzen darf, um seine Interessen zu verfolgen. Man wird nicht verkennen dürfen, dass in der Vergangenheit Gewaltpolitik diesem oder jenem Staat Dauervorteile verschafft hat. Das beste Beispiel dafür ist England selbst. Die Eroberungen von Indien, die Eroberung von Kanada, insbesondere von Französisch-Kanada und zu Beginn dieses Jahrhunderts die Vernichtung der Burenrepubliken, sind unbestreitbare Beweise für Gewaltpolitik. Aber dass diese Gewaltpolitik schliesslich Erfolg hatte, ist nicht auf sie selbst zurückzuführen, sondern der Tatsadie zuzuschreiben, dass England wie in seiner inneren Verfassung, so auch in dieser Aussenpolitik verstanden hat, der geistigen und seelischen Entwicklung der Menschheit Rechnung zu tragen. Denn man darf nicht übersehen, dass die Engländer ein Jahrzehnt nach der Vernichtung der Burenrepubliken alle ihre südafrikanischen Besitzungen zu einer Union vereinigt haben, dass sie dadurch eine den wirtschaftlichen Lebensinteressen der Südafrikaner dienende Grossraumbildung schufen und dass sie dieser südafrikanischen Union das Geschenk der Selbständigkeit im Rahmen des britischen Empire in die

Wiege legten. *Dieses Vertrauen war kühn, aber es hat sich gelohnt.* Man darf nicht verkennen, dass Kanada längst den Status eines selbständigen Dominion erhalten hat und dass seit zwei Jahrzehnten die Verfassung Indiens immer selbständiger gestaltet wurde. Wenn Indien noch nicht die Stellung eines Dominion hat, so wissen die Inder selbst sehr wohl, dass die Engländer hieran nicht schuld sind, und dass die Verantwortung hierfür in den Gegensätzen liegt, die in Indien selbst herrschen. Der Gewaltpolitik, mit der Indien einst erobert worden ist, steht also die ausserordentliche Anpassungsfähigkeit der englischen Politik an die wahren Interessen eroberter Gebiete und an die Entwicklung gegenüber. Man wird also trotz dieser Beispiele für erfolgreiche Machtpolitik, die England liefert, die oben gestellte Frage jedenfalls für uns verneinen müssen. Machtpolitik widerspricht heute einem in der Welt so allgemein verbreiteten Rechtsbewusstsein wie dem im 19. Jahrhundert so stark entwickelten Selbständigkeitswillen der Nationen, dass schon aus diesen Gründen ihr mehr Widerstände als Erfolge beschieden sein müssen. Das letzte Beispiel dafür, dass Machtpolitik zur Ergebnislosigkeit verurteilt ist, liefern wir selbst in unserer Entwicklung gegenüber dem Diktat von Versailles. Die Gründe hierfür liegen einmal in der Verbreiterung, wenn auch Verflachung des christlich-religiösen Bewusstseins, zum andern hat die fortschreitende Beherrschung der Naturgesetze und Naturkräfte, die sich in der Entwicklung der Technik ausprägte, zur Erkenntnis geführt, dass eine nützliche Anwendung dieser Mittel nur möglich ist, wenn die Menschen die Güter, die sie unter den günstigsten Bedingungen mit den geringsten Kräften zu erzeugen imstande sind, ungehindert miteinander tauschen können. Dazu gehört, dass entweder *eine* Macht die ganze Welt beherrscht und dann in diese Welt eine Rechtsordnung setzt, die jeder anerkennt und die jedem das Vertrauen einflösst, das er zu hinreichender wirtschaftlicher Arbeit braucht – eine ganz offenbare Utopie wenigstens für absehbare Zeit –, oder dass die verschiedenen Mächte, die sich im Laufe der Geschichte heraufentwickelt haben, untereinander jene Ordnung einhalten, ohne die auf weite Entfernungen und über grössere Zeiträume hinweg Wirtschaft nicht getrieben werden kann.

Zu jeder Ordnung gehört die Betätigung des guten Willens, die Ordnung auch wirklich halten zu wollen. Sie setzt voraus, dass bestimmte

moralische Grundsätze oder wenigstens Spielregeln von allen als solche anerkannt werden, ohne deren Beachtung jener Wille nicht offenbart werden kann. Der primitivste Grundsatz ist aber der, dass jeder – zumindest vertraulich – seine Worte mit seinen Gedanken in Übereinstimmung bringt und nicht Worte wählt, um andern Illusionen beizubringen, während man sich selbst vorbehält, genau das Gegenteil von dem zu tun, von dem man den andern überzeugt hat. Hat man einmal diese Notwendigkeit erkannt, so ergeben sich alle weiteren Grundsätze von selbst. Man kann nicht, ohne das Wesen des Menschen in sein Gegenteil zu verkehren, das Böse zum Gegenstand der Willensbetätigung *grundsätzlich* erheben, weil man ja dann wieder die Offenbarung des guten Willens vollkommen ausschliesst. Man muss also, wenn Menschen überhaupt friedlich Zusammenleben und ihre Interessen ausgleichen wollen, auch den aussenpolitischen Handlungen sittlich unangreifbare Grundlagen sichern. Die Skrupellosigkeit der deutschen Aussenpolitik musste also von vornherein ihre Anfangserfolge in endgültigen Misserfolg verkehren. Diese Verletzung aller guten und edlen Grundsätze, wie sie uns das Bessere im Menschen als unabdingbar lehren, muss darüber hinaus zu einem furchtbaren Unglück für uns ausarten, um so mehr, als es den bisher unbefleckten Ruf des deutschen Wesens fast zu vernichten droht. *Es wird äusserster Anstrengung bedürfen, wir werden tatkräftige Beweise für das wahre, bessere Wesen der Deutschen geben müssen, um diese vernichtende Wirkung allmählich aufzuheben.*

Um so wichtiger ist aber auch hier die Feststellung, dass die Gegner nicht ganz unbeteiligt an dieser Entwicklung sind. Sie haben ebenfalls wahrheitswidrig im Ersten Weltkriege zur Entfachung der eigenen Leidenschaften der Welt ein falsches Bild vom deutschen Wesen vorgemalt und mit dem beleidigenden Wort «boches» Greueltaten aller Art uns angedichtet, so dass sie sich nickt wundern können, dass die Lüge wucherte. Sie haben im Diktat von Versailles, insbesondere in ihrem Verhalten den deutschen Unterhändlern gegenüber, sich so unedel und unmenschlick benommen, dass sie nicht als Richter über das deutsche Wesen anerkannt werden können. Sie haben gegen schon halb verhungerte Frauen und Kinder noch mehr als ein Jahr lang die Blockade fortgesetzt, ohne dass irgendein anderer Grund für die Verlängerung

vorlag als der Wille, Deutschland zu jeder Unterwerfung zu nötigen. Sie haben im Diktat von Versailles weit in deutsches Privatrecht eingegriffen und damit einen bis dahin geheiligten Grundsatz des Völkerrechts verletzt; insbesondere die Franzosen, haben bis 1923 eine aufs äusserste zugespitzte Erpresserpolitik uns gegenüber in Bewegung gesetzt, sie haben also, und zwar gerade in der deutschen Jugend, die Vorstellung mit grossgezogen, *dass Macht vor Recht geht* und durch ihre verächtliche Behandlung des deutschen Volkes ihrerseits Hass gesät. *Kurzum, sie haben die Büchse der Pandora geöffnet, Hitler hat ihren Inhalt bis auf den letzten Rest über die Menschheit ausgeschüttet.*

Das wurde ihm aber wiederum wesentlich dadurch erleichtert, dass, wie oben dargelegt, England, Frankreich, insbesondere aber England, den Steigbügel und das Pferd so lange gehalten haben, *bis er fest im Sattel sass.* Sie haben dies getan, trotzdem sie über die wahre Natur des Diktators und seine wahren Ziele rechtzeitig objektiv unterrichtet waren und trotzdem ihnen durchführbare Leistungen angeraten waren, mit deren Hilfe es möglich gewesen wäre, diesen Weltkrieg zu vermeiden, *jedenfalls im deutschen Volk rechtzeitig die erforderlichen Gegenkräfte auszulösen.* Erleichtert wurde Hitler diese alle menschlichen Bindungen und sittlichen Grundsätze, jedes Interesse eines andern verachtende Aussenpolitik aber dadurch, dass überall in der Welt *eine unverkennbare Entwicklung zur Illusion* Raum gewonnen hatte. Wohin man vor diesem Kriege auch kam, man begegnete überall der Vorstellung, dass die moderne Technik doch ein besseres Leben unter geringeren Anstrengungen ermöglichen müsse, als es unsere Väter gewöhnt waren. Das ist an und für sich richtig. Man vergass dabei nur, dass dieselben Menschen, die den technischen Fortschritt geschaffen haben und schaffen, *auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet alles getan haben, um die Ausnutzung der technischen Entwicklung zu unterbinden.* Man übersah ferner überall, dass die Menschheit immer, welches auch der Stand der Technik sein möge, ebenso wie in der Technik selbst, so auch in der Finanz- und Wirtschaffspolitik, an unveränderliche Gesetze der Natur gebunden bleibt. Man übersah endlich, dass der vorige Weltkrieg allen Völkern grosse Teile ihres Vermögens genommen hatte, die nun fehlten, und die erst wieder neu erarbeitet werden mussten. *Überall in der Welt der gleiche Schrei nach*

*der Hilfe des Staates,* den Menschen, die die Dinge nicht bis zu Ende denken können oder wollen, für fähig halten, das zu tun, was die Summe der Bürger nicht kann. Und deshalb begegnete die Politik Hitlers in ihren täuschenden Erfolgen (Beseitigung der Arbeitslosigkeit, äussere Disziplin, Volksfeste) nicht nur einem allseitigen Interesse der ganzen Welt, sondern vielfach auch der Bewunderung. Praktisch machte Roosevelt in USA das gleiche, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen wie Hitler. Es sei daran erinnert, dass in England unter Hinweis auf die deutsche Reichsautobahn stürmisch ähnliche grosszügige Bauten auch für England gefordert wurden. Dass diese Bahnen auf Schulden aufgebaut sind, die das deutsche Volk sehr belasten, dass es auf die Dauer wirtschaftlich unverantwortlich ist, den auf selbständigen Ertrag angewiesenen Eisenbahnen gegenüber das neuartige Verkehrsmittel des Kraftwagens auf Kosten der Steuer zu bevorzugen, das wurde von den Interessenten als veraltet kritisiert und verworfen. Heute sind alle diese Schleier gefallen.

Wir haben also festzustellen, dass an der Fehlentwicklung der deutschen Aussenpolitik und an diesem Kriege auch eine gemessene Verantwortung auf der Seite unserer jetzigen Kriegsgegner liegt, da sie die Herrschaft der Diktatur in Deutschland gefestigt haben.

Wenn wir also anerkannt haben, dass es not tut, auch in der Aussenpolitik bestimmte sittliche Grundsätze zu achten, so müssen wir auch klar darüber sein, dass es sich hier nicht um eine von uns Deutschen, sondern auch von den andern zu erfüllende Forderung handelt. Ja mehr. Die Menschheit ist gerade durch die ihr ermöglichte und von ihr errungene Beherrschung der Natur heute vor die entscheidende Frage in ihrer Geschichte gestellt, ob sie die Folgerungen daraus ziehen will, dass sich durch diese Beherrschung z.B. Amerikaner und Deutsche nähergerückt sind als vor hundertfünfzig Jahren noch Berliner und Frankfurter. Entweder werden die Folgen durch einen Akt, den nur Einsicht und Charakter vollbringen können, anerkannt, und bekennen sich *alle zu einer auf sittliche Grundsätze auf gebauten internationalen Ordnung* oder auch dieser Weltkrieg war nur *eine* in einer Reihe von blutigen Auseinandersetzungen, die schliesslich zu einer Vernichtung aller die Welt überziehenden technischen Errungenschaften und jeder höheren Kultur führen müssten. Dies Bild ist nicht zu schwarz gemalt,

denn in der Geschichte der Menschheit sind bisher Kulturen immer wieder im Abstand von Jahrtausenden untergegangen. Die Hoffnung, einen neuen, viel umfassenderen Untergang menschlichen Fortschritts zu vermeiden, ist aber keine Utopie. Es gibt heute dank der Möglichkeit, das gesprochene Wort, den gedachten Gedanken über den ganzen Erdball zu verbreiten, die Möglichkeit, diese technische Entwicklung in den Dienst des guten Willens zu stellen.

Wir sehen, zu welchen erschütternden Wirkungen eine nicht kontrollierte, insbesondere diktatorische Politik führen kann. Wir sehen, dass sie der Willkür und Skrupellosigkeit verfällt und so schliesslich eine ganze Welt in den Krieg reissen und ihre Kultur der Vernichtung naheführen kann. Wir lernen daraus, wie wohltätig und notwendig eine geordnete Kontrolle durch die öffentliche Meinung ist, wie unerlässlich hohe sittliche Ziele sind, um Zweck und Art der Politik vor Entartungen zu bewahren. Die entscheidende Lehre dieser Betrachtung ist: *die Politik, die das Glück und das Wohl der Völker zum Ziele sich setzt, muss auf die christlichen Grundsätze der Wahrhaftigkeit, der Menschlichkeit und der Hilfsbereitschaft auf gebaut sein, letztlich auf den Grundsatz, dass man einem andern nicht antun darf, was man selbst nicht erdulden will.*

Da die Aussenpolitik der Diktaturperiode diesen Grundsatz überhaupt nicht kannte, geschweige denn anwandte, konnte sie auch die positiven Möglichkeiten einer Verständigung mit den jetzigen Kriegsgegnern weder vor noch in diesem Weltkriege wahrnehmen. Solche Verständigungsmöglichkeiten werden erleichtert durch die in den Tatsachen begründeten Interessengegensätze zwischen England und Russland auf politischem Gebiet einerseits und zwischen England und USA auf der anderen Seite. Es soll nicht als Ziel der deutschen Politik gepriesen werden, diese Gegensätze auszuspielen und die anderen Mächte gegeneinander zu hetzen. Nein, es ist nur notwendig, diese Spannungen auszuwerten und durch die Auswertung die deutschen Lebensnotwendigkeiten am besten durch friedlichen Ausgleich jener Spannungen zu sichern.

Die Aussenpolitik des kaiserlichen Deutschland hat Gelegenheiten verpasst, weil sie naiv und töricht war. Die Aussenpolitik des republikanischen Deutschland hat solche Möglichkeiten angesichts der Kurz-

sichtigkeit und Torheit der Gegenspieler nicht vorgefunden. Sie hat sich die Befreiung erkämpfen müssen. Die Aussenpolitik der Diktatur hat alles, was vom kaiserlichen und republikanischen Deutschland geschaffen war, vertan; sie hat die geschaffenen und gegebenen Möglichkeiten nicht nur nicht ausgenutzt, sondern uns jede nur mögliche Schwierigkeit verschafft. Für die Zukunft gilt es, nicht nur die oben festgestellten Folgerungen zu ziehen, sondern auch entschlossen die zur Ausführung reifen Ideen zur tragenden Grundlage der Politik zu machen. *Nach aussen müssen wir für den Zusammenschluss der selbständigen europäischen Nationalstaaten-*[1] *und für die Zusammenarbeit aller Völker der Welt, die den Frieden wollen, wirken.*

## DIE REGIERUNGSERKLÄRUNG

Nachdem uns die Geschäfte der Reichsregierung übertragen sind, ist es unsere Pflicht, die *Grundsätze* bekanntzugeben, nach denen wir die Regierung führen werden, und die *Ziele* mitzuteilen, die wir erstreben.

1. Erste Aufgabe ist die Wiederherstellung der vollkommenen *Majestät* des *Rechts.* Die Regierung selbst muss darauf bedacht sein, jede Willkür zu vermeiden, sie muss sich daher einer geordneten Kontrolle durch das Volk unterstellen. Während des Krieges kann diese Kontrolle nur vorläufig geordnet werden. Einstweilen werden *lautere, sachkundige Männer aus allen Ständen* berufen werden; ihnen werden wir Rede und Antwort stehen, ihren Rat wollen wir einholen. Vor allem aber werden wir sie beauftragen, auf allen Gebieten genau die *Erbschaft festzustellen,* die wir übernommen haben. Jeder Deutsche wird mit uns mehr oder minder bewusst empfinden, wie schwer sie ist. Wir lehnen es ab, die Verantwortung HITLERS mit der von ihm eingeführten Beschimpfung des Gegners einzuleiten. Wir erachten es vielmehr für geboten, mit Anstand und Gewissenhaftigkeit die Tatsachen festzustellen, aus denen sich die Verantwortung ergeben wird. Soweit es der Krieg gestattet, wird der Bericht, den jene Männer verfassen werden, sofort bekanntgegeben werden; soweit das einstweilen möglich ist, wird die *restlose Bekanntgabe* erfolgen, sobald die Lage es gestattet.

Wir waren einst *stolz* auf die *Rechtlichkeit* und *Redlichkeit* unseres Volkes, auf die Sicherheit und Güte der deutschen *Rechtspflege.* Umso grösser muss unser aller *Schmerz* sein, sie fast vernichtet zu sehen.

*Keine menschliche Gemeinschaft kann ohne Recht bestehen;* keiner, auch derjenige, der glaubt, es verachten zu können, kann es entbehren. Für jeden kommt die Stunde, da er nach dem Recht ruft. Gott hat uns

in seiner Ordnung des Weltalls, in seiner Schöpfung des Menschen und in seinen Geboten die Notwendigkeiten des Rechts, seiner gerechten und unparteiischen Anwendung, gesetzt. Er hat uns Einsicht und Kraft verliehen, die irdischen Einrichtungen zu seiner Sicherung zu schaffen. Es ist ein Verbrechen, dieser Ordnung nicht zu folgen. Dazu ist es notwendig, *Unabhängigkeit, Unversetzbarkeit und Unabsetzbarkeit der Richter* wiederherzustellen. Wir wissen wohl, dass viele von ihnen nur unter dem Druck des äussersten Terrors gehandelt haben; aber es wird mit unbeugsamer Strenge nachgeprüft werden, ob darüber hinaus Richter das Verbrechen begangen haben, gegen Gesetz und Gewissen Recht zu sprechen. Sie werden entfernt werden; um das Vertrauen des Volkes in die Rechtspflege wiederherzustellen, werden Laien bei der Urteilsfindung in allen Strafsachen mitwirken. Das gilt auch für die vorläufig eingesetzten Standgerichte.

Das *Recht wird gereinigt werden.* Es ist nicht Sache des Richters, neues Recht zu schaffen; er hat das Gesetz anzuwenden und dies auf das peinlichste zu tun. Es ist nicht Sache des Richters, einer Weltanschauung Rechnung zu tragen, die selbst nicht weiss, was sie will, und ihr Programm durch ihre Führer auf das schwerste verunstaltet sieht. Es ist unerträglich, dass Menschen verurteilt werden, die nicht wissen konnten, dass ihr Tun strafbar war. Soweit etwa der Staat durch Gesetze Handlungen *seiner* Organe nachträglich für straffrei erklärt hat, die in Wahrheit strafwürdig sind, werden diese Befreiungsbestimmungen als mit der Natur des Rechts unvereinbar aufgehoben und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

Das *Recht* wird *jedem gegenüber,* der es verletzt hat, durchgesetzt. *Alle* Rechtsbrecher werden der verdienten Strafe zugeführt.

Die *Sicherheit der Person und des Eigentums* werden wieder *gegen Willkür geschützt* sein. Nur der Richter darf nach dem Gesetz in diese persönlichen Rechte des Einzelnen, die für den Bestand des Staates und für das Glück der Menschen unerlässlich sind, eingreifen.

Die *Konzentrationslager* werden *aufgelöst,* die Unschuldigen entlassen, Schuldige dem ordentlichen gerichtlichen Verfahren zugeführt werden.

Aber ebenso erwarten wir, dass *niemand Lynchjustiz* vollzieht. Wenn wir die Majestät des Rechts wiederherstellen wollen, müssen wir alle

Energie gegen persönliche Vergeltung aufwenden, die aus der Leidenschaft über verletztes Recht, die aus der Verwundung der Seele menschlich nur zu begreiflich wäre. Wer irgend etwas auf dem Herzen hat, erstatte *Anzeige*, an welcher öffentlichen Stelle er will. Seine Anzeige wird an die richtige Stelle weitergeleitet werden. Aber die *Anzeige* muss *wahr* sein. Wahrheitswidrige Anzeigen werden bestraft, anonyme Anzeigen wandern in den Papierkorb.

2. Wir wollen die *Moral* wiederherstellen, und zwar auf allen Gebieten des privaten wie öffentlichen Lebens.

Die *Korruption* ist in unserem früher so reinen Volk von *hohen* und *höchsten Würdenträgern* in einem bisher in der Welt nicht dagewesenen Umfang grossgezogen. Während draussen unsere Soldaten kämpfen, bluten und fallen, ihre Glieder verlieren, führen Männer wie GÖRING und andere Grössen ein Luxusleben, rauben Edelsteine, Gemälde und sonstige Wertstücke, füllen ihre Keller und Böden mit Vorräten, fordern das Volk zum Durchhalten auf und drücken sich und ihren Anhang feige vor dem Opfer dort draussen. Alle Übeltäter werden *mit der ganzen Strenge des Gesetzes* zur Rechenschaft gezogen, *unredlich erworbenes Gut wird eingezogen* und den Geschädigten wiedergegeben werden.

Die Uk-Stellungen *aus politischen Gründen sind aufgehoben.* Jeder wehrfähige Mann kann an der Front beweisen, was er ist und wie es mit seinem Willen zum Durchhalten steht. Das Mauldurchhalten wollen wir nicht mehr dulden.

Zur Sicherung des Rechts und des Anstandes gehört die *anständige Behandlung aller Menschen.* Die *Judenverfolgung*, die sich in den unmenschlichsten und unbarmherzigsten, tief beschämenden und gar nicht wiedergutzumachenden Formen vollzogen hat, ist sofort *eingestellt.* Wer geglaubt hat, sich am jüdischen Vermögen bereichern zu können, wird erfahren, dass es eine *Schande* für jeden Deutschen ist, nach einem unredlichen Besitz zu streben. Mit solchen Marodeuren und Hyänen unter den von Gott geschaffenen Geschöpfen will das deutsche Volk in Wahrheit auch gar nichts zu tun haben.

Wir empfinden es als eine *tiefe Entehrung des deutschen Namens*, dass in *den besetzten Gebieten*, hinter dem Rücken der kämpfenden

Truppe und ihren Schutz missbrauchend, *Verbrechen aller Art* begangen sind. Die *Ehre unserer Gefallenen ist damit besudelt.*

Wer die Kriegszeit dort draussen benutzt hat, um sich die Taschen zu füllen, oder sonst irgendwie einen Millimeter von der Linie der Ehre abgewichen ist, wird *zur Rechenschaft gezogen* werden. Die Strafe wird besonders hart sein für diejenigen, die von dieser Stunde ab noch bei irgendeinem Vergehen gegen die allgemeinen Regeln des Völkerrechts und gegen die *Gesetze der Menschlichkeit* angetroffen werden. Die ersten Regeln der Menschlichkeit lernt der Einzelne in der Familie. Sie als die Urzelle völkischer Gemeinschaft wieder zu gesunden, ist eine der vornehmsten Aufgaben des Staates. Dazu braucht er die Hilfe der Eltern, die Kraft der Religion, die Mitarbeit aller Kirchen. Nur auf einer ernsten, verantwortungsbewussten Vorstellung von der Lebensgemeinschaft der *Ehe* kann sich ein sauberes und gesundes Familienleben aufbauen. Der Doppelmoral muss der Kampf angesagt werden, wenn nicht unsere Kinder verkommen sollen; denn wie können Eltern Sauberkeit von den Kindern verlangen, die nicht selbst sich in Zucht halten und den Kindern das beste Beispiel geben? Das Leben unseres Volkes wird nur gesunden, wenn die Familien wieder gesund werden.

Wir wollen keine Spaltung unseres Volkes. Wir wissen, dass viele aus Idealismus, in Verbitterung über das Diktat von Versailles und seine Auswirkungen, über manche nationale Unwürde in die Reihe der Partei eingetreten sind, andere unter einem äussersten Zwang wirtschaftlicher und sonstiger Druckmittel. Das Volk darf sich nicht hiernach scheiden. Wir hoffen, dass wir uns alle darüber einig sind, dass die *einzige Scheidung*, die zu vollziehen ist, die *zwischen Verbrechen* und *Gewissenlosigkeit* auf der einen, zwischen *Anstand und Sauberkeit* auf der anderen Seite ist. Auf dieser Grundlage wollen wir die *innere Aussöhnung* des Volkes mit allen unseren Kräften betreiben. Denn nur wenn wir einig bleiben, allerdings auf der Grundlage von Recht und Anstand, können wir den Schicksalskampf, vor den Gott unser Volk zwingt, bestehen.

3. Der *Lüge* sagen wir *Kampf* an, die Sonne der Wahrheit soll ihre dicken Nebel auflösen. Unser Volk ist in der schamlosesten Weise über seine wirtschaftlichen, finanziellen und politischen sowie über die mili-

tärischen Ereignisse belogen. Die wahren Tatsachen werden festgestellt und bekanntgegeben werden, so dass sie jeder Einzelne nachprüfen kann. Es ist ein grober Irrtum, anzunehmen, dass es einer Regierung gestattet sei, das Volk durch Lüge für ihre Ziele zu gewinnen. Gott kennt in seiner Ordnung keine doppelte Moral. Auch die Lügen der Regierungen haben kurze Beine und sind immer aus Feigheit oder Machtsucht geboren. Erfolg in der Behauptung der nationalen Stellung, Glück des Volkes und Seelenfrieden des Einzelnen können nur auf Wahrhaftigkeit aufgebaut werden. Wir werden daher das übrige dazu tun, um ihr in jeder Unterrichtung des Volkes zu dienen. Wahrheiten sind häufig hart; aber das Volk, das sie überhaupt nicht mehr verträgt, ist ohnehin verloren. Der Einzelne kann die rechte Kraft nur aufbringen, wenn er die Lage so sieht, wie sie ist. Der Bergsteiger, der die Höhe des zu erklimmenden Gipfels unterschätzt, der Schwimmer, der die zurückzulegende Strecke nicht richtig bemisst, wird seine Kraft vorzeitig verbraucht sehen. Alles, was mit künstlicher Propaganda zu tun hat, ist daher aufgelöst; das gilt von dem Reichspropagandaministerium ebenso wie von den zur Schauspielerei, ja zur Gewissenlosigkeit missbrauchten Propagandaformationen der Wehrmacht. Das Leben und Sterben unserer Soldaten bedarf keiner Propaganda; es ist in das Herz jeder deutschen Frau und Mutter, ja jedes Deutschen in der Heimat tief eingeprägt.

4. Die zerbrochene *Freiheit des Geistes, des Gewissens, des Glaubens* und *der Meinung* wird wiederhergestellt.

Die Kirchen erhalten wieder das Recht, frei für ihr Bekenntnis zu wirken. Sie werden in Zukunft vom Staate getrennt leben, weil sie nur in Selbständigkeit und unter Fernhaltung von aller aktiven politischen Betätigung ihrer Aufgabe gerecht werden können. Das Wirken des Staates wird von christlicher Gesinnung in Wort und Tat erfüllt sein; denn dem Christentum verdanken wir den Aufstieg der weissen Völker, verdanken wir die Fähigkeit, die schlechten Triebe in uns zu bekämpfen. Auf diese Bekämpfung kann keine völkische und staatliche Gemeinschaft verzichten. Aber echtes Christentum verlangt auch Duldsamkeit gegenüber den Andersgläubigen, ja gegenüber jedem Freidenker. Der Staat wird der Kirche wieder Gelegenheit geben, zudem

sich im Sinne wahren Christentums lebendig zu betätigen, insonderheit auf den Gebieten der Wohlfahrtspflege und der Erziehung.

*Die Presse soll wieder frei sein.* Im Krieg muss sie sich den Beschränkungen unterwerfen, die in jedem Kriege für ein Land unerlässlich sind. Jeder, der eine Zeitung liest, soll erfahren, wer hinter dieser Zeitung steht. Der Presse wird es nicht wieder gestattet sein, *bewusst oder fahrlässig die Unwahrheit zu sagen.*

Die Schriftleiter werden durch eine straffe *Ehrengerichtsbarkeit* dafür sorgen, dass die Gesetze des Anstandes gegen jeden und der Pflicht gegenüber dem Wohl des Vaterlandes auch in der Presse beachtet werden.

5. Es ist vor allem die deutsche *Jugend,* die nach der Wahrhaftigkeit ruft. Wenn es eines Beweises für die göttliche Natur des Menschen bedürfte, hier haben wir ihn. Selbst die Kinder wenden sich in natürlicher Erkenntnis dessen, was wahr und gelogen ist, beschämt und empört von der ihnen zugemuteten Unwahrhaftigkeit der Gesinnung und Rede ab. Es war wohl das grösste Verbrechen, *diesen Wahrhaftigkeitssinn* und mit ihm den Idealismus unserer Jugend zu missachten und zu missbrauchen. Wir wollen ihn daher *schützen* und *stärken.* Der Jugend und ihrer Erziehung gilt eine unserer Hauptsorgen. Diese Erziehung soll in erster Linie den Eltern überantwortet werden. In allen Schulen müssen die elementaren Grundkenntnisse einfach, lauter und sicher in das Kind eingepflanzt werden. *Die Bildung* muss wieder eine möglichst *allgemeine, Herz und Verstand erfassende* sein. Die vorzeitige Spezialisierung der Bildung, die an so vielem schuld ist, wird beseitigt werden. Sie ist unverantwortlich, da niemand voraussehen kann, wohin sich die besten Fähigkeiten des heranwachsenden Kindes entwickeln werden.

Die Erziehung muss wieder bewusst auf die *christlich-religiöse Grundlage* gestellt werden, ohne dass die christlichen Gesetze der äussersten Duldsamkeit *gegenüber Andersgläubigen* verletzt werden sollen. Auf dieser Grundlage muss das Erziehungs- und Bildungswesen wieder ruhig und stetig geleitet und vor dauernden Änderungen und Unruhen bewahrt bleiben.

6. Die *Verwaltung* muss *neu geordnet* werden. Es wird nicht umgestossen werden, was sich bewährt hat. Aber es ist notwendig, sofort

klare Verantwortung und die Freiheit zu selbständigen Entschlüssen wiederherzustellen. Unsere einst so stolze Verwaltung ist zu einem Haufen von sinnlos ausführenden Maschinen und Maschinchen geworden. Keiner wagt mehr, einen selbständigen und richtigen Entschluss zu fassen. Das Gegenteil werden wir von den Beamten verlangen. *Mit wenig Schreibwerk* sollen sie in *grösster Einfachheit das Rechte tun.*

Der *Beamte* muss wieder in seiner ganzen Amts- und Lebensführung ein *Beispiel* werden; denn ihm hat das Volk öffentliche Hoheitsgewalt anvertraut. Diese darf nur ausüben, wer lauter ist, *Sachkunde* sich erworben, seinen *Charakter gestählt* und *Leistungsfähigkeit* bewiesen hat. Mit dem Parteibuchbeamten wird Schluss gemacht. Der Beamte soll wieder allein dem Gesetz und seinem Gewissen folgen. Er muss sich der Auszeichnung bewusst und würdig zeigen, dass die Volksgemeinschaft ihm ein sicheres Leben gewährt, während andere um das Allernotwendigste ringen müssen. Er soll, gesichert in seinem Ansehen und in seinen Rechten, aufgehen in dem *idealen Streben,* seiner besonderen Stellung durch *besondere 'Piliditerfüllung* gerecht zu werden.

Um den Beamten wieder dies einwandfreie Wirken zu ermöglichen und dem Volk eine Ausübung der öffentlichen Hoheitsgewalt durch Unwürdige zu ersparen, sind alle seit dem 1. 1. 1933 vollzogenen Ernungen und Beförderungen für vorläufig erklärt. Jeder einzelne Beamte wird daraufhin durchgeprüft werden, ob er gegen Gesetz, gegen Disziplinarrecht oder gegen den von jedem Beamten geforderten Anstand verstossen hat. Wird dies festgestellt, so werden die entsprechenden Folgerungen durch Bestrafung, Entlassung, Versetzung usw. vollzogen. Dabei werden *Ehrengerichte der Beamten* mitwirken. Vorläufige Beamte, deren Leistungen den Anforderungen ihres Amtes nicht entsprechen, werden in Stellungen, denen sie gewachsen sind, versetzt oder, wenn dies nicht möglich ist, entlassen werden. In die öffentlichen Büros gehört der Luxus nicht, sondern das Behagen gehört in die Wohnung des Einzelnen. Die Behördenchefs sind angewiesen, sofort die erforderlichen Massnahmen einzuleiten.

7. Ordnung der Verwaltung, gerechte Verteilung und Erfüllung der Gemeinschaftsaufgaben sind nur möglich auf Grund einer *Verfassung.* Eine endgültige Verfassung kann erst nach Beendigung des Krieges mit

Zustimmung des Volkes festgesetzt werden. Denn die Frontsoldaten haben einen Anspruch darauf, hierbei mit besonderem Gewicht mitzuwirken. So müssen wir uns alle vorläufig mit einer einstweiligen Verfassung begnügen, die gleichzeitig *verkündet* wird. An sie sind auch wir gebunden.

*Preussen geht im Reich auf.* Die preussischen Provinzen werden ebenso wie die übrigen deutschen Länder, teilweise zusammengefasst, Reichsgaue. Der Selbstverwaltung dieser Reichsgaue, der Kreise und der Gemeinden wird an öffentlichen Aufgaben übertragen, was irgendwie mit Reichseinheit und zielbewusster Führung des Reichs vereinbar ist. *Echte Selbstverwaltung* wird, sobald irgendwelche Wahlen möglich sind, wieder in Verbundenheit mit dem Volk hergestellt. Einstweilen wird durch vorläufige Anordnung dafür gesorgt, dass sie in ihre Verwaltungs- und Beratungskörper *lautere Männer* beruft und selbstverantwortlich arbeiten kann.

*ln allen Reichsgauen wird die Aufsicht namens des Reichs durch Reichsstatthalter* ausgeübt werden, deren Ernennung unmittelbar bevorsteht. Sie werden sich gegenüber den Organen der Selbstverwaltung soweit wie irgend möglich zurückhalten, aber ebenso tatkräftig für die Reichseinheit sorgen.

8. Die *Wirtschaft* kann im Kriege nur in der bisherigen Verfassung der Zwangswirtschaft und der überwachten Preise fortgeführt werden. Solange ein Mangel an lebenswichtigen Gütern besteht, ist, wie jeder einsehen wird, eine freiere Wirtschaft nicht möglich, es sei denn, dass man über die Lebensinteressen der Minderbemittelten kaltherzig zur Tagesordnung übergehen wollte. Wir wissen sehr wohl, wie widerlich diese Wirtschaft ist, dass sie nicht, wie so häufig behauptet, den wahren Interessen des letzten Verbrauchers dient. Einstweilen können wir sie nur vereinfachen und von Unklarheiten, dem Durcheinander von Zuständigkeiten und dem Mangel an Verantwortungsbewusstsein befreien. *Wir werden auch alle Massnahmen aufheben, die zu tief in die Freiheiten des Einzelnen eingegriffen haben* und die ohne Überlegung und zwingende Notwendigkeit die wirtschaftlichen Existenzen in Handel, Handwerk, Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft vernichtet haben.

Ist dies während des Krieges, wie übrigens in allen anderen krieg-

führenden Staaten, unvermeidbar, so verfolgen wir doch ebenso klar *das Ziel der Wiederherstellung voller wirtschaftlicher Freiheit* und den Weg zu den Gütern der Welt. Dieser darf *nicht durch staatliche Eingriffe gestört* werden, die Schöpfungsfreude und Schöpfungsmöglichkeiten ersticken, sondern die wirtschaftliche Freiheit soll nur *gebändigt werden durch das Recht, durch die Sicherung der Lauterkeit des Wettbewerbs* und durch *anständige Gesinnung.* Autarkie ist angesichts der Rohstoffarmut unseres Vaterlandes und der Tatsache, dass wir uns aus unserem Boden allein nicht ernähren können, feiger Verzicht auf die Möglichkeit, an den Gütern und Leistungen der ganzen Welt durch Leistungstausch teilzunehmen.

Es ist das Ziel der gerechten Wirtschaftsordnung, dass Jedem *der seiner Leistung entsprechende Anteil an den Wirtschaftsgütern zuteil* wird. Es handelt sich nicht nur darum, die freie Initiative des Kapitalbesitzes herzustellen und ihn zum Leistungskampf im Wettbewerb zu zwingen. Nein, *auch der deutsche Arbeiter muss und wird Gelegenheit erhalten, an der Verantwortung schöpferisch teilzunehmen.* Nur können auch wir ihn nicht von der Wirkung der in der Wirtschaft herrschenden natürlichen Gesetze entbinden.

Das *Eigentum ist Grundlage jeden wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritts;* oder es sinkt der Mensch allmählich zum Tier herab. Es wird daher *geschützt,* nicht nur in der Hand des grossen, sondern auch in der Hand des *kleinsten Eigentümers,* der nur Hausrat sein eigen nennt. Der Missbrauch des Eigentums wird ebenso bekämpft werden wie die entbehrliche und die Unselbständigkeit der Menschen nur vermehrende Zusammenballung des Kapitals.

*Die Ordnung des Wirtschaf tens wird auf Selbstverwaltung auf gebaut werden.* Das bisher geübte System der *Gängelung* von oben her wird aufgehoben. Es gilt, die *Selbständigkeit des Entschlusses* und damit die *Verantwortung* wieder zu wohltätiger Wirkung zu bringen; es gilt, das Vertrauen aller, auch der Arbeiter, in die Gerechtigkeit der wirtschaftlichen Ordnung in weitestem Umfange wiederherzustellen. Auch hier müssen *Ehrengerichte* den Anstand sichern.

9. Daraus ergibt sich der Inhalt der auf *Ausgleich* gerichteten Staatspolitik, *der Sozialpolitik.* Sie soll unverschuldete Schwäche schützen und

die Möglichkeit geben, sich solidarisch gegen die Widrigkeiten dieses Lebens zu sichern. Sie soll ferner da eintreten, wo das Interesse, Ersparnisse (Kapital) zu erhalten, in Widerspruch gerät mit dem Interesse, die Arbeitskraft der jetzt Lebenden zu sichern. Solche Interessengegensätze können in Zeiten grosser politischer und wirtschaftlicher Spannung auftreten. Es wäre sehr leichtfertig, sie so zu lösen, dass dabei einfach das Kapital, d.h. die Ersparnisse, vernichtet werden. Das würde dem kleinen Sparer ebensowenig gefallen, wie es den Interessen des Volksganzen dient, wenn etwa plötzlich alle Bauernhöfe und alle Industriebetriebe ohne Maschinen wären. Auf der anderen Seite haben diese Kapitalgüter alle keinen Wert, wenn sie nicht der Erhaltung der jetzt lebenden Menschen mehr nutzbar gemacht werden können. Also gilt es, mit Verantwortungsbewusstsein und Gewissenhaftigkeit einen gerechten Ausgleich zu finden, bei dem jeder Einzelne sich von vornherein bewusst sein kann, dass von ihm wie von jedem anderen Opfer gebracht werden müssen.

Soweit zu solchen Ausgleichen Kraft und Verantwortung der einzelnen Berufs- und Wirtschaftszweige nicht ausreichen, müssen alle wirtschaftenden Bürger eintreten und äusserstenfalls muss ein gerechter Ausgleich auf den Schultern des ganzen Volkes durch den Staat gesichert werden. Soweit soziale Einrichtungen den Arbeiter betreffen, erhalten sie das Recht voller Selbstverwaltung.

Aber wir alle müssen wissen, dass der Staat keine *unerschöpflichen Mittel* hat. Audi er lebt nur von dem, was seine Bürger leisten und an ihn abgeben. Mehr, als er aus dieser Leistungskraft seiner Bürger zur Verfügung hat, kann auch er nicht an einzelne Bürger vergeben. *Wir lehnen daher mit aller Klarheit und Entschiedenheit ah, Versprechungen auf wirtschaftliches Wohlleben zu geben.* Jeder von uns weiss, dass derjenige, der seine Ersparnisse verwirtschaftet hat, besonders viel leisten muss, wenn er seinen gewohnten Lebensstand wiedergewinnen will. So ist es in der Familie, so in jedem Verein, und so auch im Staat. Alle anderen Vorstellungen sind sinnlos. Billige Verheissungen, der Staat könne alles, sind gewissenlose Demagogie. *Der Staat seid ihr mit euren Kräften.* Wir und die Organe des Staates sind nur eure Treuhänder. *Jeder muss seine Kräfte regen.* Es liegt auf der Hand, dass nach den ungeheuren Vernichtungen dieses Krieges unser aller Arbeitsleistung

besonders gross sein muss, um Ersatz für Kleidung, für zerstörte Wohnungen und Arbeitsstätten sowie für vernichteten Hausrat zu schaffen. Und endlich wollen wir doch unseren Kindern wieder ein besseres Leben ermöglichen. Aber wir sind überzeugt, dass wir alle dazu fähig sind, wenn wir nur wieder in *Recht, Anstand und Freiheit* schaffen können.

10. Grundvoraussetzung gesunder Wirtschaft ist die *Ordnung der öffentlichen Haushalte.* Die Ausgaben müssen sich im Rahmen der echten Einnahmen halten, die Staat, Gaue, Kreise und Gemeinden von ihren Bürgern beziehen können. Es erfordert Anstrengung, Charakter, Verzicht und Kampf, um diese Ordnung wiederzuerrichten; aber sie ist die *wichtigste* und *unerlässlichste Grundlage gesicherter Währung* und *allen wirtschaftlichen Lehens.* Von ihr hängt der Wert aller Ersparnisse ab. Ohne sie ist auch der Aussenhandel nicht möglich, auf den wir seit mehr als hundert Jahren angewiesen sind.

*Die Steuern werden erhebliche sein;* aber um so unbeugsamer werden wir für ihre sparsame Verwendung Sorge tragen. Es ist wichtiger, dass dem Bürger das zum Leben Notwendige gelassen wird, als dass die *Verwaltungen* sich mit prächtigen Einrichtungen versehen und Aufgaben in Angriff nehmen, die zu der einfachen Lebenshaltung der einzelnen in Widerspruch stehen. Solche Einsicht verlangen wir auch von der *Wirtschaft,* die sich wieder bewusst werden muss, dass Aufwendigkeit in der Verwaltung nur dem Behagen oder dem Geltungsbedürfnis Einzelner dient, aber von allen in höheren Preisen oder von den Arbeitern in niedrigeren Löhnen getragen werden muss. Der Fortfall des ungeheuren Aufwandes der Partei ist schon ein Anfang der Heilung.

*Die Grundlage geordneter Staatshaushalte ist seit 1933 durch unablässige und gewissenlose Vergeudung der Mittel durch Schuldenvermehrung verlassen.* Es war bequem, dem Volke vorzugaukeln, dass es gelungen sei, den allgemeinen Wohlstand durch Verschwendung zu heben. In Wahrheit war dies Mittel erbärmlich, denn es bestand in hemmungslosem Schuldenmachen. Wir werden daher gerade im Kriege, in dem *jeder* Staat gezwungen ist, ungeheure Ausgaben zu machen, die äusserste Einfachheit und Sparsamkeit in allen öffentlichen Diensten hersteilen. An einen echten Ausgleich kann überall erst nach Abschluss dieses Krieges gegangen werden.

Wir sehen *in den wachsenden Schuldenlasten aller kriegführenden und neutralen Staaten ein ungeheuer grosse Gefahr.* Sie bedrohen die Währungen. Jeder Staat wird sich nach diesem Kriege vor eine ganz ausserordentlich schwierige Aufgabe gestellt sehen. Wir hoffen, für die Schuldentilgung Lösungen finden zu können, wenn es gelingt, eine vertrauensvolle Zusammenarbeit der Völker wiederherzustellen.

11. Aber noch ist Krieg. In ihm *gehört unser aller Arbeit, Opfer und Liebe den Männern, die das Vaterland verteidigen.* Ihnen haben wir alles an seelischen und materiellen Werten zuzuführen, was wir irgend schaffen können. Mit ihnen stehen wir in Reih und Glied, aber nunmehr wissen alle, dass nur die zur Verteidigung des Vaterlandes und zum Wohle des Volkes notwendigen, nicht aber die der Eroberungssucht und dem Prestigebedürfnis eines Wahnsinnigen dienenden Opfer verlangt und dass wir diesen Krieg fernerhin *mit reinen Händen, in Anstand, mit der Ehrenhaftigkeit,* die jeden braven Soldaten auszeichnet, führen werden. Den bisherigen Opfern dieses Krieges gehört unsere volle Fürsorge. Verzärtelungen erwarten sie nicht, aber Liebe und Möglichkeit, aus ihrem Leben noch etwas Nützliches zu machen.

In der Sorge für die Front müssen wir das *Notwendige mit der grössten Klarheit und Einfachheit* vereinigen, mit dem Hin und Her bombastischer unausführbarer Befehle, die heute von der Wirtschaft nicht herstellbare Mengen von Panzerwagen, morgen von Flugzeugen und übermorgen von anderen Waffen und Geräten verlangen, ist Schluss gemacht. Es wird *nur* das *Nötige* und *Zweckmässige gefordert werden. Im Gegensatz zu der bisherigen despotischen Tyrannei erwarten wir von jedem zur Ausführung Berufenen, dass er von sich aus auf Irrtümer und Unstimmigkeiten rechtzeitig hinweist.*

12. *Wir haben vor diesem Kriege gewarnt, der so viel Leid über die ganze Menschheit gebracht hat, und können daher in Freimut sprechen.*

Wir waren und sind der Ansicht, dass es andere Möglichkeiten gab, unsere Lebensinteressen sicherzustellen. Verlangt die nationale Würde von uns zurzeit den Verzicht auf bittere Anklage, so werden wir doch dafür sorgen, dass auch hier die Verantwortlichkeiten vollkommen klargestellt und die Verantwortlichen, soweit es Deutsche sind, zur Rechenschaft gezogen werden. So notwendig dies ist, wichtiger ist, dass wir

dem *Frieden zustreben*. Wir wissen, dass *wir nicht allein Herren über Krieg* und *Frieden* sind; wir sind auf die anderen angewiesen. Wir wissen dies zwar, aber es wäre unwürdig, nun deswegen wehleidig zu sein. Wir müssen durchstehen und dürfen uns nicht wundern, wenn es aus dem Walde so herausschallt wie hineingerufen wurde. Aber wir wollen nun endlich die Stimme des wahren Deutschland erheben. Der Reichskanzler wird über den Rundfunk unsere Gedanken über den Frieden bekanntgeben.

Wir sind tief davon durchdrungen, dass die Welt *vor einer der ernstesten Entscheidungen* steht, vor die die Völker und ihre Führer je bewusst sich gestellt sahen. Gott selbst gibt uns die Frage auf, ob wir der von ihm gesetzten Ordnung der Gerechtigkeit entsprechen und seinen Geboten, Freiheit und Menschenwürde zu achten sowie einander zu helfen, folgen wollen oder nicht. Wir wissen, dass diese Ordnung und Gebote furchtbar verletzt sind, seitdem die Völker die Bahn gesegneten Friedens im Jahre 1914 verlassen haben. Nun stehen wir vor der Frage, ob wir die bitteren Erfahrungen, die wir machen mussten, benutzen und uns der Aussöhnung, dem gerechten Ausgleich der Interessen und der Heilung der furchtbaren Schäden durch Zusammenarbeit zuwenden wollen.

In dieser Stunde müssen wir euch Zurufen, dass es unsere vornehmste Aufgabe ist, tapfer und geduldig den vielfach entehrten deutschen Namen wieder rein zu waschen. Wir Deutsche allein können und müssen sie erfüllen. Davon, dass wir dies unerbittlich, ernsthaft und aufrichtig tun, hängt unsere Zukunft in erster Linie ab, gleichgültig, wie sie sich materiell gestaltet. Denn Gott ist nicht dazu da, bei jeder billigen Gelegenheit als Vorsehung angerufen zu werden, sondern er fordert audi und wacht darüber, *dass seine Ordnung* und *seine Gebote nicht verletzt werden*. Es war eine furchtbare Verirrung, deren Wurzeln auf das unselige Diktat von Versailles zurückgehen und die in der Zwischenzeit manche von Deutschen nicht zu verantwortende Nahrung erhalten hat, anzunehmen, dass unsere Zukunft auf dem Unglück anderer Völker, auf der Unterdrückung und der Verachtung der Menschenwürde aufgebaut werden könne. Wir haben dagegen gekämpft und beklagen, dass wir erst heute öffentlich dieser Verirrung zu Leibe gehen können.

*Wir alle wollen dem Ehrgefühl anderer Völker nicht zu nahe treten.* Was wir für uns verlangen, müssen und wollen wir allen anderen zubilligen. Wir glauben, dass es im Interesse aller Völker liegt, dass der Friede *ein dauerhafter wird.* Das kann er nur, wenn er *gerecht* ist und der Zusammenarbeit der Arme, der Köpfe und der Herzen einen breiten Weg ebnet.

*Vertrauen* lässt sich *nicht erzwingen und erreden.* Aber was auch immer die Zukunft bringen möge: wir hassen die feige Beschimpfung des Gegners und sind davon überzeugt, dass *alle Staatsführer* nicht nur das *Beste* ihrer Völker, sondern ein *fruchtbares Ende* dieses Ringens wollen und mit uns bereit sind, alsbald die unmenschlichen und schliesslich auf alle Völker zurückwirkenden Härten des leichtsinnig entfesselten totalen Krieges zu mildern (hier folgt eine aus der Lage sich ergebende Einschaltung).

In diesem Bewusstsein und im Vertrauen auf die innere Kraft unseres Volkes werden wir unbeirrt die Schritte tun, die wir ohne Schädigung unseres Volkes dem Frieden entgegenmachen können. Wir wissen, dass das deutsche Volk es will.

*Gehen wir wieder den Weg des Rechts, des Anstands und der gegenseitigen Achtung!* In solchem Geist wollen wir alle unsere Pflicht erfüllen. Folgen wir ernsthaft und in allem den in unser Gewissen geschriebenen Geboten Gottes, auch dann, wenn sie uns hart ankommen, tun wir alles, um verwundete Seelen zu heilen und Leid zu mindern. Dann allein können wir die Grundlage für eine gesicherte Zukunft auch unseres Volkes in einer wieder von Vertrauen, von gesunder Arbeit und friedlichen Gefühlen erfüllten Völkerfamilie schaffen. Dies mit aller Kraft und mit heiligem Ernst zu tun, sind wir unseren Gefallenen schuldig, deren Vaterlandsliebe und Opfermut freventlich missbraucht worden sind. Wie vielen von ihnen, die dies erkannt hatten, wurde die Pflichterfüllung zu bitterster Gewissensnot! Wieviel schönes menschliches Glück ist überall in der Welt zerstört!

So gebe uns Gott Einsicht und Kraft, dieser furchtbaren Opfer Sinn zum Segen von Generationen zu gestalten!

## DIE VORBEREITETE RUNDFUNKANSPRACHE

Deutsche!

Ihr wisst seit heute, worum es geht, was unsere Beweggründe und unsere Absichten sind. Das Recht äusserster Notwehr und die Pflicht der Selbsterhaltung zeichnen uns und euch den Weg vor. Nicht der versprochene Staat fester und weiser Führung, sondern eine *schreckensvolle «Zwangsherrschaft* ist uns zuteil geworden. Tapferkeit, Todesmut und Können unserer Soldaten sind schändlich missbraucht, unsere Heimat ist skrupellos der Not und Zerstörung ausgesetzt worden.

Als Endglied einer vermeidlichen Kette von Rechtsbeugungen und Rechtsbrüchen hat HITLER in seiner Reichstagsrede vom 25. 4. 1942 *alle Deutschen für vogelfrei erklärt,* indem er sich das Recht anmasste, jedes Urteil nach seinem eigenen Ermessen umzustossen. Er hat damit einen *Tiefstand der Rechtlosigkeit* heraufbeschworen, der im Leben gesitteter Völker bisher unbekannt war und nicht mehr zu überbieten ist. Aus dem stolzen Deutschland des gleichen Rechts für alle hat er eine ohnmächtige Zwangsgemeinschaft von Sklaven gemacht, in der der Bürger nicht mehr die Möglichkeit hat, sich gegen Unrecht zur Wehr zu setzen. Höchste Würdenträger, auch Adolf HITLER selbst, haben zahllose Verbrechen gegen Leib und Leben, gegen Eigentum und Ehre begangen, angeordnet und geduldet. *Männer in hohen Stellungen haben schamlos aus öffentlichen Mitteln oder aus solchen, die sie anderen abgepresst haben, sich bereichert, an ihrer Spitze des Reiches Marschall Hermann* GÖRING! Wir wollen nicht die deutsche Ehre von solchem Schmarotzertum besudelt sehen. Wir wollen nicht geführt werden von *Lumpen, die mein und dein nicht unterscheiden,* die ihre Stellung missbrauchen, um *selbst im Kriege ein üppiges Leben in prunkvollen Räumen zu führen, während das Volk Not leidet, während draussen Söhne,*

*Männer und Verlobte kämpfen und fallen und drinnen der Vernichtungswahnsinn des totalen Krieges sich austobt.*

Eine *abenteuerliche, machthungrige Aussenpolitik* hat unser Volk in eine Lage gebracht, deren Ernst nicht mehr übersehen werden kann. Die Rücksicht auf den Krieg verbietet uns, alles beim Namen zu nennen. Aber ihr wisst oder fühlt, wohin *Gewissenlosigkeit und Wahnwitz* uns alle gebracht haben. Lautere Männer aller Stände und aus allen Gauen werden von uns berufen und ihre Namen euch bekanntgegeben werden, die alles, was geschehen ist, gewissenhaft prüfen und euch auch über den Stand der Dinge, den wir vorfanden, eingehend unterrichten sollen, sobald die Lage es gestattet.

Eins aber können wir euch jetzt schon sagen: *das Gebäude des Staates, das auf Unrecht, Willkür, Verbrechen aller Art, Eigennutz, Lüge aufgebaut wurde, wird niedergerissen werden. Das Fundament des neuen Staatsbaues werden die sicheren Grundlagen des menschlichen Zusammenlebens bilden,* werden Recht und Gerechtigkeit, Wahrhaftigkeit, Anstand, Sauberkeit, Vernunft, Rücksicht aufeinander und *Rücksicht auch auf die von Gott geschaffenen Völker und ihre Lebensinteressen sein.*

Wenn wir keinen zweiten November 1918 erleben wollen, so ist der letzte Augenblick gekommen, diesen Vorsatz in die Tat umzusetzen. Wir werden schon in den nächsten Tagen vor aller Öffentlichkeit *diejenigen ohne Rücksicht auf ihre Stellung zur Rechenschaft ziehen, die für die Verbrechen von Staat und Volk verantwortlich sind.*

Harte Arbeit auf allen Gebieten des Lebens steht uns bevor. Ein Zaubermittel, die so frevelhaft herbeigeführte Vernichtung aller Lebensgrundlagen aufzufangen und allmählich wiedergutzumachen, gibt es nicht. Wir wollen gemeinsam das Vaterland retten und reinem Pflicht- und Gemeinschaftsgefüge wieder zu seinem Recht verhelfen. *Keine Erleichterungen des bürgerlichen Lebens können wir euch im Kriege und für die Zeit des Wiederaufbaus in Aussicht stellen.* Besinnt eudi, worum das geht! Wofür wollt ihr leben und sterben? Wofür sollen unsere Soldaten kämpfen und fallen? Für Recht, Freiheit, Ehre und Anstand oder für Verbrechen, Terror, Schmach und Untergang? Nur wenn ihr diese Fragen recht beantwortet, besteht Hoffnung, *diesen Krieg, der zu einem unseligen zweiten Weltkrieg geworden ist, in*

*Ehren und so zu beenden, dass die deutschen Lebensinteressen gewahrt bleiben.*

Aber dieses Ziel ist nicht das allein ausschlaggebende. Entscheidend ist für uns, dass wir die Entehrung unseres Volkes und die Beschmutzung unseres guten Namens durch freche Verbrecher und Lügner nicht weiter dulden. Denn wenn sie ihr schmutziges Handwerk weiter betreiben dürften, dann würden nicht einmal Kinder und Kindeskinder in die Lage kommen, *auf einer sauberen Grundlage das Vaterland wiederaufzubauen.*

Ihr sollt so schnell wie möglich Verbrecher und Verbrechen erfahren. Ihr werdet selbst in die Lage versetzt werden, festzustellen, dass *Ungeheuerliches geschehen* ist. Aber wir werden auch dafür sorgen, dass nur *gerechte Bestrafung nach den Gesetzen* stattfindet. Niemand von euch lasse sich zu einer voreiligen Handlung hinreissen; denn über allen Rachegefühlen steht die Notwendigkeit, den Staat gleichen Rechts für alle unter einer gerechten Führung wiederherzustellen.

*Wer eine Anklage wegen erlittenen Unrechts auf dem Herzen hat,* erhebe sie selbst oder durch einen Mann seines Vertrauens an der Stelle, zu der es ihn treibt. Alle diese Stellen werden hiermit verpflichtet, die bei ihnen erhobenen Anklagen *an den neuen Reichsminister der Justiz weiterzuleiten,* der für ihre ordnungsgemässe unverzügliche Bearbeitung Sorge zu tragen hat. Jeder wird seinen Bescheid erhalten. Nur solche Anklagen werden bearbeitet, die der Anzeigende mit seinem Namen deckt. Alle anderen wandern ohne Prüfung dahin, wohin sie gehören: in den Papierkorb. Ist die Klage berechtigt, so wird das *gesetzlich vorgeschriebene Verfahren eingeleitet;* aber ebenso wird auch *jeder zur Verantwortung gezogen, der wider besseres Wissen anklagt;* denn wir wollen es mit der Ehre unserer Mitmenschen und unseren eigenen *Anstandspflichten wieder ernst nehmen.*

Niemand, der ein gutes Gewissen hat, braucht sich zu fürchten und zu sorgen. *Es geht nicht um die Frage: Parteigenosse oder Volksgenosse. Fort mit diesen Unterschieden, die artfremd dem deutschen Wesen aufgepfropft sind! Es geht nicht um die Frage: SS, SA oder welche Organisationen auch immer. Es geht um die Frage: anständig oder unanständig!*

Jeder hat seine Pflicht da weiter zu erfüllen, wo er steht, nur den Gesetzen und den Verordnungen der neuen Amtsgewalt gehorchend.

Das Schicksal unserer schwer kämpfenden Soldaten hängt davon ab, dass jeder in der Heimat sein Äusserstes hergibt. Ihnen und unseren geliebten Toten sind wir alles schuldig. Sie und unsere Verwundeten müssen allen anderen Sorgen vorangehen.

Es ist verständlich, dass euch tiefe Erregung ob dieses endlichen Geschehens packen wird. Ihr habt, soweit nicht Rücksichten auf den Krieg es verbieten, *von Stund an wieder die Freiheit, euren Gedanken und Gefühlen unbehindert Ausdruck zu geben und eurem Gewissen folgen zu können.* Sorgt selbst dafür, dass darunter unser geliebtes Vaterland nicht leidet, denn noch legt der Kriegszustand uns allen Beschränkungen auf. Es wird dafür gesorgt werden, dass *alles in Recht und Ordnung vor sich geht, wie das Wohl des* Vaterlandes es verlangt.

Die *innere Reinigung Deutschlands von Korruption und* Verbrechen, die Wiederherstellung von Recht und Anstand ohne Rücksicht auf die Person, aber auch *ohne jede Voreingenommenheit gegen Andersdenkende* können nach den stolzen Überlieferungen unseres Volkes sehr schnell und sehr einfach vollzogen werden, wenn jeder das Seine dazu beiträgt. Das darf von allen Gutgesinnten erwartet werden, denn ihr persönliches Glück hängt von der Wiederherstellung jener Güter ab. Das wissen auch sie, welche bisher leugnen zu können oder zu sollen glaubten. Die *Fesseln der Zwangswirtschaft kann im Kriege niemand mehr lösen.* Wir können und werden *einstweilen nur Vereinfachungen durchsetzen und Schiebungen zu Leibe gehen,* denen die Zwangswirtschaft den Boden bereitet hat. Aber wir werden *so bald wie möglich Freiheit und Selbstverwaltung in Wirtschaft und Familie, in Gemeinde und Staat wiederherstellen.* Am ernstesten sieht es auf dem Gebiete der Aussenpolitik aus. Hier haben wir mit den Interessen und dem Willen anderer Völker zu rechnen. *Wir wissen noch nicht, wie sich das Ausland zu uns stellt.* Wir haben handeln müssen aus der Verpflichtung des Gewissens heraus. Aber wir wollen euch sagen, was wir an aussenpolitischen Zielen sehen. Wir Deutschen leben ebensowenig wie ein anderes Volk allein auf dieser Welt. Wir haben uns daher zu unserem eigenen Besten mit dem Vorhandensein, den Eigenschaften und Interessen anderer Völker auseinanderzusetzen. Es ist unsere Überzeugung, dass diese *Auseinandersetzung nicht mit Waffengewalt erfolgen soll.* Je weiter Gott uns gestattet hat, durch die Gaben des Geistes, die wir

ihm verdanken, die *Technik* zu entwickeln, desto zerstörender ist der *Krieg* geworden. Er zerstört das, auf dessen Errichtung die Gaben des Geistes angesetzt sind. *Er frisst sich schliesslich selbst auf.* Wir wollen daher einen *friedlichen, gerechten Ausgleich* der nun einmal in dieser Welt vorhandenen Interessengegensätze, die viel weniger durch die Menschen als durch ihre Umwelt bedingt sind. Wir sind der Überzeugung, dass ein solcher Ausgleich möglich ist, weil er bei ruhiger Betrachtung im Interesse aller Völker liegt. Er hat zur *Voraussetzung, dass die Völker sich gegenseitig achten und jedem Volke das Recht zubilligen, selbständig einen Staat zu bilden* und zu verwalten. Die Völker fördern ihre Wohlfahrt und ihr Seelenheil am besten, wenn sie *Zusammenarbeiten* und so ihre verschiedenartigen Kräfte zu einem *grossen, harmonischen, alle erfreuenden Zusammenklang* bringen. Eine solche Zusammenarbeit wird zu einem möglichst *ungehinderten Güteraustausch* führen. Unter ihm sind die grossen und kleinen Staaten seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts zu *Wohlstand und Blüte* gelangt. Ihn gilt es so bald wie möglich wiederherzustellen. Dabei wird jeder Verständige berücksichtigen, dass diese Wiederherstellung *ohne schwere Erschütterung nicht von heute auf morgen möglich ist.* Man wird im Kreise verständiger Männer aller Völker ergründen müssen, wie man den sichersten und kürzesten Weg findet, der jeden zur bestmöglichen Erreichung seiner Lebensinteressen führt, sofern er den guten Willen zu fleissiger Leistung und zu verständnisvoller Rücksicht auf die Interessen anderer hat.

Daher halten wir es für unerlässlich, *so schnell wie möglich weiteren Zerstörungen und weiterer Vergeudung nationaler Kräfte jedes Volkes für Werke der Zerstörung ein Ende zu bereiten.* Jeder am Kriege beteiligte und nicht beteiligte Staat wird ein Unmass von Schwierigkeiten zu überwinden haben, um die materiellen Verluste dieses Krieges auszugleichen.

Eine solche Zusammenarbeit ist nur möglich, wenn sie auf ein *festes System anerkannter Rechtsgrundsätze gestellt* ist. Nicht einmal ein einfaches Spiel kann ohne Zank zu Ende geführt werden, wenn nicht jeder Teilnehmer *bestimmte Spielregeln beachtet.* Wieviel weniger ist das möglich, wenn Völker, die unter den verschiedensten Bedingungen leben, sich an der grössten Aufgabe, nämlich dem harmonischen Aus-

gleich aller Kräfte, beteiligen wollen. Wir sind des Glaubens, dass Gott ihn will, daher erachten wir als bestes Bollwerk für die Sicherung solcher Spielregeln im Leben der Völker den Anstand der Gesinnung, jene Gewissensverpflichtung, die aus dem religiösen Bewusstsein allein entspringt. Aber wir verkennen nicht, *dass diese Regeln einer Formulierung bedürfen* und dass die Unvollkommenheit der Menschen es notwendig macht, *sie überdies noch einem Machtschutz anzuvertrauen.* Zu einer solchen Zusammenordnung im Kleinen wie im Grossen sind wir, die Selbständigkeit aller Staaten, so wie sie sich im Laufe der Geschichte entwickelt haben, anerkennend, bereit. *Die möglichst schleunige Wiederherstellung geordneter öffentlicher Haushalte in allen Ländern* ist notwendig, denn ohne diesen Ausgleich können *stabile Währungen* nicht bestehen, ohne sie ist ein geordneter reger *Austausch von Gütern und Leistungen nicht möglich.* Wir werden nicht zögern, diese Notwendigkeiten in die Tat umzusetzen. Dabei müssen wir den Gegebenheiten dieses unseligen Krieges Rechnung tragen. Aber wir werden dafür sorgen, *dass, soweit zur «Zeit noch fremde Gebiete besetzt gehalten werden müssen, den Betroffenen volle Selbstregierung wieder ermöglicht und die Anwesenheit deutscher Truppen so wenig lastend wie möglich gemacht wird.* Wissen wir doch aus eigener schmerzvoller Erfahrung, wie tief die Seele jedes Volkes von der Tatsache berührt wird, die Soldaten eines anderen Volkes auf der geheiligten Heimaterde zu sehen.

Wir müssen also, *nicht wissend, wie sich die Welt uns gegenüber stellen wird, den Kampf weiterführen,* wir alle haben viele bittere Erfahrungen hinter uns. Wir sind Männer, die es gewohnt waren, unsere Pflicht auch unter den widerwärtigsten Umständen zu tun. Wir sind Männer, die *ein böses Erbe übernehmen,* ohne über die bisherigen ungetreuen Verwalter unserer Schicksale zu schimpfen. Wir wünschen nicht, unsere eigene Verantwortung dadurch zu mindern oder uns selbst in ein besseres Licht zu setzen, dass wir die Schuld auf andere abladen und andere verunglimpfen. Wir wollen *wieder zur Sprache des gesitteten Anstandes zurückkehren,* wie er in jeder deutschen Familie, die etwas auf sich hält, als selbstverständlich gepflegt wird.

So rufen wir auch auf zu tätiger Selbstbesinnung und zu opferbereiter Zuversicht. *Hasset nicht, helft vielmehr! Vollbringt das Grösste:*

*findet die Seele unseres Volkes wieder*. Gewinnt so die Kraft, noch mehr zu leisten und unseren tapferen Soldaten zu Lande, auf dem Meer und in der Luft noch wirksamer zu helfen. Vereinen wir uns mit ihnen in der Ruhe des Gewissens, dass *kein deutsches Mannesblut mehr der Ruhmsucht unfähiger Führung, sondern nur noch der Verteidigung unserer Lebensinteressen geopfert werden wird.*

*Mit Gott für Recht, Freiheit und Sicherung friedlicher Arbeit.*

## AUSARBEITUNG GOERDELERS*

Wir gehen davon aus, dass

1. *Deutschland,* um des deutschen Volkes, der Völker Europas und des Friedens der Welt willen moralisch und materiell *stark sein muss.*
2. Dass *zwischen England und Russland Interessengegensätze* von Ostasien bis zum Mittelmeer, vom Mittelmeer bis zum Nordatlantik bestehen, die in der Natur der Verhältnisse begründet sind.
3. Dass *Europa eine Sicherung gegen russische Übermacht* braucht;
4. dass diese Sicherung zurzeit nur *durch England oder Deutschland* auf längere Zeit sichergestellt werden kann;
5. dass es *zweifelhaft* ist, *ob Amerika* dauernd Kräfte für diese Sicherung zur Verfügung stellen wird;
6. dass es daher sinnvoll und geboten ist, die *natürliche Interessengemeinschaft zwischen England und Deutschland zu verwirklichen,* weil sie alle jene Voraussetzungen erfüllen würde;
7. dass diese Verwirklichung nur erfolgen kann, wenn die *europäischen Völker* in Freiheit und Selbständigkeit sich zu einem *ewigen Friedensbund* zusammenfinden, *in dem weder Deutschland noch eine andere Macht Vorherrschaft beansprucht;*
8. dass *kein weisses Volk dazu beitragen darf, Japan eine Ausdehnung auf Kosten anderer weisser Völker oder Chinas zu ermöglichen;*
9. und dass im Übrigen die ganze Welt *wirtschaftlicher Zusammenarbeit* bedarf, um die Finanzen in Ordnung zu bringen, Arbeit zu sichern und Wohlstand wieder zu begründen.

* Dem K. B. vom 17. 8. 44 als Anlage 2 beigefügt. Bei Ritter Anhang VI unter dem Titel: «Friedensplan Goerdelers, vermutlich für britische Seiten bestimmt. Wahrscheinlich vom Spätsommer oder Herbst 1943.» A.a.O. S. 570-376.

Deutschland muss *Recht und Anstand* bei sich selbst wiederherstellen. Das ist es seiner Ehre und anderen schuldig. Nur wenn es die *«Verbrecher gegen das Recht,* auch die Verstösse gegen das Völkerrecht, selbst *bestraft,* kann es seelisch wieder gesunden. Daher muss dringend vor jedem Gedanken gewarnt werden, diese Bestrafung durch Dritte oder durch einen Internationalen Gerichtshof vollziehen zu lassen. Selbst die Deutschen, die mit Hass und Verachtung auf die Schändung des guten deutschen Namens durch Deutsche blicken und zu jeder gerechten Härte bereit sind, oder vielmehr gerade diese Deutschen werden es entschieden ablehnen, an einer solchen Bestrafung durch Dritte teilzunehmen. Angesichts der ungeheuerlichen, in der Geschichte einzigartigen Verbrechen, die HITLER und seine Trabanten begangen haben, ist der Wunsch der verletzten Völker auch diesen Deutschen sehr verständlich; aber die Vernunft und die Verantwortung vor der Zukunft gebieten, dass diese Gefühle gebändigt werden. Selbstverständlich soll es jedem Menschen in der Welt und jeder Regierung freistehen, Anzeige gegen deutsche Verbrecher zu erstatten, und selbstverständlich wird das daraufhin Veranlasste dem Anzeigenden mitgeteilt werden. Auch gegen die Anwesenheit offizieller Vertreter der verletzten Nation bei den öffentlichen Verhandlungen ist nichts einzuwenden; im Übrigen wird die Öffentlichkeit der Verhandlungen garantiert und damit ohne jede Entwürdigung die Sicherheit der Nachprüfung geschaffen. Nach dem ungeheuren Unglück, in das HITLER das deutsche Volk gestürzt hat, ist nicht daran zu zweifeln, dass die deutschen Gerichtshöfe eher zur Härte als zur Milde neigen werden.

Dass *Deutschland materiell wieder genügend stark werden muss, ergibt sich aus der Notwendigkeit, das Deutsche Reich zumindest gegen einen dauernden Druck der gewaltigen russischen Kraft zu sichern.* Daraus ergibt sich auch die Notwendigkeit, den *territorialen Bestand* Deutschlands, wie er sich durch die Geschichte als sinnvoll und notwendig herausgestellt hat, *zu erhalten.*

Alle Pläne, Deutschland aufzuteilen, müssen immer wieder Spannungen in Deutschland und damit in Europa erzeugen. Denn Deutschland liegt nun einmal in der Mitte des Kontinents. *Als deutsche Grenzen kommen in Betracht:*
im *Osten* etwa die Reichsgrenze von 1914,

im *Süden* die in der Konferenz von München 1938 anerkannte Grenze einschliesslich Österreich; auch muss Südtirol, ein rein deutsches Land, bis zur Grenze Bozen-Meran zu Deutschland zurückkehren. Die italienische Herrschaft hat dort nur Verbitterung und Rückschritt erzeugt. Im *Westen* ist die Elsass-Lothringen-Frage sehr schwer zu lösen; es gibt keine Ruhe, wenn Elsass-Lothringen in seinem alten Bestande zu Deutschland oder Frankreich geschlagen wird; es gibt zwei andere Möglichkeiten:

a) entweder *Elsass-Lothringen* wird ein autonomes Land etwa in der Stellung der Schweiz, oder
b) durch eine neutrale Kommission wird die Sprachgrenze ermittelt, wie sie 1918 und 1938 war. Zwischen diesen beiden Linien muss die Grenze zwischen Frankreich und Deutschland liegen. Dass in diesem zweiten Falle Deutschland Elsass-Lothringen weitgehende Selbstverwaltung zuweist, liegt ebensosehr in sachlichen Notwendigkeiten wie in unseren Überzeugungen und Zielen begründet;

Im *Norden* muss in ähnlicher Weise wie im Westen die gerechte Grenze gegenüber Dänemark ermittelt werden.

Im Übrigen werden in einem *europäischen Staatenbunde, auf den wir hinstreben müssen, innereuropäische Grenzen eine immer geringere Rolle spielen.*

Dieser territoriale Bestand des Deutschen Reiches setzt eine *Verständigung über Polen* voraus. Soweit sich jetzt übersehen lässt, ist der Bestand Polens davon abhängig, dass die deutsche Front im Osten die polnische Ostgrenze von 1938 hält. *Bricht sie zusammen, so ist Polen an Russland verloren.* Wir verstehen Empörung und Hass des polnischen Volkes nach allem, was geschehen ist, sehr wohl. Wir würden ebenso fühlen. Aber auch hier gebietet die Verantwortung vor der Zukunft, zu verhindern, dass diese Gefühle sich gewalttätig Bahn brechen. Sie müssen sich einer geordneten Bestrafung der Verbrecher und der *Wiedergutmachung* durch Zusammenarbeit unterordnen. Polen kann *Ersatz für Westpreussen und Posen durch eine Staatsunion mit Litauen* erhalten. Dadurch wird beiden Völkern geholfen und *Polen der Zugang zum Meer geschaffen.* Eine solche Union hat in früheren Jahrhunderten bestanden; sie ist an dynastischen Fragen gescheitert. Solche Spannungen sind heute nicht mehr vorhanden oder zu vermeiden.

Ausserdem besteht die Möglichkeit, Polen über die deutschen Häfen jede Verbindung zum Weltverkehr zu sichern. Die Zukunft wird solche Verbindungen nicht mehr von militärischen Fragen abhängig machen, denn sie steht und fällt für alle europäischen Völker mit dem dauernden europäischen Frieden.

So ist zu hoffen, dass allmählich nach diesen furchtbaren und leidvollen Erfahrungen auch das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen wieder ausgeglichen wird. Jedenfalls *werden wir bereit sein, Polen bei der Heilung seiner Wunden und in Zukunft jede nur mögliche Hilfe angedeihen zu lassen.*

An eine *Wiedergutmachung* des durch den Hitlerismus den europäischen und anderen Völkern zugefügten Schadens ist nicht zu denken. Deutschland ist durch HITLER schon vor diesem Kriege in ungeheure *Schulden* gestürzt. Die Bewunderung, die andere Völker HITLERS Künsten auf diesem Gebiet entgegengebracht haben, war für das deutsche Volk verhängnisvoll. Die gewaltige Schuldenlast dieses unseligen Krieges teilt Deutschland mit der ganzen Welt. *Die Zerstörungen* aber, die der Krieg angerichtet hat, sind heute schon in Deutschland grösser als in jedem anderen Teil Europas. Es ist daher physisch für Deutschland unmöglich, ausser dem Aufbau in Deutschland, der Generationen in Anspruch nehmen wird, auch noch den in anderen Ländern zu schaffen.

Wir schlagen daher zur seelischen Entspannung und zur materiellen Erleichterung ein *europäisches Gemeinschaftswerk für den Wiederaufbau* vor, an dem jeder europäische Staat nach dem Mass seiner Kräfte teilnimmt.

Über die *Interessengegensätze zwischen England und Russland* brauchen wir nichts zu sagen; sie sind da. Im 19. Jahrhundert sind sie durch das europäische Gleichgewicht ausgeglichen; trotzdem hat es diesen und jenen bewaffneten Konflikt gegeben (z.B. Krim-Krieg). 1918 konnte England die unüberlegte erniedrigende Behandlung Deutschlands hinnehmen, weil Russlands Kraft für lange Zeit ausgeschaltet schien. Jetzt ist an der Wiedererstarkung Russlands nicht mehr zu zweifeln. Gewiss ist auch Russland durch diesen Krieg gewaltig geschwächt. Aber das naturhafte russische Volk gleicht solche Verluste schneller aus als die empfindlicheren europäischen Völker.

Zurzeit herrscht in Russland ein gleichmässiges bolschewistisches System. Dass der Bolschewismus alles menschliche Leben und Streben tötet, ist eine Tatsache, der sich selbst die Russen nicht verschliessen könnten. Sie haben daher den Kommunismus immer mehr abgeschwächt. Aber dazu gehört eigene bittere Erfahrung. *Wenn das heutige Russland Vorherrschaft über Europa ausübt,* werden die mittel- und westeuropäischen Völker, durch den Krieg geschwächt, durch Leidenschaft bewegt, vor schier unerfüllbaren Aufgaben stehend, zunächst dem *radikalen Bolschewismus verfallen.* Das wäre der Tod der europäischen Kultur und der Geltung Europas, wäre wohl *auch für England eine grosse Gefahr.* Noch gefährlicher aber wird Russland, wenn es zu den wahren Gesetzen der Wirtschaft und der Politik allmählich zurückfindet. Denn dann wird seine Kraft noch grösser. *Russland dürfte die einzige Macht auf der Erde sein, die ohne eine grosse Flotte das englische Empire lebensgefährlich treffen könnte.* Es ist selbstverständlich eigenste Sache Englands, diese Lage zu prüfen und jede Schlussfolgerung zu ziehen, die es in seinem Interesse für notwendig erachtet. Wir können nur unsere Meinung sagen, und die besteht darin, dass *alle europäischen Völker westlich Russlands sich gegen eine russische Übermacht und Vorherrschaft sichern müssen.*

Weder Frankreich noch Italien noch ein Zusammenschluss der kleineren Völker kann diese Sicherung zurzeit gewähren. *Deutschland kann es eben noch, wenn es rechtzeitig die Verbrecher zum Teufel jagt und bestraft, und wenn ihm England und Amerika die Möglichkeit gewähren, den Krieg ohne Zusammenbruch zu liquidieren. Ein Hemmnis hierzu ist die Forderung der bedingungslosen Kapitulation.*

Die Ereignisse in *Italien* sollten warnen. Jedenfalls ist eins mathematisch sicher: Wird Deutschland in entscheidendem Moment bedingungslose Kapitulation abgefordert, so legt der deutsche Soldat auch im Osten genauso die Waffen nieder, wie es jeder andere Soldat der Welt tun würde. Damit *würde Russland der Vormarsch freigegeben werden. Wo er zum Stehen kommt, weiss kein Mensch.* Vielleicht sieht sich England genötigt, hierüber mit Russland eine Verständigung zu treffen; wie lange diese aber halten wird, ist nicht voraussehbar; denn noch ist der Kriegsschauplatz Ostasien vorhanden, der englische und amerikanische Kräfte in Anspruch nimmt.

Am schnellsten erhalten die *angelsächsischen Reiche* die meisten *Kräfte für Ostasien* frei, wenn die europäische Sicherung gegen Russland durch Europa selbst erfolgen kann. Es wird notwendig sein, hierzu die europäischen Völker zusammenzubringen, aber das erfordert Zeit. Inzwischen wäre es die Aufgabe Deutschlands, diesen Schutz zu übernehmen.

Das ist wieder nur möglich, wenn man *nicht die Forderung auf totale Entwaffnung* stellt. Dass Deutschland den Krieg in der Luft und auf den Meeren einstellt, ist selbstverständlich. Im Übrigen muss man ihm einstweilen die Waffen lassen. Die *Abrüstung* kommt mit fortschreitender Waffenruhe und Befriedung *von selbst;* denn Deutschland steht wie jedes andere Volk vor der ungeheuerlichen Aufgabe, eine Schuldenlast von mehreren hundert Milliarden zu liquidieren, ohne dass es zu Inflation oder anderen wirtschaftlichen Zusammenbrüchen kommen darf. Diese Leistung kann jedes Volk nur vollbringen, wenn es seine öffentlichen Ausgaben auf die Höhe seiner Einnahmen zurückschraubt. Für Deutschland bedeutet das fast die *T otalabrüstung.* Sie kann aber erst erfolgen, wenn die *Lage gegenüber Russland geklärt ist.*

*Deutschland räumt selbstverständlich alle besetzten Gebiete.* Die Räumung erfolgt schrittweise. Zunächst werden alle Einrichtungen zurückgezogen, die nichts mit militärischer Besetzung zu tun haben. Diese wird auf das zur Aufrechterhaltung der Ordnung erforderliche Mass beschränkt. Sofort werden *selbständige nationale Regierungen wieder ans Ruder gelassen.* Mit ihnen werden die militärischen Räumungen besprochen, so dass keine Verwirrung eintritt.

Deutschland wird diese seine *Bereitwilligkeit, Luft- und U-Bootkrieg einzustellen und zu räumen, von vornherein öffentlich erklären. Gegenüber Russland* wird nur die *alte Ostgrenze Polens* von der deutschen Wehrmacht gesichert. Somit hat Russland keinen Anlass, von England und Amerika die Fortsetzung des Krieges, insbesondere des Luftkrieges zu verlangen. *Das sofortige Aufhören des Luftkrieges ist Voraussetzung für das schnelle Gelingen des Umbruchs in Deutschland.*

Deutschland ist erfreut, feststellen zu können, dass *Amerika* sich wieder mit europäischen Angelegenheiten auch nach diesem Kriege befassen wird. Deutschland ist überzeugt, *dass es Märchen sind, die behaupten, Amerika wolle in Europa oder in Afrika festen Fuss fassen.* Wir glauben auch nicht ernstlich daran, dass man in Amerika ernst-

haft daran denkt, mit amerikanischen Kräften Deutschland verwalten, seine Schulen reformieren und Deutschland gesundmachen zu wollen. Wenn wir Deutschen, die wir eine Rettung unseres Vaterlandes aus dem moralischen und materiellen Zusammenbruch erstreben, gewissenlose Materialisten wären, dann könnten wir dies uns mehrfach verkündete Vorhaben der USA mit Ruhe über uns ergehen lassen. Es würde sich nämlich bald erweisen, dass es für Amerika kostspielig, gefährlich und schliesslich undurchführbar ist. Amerika würde nämlich die totale Verantwortung für die Not in Deutschland und für seinen Wiederaufbau übernehmen, damit Deutschland entlastend. Aber aus ideellen Gründen lehnen wir es entschieden ab, uns von einem anderen Volke gesundmachen zu lassen. Es ist vollkommen sicher, dass Deutschland eines Tages dieses Rettungswerk selbst vollbringen wird; die Gefahr besteht nur darin, dass dann Übertreibungen eintreten können.

Es besteht für solche Pläne aber auch keine moralische Berechtigung. Einflussreiche Engländer und Amerikaner sind vor diesem Kriege daraufhingewiesen, dass HITLER ihn entfesseln und furchtbares Unglück über die Welt bringen wird. Sie, darunter der englische und französische Botschafter, haben es nicht rechtzeitig glauben wollen (vgl. Ward Price). Sie haben uns Deutsche, die wir warnten, für Männer ohne nationale Gesinnung gehalten. Sie haben übersehen, dass wir unser Vaterland von ganzem Herzen lieben und seine Grösse und Ehre wollen, dass wir aber aus unserem Leiden wussten, welchen Weg der *satanische, dämonische* HITLER nehmen würde. Trotz unserer Warnung ist CHAMBERLAIN 1938 HITLER nachgelaufen. Damals war durch englische Festigkeit der Krieg vermeidbar und HITLER ZU entlarven. Es liegt uns fern, die Verantwortung, die wir Deutschen zu tragen haben, vermindern zu wollen, aber es liegt ein nicht nur von uns Deutschen verschuldetes, tragisches Geschehen vor, unter dem wir Deutschen nicht gering Opfer für unsere Überzeugung gebracht haben. Wenn wir uns befreien, wird die Welt erfahren, was anständige Deutsche erlitten und gelitten haben, wie viele von ihnen *qualvollen* Todes gestorben sind für die deutsche Ehre und die Freiheit in der Welt.

Jeder einsichtige Engländer und Amerikaner wird auch nicht verkennen, dass es sich *verhängnisvoll* ausgewirkt hat, *den demokratischen Regierungen in Deutschland genügendes Entgegenkommen zu versagen,*

*um es dem Lügenmeister und Verbrecher Hitler Stück um Stück zuzugestehen. Was sollten* die anständigen Deutschen denn eigentlich tun, wenn man von draussen HITLER einen politischen Erfolg nach dem anderen ermöglichte?

Man wird damit rechnen müssen, dass Amerika nicht immer die Sicherung Europas gegenüber Russland mitübernimmt. Und daher erscheint es uns als Gebot der Stunde, nun endlich jene Interessengemeinschaft zu verwirklichen, um die weitblickende Engländer und verständige Deutsche seit mehr als jo Jahren gerungen haben. Wir Deutschen werden auf *Flottenträume zu verzichten* haben. Auch wir lieben das Meer und werden es befahren, aber wir können anerkennen, dass der *Schutz der Meere durch England* aus seinem eigenen Interessengebiet zu verwirklichen ist, während *uns Deutschen die Hauptlast der Landsicherung Europas* obliegt. Wir haben aber das grösste Interesse daran, dass wir die Lasten dieser Sicherung nicht allein tragen.

Daher scheint uns *der Zusammenschluss der europäischen Völker zu einem europäischen Staatenbund* geboten. Sein Ziel muss sein, Europa vor jeder Wiederkehr eines europäischen Krieges vollkommen zu sichern. *Jeder europäische Krieg ist glatter Selbstmord.* Die Zeit ist reif, diesen idealen Gedanken in die Wirklichkeit zu übersetzen, weil mit ihm die realen Interessen übereinstimmen. Wir empfehlen schrittweises Vorgehen:

Ein ständig tagender *europäischer Wirtschaftsrat* soll zunächst für Beseitigung aller Verkehrshemmnisse, für einheitliche Verkehrseinrichtungen, für gleiches Wirtschaftsrecht, für Aufhebung der Zollgrenzen usw. sorgen. Wenn dieser Prozess eine gewisse Entwicklung erreicht hat, werden gemeinsame politische Einrichtungen begründet. Als solche kommen in Betracht:

ein europäisches Wirtschaftsministerium
eine europäische Wehrmacht
ein europäisches Aussenministerium.

Über Einzelheiten wird man sich unschwer verständigen können. Wir sind zu jeder Mitarbeit, auch zu einer schnelleren, bereit, falls sie nützlich zu sein scheint. Jedenfalls kann die Grundlage einer europäischen Gemeinschaft nur Freiheit und Selbständigkeit der Nationalstaaten in allen ihren Entschliessungen sein.

Der europäische Friede ist durch ein *Schiedsgerichtsverfahren* zu sichern, dessen Entscheidungen mit gemeinsamer Kraft unter allen Umständen durchgeführt werden.

Es ist kein Geheimnis, *dass Deutschland sein Bündnis mit Japan für einen Verrat an den weissen Interessen betrachtet.* Wir können selbst die *Bindungen einer Verbrecherregierung nicht von heute auf morgen wegwerfen,* aber wir sind nicht verpflichtet unterzugehen, damit Japan einen *auch für Japan aussichtlosen Krieg* fortsetzen kann. Auf dieser Grundlage werden wir unser Verhältnis zu Japan neu gestalten. Ehe wir nicht die genauen Pläne Englands und Amerikas kennen, können wir keine weiteren Einzelfragen hinsichtlich Japans berühren. Wir können nur feststellen, dass die *'Wiederherstellung des europäischen Kolonial- und sonstigen Besitzes in Ostasien* von uns für notwendig gehalten wird, und dass wir zu gegebener Zeit und mit den anständigerweise zu vertretenden Mitteln daran mitzuwirken bereit sind. Wir sind ferner davon überzeugt, *dass China von Japan* überfallen ist und daher einen gerechten Verteidigungskrieg führt. Dem werden wir in unserer Politik Rechnung tragen, zumal auch unsere ganze menschliche, wissenschaftliche und wirtschaftliche Hochachtung dem chinesischen Volke gilt.

Über den Zusammenschluss der europäischen Völker hinaus bedarf die Welt der *Zusammenarbeit aller Völker.* Ohne sie ist dieses oder jenes grosse Volk der Absatzlosigkeit seiner Erzeugnisse, der Arbeitslosigkeit und der Armut ausgesetzt. Diese Not eines der grossen Völker müsste aber wieder auf die anderen zurückwirken. Die Zusammenarbeit verlangt, dass zunächst jeder einzelne Staat seine Finanzen in Ordnung bringt. Geordnete Staatsfinanzen sind erste Voraussetzung sicherer Währung. *Stabile Währungen* sind unerlässliche Voraussetzung zur Wiederingangsetzung des *Welthandels.* Dieser soll *so frei wie möglich* sein. Einzelheiten sind zu besprechen und zu entwickeln. Um diese Entwicklung zu beschleunigen, ist die Einrichtung einer *internationalen Bank* erforderlich. Wir haben mit grossem Interesse von den englischen und amerikanischen Vorschlägen Kenntnis genommen und erachten sie für eine gute Grundlage, an der mitzuarbeiten wir selbstverständlich bereit sind.

Über die zukünftige *innere Verfassung Deutschlands* können wir einiges bestimmt, anderes nur andeutungsweise sagen.

Sie wird das *Recht und die Freiheit des Individuums* wiederherstellen; sie wird die Freiheit der Gewissen, die Freiheit des Geistes, *die Freiheit der Presse* wiederbringen; sie wird sich auf Teilnahme und Kontrolle des Volkes aufbauen. Sie muss aber auch den Erfahrungen der Vergangenheit Rechnung tragen. *Die demokratischen Einrichtungen* können nur in dem Schrittmass hergestellt werden, wie es gelingt, das Recht wiederherzustellen, die Verbrecher zu bestrafen und das deutsche Volk wieder politisch reif zu machen. Welche *Staatsspitze* Deutschland haben wird, können wir gegenwärtig noch nicht sagen. Uns ist klar, dass nur eine *Monarchie in parlamentarischen Grenzen* Deutschland so schnell wie möglich innere Ruhe wiedergeben und es zu einem besonderen Faktor der Mitarbeit machen kann. Aber wir wissen nicht, wie sich die Meinung des Volkes zu dieser Frage entwickeln wird.

Die Hauptsache ist, dass Deutschland rücksichtslos den *Zentralismus abbaut* und seine gute, gediegene *Selbstverwaltung* in den Gemeinden, in den Verwaltungskreisen und in den deutschen Ländern wiederherstellt. Preussen wird im Reich aufgehen. Die preussischen Provinzen werden verschwinden; es werden *deutsche Länder gebildet werden*, die sich weitgehend selbst regieren ebenso wie die Gemeinden, so dass für eine zentrale Reichsregierung und Volksvertretung nur diejenigen Aufgaben verbleiben, die unerlässlich sind, um den Zusammenhalt des Reichs sicherzustellen.

Nach unserer innersten Überzeugung sehnen sich alle Völker der Welt nach rechtem Frieden und echter Ruhe. Das religiöse Bewusstsein in Deutschland ist durch die Unterdrückung im letzten Jahrzehnt ungeheuer vertieft und verbreitert. Für uns werden die *christliche Religion und ihre Lehren Stütze und Leitsatz auch bei allen politischen Massnahmen im Innern und im Äussern bleiben. Wir halten es für notwendig, dass auch die Grundsätze der Aussenpolitik mit der christlichen Moral in Übereinstimmung gebracht werden.*

ANLAGE I

## VORBEREITENDE DENKSCHRIFTEN

Die Denkschrift «Das Ziel» ist offenbar nach längeren Vorarbeiten entstanden und aus ihnen hervorgegangen. Im Nachlass Goerdelers finden sich:

I. Denkschrift zur Kriegs- und aussenpolitischen Lage (1. Juli 1940)
II. Stand des Bildungswesens (Juli 1940)
III. Stand der Finanzen (Juli 1940) B (für Beck bestimmt?)
IV. Stand von Wirtschaft und Verwaltung (September 1940)
V. Grundsätze für die Friedenswirtschaft (Oktober 1940)
VI. Gesamtlage (November 1940)
IVI. Die Zeit (November 1940)

Kennzeichnend für die schon fortgeschrittene Zusammenarbeit zwischen Beck und Goerdeler sind die ersten Abschnitte der Denkschrift I vom 1. Juli 1940. Sie lauten:

«Die Wehrmacht hat dank hervorragender Planung durch den Generalstab, dank glänzender Führung, dank des Mutes der Soldaten und nicht zuletzt allerdings durch rücksichtslosesten Einsatz der Zerstörungstechnik bewiesen, was sie zu leisten vermag. Dieser Sieg gibt ihr grosse Macht und noch grössere Verantwortung.

Kriege dürfen nicht um ihrer selbst willen geführt werden. Das hat selbst Moltke betont, haben Clausewitz und alle grossen Staatsmänner und Heerführer bekannt, das sagen uns Vernunft und Verantwortungsbewusstsein. Das Ziel ist immer und nur allein der ehren- und glückhafte Friede. Die Ehre ist in unserer Achtung vor uns selbst, in unserer Unabhängigkeit von fremdem Willen beschlossen. Glückhaft ist der Friede, der bei Anstrengung aller Kräfte zu einem auskömmlichen Lebensstand führt, seine Verbesserung ermöglicht, Freiheit des Gewissens und Fortschritt der Wissenschaft sichert, die seelischen Kräfte im Gleichgewicht hält und die Entwicklung wahrer Kultur ermöglicht, dauerhaft wird nur ein Friede sein, in dem der Mensch nicht erschlafft und nicht vergisst, dass er den Geboten, der Gewalt Gottes unterworfen ist.

Von einem solchen Frieden sind wir heute weiter entfernt denn je. Es ist notwendig, hierüber volle, wenn auch grausame Klarheit zu gewinnen, denn dieser Krieg dient nicht einem planmässigen Aufbau, sondern phantastischen, zum letzten Mal in der Zeit Napoleons gehegten Plänen. Um jenen Frieden zu haben, bedürfte es dieses Krieges überhaupt nicht. Es kann jederzeit nachgewiesen werden, dass die Westmächte zumindest seit 1932 bereit waren, sich über alle für uns lebenswichtigen Fragen so zu verständigen, wie es unserer Ehre und unserer Lebenskraft entsprochen hätte. Es ist insbesondere nachzuweisen, dass Polen, von England unter Druck gesetzt, am 31. 8. 1939 sich bereit erklärt hat, in den Ostfragen entgegenkommend zu verhandeln. Dieses Nachgeben hätte bei dem Vergleich der Kräfte Deutschlands und Polens sowie bei dem Friedensbedürfnis der Westmächte sehr bald ein vollkommenes werden müssen. Aber die Reichsführung zog den Krieg vor, weil sie ihn haben wollte und musste.»

*

Als direkte Vorarbeit für die Denkschrift «Das Ziel» ist die mit dem Titel «Gesamtlage» vom November 1940 zu betrachten. Ihre ersten Abschnitte lauten:

«Aufgabe jedes Staates ist es, die auf Erhaltung und Verbesserung des Lebens gerichtete, naturgesetzlich gebotene Arbeit (Wirtschaft) seiner Bürger zu schützen, alle dieser Tätigkeit dienenden Kräfte zu stärken, sie vor Entartung zu bewahren und ihnen eine möglichst lange Dauergeltung sicherzustellen.

Die abgeschlossene Geschichte vergangener Staaten, die lebendige Geschichte der gegenwärtigen, in Sonderheit aber die Geschichte unseres eigenen Volkes und seiner Staatengründungen geben vollkommene Klarheit über die Voraussetzungen, die von der Staatsführung zur Lösung jener Aufgaben zu erfüllen sind. Der Mensch lebt nicht von Brot allein, sondern er hat eine Seele. Daher gelangt er zur höchsten Leistungsfähigkeit auf allen Gebieten auch nur, solange es gelingt, die seelischen Bedürfnisse zu befriedigen. Kein Volk lebt allein auf dieser Welt; Gott hat auch noch andere Völker geschaffen und sich entwickeln lassen. Eine rein materialistische Betrachtung, die aber graue Theorie ist, könnte zu der Annahme führen, dass *der* Staat am besten seine Auf-

gabe erfüllt, der sich allen andern gegenüber rücksichtslos auch mit Gewalt durchsetzt. Eine solche Betrachtung entspricht aber weder unserem seelischen Bedürfnis, noch auch den Erkenntnissen der Vernunft. Ewiger Kampf bedeutet dauernde Kräftevergeudung. Ewige Unterdrükkung anderer widerspricht offenbar ebenso den Geboten Gottes wie der vernünftigen und durch die Geschichte bewiesenen Erkenntnis, dass nur freie Menschen höchste Leistungen vollbringen und dass nur deren gegenseitiger Austausch dauernd Leben erhält und verbessert. (Folgender Satz offenbar verstümmelt.) Erfolg wird diejenige Staatsführung haben, die dieses Hin- und Herschwanken auf ein Mindestmass begrenzt und immer wieder mit weisen Mitteln einer Harmonie zwischen den beiden Polen zustrebt.

Die Geschichte lehrt uns daher auch klar, dass zu den Voraussetzungen erfolgreicher Staatsführung gehören: Die Anerkennung und Ausnutzung aller Naturkräfte und Naturgesetze, ihre durch nichts behinderte Erforschung, daher die Freiheit des Geistes; die Befriedigung der seelischen Bedürfnisse, daher die Freiheit des Gewissens; der harmonische Ausgleich zwischen Trieb und Seele, daher Recht und Gerechtigkeit; die Sammlung aller Kräfte in Vaterlandsliebe und menschlicher Tugend; die Einordnung in die Schöpfung Gottes, daher die Rücksicht auf die Anschauungen und Interessen anderer und nicht zuletzt das ewige Suchen nach dem Sinn des Lebens und die dauernde Unterwerfung unter die Allgewalt Gottes. Nur die Perioden, in denen der naturhafte Lebens- und Geltungswille der Menschen und Völker von der Erkenntnis dieser Voraussetzungen und ihrer harmonischen Erfüllung durchdrungen waren, waren glückliche.

Soll unserem Volk eine gesicherte Stellung geschaffen werden, so müssen diese Voraussetzungen erfüllt, so müssen alle unsere Kräfte, die seelischen, geistigen und körperlichen, zu einer Sinfonie vereinigt werden. Wir müssen im Kampf des Lebens die Gesetze der Natur, die Gebote Gottes beachten, sie richten sich an Geist, Körper und Seele. Dass sie jetzt nicht beachtet werden, ist in den Betrachtungen über den Stand der Finanzen, über den moralischen Zustand, über den Stand des Bildungswesens und über den Stand von Wirtschaft und Verwaltung dargelegt. Es besteht auch weder Erkenntnis noch Wille, diese Harmonie etwa nach dem Kriege herzustellen ...

Die nationalen Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes waren durch harmonische Ausbildung und Einsatz aller Kräfte, insbesondere derjenigen des Geistes ohne Krieg zu verwirklichen. Dies kann jederzeit nachgewiesen werden; die unerbittliche Geschichte wird eine geradezu überwältigende Klarheit hierüber bringen. Vielleicht waren einige militärische Handlungen erforderlich, um die notwendigen Grenzberichtigungen zu vollziehen. Aber es war möglich, sie politisch so vorzubereiten, dass sie gewissermassen als feine Blinddarmoperation mit sicherem Erfolg und ohne den ganzen Körper in Anspruch zu nehmen und zu gefährden, durchgeführt werden konnten. In einigen Jahren des Friedens mussten, wie mehrfach dargelegt, die zweifellos vorhandenen schwachen Stellen im englischen Weltreich offenbar werden, ebenso wie die grosse Sehnsucht der Franzosen, einer neuen kriegerischen Auseinandersetzung mit Deutschland zu entgehen. Im friedlichen Wettkampf hätte sich die ... Überlegenheit des deutschen Volkes über das französische ergeben. Preussen hat vor rund hundertfünfzig Jahren die Einigung Deutschlands... durch harmonische Anwendung *aller* Kräfte herbeigeführt. Es zog für den ihm durch Napoleon *aufgezwungenen* Befreiungskampf die besten *deutschen* Männer an sich. So schuf es in jenen Jahren tiefster Erniedrigung, bauend auf die Entwicklung des x8. Jahrhunderts, die geistige Einigung der Deutschen. Ihr liess es in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, die technische Entwicklung des Eisenbahnwesens ausnutzend und auf jene geistige Einigung bauend, im preussischen Zollverein und im Norddeutschen Bund die wirtschaftlidie Einigung folgen.

Die politische Einigung brachten die kurzen, vom Standpunkt der Politik aus gesehen, lokalen Operationen von 1866 und 1870. Welcher Abstand der Unüberlegtheit, der Oberflächlichkeit, der Furiosität der Politik seit Bismarcks Abgang bis heute! Eine vollkommen gedankenlose Überspanntheit des Kräfteeinsatzes ohne klare Ziele und ohne Rücksicht auf die scheinbar nicht beteiligten Komplexe (Geist und Seele). Der gegenwärtige Krieg hat... seine Ursache in der immer hemmungsloser gewordenen Anbetung der Macht, in einer immer zügelloseren Herrschsucht, aber auch in der klaren Erkenntnis, dass sich die furchtbaren Auswirkungen einer falschen Wirtschafts- und Finanzpolitik dem deutschen Volke nicht länger verheimlichen liessen. Die

Mittel, die angewandt sind, um dem deutschen Volke den Krieg als aufgezwungen und unvermeidlich erscheinen zu lassen, sind von einer Skrupellosigkeit, wie sie jedenfalls in der Geschichte des deutschen Volkes bisher nicht bekannt war. Es ist an anderer Stelle dargelegt, dass kein militärischer Erfolg einen lebenswerten, dauerhaften Frieden herbeiführen kann, wenn nicht zuvor die *moralische Sauberkeit* wiederhergestellt und eine den Naturgesetzen entsprechende Wirtschafts- und Finanzpolitik mit aller Härte in Angriff genommen wird ...

ANLAGE II

## DER BESUCH DES MARSCHALLS PÉTAIN IN PARIS

Im Kriegstagebuch des Oberbefehlshabers West (KTB Ob.West) findet sich als Anlage 88 zum Tätigkeitsbericht Ic in der Akte H 11-10/96 (S. 170) das folgende Schreiben:

«24. 4. 44. KR (höchste Dringlichkeitsstufe) an stellv. Chef Wehrmachtführungsstab Gen. d. Art. Warlimont

General v. Neubronn teilt aus Vichy mit, dass Marschall Pétain am 25. 4. von Vichy nach Melun fährt, dort übernachtet und am 26. 4. in Paris einem Gottesdienst in der Nötre Dame für die Bombenopfer des letzten Feindangriffes auf Paris beiwohnt. Er hat ausdrücklich gebeten, dass keinerlei Aufhebens gemacht wird. Er bittet nur um Gestellung eines deutschen Polizei-Offiziers, damit er nicht durch Streifen angehalten wird. Sofort nach Beendigung des Gottesdienstes beabsichtigt der Marschall, wieder nach Vichy zurückzukehren. Gesandter von Renthe-Fink hat deutschen Botschafter unterrichtet. Militärbefehlshaber in Frankreich ist durch General v. Neubronn unterrichtet.

Ob. West
(ObkdOH. Gr. D)
gez. Blumentritt
Gen. d. Inf.
Ic Nr. 2475/44 geh.

Zu der genannten Zeit waren:
Generalfeldmarschall v. Rundstedt: Oberbefehlshaber West
General der Inf. Günther Blumentritt: Chef des Generalstabs Ob. West
Generalleutnant v. Neubronn: Bev. Deutscher General bei der Vichy-Regierung
Deutscher Botschafter in Paris: Otto Abetz
Deutscher Gesandter bei der Vichy-Regierung: Cecil v. Renthe-Fink.

## I. Einleitung

1 Hans Rothfcls: Die deutsche Opposition gegen Hitler. Fischer-B. 1958; S. 176.
2 Fabian von Schlabrendorff: Offiziere gegen Hitler. Fischer-Bücherei 1962, S. 17.
3 Eberhard Zeller: Geist der Freiheit. Der 20. Juli. Fünfte Auflage. München 1965.
4 Wolfgang Foerster: Ein General kämpft gegen den Krieg. München 1949. Neue Auflage unter dem Titel: Generaloberst Ludwig Beck, Sein Kampf gegen den Krieg. München 1953.
5 Gerhard Ritter: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, dtv. Taschenbücher 1964, S. 305: «Leuschner seinerseits, den Kaiser schon früher mit Hammerstein und Beck bekannt gemacht hatte, war erfreut, politischen Anschluss an Goerdelers Kreis zu finden.»
6 Siehe Helmuth Groscurth: Tagebücher eines Abwehroffiziers 1938-1940. Herausgegeben von Harold C. Deutsch und Helmut Krausnick, im Erscheinen.
7 Ulrich von Hassell: Vom andern Deutschland. Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938-1944. Fischer-Bücherei 1964, S. 314.
8 Zeller a.a.O. S. 41.
9 Bei den höheren Stäben, denen der Verfasser von 1939 bis 1944 angehörte: AOK 18, AOK 17, Heeresgruppe Süd (v. Manstein), Heeresgruppe B (Rommel), waren die älteren Gencralstabsoffiziere darin einer Meinung.
10 Siehe die Studie des Verfassers «Das soldatische Gewissen des Generalobersten Beck, Wehrkunde, Heft 12, München, Dezember 1964.
12 Ritter a.a.O. S. 81.
13 Ritter a.a.O. S. 89.
14 Über Goerdelers Auslandsreisen 1937/38 s. Ritter a.a.O. S. 158-176.
15 Ludwig Beck, Studien. Stuttgart 1955. Herausgegeben und eingeleitet von Hans Speidel, bringt im Anhang einen offiziellen Bericht über die Reise Becks nach Paris, S. 295-302.
16 Ritter a.a.O. S. 161.
17 Originaltyposkript im Besitz von Gotthold Müller, München. Reisebericht aus England vom 30. April 1938 (ungedruckt), S. 25.
18 Ritter a.a.O. S. 488; Anm. 4.
21 Bekanntlich hat von Blomberg eine Person mit eindeutiger Vergangenheit zu seiner zweiten Frau gemacht.
22 Die genaue Darstellung der Fritsch-Krise in Hermann Foertsch: Schuld und Verhängnis. Die Fritsch-Krise als Wendepunkt in der Geschichte der nationalsozialistischen Zeit. Stuttgart 1951.
23 Hans Bernd Gisevius: Bis zum bitteren Ende. Vom 30. Juni 1934 bis zum 20. Juli 1944. Ullstein-Buch 1964.
24 Ritter a.a.O. S. 156
25 S. Ritter a.a.O. S. 239 «Auf Brauchitsch setzte Goerdeler geringes Vertrauen, grösseres dagegen auf seinen Generalstabschcf Haider.»
26 Nach Spiegelbild einer Verschwörung. Die Kaltenbrunncr-Berichte an Bormann und Hitler. Herausgegeben vom Archiv Peter. Stuttgart 1961, S. 246.

27 Spiegelbild einer Verschwörung K. B., S. 382
28 v. Hassell a.a.O. S. *64* f.
29 Karl Ludwig Frhr. v. Guttenberg war der Herausgeber der «Weissen Blätter». Ihm gehörte die Salzburg bei Bad Neustadt an der (fränkischen) Saale.
30 v. Hassell a.a.O. S. 78.
31 Ludwig Beck, Studien. S. 250.
32 v. Hassel a.a.O. S. 88
33 Dieter Ehlers: Technik und Moral einer Verschwörung. Der Aufstand am 20. Juli 1944. Bonn 1964, 7. Kapitel.
34 v. Hassell a.a.O. S. 106 f.
35 Abgedruckt im Anhang zu Helmuth Grosscurth: Tagebücher eines Abwehroffiziers. Stuttgart 1965.
36 v. Hassell a.a.O. S. ii2ff.
38 Ritter a.a.O. S. 291 ff. und Anm.
39 Becks erster Biograph Wolfgang Foerster, ehemals Präsident der Kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt des Heeres, gehörte nicht zu dem eigentlichen Kreis der Erneuerung. Er erwähnt nichts von einer engen Zusammenarbeit zwischen Beck und Goerdeler an Denkschriften. Auch Gert Buchheit sind in seiner sehr fleissigen, aber im Zurzeit kompilatorischen Biographie «Ludwig Beck, ein preussischer General», München 1964, diese Zusammenhänge entgangen.
40 Gerhard Ritter a.a.O. Anhang VII, S. 577 ff.: Geheime Denkschrift Goerdelers für die Generalität bestimmt, über die Notwendigkeit eines Staatsstreichs. *26.* 3. 1943.
41 Den inneren Zusammenhang zwischen der Wehrauffassung Becks und seinen eingehenden Clausewitz-Studien habe ich nachgewiesen in der Abhandlung «Generaloberst Beck und der Durchbruch zu einer neuen deutsdien Wehrtheorie in «Aus Politik und Zeitgeschichte», Beilage zu «Das Parlament», 1962, Nr. 8.
42 Siehe die Clausewitz-Ausgabe des Verfassers, Rowohlt-Klassiker Hamburg, Hamburg 1963, S. 204.
43 Beck a.a.O. S. 250.
44 Hassell a.a.O. S. 228.
45 Beck a.a.O. S. *60.*
46 Spiegelbild einer Verschwörung, KB, S. 147 ff.
47 W. v. Schramm: Der 20. Juli in Paris, Taschenbuchausgabe, München 1964, S. 32 ff.
48 ITannah Arendt: Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen. Deutsche Ausgabe, München 1964, S. 134 ff.
49 A.a.O. Vorwort zur fünften Auflage, S. *6 ff.*
50 Ungedruckte Aufzeichnung Goerdelers im Besitz von Gotthold Müller.
51 Beck a.a.O. S. 251.
52 Beck a.a.O. S. 247
53 Beck a.a.O. S. 251 f.
54 Beck a.a.O. S. 215.
55 Gisevius a.a.O. S. 362.
56 Siehe v. Schramm: Das soldatische Gewissen des Generalobersten Beck. Wehrkunde Dezember 1964.
57 Hassell a.a.O. S. 292.
58 Allen Welsh Dulles hat nach dem Krieg das Schweigen gebrochen. 1947 ist in New York sein Buch «Germanys Underground» erschienen. Deutsche Übersetzung «Verschwörung in Deutschland», Zürich 1948.
59 Ritter a.a.O., Dokument VI, S. 551 ff.

60 Siehe auch «Spiegelbild» S. 382.
61 Ritter a.a.O. S. 334
62 v. Hassell a.a.O. S. 303.
63 Beck a.a.O. S. 262.
64 W. v. Schramm: Wehrkunde 12/64.
65 v. Hassell a.a.O. S. 303.
66 Zitiert nach Bcck: Studien S. 248 f.
67 A.a.O. S. 249.
68 Im Besitz von Gotthold Müller.

## II. Das Ziel

1 Das Motto der Denkschrift wie der Begriff «Totalität der Politik» weist auf Beck als Mitverfasser hin. Wahrscheinlich stammt überhaupt das Konzept des Teils I von ihm. Jedenfalls heisst es in dem Vortrag «Die Lehre vom totalen Krieg», den der Generaloberst im Juni 1942 in der Berliner Mittwochgcscllschaft hielt – entstanden ist er wohl schon früher – im Zusammenhang mit der kritischen Auseinandersetzung mit der Kriegstheorie Ludendorffs: «Ludendorff verlangt im Hinblick auf sein Axiom des totalen Krieges eine Politik totalen Charakters. Er versteht unter dieser eine Politik, die von den Erfordernissen des totalen Krieges bestimmt wird und die diesen auch schon im Frieden zum Zweck und Inhalt der gesamten Politik machen muss. Eine solche Politik ist nun allerdings gar keine Politik totalen, sondern in höchstem Masse einseitigen Charakters . . . Wenn ich meinerseits dem Begriff einer totalen Politik – so unschön das Epitheton ist – einen Inhalt zu geben suche, so verstehe ich unter ihr das Meistern der Totalität des menschlichen Ringens im eigenen Volk und von diesem mit den anderen Völkern, und zwar durch eine Staatsführung, welche die jeweiligen Ziele unter richtiger Einschätzung aller Kräfte und der eigenen Lebensansprüche und unter weiser Einschätzung auch der anderen Völker zu finden und bestimmen versucht und die sich ergebenden Aufgaben sinnvoll aneinanderreiht.» (Ludwig Beck; Studien, hcrausgegeben und eingelcitet von Hans Speidel, Stuttgart 1955, S. 242 f.)

2 In dem genannten Vortrag heisst es auf S. 2jo: «Die Regelung des Lebens der Völker untereinander ist tägliche Aufgabe der praktischen Politik . . . Sie verlangt aber auch Rücksicht auf die vielen Imponderabilien, die sich schon aus der einen Tatsache ergeben, dass kein Volk auf dieser Welt allein lebt, dass Gott vielmehr auch noch andere Völker geschaffen hat und sich entwickeln liess . . .»

3 Im Anschluss an die Begriffsbestimmung der «Totalen Politik» sagt Beck a.a.O. S. 243 f. u.a.: « . . . . die Politik hat *alle* Faktoren in Rechnung zu stellen, die das Leben eines Staates intra et extra muros ausmachen . . . Das setzt allerdings eine weise, vorurteilsfreie, über *allen* Bedürfnissen des Volkes und Staates stehende Führung voraus, die . . ., wo irgend möglich, den ehrenhaften und nützlichen Ausgleich der grundsätzlichen Gewaltanwendung vorzieht.»

4 Mit der Totalität des Krieges setzt sich Beck grundsätzlich und «in den Grenzen mathematischer Beweisbarkeit» in dem genannten Vortrag «Der totale Krieg» auseinander. Er muss gleichzeitig als eine Art Grundsatzerklärung angesehen werden, da es der erste Vortrag war, den Beck nach seiner «Konstituierung als Zentrale» Ende März 1942 (Ulrich von Hassell «Vom andern Deutschland», Fischer-Bücherei 1964, S. 228) in einem grösseren Kreise hielt.

5 Im Anschluss an die Empfehlung des ehrenhaften und nützlichen Ausgleichs anstelle der Gewaltanwendung heisst es bei Beck a.a.O. S. 244: «Die Tatsache, dass Deutschland im vergangenen Jahrhundert in Bismarck einen Staatsmann besessen hat, der eine solche Politik mit grossem Erfolg gehandhabt hat, wird gegen den Einwand schützen, dass solche Gedanken im Reich der Utopie liegen.» In den «Studien» wird immer wieder auf Bismarck als Vorbild verwiesen.

6 Die Auseinandersetzung mit Ludendorff, den Beck als Militär hochschätzte, in seinen politischen Anschauungen aber leidenschaftlich bekämpfte, ist zugleich ein Anzeichen dafür, wie Beck seit 1938 über das rein soldatische und militärische Denken hinaus- und in eine ganzheitspolitische Schau der Geschichte hineinwuchs.

7 Der letzte Satz wörtliche Übernahme aus dem Vortrag «Der totale Krieg» a.a.O. S. 243.

8 Beck a.a.O. S. 230: «Die technische Entwicklung hat die Welt verkleinert und verkleinert sie immer mehr . . . Was Handel und Wandel angeht, die nun einmal den breitesten Raum in den Beziehungen der Staaten untereinander einzunchmen pflegen, so nötigt diese Entwicklung heute, ähnlich wie vor hundert Jahren auf dem Gebiete des Zollwcsens im Deutschen Bunde, immer mehr zur Bildung grösserer Wirtschaftsräume, die zunächst unseren Kontinent zu umfassen haben werden. Diese Bildung darf aber nicht gottgewollte und in langem geschichtlichem Werden erprobte Faktoren im Leben der Völker missachten. An der Spitze dieser Faktoren steht das selbständige nationale Eigenleben, dessen überwiegend segensreiche Wirkung wohl kaum bestritten werden kann ...»

9 Wörtliches Zitat aus den noch ungedruckten Reiseberichten Goerdelers.

10 Hier hat Goerdeler einen Hauptgedanken Becks sich ganz und gar zu eigen gemacht: Ein Zeichen mehr für die enge Zusammenarbeit und ideelle Übereinstimmung der beiden für die deutsche Erneuerungsbewegung massgebenden Männer.

11 Siehe Becks Studie «Besass Deutschland 1914 einen Kriegsplan?», wo es a.a.O. S. in heisst: «Der Bündniskrieg mit Österreich-Ungarn . . . war ungenügend vorbereitet.»

12 In Becks Studie «West- oder Ostoffensive 1914?» wird S. 168 fcstgestellt: « ... cs fehlte an einem durchführbaren, auf ein Ziel gerichteten Plan der beiden Bundesgenossen».

13 Beck a.a.O. S. 247: « . . . die Geschichte als unerschöpfliches und einziges Arsenal für das wissenschaftliche Studium der Politik». Und S. 231: «Vertrauen in die Ehrbarkeit des Partners ist für die gegenseitigen Beziehungen ebenso wichtig wie im Geschäftsleben . . . Eine loyale und rechtliche Politik, sagt Treitschke, gewinnt sich einen Kredit, der eine wirkliche Macht ist.»

14 Beck a.a.O. S. 230: Die praktische Politik «verlangt Kenntnis der eigenen Geschichte und der Geschichte anderer Völker, Blick für die in der Welt wirkenden Kräfte und für die jeweilige Lage».

13 Beck a.a.O. S. 231: «Das letzte Mittel im politischen Verkehr der Staaten untereinander wird auch in Zukunft deren bewaffnete Macht bleiben.»

16 Beck zu Gisevius am 18. Juli 1944: «Sie müssen verstehen, ich muss mich vor die Armee stellen.» Gisevius: Bis zum bittern Ende. Ullstein-Taschenbuch 1964, S. 362.

17 S. Anm. 8.

18 Diese Gedanken sind auch in einer noch ungedruckten Denkschrift Goerdelers vom Sommer 1940 mit dem Titel «Geld spielt keine Rolle» bereits ausgesprochen (Nachlass Goerdelers im Bundesarchiv Koblenz).

19 Nach der Analyse des Teils I. ist sicher, dass dieser Punkt genau mit Beck abgesprochen wurde.

20 Man muss sich hier genau die Lage von Anfang 1941 gegenwärtig halten: Die schlimmsten Exzesse gegen die Juden hatten sich damals noch nicht ereignet. Die sog. «Wannseekonferenz», die die «Endlösung der Judenfrage» betraf, hat erst am 20. Januar 1942 (!) stattgefunden. Später ist man von solchen Vorschlägen abgekommen, wie aus dem Regierungsprogramm hervorgeht. Die Distanzierung vom Nationalsozialismus *und* vom Nationalismus als Ersatzreligion hat sich in demselben Mass verschärft, in dem sich die Terroraktionen steigerten.

21 Dieser Passus war auch die Keimzelle des Fernschreibens 1 vom 20. 7. 44/16.45 Teil II., der lautete: «In dieser Stunde höchster Gefahr hat die Reichsregierung zur Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung den militärischen Ausnahmezustand verhängt und mir zugleich mit dem Oberbefehl über die Wehrmacht die vollziehende Gewalt übertragen.» Zitiert nach «20. Juli 1944», herausgegeben von der Bundeszentrale für Heimatdienst, 3. Aufl. 1960, S. 124: Die Fernschreiben der Bendlerstrasse (HQU der militärischen Opposition) vom 20. 7. 1944.

22 Die Denkschrift «Das Ziel» war von der Gestapo bei Hauptmann Kaiser gefunden und ihm fälschlich zugeschrieben worden. Doch sprechen Anzeichen dafür, dass Kaiser, der im Zivilberuf Studienrat in Wiesbaden war, Beck und Goerdeler bereits bei der Abfassung dieses Abschnitts über das Bildungswesen beriet, wenn nicht überhaupt das Konzept von ihm stammte. Kaisers eigene spätere Ausarbeitung «Gedanken über Reformen des Erziehungs- und Bildungswesens» gingen allerdings sehr viel weiter. Die Kaltenbrunner-Bcrichte (herausgegeben vom Archiv Peter, Stuttgart 1961) bringen daraus als Anlage 1 zu dem Bericht vom 2. 9. 44 längere Auszüge.

23 Mit dem Kapitel «4. Wirtschafts-Organisation» beginnend, ist die Denkschrift wohl in der Hauptsache von Goerdeler allein geschrieben. Sicher aber hat sie Beck, der sich mehr und mehr auch für die Wirtschaft interessierte, redigiert und wohl auch z.T. ergänzt. Darauf deutet:

24 der Begriff des «Generalstabsprinzips» hin, nach dem die positiven Erfahrungen, die man mit der Auswahl und Weiterbildung der Gencralstabsoffiziere in der alten Armee bis 1919 gemacht hatte, nun auch auf die politische Führungselite übertragen werden sollten.

25 Siehe K.-Berichte Anlage 1 zum Bericht vom 29. 8. 44 «Die sozialpolitischen Pläne des Verschwörerkreises um Goerdeler» S. 315-17: «In Auswirkung der Stellung, die man der Deutschen Einheitsgewerkschaft zugedacht hatte, war die *Überführung der Sozialversicherung und Sozialverwaltung in die Selbstverantwortung der Arbeiterschaft geplant.»*

26 *Der* Hinweis auf Württemberg zeigt, dass Goerdeler als Berater der Firma Bosch in Stuttgart auch die sozialen Verhältnisse in Württemberg gründlich studiert hat. Daher auch sein besonderes Interesse für die gesetzliche Förderung der Kleinsiedlung.

27 Hier ist wieder die Mitarbeit von Hauptmann d. R. Kaiser und der Einfluss Becks unverkennbar, der sicher bei der Führung der Staatsjugend durch einen General an einen oder mehrere Generäle gedacht hat, die sich nach seiner Personalkenntnis für Erziehungsfragen besonders eigneten.

28 Siehe Denkschrift von Hauptmann Kaiser «Grundsätze der Jugenderziehung» K.B. S. 341 ff., die den Grundsatz vertritt und begründet: *«Jugend muss durch Erwachsene geführt werden.»*

29 Sicher Beitrag Becks.

30 Fernschreiben 1 vom 20. 7. 44 (a.a.O. S. 124) Ziff. III, 3: «Die gesamte Waffen-SS ist mit sofortiger Wirkung in das Heer eingegliedert.»
31 Beck wollte auch auf diesem Gebiet die bewährten Erfahrungen auf militärischem Gebiet der politischen Verwaltung zugute kommen lassen.
32 Der «Reichsführer» erscheint in dieser Denkschrift zum letzten Mal als erblicher Monarch. Schon bei der Konstituierung Becks «als Zentrale» im März 1942 (v. Hassell a.a.O. S. 228) bleibt die Frage offen. Schliesslich ist Beck als «Generalstatthalter» nominiert worden. (Gerhard Ritter: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung Anhang IX S. 601 ff.)

## III. Der Weg

1 Es gehört zu den Grundsätzen der deutschen Erncucrungsbcwegung, aus der geschichtlichen Erfahrung zu lernen. Siehe Beck: Studien S. 247 «die Geschichte als einziges und unerschöpfliches Arsenal des wissenschaftlichen Studiums der Politik».
2 Offenbar Anspielung auf die Meinungsverschiedenheiten, die vor allem zwischen den «Älteren» und den Jüngeren des Kreisauer Kreises zutage getreten waren. Ihrer Überwindung sollte nach allen Anzeichen die Denkschrift dienen.
3 Die Erwähnung dieses Ereignisses aus der westpreussischen Heimat Goerdelers ist ein Hinweis darauf, dass der Abschnitt «Verfassung des kaiserlichen Deutschland» von ihm selbst geschrieben wurde.
4 Die Ansichten Goerdelers, der von den Deutschnationalen herkam, hatten sich zuerst unter dem Einfluss seiner Freunde in Württemberg, dann Becks und schliesslich der Sozialisten des «Schattenkabinetts» immer mehr einer ganzheitspolitischen, d.h. überparteilichen Schau der politischen und sozialen Entwicklung in Deutschland genähert. Das gilt besonders für seine Darstellung der Sozialpolitik im kaiserlichen Deutschland.
5 Darüber der Grosse Brockhaus 16. Aufl. 1934 I. Bd. unter «Arbeitslosenhilfe: Geschichte», S. 373: «Einen grossen Fortschritt bedeutete das *Gcnter System.* Hier wurde aus öffentlichen Mitteln an Gewerkschaften oder private Arbeitslosenkassen ein Zuschuss zur Arbeitslosenunterstützung gewährt. Dieses System der öffentlichen Zuschüsse wurde auch von deutschen Städten und einzelnen ausländischen Staaten übernommen. Das Gcnter System wahrte zwar den Gedanken der Selbsthilfe durch Berufsangehörige, hatte aber den Nachteil, nicht für alle Arbeitnehmer zu gelten.»
6 Diese Sätze strafen alle Behauptungen über eine sozial-reaktionäre Einstellung Goerdelers Lügen.
7 Auch dieser Abschnitt stammt nach allen Indizien von Goerdeler. Der in Aussicht genommene Aussenminister Ulrich v. Hassell lag bis etwa Mitte April 1944 mit einer Kniegelenkentzündung in seinem Landhaus in Ebenhausen (Nachgelassene Tagebücher Fischerbücherei 1964 S. 309) und kam erst Ende Mai für 10 Tage wieder nach Berlin (S. 314). Er hatte sich in dieser Zeit sowohl von Goerdeler (S. 313) stärker distanziert wie von Beck, über den er damals schrieb: «Er war eigentlich wieder ganz der alte, aber der «alte» hat sich eben im Laufe der Zeit immer mehr als reiner Clausewitz ohne einen Schuss Blücher oder Yorck erwiesen.»
8 Der Absatz stammt offenbar von Beck. S. Studien S. 222: Hindenburgs und Ludendorffs . . «unumschränkte Autorität hat schon immer eine bedenkliche Kehrseite gehabt» sowie der Abschnitt über den Begriff einer totalen Politik S. 243.
9 Konzentrat aus der Studie Becks «Der 29. September 1918» (Studien S. 193-223).
10 Beck zieht in der oben genannten Studie die folgenden kritischen Schlüsse aus dem

Verhalten der OHL: «Strich aber die Oberste Heeresleitung selbst im Westen die Flagge, so handelte sie zum ersten Mal unter dem Einfluss einer übertriebenen Einschätzung des Ernstes der Lage; so begab sie sich ein für allemal der moralischen Wirkung, die von ihr selbst und dem Westheer ausging; so offenbarte sie Heer und Heimat, die darauf nur ganz ungenügend vorbereitet waren, dass der Krieg verloren sei; so gab sie selbst den Westgegnern die endgültige Gewissheit des Sieges; so übernahm sie weitgehend die Mitverantwortung auch für die unausbleiblichen Folgen; so beging sie also gleichzeitig einen militärischen, psychologischen und politischen Fehler. (A.a.O. S. 221 f.)

11 Dieser Satz war die letzte Konsequenz einer folgerichtigen Deutung des Verhaltens der deutschen obersten Führung nach dem 29. September 1918, an dem die OHL den Entschluss zu dem sofortigen Waffenstillstandsersuchen gefasst hatte. Er steht noch nicht in der genannten Studie. Praktisch war damit Beck entschieden von der «Dolchstosslegende» abgerückt und hatte sich damit die Auffassung von Julius Leber zu eigen gemacht.

12 Dr. Julius Leber, der vorgesehene Innenminister im «Schattenkabinett» Goerdeler, ausgezeichneter Frontoffizier und noch bis zum Kapp-Putsch Komp.-Führer, dann sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, hatte bereits am 12. 5. 1924 in einer Rede in der Bürgerschaft zu Lübeck gesagt: «Der Dolchstoss ist eine niederträditige Verleumdung! Das sage ich im Andenken derjenigen, die bis zum letzten Tage in den Schützengräben gelegen haben, die aber schon Wochen vorher wussten, dass es vielleicht noch Tage, vielleicht auch noch Wochen dauern würde. Ich sage das, um die Ehre dieser meiner Kameraden zu verteidigen. Es muss einmal festgestellt werden, dass es eine Unverschämtheit ohnegleichen ist, zu behaupten, die Front sei durch verräterische Eingriffe ins Wanken gebracht worden. Es ist jedenfalls eine Schande ohnegleichen, dass Männer, die nie Krieg gesehen haben, die im November 1918 weggelaufen sind, sich heute hierherstcllen und sagen, dass die Front von hinten erdolcht worden sei. Ich protestiere dagegen für die Millionen Arbeiter, die in Frankreih und Russland begraben liegen, ih protestiere im Namen der Deutshen, die ihre Pflicht getan haben, ih protestiere niht zuletzt im Namen derer, die ihre Gliedmassen eingebüsst haben.» Ein Mann geht seinen Weg. Schriften, Reden und Briefe von Julius Leber. Herausgegeben von seinen Freunden. Berlin und Frankfurt 1952. S. 141 aus dem Abshnitt «Volk und Armee».

13 Beck: «Der 29. September 1918» S. 214 f. «Davor, dass mit der grossen Offensive alles auf eine Karte gesetzt wurde, durfte der Soldat niht zurückschrecken. So kam es zu dem Frühjahrsoffensivplan 1918 der Obersten Heeresleitung . . . Anders hatte die Politik zu verfahren. Für den Staatsmann kann das scharfe Schwert in der Scheide ein wirksameres Mittel der Politik sein als das unter Umständen vergeblich gezogene. In weit höherem Masse als der Feldherr hatte er die Möglichkeit in Betraht zu ziehen, dass, wenn die Offensive fehlschlug, die letzte Karte vergeblich ausgespielt war.»

14 Nah den Kaltenbrunner-Berichten (Stuttgart 1961) S. 118 hat am 16. Juni 1944 im Hotel Esplanade in Berlin eine wichtige Besprechung stattgefunden, die offenbar die Differenzen zwischen Goerdeler auf der einen und Stauffenberg wie den «Arbeiterführern» auf der anderen Seite ausräumen sollte. Es heisst da, Beck habe sich vermittelnd eingeschaltet.

15 Denkschrift Goerdelers an den Reichskanzler Adolf Hitler «vom Spätsommer oder Herbst 1934». Siehe Gerhard Ritter: Carl Goerdeler S. 68 ff.
16 Die Berufung Goerdelers zum Reichskommissar für Preisüberwachung erfolgte durch ein Edikt vom 5. 11. 34, das seine Befugnisse bis zum 1. Juli 1935 datierte. (Ritter: a.a.O. S. 72)
17 Gemeint ist ganz Tirol, also Nord- und Südtirol.
18 Siehe Ritter a.a.O. S. 178: «Insbesondere die Rolle Hendersons kann man heute nur als verhängnisvoll empfinden: in seinem übergrossen, mit heimlicher Bewunderung gemischten Respekt vor der Willensenergie und der praktischen Leistung Hitlers hat er schlechterdings alles getan, um seine Regierung vor kräftigen Entschlüssen zu warnen und selbst dann, wenn sich diese einmal zu drohenden Gesten auch in Berlin entschloss, deren Wirkung auf Hitler wieder abzuschwächen.»
19 Eine im Ganzen damit übereinstimmende, aber noch detailliertere und genauer orientierende Darstellung enthält: William L. Shirer: Aufstieg und Fall des Dritten Reiches, Knaur Taschenbücher 4, München-Zürich 1963 S. 612 f. Goerdeler war auch durch den mit Henderson aus ihrer gemeinsamen Zeit in Belgrad befreundeten Ullrich von Hassell ziemlich genau im Bilde.
20 Siche vor allem Becks Denkschrift «Deutschland in einem kommenden Kriege. Eine grundsätzliche Betrachtung». November 1938 (Studien S. 51-64).
21 Ullrich von Hassell a.a.O. S. 81: « . . . das Gefühl, von verbrecherischen Abenteurern geführt zu werden, und die Schmach, mit der die Kriegführung in Polen, teils durch die brutale Verwendung der Flieger, teils durch die grauenhaften Bestialitäten der SS, vor allem gegen Juden, den deutschen Namen befleckt hat. Die Grausamkeiten der Polen gegen die Volksdeutschen sind gewiss auch Tatsache, aber psychologisch entschuldbar.»
22 Diese Pläne scheinen aus der Umgebung Görings zu stammen, auf den Goerdeler bis in den Krieg hinein immer noch einige Hoffnungen gesetzt hatte.
23 Der Besuch Pétains in Paris fand Ende April 44 statt. Wichtiger Hinweis auf den Zeitpunkt, in dem die Denkschrift abgeschlossen wurde.
24 In den höheren Stäben (Verf. war damals Ord.-Offizier im Stab AOK 18) wurden die Vorbereitungen zum «Seclöwen» wegen der Seeherrschaft der englischen Flotte nicht ernst genommen.
25 Vgl. Beck, Studien S. 247: «Es bleibt nur der Weg der Politik, einer Politik, die, neben allem berechtigten Egoismus, der Moral und dem Recht ihre durch lange und bittere geschichtliche Erfahrungen erhärtete Bedeutung wahrt, die der Vernunft den Vorrang vor der Leidenschaft lässt und sie dadurch vor Masslosigkeit schützt, und welche die Politik damit wieder zu dem macht, was Bismarck die Kunst des Möglichen genannt hat.»
26 S. Geheime Denkschrift Goerdelers, für die Generalität bestimmt. Ritter a.a.O. vom 26. März 1943: «Hitler ist kein Feldherr» (S. 580).
27 Der Gedanke des Zusammenschlusses selbständiger europäischer Nationalstaaten ist von Goerdeler bereits vor dem 2. Weltkrieg konzipiert. In dem Friedensplan Goerdelers vom Spätsommer oder Herbst 1943 wird er erneut aufgegriffen, wo es in Punkt 6 und 7 heisst: «Wir gehen davon aus, dass es sinnvoll und geboten ist, die natürliche Interessengemeinschaft zwischen England und Deutschland zu verwirklichen . . . dass diese Verwirklichung (aber) nur erfolgen kann, wenn die europäischen Völker in Freiheit und Selbständigkeit sich zu einem ewigen Friedensbund zusammenschliessen, in dem weder Deutschland noch eine andere Macht Vorherrschaft beansprucht.» (Ritter, a.a.O. S. 570).

# LITERATUR


BECK, Ludwig: Studien. Herausgegeben von Hans Speidel. Stuttgart 1955
BONHOEFFER, Dietrich: Widerstand und Ergebung. München 1951
BONHOEFFER, Dietrich: Begegnungen mit Dietrich Bonhoeffer. Ein Almanach. München 1964
BOR, Peter: Gespräche mit Haider. Wiesbaden 1930
BUCHHEIT, Gert: Soldatentum und Rebellion. Die Tragödie der deutschen Wehrmacht. Rastatt 1961
BUCHHEIT, Gert: Ludwig Beck. Ein preussischer General. Mündien 1964
DIELS, Rudolf: Lucifer ante portas. Stuttgart 1950
DÖNHOFF, Gräfin Marion: Den Freunden zum Gedächtnis. Hamburg 1946
DULLES, Allen Welsh: Verschwörung in Deutschland. Zürich 1948
EHLERS, Dieter: Technik und Moral einer Verschwörung. Der Aufstand am 20. Juli 1944. Bonn 1964
FECHTER, Paul: Menschen und Zeiten, Begegnungen aus fünf Jahrzehnten.
FECHTER, Paul: An der Wende der Zeit. Beide Gütersloh 1950
FOERSTER, Wolfgang: Ein General kämpft gegen den Krieg. München 1949
FOERSTER, Wolf gang: Generaloberst Ludwig Beck. Sein Kampf gegen den Krieg. Aus nachgelassenen Papieren des Generalstabschefs. München 1953
FOERTSCH, Hermann: Schuld und Verhängnis. Stuttgart 1951
GISEVIUS, Hans Bernd: Bis zum bitteren Ende. Neue Bearbeitung. Taschenbuchausgabe, Hamburg 1960
GÖRLITZ, Walter: Der deutsche Gcneralstab. Geschichte und Gestalt. Frankfurt 1930
GUDERIAN, Heinz: Erinnerungen eines Soldaten. Hamburg 1951
HASSELL, Ulrich von: Vom andern Deutschland. Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938-1944. Frankfurt/Main und Hamburg 1964 (Fischer-Bücherei)
HAMMER, Walter: Hohes Haus in Henkers Hand. Deutscher Parlamentarier Leidensweg und Opfergang. Frankfurt 1953
HENK, Emil: Die Tragödie des 20. Juli 1944. Ein Beitrag zur politischen Vorgeschichte. Heidelberg 1946
HEUSINGER, Adolf: Befehl im Widerstreit. Schicksalsstunden der deutschen Armee 1923-1943. Tübingen 1930
HEUSS, Theodor: Dank und Bekenntnis. Gedenkrede zum 20. Juli 1944. Tübingen 1934
HOSSBACH, Friedrich: Zwischen Wehrmacht und Hitler. 1934-1938. Wolfenbüttel 1949
JÜNGER, Ernst: Der Friede. An die Jugend Europas. An die Jugend der Welt. Tübingen 1949
KIRST, Hans Hellmut: Aufstand der Soldaten. Roman des 20. Juli 1944. München 1963
KORDT, Erich: Wahn und Wirklichkeit. Die Aussenpolitik des Dritten Reiches. Stuttgart 1947

KOSTHORST, Ernst: Die deutsche Opposition gegen Hitler zwischen Polen- und Frankreichfeldzug. Bonn 1955
KRAUSNICK, Helmut: Vorgeschichte und Beginn des militärischen Widerstandes gegen Hitler. In «Die Vollmacht des Gewissens». München 1956
LEBER, Annedore: Das Gewissen steht auf. 64 Lebensbilder aus dem deutschen Widerstand 1933-194;. Berlin-Frankfurt 1954
LEBER, Julius: Ein Mann geht seinen Weg. Schriften, Reden und Briefe. Berlin-Frankfurt 1952
LEITHÄUSER, J. G.: Wilhelm Lcusdincr. Ein Leben für die Republik. Köln 1962
PECHEL, Rudolf: Deutscher Widerstand. Erlenbach-Zürich 1947
PETER, Karl Heinrich (Hrgb.): Spiegelbild einer Verschwörung. Die Kaltenbrunner-
Berichte an Bormann und Hitler über das Attentat am 20. Juli 1944. Stuttgart 1961
RITTER, Gerhard: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung. Neue Ausgabe. München 1964 dtv (Taschenbuch)
ROTHFELS, Hans: Die deutsche Opposition gegen Hitler. Neue Ausgabe. Frankfurt/M. und Hamburg 1958 (Fischer-Bücherei)
RUDOLPH, Ludwig von: Die Lüge, die nicht stirbt. Nürnberg 1958
SAUERBRUCH, Ferdinand: Das war mein Leben. Bad Wörishofcn 1951
SCHACHT, Hjalmar: Abrechnung mit Hitler. Hamburg 1948
SCHLABRENDORFF, Fabian von: Offiziere gegen Hitler. Frankfurt und Hamburg 1959 (Fischer-Bücherei)
SCHRAMM, Wilhelm von: Der 20. Juli in Paris. Bad Wörishofcn 1953. Neuausgabe: Aufstand der Generale. München 1964
SCHRAMM, Wilhelm von: Generaloberst Beck und der Durchbruch zu einer neuen deutschen Wehrtheorie in «Aus Politik und Zeitgeschehen». Beilage zu «Das Parlament» 1962 Nr. 8
SCHRAMM, Wilhelm von: Generaloberst Beck und die Bundeswehr in «Wehrkunde» 1960 Nr. 6
SCHRAMM, Wilhelm von und PICKERT, Wolfgang (Bearbeiter und Herausgeber): Clausewitz: Vom Kriege. Hamburg 1963 (Rowohlt-Klassiker)
SPEIDEL, Hans: Invasion 1944. Ein Beitrag zu Rommels und des Reiches Schicksal. Tübingen 1949
STRÖLIN, Karl: Verräter oder Patrioten? Stuttgart 1952
WEISENBORN, Günther: Der lautlose Aufstand. Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes. 1933-1945
ZELLER, Eberhard: Geist der Freiheit. Fünfte Auflage. Mündien 196;
20. JULI 1944. 3. Auflage. Neubearbeitet und ergänzt von Erich Zimmermann und Hans-Adolf Jacobsen. Bonn 1960

# NAMENSVERZEICHNIS

ABETZ, Otto, deutscher Botschafter in Paris 1940-1944, S. 270
AMERY, Leopold Charles, engl. Staatssekretär für die Kolonien, geb. 1873, S. 91
ARENDT, Hannah, Professor der Philosophie, Verfasserin des Buches «Eichmann in Jerusalem». Deutsch München 1963, S. 42, 43
BÄUERLE, Theodor, Dr. Dr., Direktor des Württ. Volksbildungswerks (1918-1936), württ.-bad. Kultusminister (1947-1951), S. 29
BETHMANN-HOLLWEG, Theobald v., Reichskanzler 1909-1917, S. 184
BISMARCK, Otto, Fürst v. (1815-1898), S. 23, 47, 73, 85, 87, 93, 95, 99, 147, 184, 208, 216, 268, 272
BISMARCK, Schlachtschiff, S. 224
BLOMBERG, Werner v., Generalfeldmarschall, Reichskriegsminister bis 4. 2. 1938, S. 28, 209, 271
BLÜCHER, Gebh. Leberecht v., pr. Feldmarschall (1742-1819), S. 21, 276
BLUM Léon, franz. Sozialistenführer, 1936-1947 wiederholt franz. Ministerpräsident, S. 212
BLUMENTRITT, Günther, General d. Inf., Chef des Generalstabs des Oberbefehlshabers West 1943/44, S. 270
BORMANN, Martin, Leiter der Parteikanzlei, S. 45
BOSCH, Robert AG, Stuttgart, S. 29, 32, 275
BRAUCHITSCH, Walther, Gcneralfeldmarschall, 1938-1941 Oberbefehlshaber des Heeres, S. 18
BRÜNING, Heinrich, Reichskanzler und Aussenminister 1930-1932, S. 36
BUCHHEIT, Gert, Schriftsteller. S. 44, 272
CASABLANCA, Konferenz von, Januar 1943. S. 32
CHAMBERLAIN, Neville, britischer Premierminister 1937-1940. S. 18, 210, 212, 261
CHURCHILL, Winston Spencer, britischer Premierminister 1940-1944. S. 29, 43
CLAUSEWITZ, Carl von (1780-1831), pr. Generalmajor, Autor des Werkes «Vom Kriege». S. 8, 16, 21, 23, 38, 48, 39, 72, 178, 263, 272, 276
CLEMENCEAU, Georges (1841-1929), 1906-1908 und 1917-1920 franz. Ministerpräsident. S. 183 f.
COMPIEGNE, Stadt in Nordfrankreich. Im Wald von C. wurde 1918 und 1940 der Waffenstillstand abgeschlossen. S. 220
CROMWELL, Oliver (1399-1658), seit 1653 Lordprotektor von England. S. 198
DALADIER, Edouard, franz. Ministerpräsident 1933/34 und 1938-1940. S. 18, 26, 213
DAWES-PLAN, Gutachten des amerikanischen Botschafters in London, Charles Gates Dawes und internationaler Vertrag über die deutschen Reparationen, 1924 in London ab geschlossen. S. 195
DOLLFUSS, Engelbert, österreichischer Bundeskanzler 1932-1934, von den Nationalsozialisten ermordet. S. 209

DULLES, Allen Welsh, Leiter des amerikanischen Nachrichtendienstes in Bern während des 2. Weltkriegs. S. 32, 272
EBERT, Friedrich (1871-1925), erster Reichspräsident der Weimarer Republik. S. 183
EICHMANN, Kurt, SS-Sturmbannführer, Schlüsselfigur bei der «Endlösung der Judenfrage» 1942-1943. S. 42, 272
ENGELS, Friedrich (1820-1893), Freund von Karl Marx, Mitverfasser des Kommunistischen Manifests. S. 37
FECHTER, Paul (1880-1962), Kunstkritiker und Publizist in Berlin. S. 39
FOCH, Ferdinand (1831-1929), fr. Marschall, 1918 Generalissimus der Alliierten. S. 183
FOERSTER, Hans Hellmut, Publizist. Herausgeber der dtv Dokumente «Die Idee Europa 1300-1946». S. 43
FOERSTER, Wolfgang, Präsident der kriegsgcschichtlichen Forschungsanstalt in Potsdam, Professor, erster Biograph Becks. S. 43 f., 79, 272
FRIEDRICH DER GROSSE (geb. 1712, König 1740-1786). S. 73, 81, 93, 208
FRIEDRICH WILHELM I., pr. König 1713-1740. S. 93
FRITSCH, Werner, Frhr. v., Generaloberst, von 1935-1938 Oberbefehlshaber des Heeres. S. 20, 24 f., 27 f., 31, 209
GAMELIN, Maurice, Gustave, franz. General, 1935 Generalinspckteur des Heeres, September 1939 bis Mai 1940 franz. Generalissimus. S. 26, 43
GANZER, Karl Richard, Historiker. S. 43
GISEVIUS, Hans Bernd, Reg.-Rat, während des 2. Weltkriegs Vizekonsul in der Schweiz. S. 28, 30, 32, 274
GNEISENAU, August Graf Neithardt v. (1760-1831), pr. Feldmarschall. S. 21
GÖRING, Hermann Wilhelm (1893-1946), Reichsmarschall und Oberbefehlshaber der Luftwaffe. S. 233, 247, 278
GOERDELER, Ulrich, Dr., Rechtsanwalt, MdL, Sohn Carl Goerdelers. S. 9
GREY, Edward, Viscount of Fallodon (1862-1933), von 1903-1916 britischer Aussenminister. S. 180
GROENER, Wilhelm (1867-1939), Generalleutnant, 1928-1932 Reichswehrminister. S. 183
GROOTE, Dr. v., Oberst i. G., Chef des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes der Bundeswehr in Freiburg/Br. S. 9
GROSSCURTH, Helmuth, Oberst i. G. S. 271
GUTTENBERG, Karl Ludwig Frhr. v., Herausgeber der «Weissen Blätter». S. 31, 272
HALDER, Franz, Generaloberst, 1938-1942 als Chef des Generalstabs des Heeres Nachfolger Becks. S. 18, 23, 29, 32
HALIFAX, Edward Frcderick Lindley, 1934 Viscount, 1944 Earl, 1938-1940 britischer Aussenminister. S. 213
HAMMERSTEIN-EQUORD, Kurt, Frhr. v., Generaloberst, 1930-1934 Chef der Heeresleitung. S. 271
HASSELL, Ulrich v., deutscher Botschafter in Rom 1932-1938. S. 21, 22, 30 f., 32, 33, 40, 42, 60 f., 63, 273, 276, 278
HENDERSON, Sir Neville, 1937-1939 britischer Botschafter in Berlin. S. 30, 213, 278
HESS, Wilhelm, Generalmajor, Befehlshaber im Wehrbereich VI (Bayern). S. 10
HOSSBACH, Friedrich, bis 1938 als Oberst d. G. Chefadjutant der Wehrmacht bei Hitler. S. 16
HINDENBURG, Paul von Beneckendorf und von, Gencralfeldmarschall, von 1923 bis 1934 Reichspräsident. S. 24, 36, 63, 182 f., 276

JESSEN, Jens Peter, Professor der Staatswissenschaften in Berlin, Mitglied der Mittwochgesellschaft. S. 40
KANT, Immanuel, Philosoph (1724-1804). S. 68 f.
KAISER, Hermann, Studienrat, Hauptmann d. R. S. 275
KAISER, Jakob, 1924-1933 christlicher Gewerkschaftsführer. S. 65 f.
KAISER WILHELM II., 1888-1918. S. 63 f» 182
KALTENBRUNNER, Ernst, Chef des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) bzw. Kaltenbrunner-Berichte an Bormann und Hitler über das Attentat vom 20. 7. 1944. S. 29, 45, 54, V5, 277
KARL DER GROSSE (742-814), römisch-deutscher Kaiser. S. 208
KLUGE, Günther v., Generalfeldmarschall 1940-1944, zuletzt Ob. West. S. 17, 22, 64
KRAUSNICK, Dr. Hclmuth, Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in München. S. 9, 271
KREISAUER KREIS, genannt nach dem Gut des Grafen Hellmuth James Moltke in Schlesien. S. 5 5 f., 60
KRUPP, Firma, führendes Werk der Schwerindustrie in Essen. S. 25
KÜHLMANN, Richard v., Diplomat, 1917-1918 Staatssekretär d. Auswärtigen. S. 181
LAMMERS, Hans-Heinrich, Reichsminister und Chef der Reichskanzlei 1933-1943. S. 24
LEBER, Julius, Dr., sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter bis 1933. S. 21, 23, 60 ff., 65, 277
LEUSCHNER, Wilhelm, führender Sozialdemokrat, stellvertr. Vors, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), vorm, hessischer Innenminister. S. 21, 65
LLOYD GEORGE, David (1863-1945), britischer Premierminister von 1916-1922. S. 180, 213
LOCARNO, Vertrag von L. im Oktober 1925 zwischen Briand, Stresemann und Austen Chamberlain abgeschlossen. Erster Versuch zur Befriedung Europas nach dem 1. Weltkrieg. S. 195, 208
LICHNOWSKY, Karl Max, Fürst v. (1860-1928), deutscher Botschafter in London 1912-1914. S. 180
LUDENDORFF, Erich (1865-1937), General der Infanterie, als 1. Generalquartiermeister der OHL der eigentliche «Feldherr» des 1. Weltkriegs auf deutscher Seite 1916-1918. S. 39f., 50, 62, 63, 87, i8iff., 273, 274, 276
MARX, Karl (1818-1883), Begründer der Lehre des «wissenschaftlichen Sozialismus», nach ihm Marxismus genannt. S. 57
MANSTEIN, Erich v., Generalfeldmarschall, 1942-1944 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Süd an der Ostfront. S. 271
MAX VON BADEN, Prinz, Oktober bis November 1918 deutscher Reichskanzler. S. 181 f.
MENDELSSOHN, Felix (1809-1847), Komponist. S. 24
MITTWOCHGESELLSCHAFT in Berlin. S. 39 f., 46, 51, 62
MOLOTOW, Wjatscheslaw Michailowitsch, Mai 1939 bis 1949 Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR. S. 221
MOLTKE, Helmuth, Graf v. (1800-1891), Gcneralfeldmarschall. S. 265
MUSSOLINI, Benito, Begründer des italienischen Faschismus (1833-1945). Seit 1922 italienischer Regierungschef («Duce»). S. 18, 214, 223
MÜLLER, Gotthold, Verleger, München. S. 9, 79, 272, 273

NAPOLEON I. BONOPARTE, Kaiser der Franzosen 1804-1813 und 1815. S. 86, 266, 268
NEUBRONN, Generalleutnant, deutscher General bei der Vichy-Regierung 1940-1944. S. 270
NIEMANN, Alfred, Major i. G., Oberquartiermeister der Heeresgruppe Herzog Albrecht von Württemberg 1918. S. 37
NOSKE, Gustav, sozialdemokratischer Politiker, 1919-1920 Reichswehrminister. S. 183
NOVALIS (Friedrich von Hardenberg), romantischer Dichter (1772-1801), Verfasser von «Die Christenheit oder Europa» (1799). S. 19
OLBRICHT, Friedrich, General der Inf., Chef des Allgemeinen Fleeresamtes. S. 40
OPPENHEIM, Woldemar Frhr. v., Bankier. S. 29
OSTER, Hans, Oberst i. G., dann Generalmajor, Chef des Stabes der Abwehrabt. im OKW. S. 40 f.
PARIS. S. 26, 212, 270, 271, 278
PÉTAIN, Henry Philippe (1856-1951), Marschall von Frankreich, 1940-1944 franz. Staats chef. S. 26, 45, 220, 270, 278
PFERDMENGES, Robert, Kölner Bankier und Politiker, geh. 1880. S. 29
PILSUDSKI, Josef (1884-1945), Marschall von Polen, Ministerpräsident 1926-1935. S. 215
POPITZ, Johannes, Professor, pr. Finanzminister. Mitglied der Mittwochgesellschaft. S. 61
RAEDER, Erich, Grossadmiral, geb. 1876, 1935-1943 Oberbefehlshaber der Kriegsmarine. S. 32
REYNAUD, Paul, franz. Minister, geb. 1878. S. 213
RENTHE-FINK v., Cecile, deutscher Gesandter bei der Vichy-Regierung 1943/44. S. 270
RITTER, Gerhard, geb. 1888, Historiker, Univ. Freiburg/Br., Verfasser der grossen Goerdeler-Biographie. S. 25, 27, 45, 55 f., 255
RÖHM, Ernst, Stabschef der SA, am 30. 6. 1934 ermordet. S. 20
ROMMEL, Erwin, Generalfeldmarsdiall (1891-1944), am 14. 10. 1944 zum Selbstmord gezwungen. S. 42, 271
ROOSEVELT, Franklin Delano, 1933-1945 Präsident der Vereinigten Staaten. S. 200, 230
ROTHFELS, Hans Historiker, seit 1951 Professor in Tübingen. S. 14 f.
RUNDSTEDT, Gerd v., Generalfeldmarschall (1875-1953), ab 1. 3. 1942 Oberbefehlshaber West. S. 271
SAUERBRUCH, Ferdinand (1875-1958), Professor der Chirurgie, seit 1928 in Berlin, Mitglied der Mittwochgesellschaft. S. 51
SCHACHT, Hjalmar, Reidisbankpräsident bis 1939. S. 193
SCHLABRENDORFF, Fabian v., Rechtsanwalt, Ord.-Off. bei der Heeresgruppe Mitte 1941-1944. S. 15
SCHLEICHER, Kurt v., General, 1932 bis Anf. 1933 Reichskanzler, am 30. 6. 1934 ermordet. S. 197, 200
SCHUSCHNIGG, Kurt Edler v., österreichischer Bundeskanzler bis 1938. S. 209
STALINGRAD, Vernichtung der 6. deutschen Armee Anfang Februar 1943. S. 52, 67, 222 f.
STAUFFENBERG, Claus Schenk Graf v. (1907-1944), Oberst i. G. S. 14 ff., 72
SPEIDEL, Hans Dr., General, 1944 Chef des Generalstabs der Heeresgruppe B (Rommel) im Westen. Herausgeber der «Studien» von Ludwig Beck 1953. S. 280

STEIN, Karl Reichsfrhr. vom und zum (1775-1831), pr. Reformer, S. 8, 23, 148
STELTZER, Theodor, Landrat, Mitglied des Kreisauer Kreises. S. 56
STRASSER, Gregor, Reichs-Org.-Leiter der NSDAP bis 1932, 1934 ermordet.
STÜLPNAGEL, Karl Heinrich (1886-1944), General der Infanterie, 1942-1944 Mil.-Befehlshaber in Frankreich. S. 28, 42
THOMAS, Georg, General der Infanterie, Chef des Wchrwirtschafts- und Rüstungsamtes. S. 25, 29
TIRPITZ, Alfred v. (1849-1930), Grossadmiral. S. 30
TREITSCHKE, Heinrich v., Historiker und polit. Schriftsteller. S. 48, 68, 73, 274
WARLIMONT, Walter, General der Art., 1939-1943 Stabschef des Wehrmachtführungsstabes. S. 270
WILSON, Thomas Woodrow (1856-1924), Präsident der Vereinigten Staaten. S. 183
WITZLEBEN, Erwin v., Komm. General des III. Korps, seit 1940 Generalfeldmarschall, Ob. West bis Anfang 1942. S. 18, 22
WOLFSCHANZE, Hauptquartier Hitlers in Ostpreussen bei Rastenburg. S. 13
VIKTORIA, Königin von Grossbritannien und Irland (1837-1901). S. 177
VERSAILLES, Vertrag von, 1919. S. 68, 188 f., 191, 208, 212 f., 227, 228 f., 245
YORCK VON WARTENBURG, Peter Graf, Oberregicrungsrat. S. 276
ZELLER, Eberhard, Arzt und Schriftsteller, Autor des Werkes «Geist der Freiheit». S. 18, 43
ZIMMERMANN, Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt vor dem Ersten Weltkrieg. S. 180

Im gleichen Verlag erschienen:

EBERHARD ZELLER

## *Geist der Freiheit*
## Der 20. Juli

*Fünfte, neubearbeitete Auflage 1965*
*56o Seiten. Leinen DM 27,80, Paperback DM 14,80*

«Dieses Werk hat sich sowohl durch seine Gründlichkeit wie auch sein sprachliches Gewand schon fast klassischen Rang erworben.» (Pol. Studien 161). Es wurde im Herbst 1964 von einer Jury unter Vorsitz von Walter Jens mit dem «Preis der jungen Generation» ausgezeichnet. In der Begründung heisst es:

In Eberhard Zellers Buch über den 20. Juli 1944 steht die Schilderung der Geschehnisse, die unmittelbar mit dem Attentat Stauffenbergs und dem gescheiterten Umsturzversuch Zusammenhängen, im Mittelpunkt; doch werden auch die Vorgeschichte, frühere Staatsstreichpläne und -aktionen und die Verfolgungen nach dem Attentat dargestellt. Überdies fügt der Verfasser in die Darstellung der historischen Abläufe biographische Porträts der im Zentrum dieser Widerstandsgruppe und des Kreisauer Kreises handelnden Menschen ein und rundet damit seine Geschichte der missglückten Revolution ab. Der Verfasser beherrscht die Methoden historischer Forschung mit souveräner Sicherheit. Eine Fülle gedruckten und ungedruckten Quellenmaterials wurde ausgewertet, *der Vorteil persönlicher Nähe des Verfassers zu Gegenstand und Personen wurde gewahrt, jedoch niemals unsachlich ausgenutzt;* wie denn überhaupt die ruhige, niemals polemische, unpathetische Art der Darlegungen, zusammen mit einem stets sicheren und überzeugenden Urteil den hohen sachlich-formalen Rang dieses Buches bezeichnet.

*Die hervorragende literarische Qualität, in der hier Geschichte erzählt wird, erfüllt die Forderung Theodor Mommsens, dass der wahre Geschichtsschreiber ein Künstler sein müsse. Literarische Form und wissenschaftlicher Gehalt fügen sich zu einer Einheit ohne jeglichen Bruch.*

Eberhard Zeller lässt es aber nicht damit bewenden, allein historische Abläufe zu schildern und Personen abzukonterfeien. Es geht ihm stets auch darum, die Antriebe deutlich zu machen, die jene Männer bewogen, das Äusserste zu wagen und den Bruch mit der ihnen heiligen Tradition zu vollziehen. Indem der Verfasser den menschlichen, geistig-sittlichen Fundus aufzeigt, aus dem die Stauffenberg, Leber, Goerdeler, Moltke usw. ihre Kraft bezogen, überschreitet er die Grenzen einer Historiographie des blossen «Wie war es?» zugunsten eines exemplarischen Entwurfs sittlicher Norm.

Diese vielseitigen Aspekte, unter denen «Geist der Freiheit» gesehen werden muss – und zu denen noch die relativ leichte Lesbarkeit und unmittelbare Verständlichkeit hinzugezählt werden können – lassen das Buch als besonders geeignet erscheinen für *die junge Generation: Diese wird hier mit einem zurzeit Stück Vergangenheit des eigenen Volkes konfrontiert. Aus eigenem Miterleben kann sie sich die Verpflichtung jenes Handelns nicht zum Bewusstsein klären, aber Zellers Darstellung bietet sich dafür gleichsam als Medium an. Zudem erhält sie hier die Anschauung gelebten Lebens, von der sie sich bewegen, ergreifen und herausfordern lassen, mit der sie sich vielleicht auch identifizieren kann.*

GOTT HOLD MÜLLER VERLAG